



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

**„Die Lebensmittelversorgung in Baden bei Wien
im Ersten Weltkrieg“**

verfasst von / submitted by

Martina Hobik

angestrebter akademischer Grad /

in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 190 313 333

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium Unterrichtsfach
Geschichte, Sozialkunde und Politische
Bildung Unterrichtsfach Deutsch

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Danksagung

Es braucht ein Dorf, nicht nur um ein Kind zu erziehen, sondern offensichtlich auch, um eine Diplomarbeit zu schreiben. Ich bin vielen Leuten zu Dank verpflichtet für ihre Unterstützung, ihre Anregungen, fürs Zuhören und ihren Einsatz. Ich danke ganz besonders meinem Diplomarbeitsbetreuer DDr. Oliver Rathkolb für seine vielen wertvollen Ratschläge und die gute Betreuung!

Herzlichen Dank dem gesamten Team des Stadtarchivs und RollettMuseums Baden, des Kaiserhauses und Beethovenhauses, von dem ich von Beginn an ausgesprochen freundlich aufgenommen wurde, das sich so sehr eingesetzt hat, um mir alle benötigten Materialien zum Verfassen meiner Arbeit zur Verfügung zu stellen, das mir auch den Rücken freigehalten hat, wenn es notwendig war und von dem ich mit Unmengen an Kaffee versorgt wurde. Ich möchte auch meinem guten Freund Dominik danken, von dem die Anregung, eine Arbeit zu Baden zu schreiben und die vielfältigen Materialien des Stadtarchivs/RollettMuseums zu nutzen, ursprünglich stammte und der mir immer wieder mit seinem wertvollen fachlichen wie freundschaftlichen Rat zur Seite gestanden ist.

Zutiefst dankbar bin ich meiner Familie und meinen Freunden für all die emotionale Unterstützung und die vielen Denkanstöße. Meinen Eltern danke ich ganz besonders dafür, dass sie meine Arbeit gegengelesen haben und meiner lieben Freundin Nina für ihre Hilfe bei der grafischen Gestaltung!

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Forschungsmaterial und Methoden	7
Die wirtschaftspolitische Verortung Österreich-Ungarns am Vorabend des Ersten Weltkriegs.....	8
Die ernährungswirtschaftliche Situation Österreich-Ungarns zu Beginn des Ersten Weltkriegs	16
Die Situation Badens vor dem Ersten Weltkrieg.....	22
1914.....	26
Die ersten Kriegswochen	26
Der Übergang zu einem langen Krieg.....	34
Vorweihnachtszeit 1914.....	42
1915.....	43
Die Errichtung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt (KGV) und zunehmende Zentralisierung.....	44
Maßnahmen in Baden, um Nahrungsmittel zu erhalten	46
Ernte	52
Erosion der Gesellschaft und die Bildung eines Konsumentenvereins.....	54
Flüchtlinge und Antisemitismus.....	61
Kooperation der Gemeinden	65
Vorweihnachtszeit 1915.....	67
1916.....	68
Der zunehmende Mangel	68
Erhöhte Arbeitsleistung.....	71
Staatliche Versuche, die Lage zu stabilisieren und die Ermordung des Reichskanzlers.....	71
Die Kriegsküchen.....	73
Probleme mit der Jugend.....	75
Rayonierung der Lebensmittel	78
Abgaben und Absperrung der Gemeinden	80
Vorweihnachtszeit 1916.....	84
1917.....	86
Der Einzug des AOK – Baden als Kaiserstadt	86
Ernährungskrise.....	95
Die Ausweitung der Hilfsaktionen.....	99
Gesellschaftliche Auswirkungen.....	103
Kurtourismus.....	105
Kriegsmüdigkeit.....	110
Kriegswinter 1917.....	112
1918.....	114

Die Jännerstreiks	114
Der Friede von Brest-Litowsk und die Verschlimmerung der Lage	116
Sommer 1918	119
Der Zusammenbruch	123
Die letzten Kriegstage	123
Badens Weg in die Nachkriegszeit.....	124
Ausblick	128
Resümee	129
Anhang.....	132
Verzeichnis der Abkürzungen.....	132
Quellen	133
Sekundärliteratur	135
Abstract	143

Einleitung

„Die ehernen Würfel sind nunmehr gefallen. [...] Der Krieg ist eine furchtbar ernste Sache. Es gibt wohl keinen Menschen in Österreich, der sich auch nur einen Moment darüber im Unklaren wäre, welch schwere Opfer er dem Einzelnen wie der Gesamtheit auferlegen wird. Aus tausenden und abertausenden Familien werden die Söhne unter die Waffen gerufen. Tausende von Familienvätern müssen weg von Frau und Kind, von ihrem Berufe, der sie und die ihrigen nährte, um draußen auf den Feldern der Ehre zu streiten, zu bluten und vielleicht auch zu sterben. Die Worte reichen nicht aus und es sträubt sich die Feder, um all die Schrecknisse auszumalen, die der moderne Krieg in seinem Gefolge hat. Wir wissen es alle. Und doch hallte dieses schreckliche Wort Krieg wie eine erlösende Kunde von Mund zu Mund, als es bekannt wurde, Serbien habe auf die Note der Monarchie eine unbefriedigende Antwort gegeben und somit ein Appell an die Waffen unvermeidlich geworden sei.“¹

Auch wenn in diesem Artikel in der Badener Zeitung vom 29. Juli 1914 anlässlich des nahenden Krieges neben der Erleichterung, dass man nun „zum Schwerte“ greife, um „endlich Ruhe“ von Serbien zu haben, durchaus eine dunkle Vorahnung ausgedrückt wird, darf bezweifelt werden, dass der Autor dieser Zeilen eine einigermaßen zutreffende Vorstellung von der Härte und den Entbehrungen, die der Erste Weltkrieg schließlich mit sich bringen wird, hat. Sogar wenn man sich der Gefahr eines drohenden Weltkriegs bewusst ist,² die Ausmaße der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“³, in deren Folge es zu wesentlichen Verschiebungen auf der Landkarte Europas, einem vollkommen neuen Machtgefüge auf dem Kontinent sowie schließlich einem Zweiten Weltkrieg kommen wird, können kaum erahnt werden.

Man erkennt, dass der kommende Krieg nach der jahrelangen militärischen Aufrüstung der verschiedenen Staaten, den technischen Neuerungen und dem komplizierten Bündnissystem kein „bewaffneter Spaziergang“ werden würde, wie Günther Kronenbitter schreibt,⁴ doch rechnet man vermutlich nicht damit, wie sehr er auch die Zivilbevölkerung schließlich betreffen wird. Im Ersten Weltkrieg werden auf militärischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kulturell-propagandistischer Ebene alle Ressourcen aufgeboten, um als Sieger hervorzugehen – ebenso wie man versucht, den Feind auf all diesen Ebenen zu

¹ Vgl. BZ Nr. 60 v. 29.07.1914. S. 1.

² Vgl. Ebenda, S. 1.

³ Zit.: *Rauchensteiner*, Manfred: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918. (Wien/ Köln/ Weimar 2013). S. 13.

⁴ Vgl. *Kronenbitter*, Günther: „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906-1914. (=Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 13, München 2003). S. 488.

schwächen.⁵ Auch die einfache Bevölkerung in der Heimat wird schließlich mit Krankheit, Leid und Tod konfrontiert. Besonders der Hunger, die nicht ausreichende Versorgung, prägt das Leben der Menschen an der „Heimatfront“ während der Zeit des „Großen Krieges“ in dramatischer Weise und stellt letztendlich auch einen der Gründe für die Niederlage im Krieg und damit den Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie dar. Jedoch führen die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen in der so heterogenen Habsburgermonarchie dazu, dass nicht alle Regionen gleichermaßen von Hunger und Unterversorgung betroffen sind.

Wien, das zentrale Verwaltungszentrum aller Kriegsanstrengungen,⁶ leidet unter so gravierendem Lebensmittelmangel, dass Wiener Ärzte kurz nach Kriegsende in neun bis elf Prozent der Todesfälle im Krieg Hunger als direkte Ursache (durch Entkräftung) und in weiteren 20 bis 30% als indirekte Ursache, wie z.B. als Mitverursacher von Krankheiten, ausmachen. Vom niederösterreichischen Umland fühlt man sich in Wien, ebenso wie von Ungarn, verraten, da die Nahrungsmittellieferungen aus Niederösterreich, auf die man in Wien angewiesen ist, oftmals nicht eintreffen.⁷

Baden bei Wien, in eben jenem niederösterreichischen Umland gelegen, nimmt in so mancher Hinsicht eine Sonderstellung ein. Oft ist der Kurort Ziel von einflussreichen Personen der Habsburgermonarchie, auch der Habsburger selbst, und seine Regimetreue hebt ihn schon früh von anderen Gemeinden ab.⁸

In dieser Arbeit soll beleuchtet werden, wie sich diese Ausgangsvoraussetzungen Badens auf die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln in der Zeit des Ersten Weltkriegs auswirken. Um die Versorgungslage Badens richtig einschätzen zu können, wird vorerst ein Überblick über die Gesamtmonarchie hinsichtlich der ernährungspolitischen und -wirtschaftlichen Situation gegeben. Da schon alleine die räumliche Nähe zwischen Baden und Wien engere politische und wirtschaftliche Beziehungen nahelegt, soll betrachtet werden, ob Kooperationen stattfinden.

Außerdem wird die Versorgung Badens mit Lebensmitteln eingehend beleuchtet, wobei besonders der Frage nachgegangen wird, ob der Status als Kurstadt, als Ort, an dem sich die Eliten der Monarchie schon vor 1914 gerne aufhielten und bis in den Krieg hinein aufhalten,

⁵ Vgl. *Segesser*, Daniel Marc: Der Erste Weltkrieg: Ein totaler Krieg in globaler Perspektive?. In: *Karner*, Stefan u. Philipp *Lesiak* (Hg.): Erster Weltkrieg: globaler Konflikt – lokale Folgen. Neue Perspektiven. (Innsbruck/ Wien 2014). S. 32f.

⁶ Vgl. *Pfoser*, Alfred u. Andreas *Weigl*: Die Pflicht zu sterben und das Recht zu leben. Der Erste Weltkrieg als bleibendes Trauma in der Geschichte Wiens. In: *Pfoser*, Alfred u. Andreas *Weigl* (Hg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg (Wien 2013). S. 16.

⁷ Vgl. *Healy*, Maureen: Vom Ende des Durchhaltens. In: *Pfoser*, *Weigl* (Hg.): Epizentrum. S. 135f.

⁸ Vgl. *Wallner*, Viktor: Kaiser, Kuren und Kommandos. Baden von 1804 bis 1918 (Baden 1999). S. 23-25.

die Lebensmittelsituation beeinflusst. Zudem soll ebenfalls die Notwendigkeit, Flüchtlinge und verwundete Soldaten, die in der Lazarettstadt Baden Aufnahme finden, zu versorgen, in den Blick genommen werden.

Überaus interessant ist auch, dass Baden ab 1917 mit Verlegung des Hauptquartiers des Armeeeoberkommandos (AOK) in die Stadt eine besondere Stellung in der Monarchie einnimmt. Auch hier wird zu ergründen sein, ob sich dadurch Änderungen in der Lebensmittelversorgung der Stadt ergeben.

Forschungsmaterial und Methoden

Zur Erforschung der Nahrungsmittelversorgung in Baden bei Wien im Ersten Weltkrieg werden größtenteils Quellen aus dem Badener Stadtarchiv herangezogen. Diese umfassen Aktenmaterial – größtenteils Schriftverkehr der maßgeblichen Behörden –, die öffentlichen und geheimen Gemeinderats- und Gemeindeausschuss-Sitzungsprotokolle der Jahre 1911-1918 sowie auch die Badener Lokalblätter. Zur Zeit des Ersten Weltkrieges erscheinen in Baden drei Zeitungen, die Badener Zeitung (BZ), die dem altliberalen Lager zuzuordnen ist, das Badener Volksblatt (BVB), dem christlichsozialen Lager zuzuordnen, und der Deutsche Volksbote (DVB), der dem deutschnationalen Lager zuzuordnen ist. Der DVB wird allerdings Ende 1916 eingestellt. Im Sinne einer hermeneutischen Geschichtsforschung nach Helmut Seiffert⁹ sollen diese Zeitdokumente nicht bloß auf ihren unmittelbaren Inhalt hin betrachtet werden, sondern auch auf die „verborgenen“ Informationen, die diese Quellen enthalten, bzw. teilweise auch auf Intention der Ersteller dieser Quellen hin. Um dies zu ermöglichen, werden die Quellen im Kontext der vorhandenen Sekundärliteratur untersucht.

Folgende Forschungsfragen sollen beantwortet werden:

- Wie geht die Versorgung der Stadt vonstatten? Wer ist in die Versorgung involviert und welche Entwicklungen erfährt die Lebensmittelversorgung der Stadt im Laufe des Krieges?
- Gibt es Kooperationen mit der nahe gelegenen Reichshauptstadt Wien?
- Wie wirken sich Badens Status als Lazarettstadt, Kurstadt und Ort, der Flüchtlinge aufnimmt, und die Ernährungslage aufeinander ein?
- Wie wirken sich die Anwesenheit des AOK und Kaiser Karls ab 1917 auf die Stadt hinsichtlich der Ernährungslage aus?

⁹ Vgl. *Seiffert*, Helmut: Einführung in die Wissenschaftstheorie. 2. Band. Geisteswissenschaftliche Methoden: Phänomenologie, Hermeneutik und historische Methode, Dialektik. (=Beck'sche Reihe 61, 11. Aufl., München 2006).

Die wirtschaftspolitische Verortung Österreich-Ungarns am Vorabend des Ersten Weltkriegs

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs zählt Österreich-Ungarn zwar noch zu den Großmächten Europas,¹⁰ allerdings ist sein Stern schon lange im Sinken begriffen, wie sich sowohl machtpolitisch¹¹ als auch wirtschaftspolitisch zeigt.

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gewinnt der Welthandel zunehmend an Bedeutung. Wirtschaftsfreundliche Bedingungen wie etwa der freizügige Waren- und Kapitalverkehr oder die Möglichkeit des freien Reisens ermöglichen ein beträchtliches Wachstum der Weltwirtschaft. Zwei Faktoren kennzeichnen diese im 19. und frühen 20. Jahrhundert besonders: Die Rivalität zwischen den Industrienationen um die Ausbeutung der Welt in der Epoche des „Imperialismus“ und die Rivalität um die Steigerung der Exportquoten, die von eklatanter Bedeutung für die Volkswirtschaften und somit Beschäftigung und Einkommen sind. Vor allem die Konkurrenz um die wirtschaftliche – und damit verbunden die politische – Vorherrschaft prägen diese Zeit stark. Die nicht-industrialisierten „Primärländer“ haben in diesem Wirtschaftssystem für die Industriestaaten eine doppelte Funktion, sowohl als Rohstoffquellen als auch als Absatzmärkte für Industriewaren und Einflussphäre für Kapitalexporte. In der Zeit zwischen 1911 und 1913 importieren die führenden Industrieländer Großbritannien, USA, Deutschland und Frankreich ca. 80% der Rohstoffe und Lebensmittel, ca. 60% ihrer Industriewaren gelangen in den Export.¹² Während diese Industriemächte sich auf die Weltwirtschaft konzentrieren und in zunehmende Konkurrenz um wirtschaftliche Dominanz und Einflussphären geraten, verfolgt Österreich-Ungarn einen anderen Weg. Meerzugang hat es bloß an der Adria, somit ist es schwer möglich, Kolonialpolitik in Übersee zu treiben. Stattdessen expandiert man in begrenztem Ausmaß auf den Balkan,¹³ wo man aus den Provinzen – ähnlich wie andere Großmächte in den Kolonien in Übersee – Rohstoffe und Nahrungsmittel bezieht und sie gleichzeitig als Absatzmärkte für gewerbliche Erzeugnisse nutzt.¹⁴

¹⁰ Vgl. *Geiss*, Immanuel: Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs 1815-1914 (München/ Zürich 1980). S. 39.

¹¹ Vgl. Ebenda. S. 92.; *Turnstall*, Graydon A. Jr.: Austria-Hungary. In: *Hamilton*, Richard F. u. Holger H. *Herwig* (Hg.): The Origins of World War I (Cambridge [u.a.] 2003). S. 113.

¹² Vgl. *Hardach*, Gerd: Der Erste Weltkrieg 1914-1918 (=Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, hg. v. Wolfram Fischer, Bd. 2, München 1973). S. 9-14.

¹³ Vgl. *Geiss*: Weg. S. 192. Vgl. *Haider*, Edgar: Wien 1914. Alltag am Rande des Abgrunds. (Wien 2013). S. 23.

¹⁴ Vgl. *Matis*, Herbert: Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik. In: *Brusatti*, Alois (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. I. Die wirtschaftliche Entwicklung. (=Die Habsburgermonarchie 1848-1918, hg. v. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Adam Wanduszká, Peter Urbanitsch u. Helmut Rumpler, Bd. 1, Wien 1973). S. 29.

Im internationalen Handel spielt die Habsburgermonarchie – immerhin um die Zeit des Ersten Weltkriegs flächenmäßig die zweitgrößte und politisch die drittgrößte Einheit Europas¹⁵ – eine marginale Rolle. Der wichtigste Außenhandelspartner für Österreich-Ungarn ist das Deutsche Reich.¹⁶ Danach ist v.a. der Handel mit den anderen europäischen Großmächten sowie den USA von Bedeutung. Zu den südöstlichen Nachbarn, die wohl die natürlichen Handelspartner der Habsburgermonarchie wären, sind die Beziehungen aufgrund verschiedener Konflikte, wie etwa dem „Schweinekrieg“ mit Serbien oder den Balkankriegen, politisch wie wirtschaftlich merkbar getrübt. Jedoch macht der Anteil des Außenhandels am Gesamtsozialprodukt ohnehin bloß einen äußerst kleinen Teil aus.¹⁷ Die Donaumonarchie hat keinen herausstechenden Exportartikel. Bis in die 1890er Jahre ist Getreide der größte Ausfuhrposten, später Holz, doch das eine wie das andere übersteigt die 10%-Marke nicht. Im industriellen Sektor ist Rübenzucker das einzige Produkt, das einen wesentlichen Anteil an der europäischen Produktionsmenge trägt.

Grund für den geringen Anteil am internationalen Handel ist aber nicht bloß, dass Österreich-Ungarn in der industriellen Erzeugung anderen Großmächten unterlegen ist,¹⁸ man will durch bewusste politische Maßnahmen Autarkie erzielen.¹⁹ Tatsächlich besteht in der Monarchie in manchen Bereichen lange Zeit die Möglichkeit zur Selbstversorgung, weshalb man, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht notwendigerweise auf den Handel mit dem Ausland angewiesen ist.²⁰ Die Bedeutung des Binnenhandels vor dem Außenhandel für Österreich-Ungarn zeigen etwa die Angaben für den Absatz von Industrieprodukten aus der österreichischen Reichshälfte: 1909 exportiert man nach Deutschland Waren im Wert von 972 Mio. Kronen, wohingegen der Absatz von Industriegütern nach Ungarn einen Wert von über einer Mrd. Kronen erreicht.²¹ Die beiden Reichsteile gleichen sich wirtschaftlich aus: Die Produkte des landwirtschaftlich dominierten Ungarn werden im industriell weiter

¹⁵ Vgl. Gross, Nachum Th.: Die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft. In: *Brusatti* (Hg.): Habsburgermonarchie, Bd. I. S. 14.

¹⁶ Die Exportrate Österreich-Ungarns nach Deutschland wird meistens zwischen 40 und 50% beziffert. Vgl. beispielsweise *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 46.; *Winogradow*, K. B. u. J. A. *Pissarew*: Die internationale Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie in den Jahren 1900 bis 1918. In: *Klein*, Fritz (Hg.): Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900 bis 1918. (Berlin 1965). S. 8.; Vgl. *Rudolph*, Richard L.: Quantitative Aspekte der Industrialisierung Cisleithaniens. In: *Brusatti* (Hg.): Habsburgermonarchie, Bd. I. S. 247.

¹⁷ Vgl. *Brusatti*, Alois: Die wirtschaftliche Situation Österreich-Ungarns am Vorabend des Ersten Weltkrieges. In: *Institut für Österreichkunde* (Hg.): Österreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges (Graz/ Wien 1964). S. 68.

¹⁸ Vgl. Gross: Stellung. S. 20-23 f.

¹⁹ Vgl. Ebenda. S. 6.

²⁰ Vgl. *Brusatti*: Situation. S. 68.

²¹ Vgl. *Rudolph*: Aspekte. S. 248.

fortgeschrittenen Österreich abgesetzt, im Gegenzug bietet Ungarn einen Markt für die österreichischen Industrieprodukte.²²

Die Wirtschaftspolitik der österreichischen und der ungarischen Reichshälfte erfolgt getrennt. Einheitliche Politik wird seit dem Ausgleich 1867, der die Habsburgermonarchie in zwei Reichshälften, „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“²³ und die „Länder der ungarischen Krone“, spaltet, bloß auf den Gebieten der Reichsfinanzen, des Heeres und der Außenpolitik betrieben. Diesem Umstand wird schließlich im Ersten Weltkrieg, als es um die Aufteilung der Nahrungsmittel geht, große Bedeutung zukommen. Basis für die wirtschaftliche Kooperation zwischen den beiden Reichshälften ist das Zoll- und Handelsbündnis, das alle zehn Jahre erneuert werden muss.²⁴ Ungarn zeigt immer wieder partikularistische Bestrebungen, gegen die die cisleithanische Reichshälfte, die auf die Verlängerung der Vertragsdauer des Zoll- und Handelsbündnisses auf 20 wenn nicht 30 Jahre drängt, anzukämpfen versucht.²⁵ Auch wenn man dies nicht durchsetzen kann, so bildet man doch ein (immer wieder heftig umstrittenes) gemeinsames Zollgebiet.²⁶ Der freie Wettbewerb mit Waren aus dem Ausland wird durch protektionistische Schutzzölle eingeschränkt. Diese Politik liegt auch im Interesse der Agrarier, die ihre Waren vor allem vor der Konkurrenz aus Übersee schützen wollen.²⁷ Die Schutzzollpolitik birgt jedoch innen- wie außenpolitisches Konfliktpotential. Außenpolitisch führt sie zu ernsthaften Krisen, v.a. mit den Balkanstaaten, und trägt so zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit bei.²⁸ Auch innerhalb der Monarchie wirkt sich die Schutzzollpolitik nicht bloß positiv aus, da sie hemmend auf die Weiterentwicklung der Industrie wirkt und zudem zur ungleichen Einkommensverteilung in der Monarchie beiträgt, wobei die großen Industrien wie auch die ungarischen Getreideproduzenten die großen Profiteure der Schutzzölle sind.²⁹ Das Pro-Kopf-Einkommen ist in den verschiedenen Reichsteilen höchst unterschiedlich. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Jahre 1911 bis 1913 bewegt sich, regional bestimmt, ca. von 250 bis zu 790

²² Vgl. *Loewenfeld-Russ*, Hans: Die Regelung der Volksernährung im Kriege (=Wirtschafts- u. Sozialgeschichte des Weltkrieges, österreichische und ungarische Serie. Hg. v. Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, Wien/ New Haven 1926). S. 24 f.

²³ Der Name „Österreich“ wird erst 1915 offiziell für die westliche Hälfte des Habsburgerreichs eingeführt. Vgl. *Haider*, Edgard: Wien 1914. S. 75.

²⁴ Vgl. *Brusatti*: Situation. S. 34.; *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 34.; *Adlgasser*, Franz: Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848-1918. Konstituierender Reichsrat 1848-1849 Reichsrat 1861-1918. Ein biographisches Lexikon. Teilband 1: A-L (Wien 2014). S. XCVII.

²⁵ Vgl. *Islamow*, T. M.: Aus der Geschichte der Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn am Anfang des 20. Jahrhunderts. In: *Klein* (Hg.): Österreich-Ungarn. S. 125.

²⁶ Vgl. *Paulinyi*, Ákos: Die sogenannte gemeinsame Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns. In: *Brusatti* (Hg.): Habsburgermonarchie. Bd. I, S. 583-593.

²⁷ Vgl. *Matis*: Leitlinien. S. 51 f.

²⁸ Vgl. *Brusatti*: Situation. S. 68.

²⁹ Vgl. *Gross*: Stellung. S. 24 f.

Kronen. In Ungarn liegt es ungefähr bei 300 bis 325 Kronen.³⁰ Diese Einkommensunterschiede sind Ausdruck der wirtschaftlichen Heterogenität der Habsburgermonarchie. Die landschaftlichen und somit auch anbautechnischen Voraussetzungen zwischen den einzelnen Regionen sind sehr verschieden,³¹ Agrar- und Industrieregionen sind äußerst ungleich verteilt³² und haben wirtschafts- sowie gesellschaftspolitisch vollkommen unterschiedliche Voraussetzungen und Ziele. Einzelnen Regionen, vorwiegend der Metropole Wien, gelingt es, an die großindustrielle Entwicklung in Westeuropa anzuschließen, jedoch überwiegen die agrarisch geprägten, wirtschaftlich rückständigeren Gebiete.³³ Industrielle Ballungsräume finden sich neben Wien in der Oststeiermark, in und um Graz, v.a. aber in Böhmen, Mähren und Schlesien. Ebenso in Budapest und dessen Umland und in einer Reihe transdanubischer Städte. Weite Teile Ungarns bleiben jedoch genauso agrarisch geprägt wie Galizien und die verkehrsabgelegenen Landschaften im Alpen- und Karstraum.³⁴ Wirtschaftlich rückständig, produzieren Ungarn, Galizien und die Bukowina vorwiegend Lebensmittel.³⁵ Dies drückt sich etwa auch in der Berufsstruktur aus. 1910 sind in der cisleithanischen Reichshälfte noch mehr als 50% aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig, in Ungarn sogar über 66%.³⁶ So spricht man von Österreich-Ungarn eher als „industrialisiertem Agrarstaat“ denn als „Industriestaat“.³⁷ Vor allem Galizien aber auch die alpinen Regionen können mit der Entwicklung nicht Schritt halten, es kommt zu erheblichen Auswanderungsbewegungen.³⁸

Die Wirtschaftskraft der österreichischen Reichshälfte wird bloß von den drei oder vier leistungsstärksten Kronländern getragen. Die übrigen Kronländer, deren Leistungen weit dahinter zurück liegen (v.a. Galizien, die Bukowina, Krain, Dalmatien, Tirol mit Vorarlberg), profitieren durch Ressourcenteilung von der wirtschaftlichen Kraft dieser Kronländer, die ihrerseits dadurch in ihrer Entwicklung stark eingeschränkt werden. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht verstärkt die nationalen und sozialen Ressentiments der Bevölkerung der Habsburgermonarchie untereinander. Aus dieser Unausgewogenheit erwachsende verschiedene Interessen einzelner nationaler und sozialer Gruppen werden von

³⁰ Vgl. *Rudolph*: Aspekte. S 245.

³¹ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 2 f.

³² Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 45

³³ Vgl. *Matis*: Leitlinien. S. 56.

³⁴ Vgl. *Tremel*, Ferdinand: Der Binnenhandel und seine Organisation. Der Fremdenverkehr. In: *Brusatti* (Hg.): Habsburgermonarchie, Bd. I. S. 381.

³⁵ Vgl. *Dornik*, Wolfram: Verwaltung des Mangels. Die österreichisch (-ungarischen)en Kriegszentralen 1914-1918. In: *Schöpfer*, Gerald u. Barbara *Stelzl-Marx* (Hg.): Wirtschaft. Macht. Geschichte. Brüche und Kontinuitäten im 20. Jahrhundert. (Graz 2012). S. 261.

³⁶ Vgl. *Gross*: Stellung. S. 18.

³⁷ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 578.

³⁸ Vgl. *Ebenda*. S. 45.

nationalistischen Bewegungen aus politischen Zwecken instrumentalisiert. Die österreichische Staatsverwaltung versucht dieser Entwicklung entgegenzuwirken und das Entwicklungsgefälle möglichst auszugleichen, v.a. durch Steuerpolitik und infrastrukturelle Aufwendungen.³⁹ Doch trotz Fortschritten bei der Integration der Reichsteile gelingt der Ausgleich zwischen den großen Agrar- und Industrieregionen nicht.⁴⁰

Ein maßgeblicher Grund für das Scheitern der wirtschaftlichen Angleichung der verschiedenen Regionen der Habsburgermonarchie ist die Einflussnahme verschiedener Interessensgruppen auf die wirtschaftspolitische Gesetzgebung, die sich mit fortlaufender Demokratisierung verstärkt. Mit der Wahlrechtsreform von 1882, mit der die Feudalkonservativen versuchen, die antiliberale Front zu verbreitern, werden stimmberechtigte kleinbürgerliche und bäuerliche Interessensgruppen zunehmend integriert. Im politischen Bereich beginnen sich die zukünftigen Massenparteien, die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen zu konstituieren, zudem entstehen neue wirtschaftliche kollektive Verbandsbildungen. Die neuen politischen Mitspieler – die Parteien, wirtschaftlichen Standesorganisationen sowie die Großbanken – versuchen zunehmend Einfluss auf die Wirtschaftspolitik zu nehmen. Die Forderung nach Mitsprache und die sich zwangsläufig ergebenden Kollisionen von Partikularinteressen wirken den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Staatsverwaltung zum Ausgleich des Entwicklungsgefälles entgegen.⁴¹ So scheitert etwa das Kanal- und Eisenbahnprogramm von Ministerpräsident Ernest von Koerber hauptsächlich am Widerstand der Landwirtschaftsverbände, welche dadurch die Einfuhr von billigem Überseegetreide durch die Kanäle verhindern wollen.⁴²

Überhaupt kommt der Landwirtschaft in der Habsburgermonarchie im Laufe der Zeit eine sehr hohe Machtposition zu,⁴³ nicht bloß innen- sondern auch außenpolitisch, wobei oftmals v.a. die ungarischen Großgrundbesitzer – die mit den österreichischen Industriellen auf vielen Gebieten eine Interessensgemeinschaft bilden, die lange Tradition hat – auf die Wahrung ihrer Interessen achten.⁴⁴ So spielen sie auch eine wesentliche Rolle in den Konflikten auf dem Balkan, etwa dem „Schweinekrieg“ mit Serbien bis hin zu den Balkankriegen 1912/13.⁴⁵ Die Interessenspolitik der Agrarier dient zuallererst dem Zweck, möglichst hohe Gewinne einzufahren. Dabei wird ihnen von staatlicher Seite zumeist Verständnis, wenn nicht

³⁹ Vgl. *Matis*: Leitlinien. S. 56-59.

⁴⁰ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 45.

⁴¹ Vgl. *Matis*: Leitlinien. S. 45-47.

⁴² Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 44 f.

⁴³ Vgl. *Brusatti*: Situation. S. 65.

⁴⁴ Vgl. *Matis*: Leitlinien. S. 42 f.

⁴⁵ Vgl. *Brusatti*: Situation. S. 65.; *Kronenbitter*: Krieg. S. 369-388.

überhaupt aktive Unterstützung entgegengebracht, da die leitenden Staatsfunktionäre zumeist selbst Besitzer landwirtschaftlicher Besitzungen sind oder zumindest in verwandtschaftlichem Verhältnis zu solchen stehen. Hinzu kommt, dass die Führungsschicht der Monarchie nicht für die wirtschaftlichen Aufgaben geschult und auch deswegen nicht in der Lage ist, sich den Wünschen der Interessensvertretungen zu verschließen. Die Interessensverbände und Parteien tragen jedoch keine Verantwortung dem gesamten Staat gegenüber, weshalb sie oft einseitige Wirtschaftspolitik betreiben. Für den Gesamtstaat fühlt sich die höhere Bürokratie, die die Politik in Österreich tatsächlich leitet, verantwortlich. Allerdings kann diese oftmals den Bedürfnissen eines modernen Staates nicht mehr gerecht werden, da man zu sehr in veralteten Traditionen und Wertvorstellungen verhaftet ist. Im Wesentlichen wird in der österreichischen Reichshälfte „Mittelstandspolitik“ betrieben, bei der die Großbetriebe und besonders die AGs hoch besteuert werden (bloß die landwirtschaftlichen Großbetriebe werden privilegiert behandelt).

Um höhere Effizienz der Investitionen zu erzielen und besser für den Wettbewerb gerüstet zu sein, kommt es zu einer starken Kartellierung. 1912 finden sich in Österreich-Ungarn über 200 Kartelle, von denen die bedeutendsten unter der Leitung und Kontrolle von Banken stehen.⁴⁶ Diese starke Kartellierung besteht nicht bloß auf industriellem, sondern auch auf agrarischem Sektor. Eine einheitliche, geplante wirtschaftspolitische Lenkung, die geeignet wäre, die weltwirtschaftspolitische Position Österreichs zu verbessern, kommt nicht zustande.⁴⁷

Trotz all dem erwirkt die Monarchie vorerst ein gutes Wirtschaftswachstum von ca. 1,32%⁴⁸ und macht so etwas Boden gut. Die Politik Österreich-Ungarns ist jedoch dazu angetan, der positiven wirtschaftlichen Entwicklung schließlich entgegenzuwirken: Die Habsburgermonarchie gerät einerseits außenpolitisch immer mehr unter Druck, beispielsweise durch das Machtvakuum, das der langsame Niedergang des Osmanischen Reiches hinterlässt und das die Außenpolitik Österreich-Ungarns auf bestimmte Räume lenkt, durch Konflikte mit Russland um die türkische Erbschaft,⁴⁹ durch Differenzen mit den im Dreibund Verbündeten Italien und Deutschland, zu welchem es eine durchaus ambivalente Beziehung pflegt,⁵⁰ oder auch durch die Entstehung bzw. Expansion von Mittel- und Kleinstaaten an den

⁴⁶ Vgl. *Matis*, Herbert u. Karl *Bachinger*: Österreichs industrielle Entwicklung. In: *Brusatti* (Hg.): *Habsburgermonarchie*, Bd.I, S. 137-139.

⁴⁷ Vgl. *Brusatti*: *Situation*. S. 67-70.

⁴⁸ Vgl. *Rauchensteiner*: *Der Erste Weltkrieg*. S. 578.

⁴⁹ Vgl. *Ebenda*. S. 17.

⁵⁰ Vgl. *Winograd*, *Pissarew*: *Lage*. S. 15-17.; *Klein*, Fritz: *Probleme des Bündnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges*. In: *Klein* (Hg.): *Österreich-Ungarn*. S. 159-162.; *Rauchensteiner*: *Der Erste Weltkrieg*. S. 63-68.

Grenzen der Monarchie,⁵¹ um bloß einige Probleme zu nennen. Andererseits höhlen auch die inneren Verhältnisse den Zusammenhalt der Monarchie zunehmend aus, wobei die diversen innen- und außenpolitischen Faktoren eng zusammenspielen, aufeinander basieren oder aufeinander einwirken.⁵² Die Schwierigkeiten des Dualismus,⁵³ Konflikte zwischen den sozioökonomischen Klassen sowie v.a. der Nationalitäten wirken zentrifugal auf die Monarchie.⁵⁴ Man unternimmt verschiedene Versuche, den zersetzenden Tendenzen entgegenzuwirken, wie z.B. die Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts, doch diese fruchten nicht. Tatsächlich stimmen die Wahlrechtsreform sowie die geglückte Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn kurz hoffnungsfroh, doch nicht allzu lange. Der Reichsrat sieht nach den Wahlen wesentlich anders aus, große Gewinner sind v.a. die Sozialdemokraten, die nach den Wahlen 86 der 516 Abgeordneten stellen. Doch auch die Sozialdemokratie – obwohl eine Klassenpartei, die nationalitätenübergreifend wirken und somit zu einer „Reichspartei“ werden könnte – schafft es nicht, die Gegensätze zwischen den Nationalitäten zu entschärfen.⁵⁵

Die inneren und äußeren Probleme werden zunehmend als existenzbedrohend wahrgenommen – was verstärkt wird durch die vorherrschende sozialdarwinistische Sicht (teilweise verbunden mit rassenideologischem Denken, Nationalismus und Imperialismus), in der schon der Verlust des Großmachtstatus´ mit dem drohenden Untergang der Habsburgermonarchie gleichgesetzt wird. Als Gegenmittel gegen die Probleme der Habsburgermonarchie wird eine aktive Politik, eine Ausdehnung des Machtgebiets auf den Balkan gesehen, wobei man auch der Gefahr, die von Serbien für die Donaumonarchie ausgeht, entgentreten will.⁵⁶ Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns zeitigt aber nicht die erhofften Erfolge, im Gegenteil, sie hat verheerende Konsequenzen für die Donaumonarchie. Sie führt nicht bloß zu einer wesentlichen Verschlechterung der Beziehung sowohl mit den Balkanstaaten⁵⁷ als auch mit den anderen Großmächten (mit Ausnahme Deutschlands, das ihr Unterstützung zusagt).⁵⁸ Durch die Balkanpolitik erleidet Österreich-Ungarn großen wirtschaftlichen Schaden. Ganze

⁵¹ Vgl. *Turnstall: Austria-Hungary*. S. 113.; *Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg*. S. 17.

⁵² Vgl. *Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg*. S. 36 f.

⁵³ Vgl. *Oțetea, André, D. Berindei, E. Campus, N. Fotino u. C. Muresan: Die internationale Lage und die Außenpolitik Österreich-Ungarns in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts*. In: *Klein (Hg.): Österreich-Ungarn*. S. 111.

⁵⁴ Vgl. *Gross: Stellung*. S. 12 f.

⁵⁵ Vgl. *Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg*. S. 38 f.

⁵⁶ Vgl. Ebenda. S. 61, 62 u. 100.; *Kronenbitter: „Krieg im Frieden“*. S. 131-133 u. 221.; *Oțetea, Berindei [u.a.]*: Lage. S. 87-99.

⁵⁷ Vgl. *Winogradow, Pissarew: Lage*. S. 28.

⁵⁸ Vgl. *Oțetea, Berindei [u.a.]*: Lage. S. 89.

Wirtschaftszweige, die vom Export auf den Balkan abhängig sind, werden durch die Balkankriege zerstört.⁵⁹

In Verbindung mit schlechten Ernten lassen die Balkankriege Österreich-Ungarn in die Rezession schlittern.⁶⁰ Die Steuern werden erhöht, es kommt zu einer beträchtlichen Teuerung und Arbeitslosigkeit.⁶¹ Die hohen Rüstungsausgaben⁶² in Verbindung mit der Verschlechterung der Lebensumstände der arbeitenden Bevölkerung trägt nicht dazu bei, die Lage im Inneren der Monarchie zu konsolidieren.⁶³ Seit 1911 kommt es immer wieder zu Teuerungskrawallen.⁶⁴ Kein Wunder, müssen doch etwa die Wiener Arbeiterkreise so knapp mit ihrem Einkommen kalkulieren, dass die Verteuerung von Lebensmitteln tatsächlich in die Verelendung selbst gehobener Facharbeiterschichten zu führen droht.⁶⁵ Die bürgerlich-adeligen Politiker dagegen unterstützen die Aufrüstung und gehen gegen die Arbeiterbewegung vor.⁶⁶ Gendarmerie und Polizei werden aufgestockt, regelmäßig werden Soldaten eingesetzt, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen.⁶⁷ (Das Militär wird v.a. zur Niederhaltung politischer Parteien und ihrer Anhänger, besonders gegen die Sozialdemokratie, eingesetzt.)⁶⁸ Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme treffen auf die Handlungsunfähigkeit im politischen Bereich. Innerhalb des Zeitraums von 1908 bis 1911 kommt es drei Mal zum Wechsel des Ministerpräsidenten. Der Reichsrat ist nicht mehr zu konstruktiver Arbeit fähig, zu zerstritten sind die Abgeordneten. Schließlich vertagt der Kanzler den Reichsrat, ab März 1914 wird die österreichische Reichshälfte bloß noch mithilfe des Notverordnungsparagraphen §14 regiert,⁶⁹ der es dem Gesamtministerium erlaubt,

⁵⁹ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 45.; *Winogradow, Pissarew*: Lage. S. 31 f.

⁶⁰ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 578.

⁶¹ Vgl. Ebenda. S. 45. ; *Winogradow, Pissarew*: Lage. S. 9 f.

⁶² Laut Günther Kronenbitter liegen die Rüstungsausgaben der Habsburgermonarchie jedoch wesentlich unter jenen der anderen Großmächte Europas. Lediglich Italien liegt bei den Rüstungsausgaben noch hinter der Habsburgermonarchie. Vgl. *Kronenbitter*: „Krieg im Frieden“. S. 145 f.; Sh. dazu auch *Hamilton, Richard F. u. Holger H. Herwig*: World Wars: Definition and Causes. In: *Hamilton, Herwig* (Hg.): Origins. S. 31., wo ausgeführt wird, dass Österreich-Ungarns Ausgaben 1906 für die Rüstung gleich hoch wie für Tabak und kleiner als für Bier und Wein sind.

⁶³ Vgl. *Winogradow, Pissarew*: Lage. S. 9 u. 31.

⁶⁴ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 45 f.

⁶⁵ Vgl. *Grandner, Margarete*: Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im Ersten Weltkrieg (= Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs, Bd. 82, Wien/ Köln/ Weimar 1992). S. 30 f.

⁶⁶ Vgl. *Winogradow, Pissarew*: Lage. S. 9 f.

⁶⁷ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 40; *Kronenbitter*: „Krieg im Frieden“. S. 218.

⁶⁸ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 60.

⁶⁹ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 40-41. Große Aufregung ruft der Einsatz des §14 bei den Abgeordneten jedoch nicht hervor, wurde er doch schon in früheren Zeiten immer wieder angewendet.; *Hasiba, Gernot D.*: Inter arma silent leges?. Ein Beitrag über die rechtlichen Grundlagen der österreichischen Verwaltung im 1. Weltkrieg. In: *Brauneder, Wilhelm u. Franz Baltzarek* (Hg.): Modell einer neuen Wirtschaftsordnung. Wirtschaftsverwaltung in Österreich 1914-1918. (= Rechtshistorische Reihe, Bd. 74, Frankfurt a.M./ Bern/ New York/ Paris 1991). S. 19.

sogenannte Kaiserliche Verordnungen zu erlassen, bei denen es sich um Anordnungen mit Gesetzeskraft handelt.⁷⁰ Am 25. Juli 1914 wird die Session geschlossen.⁷¹

Die Gemengelage aus sich stark verschlechternder wirtschaftlicher Situation, Nationalitätenproblemen und Schwierigkeiten in der Innenpolitik führen zu einem Gefühl der Ausweglosigkeit und der Resignation.⁷² Das Allheilmittel wird in einem Krieg gesehen. Nicht nur in der Politik, auch in der Bevölkerung wird die Forderung nach einem Krieg lauter, durch den man die scheinbar ausweglose Situation endgültig überwinden möchte.⁷³ Gleichzeitig ist man der Überzeugung, dass eine weitere Mobilisierung wirklich Krieg nach sich ziehen müsse, da sie der ohnehin schon angeschlagenen Monarchie sonst einen zu hohen volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Schaden verursachen würden.⁷⁴

Jedoch lassen sich auch im Frühsommer 1914 noch einflussreiche Stimmen vernehmen, die einem Präventivkrieg skeptisch gegenüberstehen. Zu diesen gehört auch der Thronfolger Franz Ferdinand, der v.a. wegen der inneren Schwäche der Monarchie Risiken vermeiden möchte.⁷⁵ Gerade mit seiner Ermordung und der seiner Frau fallen jedoch schließlich die „ehernen Würfel“ – Österreich-Ungarn bekommt den von vielen so lange geforderten Krieg.

Die ernährungswirtschaftliche Situation Österreich-Ungarns zu Beginn des Ersten Weltkriegs

So sehr man den Krieg auch herbeigewünscht hat, steht Österreich-Ungarn zu Beginn des Ersten Weltkrieges doch vor einem großen Problem: Man weiß nicht, was auf einen zukommt und hat – bedingt dadurch, dass der letzte Großmachtkrieg schon einige Zeit zurückliegt und zudem zahlreiche technische Innovationen und das stete Aufrüsten die Umstände des kommenden Krieges verändern, wie man sich durchaus bewusst ist – keine Leitbilder, an denen man sich hinsichtlich der Vorbereitungen orientieren kann.⁷⁶ Zwar plant man den Krieg schon seit langer Zeit voraus,⁷⁷ doch darüber, wie realistisch die Vorwegnahmen des kommenden Krieges sind, kann bloß spekuliert werden.⁷⁸ Zwar nimmt der russisch-japanische

⁷⁰ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 38.

⁷¹ Vgl. *Adlgasser*: Mitglieder. S. LXIV.

⁷² Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 61.

⁷³ Vgl. Ebenda. S. 78 f.

⁷⁴ Vgl. *Kronenbitter*: „Krieg im Frieden“. S. 476 f.

⁷⁵ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 78f.; *Kronenbitter*: „Krieg im Frieden“. S. 337.

⁷⁶ Vgl. *Kronenbitter*: „Krieg im Frieden“. S. 80-82.

⁷⁷ Vgl. *Ortner*, M. Christian: Die Kriegs- und Aufmarschpläne Österreich-Ungarns, Deutschlands, Frankreichs und Russlands im Juli 1914. In: *Karner, Lesiak*: Erster Weltkrieg. S. 45-55.

⁷⁸ Vgl. *Kronenbitter*: „Krieg im Frieden“. S. 79 f.

Krieg schon einiges vorweg, etwa den zermürbenden Stellungskampf, doch werden hieraus die falschen Schlüsse gezogen.⁷⁹ Österreich-Ungarn hat dabei noch mehr mit seiner Unerfahrenheit zu kämpfen als Großbritannien, Frankreich oder Russland, was sich etwa hinsichtlich der Frage nach der Finanzierung eines Krieges zeigt, welcher sich die Mitglieder der Entente bereits zu stellen hatten.⁸⁰

Um das Thema, wie man die Lebensmittelversorgung sichern soll, macht man sich – zumindest offiziell – etwas weniger Sorgen. Die Mittelmächte beabsichtigen, dem Schlieffen-Plan zu folgen, der eine kurze Kriegsdauer durch rasch herbeigeführte Entscheidungsschlachten vorsieht.⁸¹ Die Pläne des österreichisch-ungarischen und des deutschen Generalstabs sehen vorerst vor, dass die Truppen des Deutschen Reichs die französischen binnen sechs Wochen niederringen sollen. Einen ähnlich schnellen Sieg hofft Österreich-Ungarn gegen Serbien einzufahren, bevor man sich Russland zuwenden will.⁸² Dabei steht Österreich-Ungarn mit seinem Glauben an einen kurzen Krieg nicht alleine da: So rechnen etwa auch Großbritannien und Frankreich mit einer sehr beschränkten Dauer des Krieges und sind vorerst dementsprechend schlecht gerüstet – von Russland gar nicht zu reden.⁸³ Der Glaube an einen kurzen Krieg ist auch von einer durchaus vernünftigen, wenn auch falschen Prämisse geprägt: Man meint, Stellungskriege von langer Dauer wären „[...] zu einer Zeit unmöglich, wo die Existenz der Nation auf einen ununterbrochenen Fortgang des Handels und der Industrie begründet ist und durch eine rasche Entscheidung das zum Stillstand gebrachte Räderwerk wieder in Lauf gebracht werden muss. Eine Ermattungsstrategie lässt sich nicht treiben, wenn der Unterhalt von Millionen den Aufwand von Milliarden erfordert...“.⁸⁴

Auch Österreich-Ungarns volkswirtschaftliche Situation schließt einen langen Krieg aus.⁸⁵ Solche Überlegungen führen dazu, dass in keinem Land realistische Planungen für die Ernährung von Heer und Bevölkerung erstellt werden.⁸⁶

Österreich-Ungarn wähnt sich als besonders sicher, da es unter normalen Umständen nicht bloß in der Lage ist, den Bedarf der Habsburgermonarchie an wichtigen Lebensmitteln im Wesentlichen aus der eigenen Landwirtschaft heraus zu decken, sondern sogar Getreide und

⁷⁹ Vgl. Hardach: Der Erste Weltkrieg. S. 64.

⁸⁰ Vgl. Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 579.

⁸¹ Vgl. Kronenbitter: „Krieg im Frieden“. S. 118

⁸² Vgl. Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 75 f.

⁸³ Vgl. Hardach: Der Erste Weltkrieg. S. 86, 96 u. 101.

⁸⁴ So eine Äußerung Schlieffens nach seinem Rücktritt. Reichsarchiv (Hg.): Kriegsrüstung u. Kriegswirtschaft. 1 Bd.: Die militärische u. finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Mit Anlagen. 2 Bde. Mittler, Berlin 1930. Zit. nach: Hardach: Der Erste Weltkrieg. S. 64.

⁸⁵ Vgl. Kronenbitter: „Krieg im Frieden“. S. 118.

⁸⁶ Vgl. Hardach: Der Erste Weltkrieg. S. 122.;

Vieh exportiert. So wird auch vonseiten der Presse und der Bevölkerung der Lebensmittelversorgung während des Krieges recht sorglos entgegengeblickt.⁸⁷ Tatsächlich ergänzen sich die verschiedenen Anbaugelände Österreich-Ungarns, sodass man lediglich wenige landwirtschaftliche Rohstoffe einführen muss, etwa solche, die aufgrund klimatischer Bedingungen nicht in der Monarchie selbst angebaut werden können.⁸⁸ Allerdings müssen auch Mais, Milch, Schweine, Speisefett und Gemüse (v.a. Kartoffeln) importiert werden.⁸⁹ Dabei sind für die Nahrungs- und Futtermittelversorgung v.a. Einfuhren aus Serbien, Rumänien, Russland, Bulgarien und Italien besonders bedeutsam.⁹⁰

Was aber Brotgetreide sowie die Versorgung mit Vieh, Fleisch und anderen wichtigen tierischen Produkten betrifft, so ist die Habsburgermonarchie in normalen Jahren recht unabhängig vom Zollaussland.⁹¹ Bei Ernte- und Hektarerträgen gelingt in der Übergangszeit vom 19. zum 20. Jahrhundert eine nicht unwesentliche Steigerung.⁹²

In der Zuckererzeugung vermag die Habsburgermonarchie international zu reüssieren, hier belegt sie in der Weltproduktion die dritte Stelle hinter Russland und Deutschland. Weitere wichtige Industrien neben der Zuckerindustrie sind die Brauindustrie, die Mühlenindustrie und die Spirituserzeugung.⁹³ In den Jahren 1903-1907 weist die Nahrungsmittelindustrie durchschnittlich ein Wachstum von 3,7% pro Jahr auf.⁹⁴ Auch die zur Nahrungsmittelerzeugung notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen werden bis zum Ersten Weltkrieg zu ca. drei Viertel innerhalb Österreich-Ungarns produziert.⁹⁵ Diese Umstände verleiten viele Zeitgenossen, sich hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung im Krieg auf der sicheren Seite zu sehen, was auch in der Presse so transportiert wird.⁹⁶

Bei näherer Betrachtung erscheint die Situation jedoch weniger rosig, als sie sich auf den ersten Blick darstellt. Zwar ist es richtig, dass die Monarchie im Normalfall in der Lage ist, ihre ca. 52 Millionen Einwohner aus eigener Kraft zu versorgen, doch seit 1909 muss bei Ernteaussfällen vermehrt Getreide importiert werden, was ein Indiz dafür ist, dass die Agrarwirtschaft nicht in der Lage ist, ausreichend Reserven anzulegen. Ein Umstand, der im Falle einer schlechten Ernte im Krieg große Gefahr birgt. Auch die Hektarerträge liegen trotz der oben erwähnten Steigerung hinter jenen anderer Staaten wie etwa dem Deutschen Reich

⁸⁷ Vgl. *Breiter*, Marion: *Hinter der Front. Zum Leben der Zivilbevölkerung im Wien des Ersten Weltkrieges* (Phil. Diss. Wien 1991). S. 27 f.

⁸⁸ Vgl. *Brusatti*: *Situation*. S. 64.

⁸⁹ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: *Regelung*. S. 27.

⁹⁰ Vgl. *Dornik*: *Verwaltung*. S. 262.; *Loewenfeld-Russ*: *Regelung*. S. 34.

⁹¹ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: *Regelung*. S. 27.

⁹² Vgl. *Dinklage*, Karl: *Die landwirtschaftliche Entwicklung*. In: *Brusatti* (Hg.): *Habsburgermonarchie*, Bd. I. S. 450.

⁹³ Vgl. *Matis, Bachinger*: *Österreichs industrielle Entwicklung*. S. 207-211.

⁹⁴ Vgl. *Rudolph*: *Aspekte*. S. 243.

⁹⁵ Vgl. *Dinklage*: *Entwicklung*. S. 414.

⁹⁶ Vgl. *Breiter*: *Front*. S. 27 f.

oder denen Norwegens, wobei v.a. die Ernteerträge der ungarischen Reichshälfte zurückbleiben.⁹⁷ Mehrere Gründe sind verantwortlich: So fehlen auf der einen Seite politische und volkswirtschaftliche Impulse, der Blick über die Landesgrenzen hinaus, der neue weltwirtschaftliche und weltpolitische Perspektiven eröffnen und Zusammenhänge herstellen könnte und sich so auch positiv auf die Landwirtschaft auswirken könnte.⁹⁸

Auf der anderen Seite liegen die Probleme auch bei der Bauernschaft selbst. Zum einen zählen die Bauern in Österreich zu einer der konservativsten Bevölkerungsgruppen, die Neuerungen sehr skeptisch gegenübersteht. Fachausbildungen werden, obwohl es neben der Hochschule für Bodenkultur auch andere sehr gute Lehrstätten gibt, nur von einem kleinen Teil der Bauernschaft besucht, was auch an der hohen Analphabetenrate unter den Bauern, v.a. in Ungarn, liegt. Dies führt dazu, dass der Boden meist nach althergebrachter Weise bebaut wird. Die Großgrundbesitzer zum anderen sind weniger an einer intensiveren Bearbeitung des Bodens interessiert als daran, hohe Preise zu erzielen. Sie beherrschen die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen und betreiben sehr aktive Interessenspolitik, auch auf dem Gebiet der Außenpolitik. Das mittlere und kleine Bauerntum dagegen lebt und wirtschaftet unter sehr harten Bedingungen. Erträgliche Verhältnisse herrschen oft nur in Gebieten, wo eine Spezialkultur, wie etwa der Weinbau, betrieben wird und viele sind gezwungen, als Land- oder Forstarbeiter bei einem Großgrundbesitzer anzuheuern, um zu überleben.⁹⁹

Offensichtlich ist die Nahrungsmittelversorgung des Habsburgerreiches also nicht ganz so sicher, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Noch drastischer ist die Lage für den cisleithanischen Reichsteil der dualistischen Monarchie. Schon in Friedenszeiten ist es der österreichischen Reichshälfte nicht möglich, den Bedarf der Bevölkerung an wichtigen Lebensmitteln aus dem eigenen Bedarf zu decken.

Die Fläche der österreichischen Reichshälfte selbst umfasst ca. 30.000.793 ha, von denen ca. 5,84% unproduktiv sind. Ca. 59,17% werden landwirtschaftlich genützt, davon entfallen 35,41% der Gesamtfläche auf Ackerland, 23,76% der Gesamtfläche werden zur Gewinnung von Futter oder als Weidegelegenheit für Vieh genutzt, Gärten, Weingärten sowie Seen, Sümpfe und Teiche machen 2,4% der Gesamtfläche aus. Es lässt sich eine Einteilung in vier Hauptkulturgebiete, nämlich Sudetenländer, Karpatenländer, Alpenländer und Karstländer treffen. Die Sudetenländer umfassen Böhmen, Mähren und Schlesien, die Karpatenländer Galizien und die Bukowina, die Alpenländer Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark,

⁹⁷ Vgl. *Brusatti*: Situation. S. 64-71.

⁹⁸ Vgl. *Dinklage*: Entwicklung. S. 460 f.

⁹⁹ Vgl. *Brusatti*: Situation. S. 64 f.

Salzburg, Kärnten, Tirol und Vorarlberg und die Karstländer die Krain, Görz und Gradiska, Istrien, Triest und Gebiet sowie Dalmatien. Von diesen vier Hauptkulturgebieten weisen die Sudeten- und die Karpatenländer die größten landwirtschaftlich (v.a. als Äcker) genutzten Flächen auf.

Bei den meisten landwirtschaftlichen Betrieben handelt es sich um Zwergbetriebe (bis 2 ha) bzw. Kleinbetriebe (von 2 bis 5 ha). Großbetriebe, die einzige Betriebsart, die es schafft, wesentlich über den Eigenverbrauch der in dem Betrieb beschäftigten Arbeiter hinaus zu produzieren, sind nur in kleiner Zahl vertreten, solche, mit einer Fläche über 100 ha überhaupt marginal. An der gesamten Ackerfläche Cisleithaniens halten Großbetriebe bloß etwa ein Sechstel.

Am produktivsten ist die Landwirtschaft der Sudeten- und Karpatenländer, was sich sowohl aus den klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnissen heraus erklärt wie auch daraus, dass hier zahlreiche große Latifundien bestehen, die eine intensive Bewirtschaftung unter Heranziehung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte gestatten. Zudem sind die landwirtschaftlichen Arbeiter, die in diesen Regionen arbeiten, oftmals besser geschult und mit der modernen Betriebsweise vertraut. So werden in diesen Gebieten auch höhere Hektarerträge an Brotgetreide erzielt. Hohe Hektarerträge weist auch Niederösterreich auf.¹⁰⁰

Bloß 67,72% des Brot- und Kochmehls können in der österreichischen Reichshälfte selbst produziert werden, bei Rindern und Mais etwa besteht überhaupt ein Defizit von 70,9% bzw. 60,79%.¹⁰¹ Der größte Teil des Bedarfes wird von der ungarischen Reichshälfte gedeckt. So werden etwa 1907 Getreide, Malz, Hülsenfrüchte, Mehl, Mehlprodukte und Reis im Betrag von 535,5 Mio. Kronen von der transleithanischen in die cisleithanische Reichshälfte geliefert – dies sind 95% der Gesamtsumme, die für diese Waren aufgebracht wird. Zudem erfolgen etwa auch wesentliche Einfuhren von Schlacht- und Zuchtvieh, sonstigen tierischen Produkten und Obst und Gemüse.¹⁰² Vor allem Wien ist von den ungarischen Lebensmitteln abhängig. Der Großteil des Brotgetreides als auch des Schlachtviehs, das nach Wien geliefert wird, stammt aus Ungarn,¹⁰³ besonders aber auch Gemüse, Obst, Milch, Eier und andere Waren des „kleinen Lebensmittelverkehrs“.¹⁰⁴

Trotz der immer wiederkehrenden Separationsbestrebungen Ungarns, trotz der Schwierigkeiten, die wiederholt bei den alle 10 Jahre stattfindenden Ausgleichsverhandlungen

¹⁰⁰ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 2-11.

¹⁰¹ Diese Zahlen geben die Durchschnittswerte der Jahre 1909 bis 1913 wieder. Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 31.

¹⁰² Vgl. *Dinklage*: Entwicklung. S. 421.

¹⁰³ Vgl. *Langthaler*, Ernst: Die Großstadt und ihr Hinterland. In: *Pfoser, Weigl* (Hg.): Epizentrum. S. 233.

¹⁰⁴ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 34.

auftreten¹⁰⁵ und obwohl es sich bei Österreich-Ungarn nicht um einen einheitlichen Wirtschaftsraum handelt, macht man sich keine Sorgen. Feste Vereinbarungen hinsichtlich der Lebensmittellieferungen Ungarns an Österreich werden nicht getroffen, was letztendlich schlimme Auswirkungen auf die Bevölkerung der österreichischen Reichshälfte haben wird. Doch zu Beginn des Krieges verlässt sich diese durchaus auf die Versorgung mit Lebensmitteln durch Ungarn.¹⁰⁶

Auch in Wien, wo man vor dem Krieg einen reibungslosen Fluss von Nahrungsmitteln – neben Ungarn liefert auch Niederösterreich beträchtliche Mengen, etwas geringere aber doch nennenswerte Nahrungsmittellieferungen erfolgen zudem aus den Sudeten- und Karpatenländern – in die Reichshauptstadt gewöhnt ist,¹⁰⁷ ist die Nahrungsmittelversorgung der Stadt vorerst kein Thema.¹⁰⁸ Bald schon soll das Hauptaugenmerk der Stadtregierung auf der Versorgung Wiens mit Lebensmitteln liegen, doch noch zu Beginn des Krieges verkündet man stolz, durch tatkräftige Intervention einen ausreichenden Vorrat an Lebensmitteln für die Wiener Bevölkerung gesichert zu haben.¹⁰⁹

Manchen allerdings ist die potentiell prekäre Lage Wiens durchaus bewusst. Die Wiener Handels- und Gewerbekammer schlägt im Laufe der Balkankrise bereits im Dezember 1912 vor, die Lebensmittelversorgung Wiens für den Fall eines Krieges vor auszuplanen. Allerdings wird erst im Jahr 1914 die „Kommission für wirtschaftliche Mobilisierungsangelegenheiten“ ins Leben gerufen. Die Handels- und Gewerbekammern Österreichs sollen Grundlagen für einen „wirtschaftlichen Mobilisierungsplan“ einreichen, auch das Kriegsministerium ist mit der Agenda befasst.¹¹⁰ Die Erhebung der Daten über den Versorgungsbedarf, von den zivilen Stellen durchgeführt, ist auch für das Kriegsministerium von Bedeutung, da man weiß, dass man im Falle einer Mobilisierung bedeutende Mengen ziviler Lebensmittelbestände beschlagnahmen muss, um eine Million Verpflegsportionen bereitstellen zu können. Als der sehr zeitaufwendige Arbeitsauftrag nicht rechtzeitig erledigt werden kann, regt das Kriegsministerium eine Verlängerung auf Ende Oktober 1914 an. Auch der außenpolitische Teil des wirtschaftlichen Mobilisierungsplans wird nicht, wie angesetzt, Beginn Juli 1914

¹⁰⁵ Vgl. *Paulinyi*: Wirtschaftspolitik. S. 567-593.

¹⁰⁶ Vgl. *Breiter*: Front. S. 28.

¹⁰⁷ Vgl. *Langthaler*: Großstadt. S. 233 f.

¹⁰⁸ Vgl. *Pfoser, Weigl*: Pflicht. S. 29.

¹⁰⁹ Vgl. *Healy, Maureen*: Am Pranger. Auf der Suche nach dem Schuldigen. In: *Pfoser, Weigl* (Hg.): Epizentrum. S. 191.

¹¹⁰ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Volksernährung. S. 286-318.

fertig.¹¹¹ Vor dem Krieg Vorkehrungen gegen eine Nahrungsmittelknappheit zu treffen, gelingt somit nicht.¹¹²

Die Situation Badens vor dem Ersten Weltkrieg

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wird Baden von Kaiser Franz II./I. zur Sommerresidenz erkoren. Dies bringt auch andere Leute von Rang und Namen nach Baden, vom Geburts- und Geldadel über das reiche Bürgertum bis zur Kunstwelt der Monarchie, was auch Investitionen und den Ausbau Kurstadt nach sich zieht. Zwar geht die Ära als „Kaiserstadt“ mit dem Tod Kaiser Franz´ zu Ende.¹¹³ Der Status als „Kaiserstadt“ wird Baden erst wieder ab 1917 mit der Verlegung des AOK zuteil, wobei Kaiser Karl die Stadt vorerst vorwiegend als Arbeitsplatz nützt und ab Februar 1918 aus Sicherheitsgründen mit seiner Familie auch im Kaiserhaus in Baden wohnt.¹¹⁴ Andere Mitglieder der Familie Habsburg, Adelige und Mitglieder der Führungsschicht bleiben der Stadt jedoch bis zum Ersten Weltkrieg und darüber hinaus erhalten und fungieren auch immer wieder als Protektoren über verschiedene Wohltätigkeits- und sonstige Aktionen. Enge Bindungen an Baden haben etwa Erzherzog Friedrich, der im Ersten Weltkrieg das Armeeoberkommando übernimmt,¹¹⁵ seine Frau Isabelle und seine Brüder Erzherzog Eugen, ab Dezember 1914 Kommandant der Balkanstreitkräfte,¹¹⁶ und Karl Stefan. Die Weilburg, mit Erzherzog Friedrich als Besitzer, die Eugen-Villa, welche Erzherzog Eugen 1894 nach dem Tod Erzherzog Wilhelms erbt, und die Rainer-Villa, welche von Erzherzog Karl Stefan nach dem Tod des Ehepaars Erzherzog Rainer (1913) und Marie Karoline (1915) bezogen wird, bilden „Nebenhöfe“ zum Kaiserhaus.¹¹⁷

Während des gesamten 19. Jahrhunderts werden Anstalten getroffen, Baden zum Weltkurort auszubauen. Zudem wächst Baden. Mit Gründung der Gemeinden Baden und Weikersdorf 1850 nach dem Gemeindegesetz von 1849 werden die ehemaligen Herrschaften Leesdorf und Gutenbrunn mit Baden vereinigt, wobei diese Vereinigung zunächst jedoch recht oberflächlich bleibt. Leesdorf wird separat verwaltet und hat in mancherlei Hinsicht das Nachsehen. So gelingt etwa nur sehr schwer, einen Vertreter Leesdorfs in den Gemeinderat zu entsenden, es bleibt „das Stiefkind“ Badens. Erst 1879 beschließt man die endgültige

¹¹¹ Vgl. *Kronenbitter*: „Krieg im Frieden“. S. 229-232.

¹¹² Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 59.

¹¹³ Vgl. *Wallner*: Kaiser. S. 11.

¹¹⁴ Vgl. *Mühlbach*, Getraud Maria: Das Kaiserhaus zu Baden. Franz I. und Karl I. von Österreich (Baden 2012). S. 113.

¹¹⁵ Vgl. *Rauchensteiner*: Weltkrieg. S. 157.

¹¹⁶ Vgl. Ebenda. S. 287.

¹¹⁷ Vgl. *Wallner*: Kaiser. S. 95-97 u. 140.

Verschmelzung.¹¹⁸ 1912 gelingt schließlich auch die lange hinausgezögerte Vereinigung mit Weikersdorf.¹¹⁹ Die vergrößerte Gemeinde Baden zählt zu Beginn des Ersten Weltkriegs bereits über 20.000 Einwohner.¹²⁰ Zu diesen ständigen Einwohnern kommen die Touristen der Kurstadt hinzu. Baden ist im Sommer 1914 mit durchschnittlich 14.300 Gästen, welchen zahlreiche Hotels, Pensionen und Privatquartiere zur Verfügung stehen,¹²¹ an der Spitze der Kurstädte vertreten.¹²²

Mit dem Vizebürgermeister Alois Brusatti, gleichzeitig Vorstand der Genossenschaft der Hoteliers und Fremdenbeherberger, ist die Hotellerie auch im Gemeinderat bzw. Gemeindevausschuss¹²³ prominent vertreten. Aus den Vereinigungswahlen 1912 ist der Wirtschaftsverein als großer Sieger hervorgegangen, eine Vereinigung von Altliberalen bzw. Deutschfortschrittlichen und Deutschnationalen, welcher nach der Wahl 39 von 42 Mitgliedern des Gemeindevausschusses stellt. Bürgermeister bleibt weiterhin der seit 1904 amtierende Deutschnational Dr. Franz Trenner.¹²⁴

Da zwei der nicht dem Wirtschaftsverein angehörenden Kandidaten, Anton Dellisch und Emil Grab (ein Liberaler)¹²⁵ von diesem jedoch durchaus wohlgefallen sind, übt als einzig verbliebener Christlichsozialer bloß der Landtagsabgeordnete Josef Kollmann wirkliche Oppositionspolitik aus.¹²⁶ Dieser ist allerdings ein recht starker Oppositionspolitiker, der in der Übermacht nicht untergeht. Er ist in jeder der fünf Sektionen, in die Badens Verwaltung seit der Wahl 1912 eingeteilt ist,¹²⁷ vertreten¹²⁸ und meldet sich bei beinahe jedem Thema zu Wort, auch ohne zuständiger Referent zu sein. Er versteht es durchaus, öffentlichkeitswirksam zu polemisieren, setzt jedoch in der Zeit als einziger Vertreter der Christlichsozialen im Gemeindevausschuss nicht bloß auf Opposition um ihrer selbst willen, sondern betreibt im wesentlichen Sachpolitik, bei der er so manchen Entschluss der Stadtregierung mitträgt.¹²⁹

¹¹⁸ Vgl. Ebenda. S. 56.

¹¹⁹ Vgl. *Meissner*, Hans: Josef Kollmann. (1868-1951). Bürgermeister von Baden (Baden 2000). S. 52-54.

¹²⁰ Vgl. *Maurer*, Rudolf: Baden bei Wien im Ersten Weltkrieg (Baden 2016). S. 7.

¹²¹ Vgl. Ebenda. S. 7.; *Kósa*, László: Badenleben und Kurorte in Österreich-Ungarn (o.O. 1999). S. 148.

¹²² Vgl. *Haider*, Edgard: Wien 1914. S. 223.

¹²³ Das Gremium, in welchem alle 42 gewählten Kandidaten, die Gemeindebeiräte (GB), vertreten sind, wird als Gemeindevausschuss bezeichnet. Die Gemeindebeiräte wählen aus ihrer Mitte den engeren Stadtvorstand, den Gemeinderat, dessen Vertreter zu Gemeinderäten (GR) werden. Vgl. *Meissner*: Josef Kollmann. S. 218.

¹²⁴ Vgl. *Wallner*: Kaiser. S. 145-151.

¹²⁵ Vgl. *Meissner*: Josef Kollmann. S. 47.

¹²⁶ Vgl. Ebenda. S. 64.

¹²⁷ Vgl. *Wallner*: Kaiser. S. 151. Vgl. auch BZ Nr. 20 v. 09.03.1912, S. 4.

¹²⁸ Vgl. StA B, Gemeindevausschuss-Sitzungs-Protokolle. Band IX Oe. 21.VII.1911-2.4.1912. Sign.: GB/3b/18. S. 293-296. Die Einteilung in diese Sektionen erfolgt in vollkommen zwangsloser Form ohne Einleitung einer Abstimmung. Die Gemeindebeiräte haben auch die Möglichkeit, sich im Nachhinein in die Sektionen eintragen zu lassen.

¹²⁹ Vgl. *Meissner*: Josef Kollmann. S. 56-59.

Die Sozialdemokraten schaffen es nicht in den Gemeindevorstand. Vor dem Ersten Weltkrieg werden auch in Baden Industriebetriebe errichtet, wobei v.a. Leersdorf zum „Industrieviertel“ der Stadt wird, und auch in Baden werden Arbeitskämpfe und Lohnbewegungen geführt.¹³⁰ Doch dem Einzug in den Gemeindevorstand wirkt einerseits die verzerrende Wahlordnung entgegen,¹³¹ und bei den Wahlen 1912 wirkt noch dazu der Wirtschaftsverein als neuer Sammelpunkt gegen sie. In der Regel erhalten die Sozialdemokraten bloß wenig über 100 Stimmen bei den Wahlen.¹³² So spielen sie in der Gemeindepolitik offiziell keine Rolle und sie finden lange Zeit auch so gut wie keine Erwähnung in den drei zur Zeit des Ersten Weltkriegs in Baden erscheinenden Zeitungen.¹³³ Anders als die Sozialdemokraten ist der Bauerstand im Gemeindevorstand verhältnismäßig zahlreich vertreten. Von den 42 Abgeordneten geben im Telefonbuch von 1912 acht an, Weingärtner zu sein.¹³⁴ Hinzu kommt der Großfuhrwerksbesitzer Franz Gehr, der ebenfalls Weingartenbesitzer ist.¹³⁵ Die anderen Berufsgruppen dagegen sind im Normalfall höchstens mit ein bis drei Angehörigen vertreten. Eine ähnliche Häufung wie bei den Bauern ergibt sich allerdings, wenn man jene Berufsgruppen (aus unterschiedlichen Sparten) zusammenzählt, die mit Lebensmittelverschleiß zu tun haben.¹³⁶ So sind es auch vorwiegend weinbautreibende bzw. lebensmittelverschleißende Gemeinderäte und -beiräte, welche im Komitee für Approvisionierungs- und Teuerungsangelegenheiten nach dessen Konstituierung 1912 tätig sind.¹³⁷ Die Einrichtung dieses Komitees ist notwendig, da Baden bereits vor dem Ersten Weltkrieg Probleme mit der Approvisionierung hat und immer wieder auf Lebensmittelteuerungen reagieren muss.

Baden ist als vorwiegend weinbautreibende Gemeinde mit bloß marginaler Produktion anderer Nahrungsmittel¹³⁸ auf Zulieferung von außen angewiesen. Lebensmittel bezieht Baden vorwiegend auf den Wiener, teilweise auf den Wiener Neustädter Märkten.¹³⁹

¹³⁰ So etwa die Firma Dr. A. Oetker (Inhaber Gustav Hornberg), eine Kristalleisfabrik, Sodawasserfabriken, u.a.m. Vgl. *Maurer*, Rudolf: Wasser, Leben, Weltkurort. Baden und die Badener. Teil 1. 1900-1914 (=Ausstellungskatalog Baden 2003). S. 138-146.

¹³¹ Vgl. *Wallner*: Kaiser. S. 146.

¹³² Vgl. *Meissner*: Kollmann. S. 37.

¹³³ Vgl. BZ, 1914-1916.; BVB, 1914-1916.; DVB 1914-1916.

¹³⁴ Vgl. StA B, Adressbuch Baden 1912.

¹³⁵ Vgl. *Meissner*: Josef Kollmann. S. 38.

¹³⁶ So sitzen im Gemeindevorstand drei Lebensmittelhändler (GR Ferdinand Hölzl, GR Moritz Laschitz, FR Moriz Rollett), zwei Hoteliers bzw. Gastwirte (Vizebürgermeister Alois Brusatti, GB, später GR, Josef Reigl) und ein Bäckermeister (Johann Mahorschitz, welcher jedoch noch vor dem Krieg verstirbt). Vgl. StA B, Adressbuch Baden 1912.

¹³⁷ Diese stellen acht der zwölf Mitglieder. Vgl. BZ Nr. 20 v. 09.03.1912, S. 4. Vgl. weiters StA B, Gemeindevorstand-Sitzungsprotokolle. Bd. IX. Oe. 21.VII.1911-2.4.1912. Vgl. außerdem StA B, Adressbuch Baden 1912.

¹³⁸ Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1914.

¹³⁹ Vgl. BZ Nr. 1 v. 03.01.1912, S. 2-4.

Dementsprechend verwundbar ist Baden gegenüber Entwicklungen von außen. So führt beispielsweise Bürgermeister Trenner Lebensmittelteuerungen im Jahr 1907 auf Missernten, eine allgemeine Aufwärtsbewegung der Löhne, auf Kartelle, vor allem aber auf „nicht entsprechende Zufuhren von auswärts“ zurück. Die Lebensmittelteuerungen zeigen schnell soziale Auswirkungen. Die Arbeiterschaft verlangt höhere Arbeitslöhne bei kürzerer Arbeitszeit, es kommt zu – meist erfolgreichen – Streiks. Die Preiserhöhungen führen auch bei den Beamten in Baden bereits 1907 zu einer Maßnahme, die während des Krieges immer wieder ergriffen werden muss: der Unterstützung durch Teuerungsbeiträge. Doch nicht bloß die Beamtenschaft wird empfindlich von der Teuerung getroffen, vor allem auch Gewerbetreibende, auf deren Leistungen man in Phasen der Teuerung verzichten kann, haben besonders unter den Teuerungen zu leiden.¹⁴⁰ Um den immer wiederkehrenden Problemen bei der Lebensmittelversorgung zu begegnen, werden von der Stadtregierung verschiedene Wege angedacht, wie die Approvisionierung der Stadt verbessert werden könnte. Die Überlegungen drehen sich dabei einerseits darum, wie man die Eigenproduktion der Stadt fördern könnte. Andererseits überlegt man, wie die Zufuhr von außen effizienter und vor allem vom kostspieligen Zwischenhandel unabhängiger gestaltet werden könnte. So wird hinsichtlich der Eigenproduktion etwa 1907 die Errichtung eines Schlachthauses zusammen mit den Nachbargemeinden angedacht,¹⁴¹ und auch der Antrag Kollmanns 1912, Gemüsegärtnereien in Baden anzulegen, zielt darauf ab, durch Eigenproduktion vom teuren Import unabhängiger zu werden.¹⁴² Mehr noch wird jedoch die Verbesserung der Versorgung von außen her angestrebt. Zur Hebung der Zufuhr nach Baden wird die Einführung von Approvisionierungszügen zwischen Baden und Wien – worüber auch Verhandlungen mit den Wiener Lokalbahnen geführt werden –, die Herabsetzung der Frachttarife auf den Bahnen sowie die Ermöglichung, dass die aus Italien kommenden, für Baden bestimmten mit Gemüse beladenen Approvisionierungswaggons schon auf dem Badener Frachtbahnhof abgekoppelt werden können (wodurch sie nicht erst nach Wien und von dort aus wieder nach Baden zurückgeschickt werden müssten), gefordert. Vor allem aber die Vermehrung und Verbesserung der Bahnverbindungen mit den produzierenden Ländern und Landesteilen wird angestrebt.¹⁴³ Durch eine „Wienerwaldbahn“ will man eine direkte Bahnverbindung nach Ungarn – das heutige Burgenland – schaffen. Bis 1914 werden verschiedene

¹⁴⁰ Vgl. StA B, GB/331/1907. Die Teuerung ist auch ein maßgeblicher Grund dafür, dass die Christlichsozialen 1912 alle Mandate bis auf jenes Kollmanns verlieren. Vgl. *Meissner*: Josef Kollmann. S. 48.

¹⁴¹ Vgl. StA B, GB/331/1908.

¹⁴² Vgl. StA B, GB/3b/19, Gemeindeausschuss-Sitzungs-Protokoll X. Bd. X Oe. 4.IV.1912-1.VIII.1912.

¹⁴³ Vgl. StA B, GB/331/1907.

Trassenführungen ausgearbeitet.¹⁴⁴ Auch bei diesen Projekten erfolgt eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, etwa Mödling. Wie sehr das Thema des Bahnausbaues zur besseren Approvisionierung der Stadt die Badener Bevölkerung bewegt, kann vielleicht auch daran ermessen werden, dass die Bahnverbindung in Richtung Ungarn vom Wirtschaftsverein während des Wahlkampfs 1912 als besonders bedeutsam hervorgehoben wird. Es eignet sich in dieser Zeit des Nationalismus natürlich auch zur Agitation. So gibt es dem deutschnationalen Reichsratsabgeordneten Schürff, der das Bahnprojekt unterstützt, Gelegenheit zu harter Kritik am polnischen Finanzminister, der sich in erster Linie die wirtschaftliche Hebung Galiziens zur Aufgabe gemacht, „*unser Viertel*“ dagegen vollständig vernachlässigt habe.¹⁴⁵ Dieser Stimmungsmache zum Trotz ist jedoch nicht die beklagte Benachteiligung Badens der Grund, dass keines der Bahnprojekte letztendlich umgesetzt wird. Während die Diskussionen um die neue Bahnstrecke noch laufen, bricht der Krieg aus.¹⁴⁶

1914

Die ersten Kriegswochen

Lange schon hat man mit einem Krieg gerechnet und so geht man natürlich nicht gänzlich unvorbereitet hinein. Teilweise noch vor der offiziellen Kriegserklärung¹⁴⁷ treten das Kriegsleistungsgesetz¹⁴⁸ sowie schon lange vorbereitete Ausnahmeverfügungen in Kraft, durch die dem Staat diktatorische Rechte zukommen und die die Grundrechte der Bevölkerung weitgehend einschränken.¹⁴⁹ Von den öffentlichen Instanzen sowie auch der Bevölkerung innerhalb der österreichischen Reichshälfte gibt es kaum Widerstand gegen die weitreichenden diktatorischen Maßnahmen.¹⁵⁰ In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht

¹⁴⁴ Vgl. Maurer: Wasser. S. 103. Vgl. auch BZ Nr. 1 v. 03.01.1912, S. 2-4.

¹⁴⁵ Vgl. BZ Nr. 1 v. 03.01.1912, S. 2-4.

¹⁴⁶ Vgl. Maurer: Wasser. S. 103.

¹⁴⁷ Vgl. Scheer, Tamara: Die Ringstraßenfront. Österreich-Ungarn, das Kriegsüberwachungsamt und der Ausnahmezustand während des Ersten Weltkrieges (=Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums, hg. durch die Republik Österreich, den Bundesminister für Landesverteidigung und Sport und das Heeresgeschichtliche Museum, Bd. 15, Wien 2010). S. 109.

¹⁴⁸ Vgl. Grandner: Gewerkschaftspolitik. S. 54.

¹⁴⁹ Vgl. Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 150-155.

¹⁵⁰ Vgl. Vgl. Meier, Heinz: Die österreichischen Christlichsozialen während des Ersten Weltkrieges (Diss. Univ. Wien 1967). S. 20.; Schönner, Johannes: Die Geschichte einer Flucht nach vorne. In: Mesner, Maria, Robert Kriechbaumer, Michaela Maider u. Helmut Wohnaut (Hg.): Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn. (Wien/ Köln/ Weimar 2014). S. 33 f.; Musner, Lutz: Waren alle nur Schlafwandler?. In: Mesner, Kriechbaumer [u.a.] (Hg.): Parteien. S. 64.; Maderthaner, Wolfgang: Der Kongress fand nicht statt. Arbeiterbewegung und Krieg (1). In: Pfoser, Weigl (Hg.): Epizentrum. S. 49.;

Euphorie über den Kriegsbeginn.¹⁵¹ Die Badener und Badenerinnen, die so viele Lebensmittel an die durchfahrenden Soldaten spenden, dass sie in ihrem Enthusiasmus eingeschränkt werden müssen, bilden hier keine Ausnahme.¹⁵²

Man wird jedoch auch schnell mit den negativen Seiten des Kriegs konfrontiert. Sogleich mit Kriegsbeginn setzt eine große Teuerung ein. Es kommt zu einem Ansturm auf die Geschäfte, Hamsterkäufen und langen Warteschlangen, um noch Lebensmittel erwerben zu können.¹⁵³ Die Regierung muss bereits am 1. August eine Notverordnung über die „Bestimmungen über die Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen“ erlassen. Sie erstellt hiermit neue Straftatbestände, denn bis dahin richteten sich Vorschriften gegen Wucher bloß gegen die Ausbeutung der individuellen Notlage eines Einzelnen.¹⁵⁴ Diese Notverordnung bildet außerdem die Grundlage für Vorratsaufnahmen.¹⁵⁵

Im mit Teuerungsproblemen wohlvertrauten Baden beschließt man bereits vor dem offiziellen Kriegsbeginn, eine Sitzung der Approvisionierungssektion unter Teilnahme der lebensmittelverschleißenden Genossenschaften abzuhalten. Doch noch bevor diese Sitzung zwei Tage später stattfindet, laufen bei der Approvisionierungssektion und der k. k. Bezirkshauptmannschaft Baden Beschwerden über enorme Preissteigerungen ein.¹⁵⁶ Bereits diese ersten Teuerungen führen zu einem Protestzug von Erwachsenen und Halbwüchsigen zu einer Badener Mühle, wo sie ihrem Unmut mit Steinwürfen und derben Sprüchen Luft machen.¹⁵⁷ Mehrere Maßnahmen sollen gegen die Teuerung wirken, bis sich die Lage nach dem Aufmarsch wieder beruhigt: die Bevölkerung soll keine Vorauseinkäufe tätigen, die Kaufleute keine zu großen Warenmengen abgeben und bei jedem Verkaufsstand sollen die Preise ausgeschrieben werden. Zudem beschließt man, sich der Aktion der Gemeinde Wien wegen der Herabsetzung des Zolls anzuschließen.¹⁵⁸ Auf Statthaltereierlass hin werden außerdem Höchsttarife über die wichtigsten Alltagsartikel verhängt. Gleichzeitig kommt man den Verkäufern auf dem Markt durch die Aufstellung von Hütten und die Sistierung der Standgebühren entgegen.

¹⁵¹ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 177.

¹⁵² Vgl. BZ Nr. 64 v. 12.08.1914. S. 3.

¹⁵³ Vgl. *Breiter*: Front. S. 72f.

¹⁵⁴ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 90.

¹⁵⁵ Vgl. *Breiter*: Front. S. 29.

¹⁵⁶ Vgl. BZ Nr. 61 v. 01.08.1914, S. 2 u. 3.; BVB Nr. 31 v. 01.08.1914, S. 4 u. 5.; DVB Nr. 31 v. 01.08.1914, S. 3 u. 4.

¹⁵⁷ Vgl. *Stekl*, Hannes: Euphorie und Ernüchterung, Wohlstand und Mangel – Bürgerliche Familien im Kriegsalltag. In: *Loinig*, Elisabeth (Hg.): Fern der Front – Mitten im Krieg. 1914-1918. Alltagsleben im Hinterland. Die Vorträge des 34. Symposions des NÖ. Instituts für Landeskunde gemeinsam mit dem Institut für Geschichte des ländlichen Raumes. Schallaburg, 30. Juni bis 2. Juli 2014 (=NÖ Institut für Landeskunde, hg. v. Elisabeth Loinig u. Reinelda Motz-Linhart Bd. 60, St. Pölten 2016). S. 236.

¹⁵⁸ Vgl. BZ Nr. 61 v. 01.08.1914, S. 2 u. 3.; BVB Nr. 31 v. 01.08.1914, S. 4 u. 5.; DVB Nr. 31 v. 01.08.1914, S. 3 u. 4.

So tritt kurzfristig Entspannung auf Badens Märkten ein,¹⁵⁹ doch die Freude darüber währt nicht lange. Bald darauf berichtet die BZ über den „neuesten Wahnwitz“, Silbergeld zu vergraben und veröffentlicht ein Schreiben des Bezirkshauptmanns Hans Ritter von Galatti gegen den Lebensmittelwucher.¹⁶⁰ In der Folge berichten die Zeitungen über exemplarische Bestrafungen für Vergehen beim Lebensmittelverkauf.¹⁶¹

Problematisch hierbei ist aber, dass sich Profiteure zwar die Situation zunutze machen, die Teuerungen aber nicht bloß im Wucher begründet liegen. Die verschwenderischen Lebensmitteleinkäufe der Heeresverwaltung am freien Lebensmittelmarkt haben große Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise,¹⁶² ebenso wie andere Faktoren. So wird auch bei der Sitzung der Approvisionierungssektion vonseiten der Genossenschaftsvertreter über die gestiegenen Preise am Wiener Markt, von dem Baden abhängig ist, vor allem aber über die Schwierigkeiten beim Warenbezug aufgrund der Transportmittelsituation berichtet.¹⁶³

Alle Züge haben dem Aufmarsch zu dienen.¹⁶⁴ Die Transportmittelsituation, aufgrund derer auch schon bereitstehende Waren oftmals nicht mehr transportiert werden können, bleibt ein wunder Punkt der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkriegs.¹⁶⁵ Zwar werden auch während des Aufmarschs teilweise Approvisionierungsdienste eingerichtet, aber auch damit ist nur ein kleiner Teil der Probleme beseitigt. Die Approvisionierung Badens wird zwar durch das Weiterverkehren von zwei Zügen auf der Strecke Wien-Triest/ Triest-Wien gesichert.¹⁶⁶ Doch abseits des Approvisionierungsdienstes übernimmt die Südbahn keine Warentransporte mehr für Baden. Indirekt ist die Stadt auch durch die Sperre anderer Bahnlinien betroffen, da die Händler, bei welchen die Badener ihre Waren beziehen, selbst keine oder bloß eingeschränkte Lieferungen erhalten.¹⁶⁷ Der Personenverkehr und damit die Möglichkeit, den Wiener bzw. den Wiener Neustädter Markt mit dem Zug zu erreichen, ist ebenfalls stark beschnitten. Die Züge von Wien in Richtung Vöslau werden von täglich 43 auf sechs reduziert, die Züge in Richtung Wien, die auch in Baden Halt machen, von 44 auf fünf.

¹⁵⁹ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 215-220.

¹⁶⁰ Vgl. BZ Nr. 62 v. 05.08.1914, S. 3 u. 5. und BZ Nr. 63 v. 08.08.1914, S. 5.

¹⁶¹ Vgl. BZ Nr. 65 v. 15.08.1914, S. 6. und DVB Nr. 33 v. 15.08.1914, S. 7.

¹⁶² Vgl. *Breiter*: Front. S. 52 f. Landwirtschaft und Heereslieferanten profitieren von Beginn an stark von den Preiserhöhungen.; *Grandner*: Gewerkschaft. S. 82.

¹⁶³ Vgl. BZ Nr. 61 v. 01.08.1914, S. 2 u. 3; BVB Nr. 31 v. 01.08.1914, S. 4 u. 5;

¹⁶⁴ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 47.

¹⁶⁵ Vgl. *Schmied-Kowarzik*, Anatol: Die wirtschaftliche Erschöpfung. In: *Rumpler*, Helmut (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. XI. Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. 1. Tb. Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas. Teil 1. Vom Balkankonflikt zum Weltkrieg (= Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. XI/1/1, hg. v. Helmut Rumpler). S. 521-528.

¹⁶⁶ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 217 u. 218.

¹⁶⁷ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/ 1914-1919 Viehfutter Transportpferde.

Nach Wiener Neustadt gehen nur noch zwei Züge.¹⁶⁸ Ab Mitte August verkehren wieder mehr Züge, aber bloß „bedingungsweise“.¹⁶⁹ Bei Ansuchen um die Beförderung von Approvisionierungsgütern wird man mit dem Amtsdschungel konfrontiert,¹⁷⁰ der für die Zeit des Ersten Weltkrieges charakteristisch wird.¹⁷¹

Zur Inanspruchnahme der Bahnlinien kommen die Pferde- und Transportmittelrequisierungen. Zwar soll bei der Transportmittelbeistellung auf die unumgänglichsten Bedürfnisse der Landwirtschaft und der Approvisionierungsbetriebe Rücksicht genommen werden,¹⁷² doch lässt beispielsweise der Einzug von elf der 14 Pferde der Badener Eis- und Sodawasserfabrik die Dimensionen der Requirierungen vielleicht etwas erahnen. Dadurch wird nicht bloß der Warenbezug, sondern auch die Warenauslieferung erschwert.¹⁷³

Inwieweit allerdings die äußeren Umstände im Krieg für die Teuerungen und später auch den Lebensmittelmangel verantwortlich sind, oder doch das Profitstreben einzelner, wird zu einem sich durch den Krieg ziehenden Streitthema. In Baden sind vor allem die Zeitungsberichte stark von den politischen Positionen und Interessen gefärbt. Das christlichsoziale BVB macht beispielsweise für die „Verwirrung“ eher die „Hast des Publikums, sich mit Lebensmitteln einzudecken“ verantwortlich und verliert außerhalb des beinahe wörtlich wiedergegebenen Protokolls der Approvisionierungssektionssitzung kein Wort über die Auswüchse auf dem Grünen Markt, die in der Gemeindeausschusssitzung am 1. August 1914 moniert werden.¹⁷⁴ Schadenfroh gibt man sich dafür gegenüber dem Konsumentenverein, der „vollkommen versagt“ habe. Der Wiener Konsumverein habe die Lieferungen an Baden eingestellt und der Wiener Arbeiter-Konsumverein habe zu den ersten gehört, die mit Preissteigerungen begonnen hätten.¹⁷⁵ Im Gegensatz dazu befindet der DVB „Selbsthilfe der Käufer“ gegenüber wucherischen Händlern für berechtigt, selbst wenn sie gegen das Strafgesetz verstoße. Die höheren Kosten und Erschwernisse beim Warenbezug aufgrund des Kriegsbeginns lässt der DVB nicht gelten, denn die Approvisionierung der Truppen würde beinahe ohne Einfluss auf den allgemeinen Warenverkehr erfolgen, so die Meinung des DVB. Argumente der

¹⁶⁸ Vgl. BZ Nr. 63 v. 08.08.1914, S. 5.

¹⁶⁹ Vgl. BZ Nr. 65 v. 15.08.1914, S. 6. Der Kurtourismus kann jedoch aufrechterhalten werden. Die Kurgäste steigen einstweilen auf die Badner Bahn um, sodass in Baden weiterhin „reges Leben“ herrscht. Vgl. BZ Nr. 63 v. 08.08.1914, S. 4 u. 5. Ab September stehen die wichtigsten Bahnen dem zivilen Verkehr wieder regelmäßig zur Verfügung. Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 83.

¹⁷⁰ Vgl. DVB Nr. 35 v. 29.08.1914, S. 5.

¹⁷¹ Vgl. *Hanisch*, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Wien 2005). S. 202.

¹⁷² Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1914.

¹⁷³ Vgl. BZ Nr. 62 v. 05.08.1914, S. 4.

¹⁷⁴ Vgl. BVB Nr. 31 v. 01.08.1914, S. 3 u. 4. und StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 215-220.

¹⁷⁵ Vgl. BVB Nr. 31 v. 01.08.1914, S. 7.

Genossenschaftsvertreter in der Sitzung, die die Schwierigkeiten der Händler untermauern, werden im DVB nicht wiedergegeben.¹⁷⁶ Bei der BZ wird nach anfangs neutraler Berichterstattung eine Wendung zum Konsumenten hin sichtbar.¹⁷⁷ Als die BZ die Vorgänge auf dem Grünen Markt kritisiert,¹⁷⁸ entbrennt ein „Zeitungskrieg“ zwischen den Badener Blättern, bei dem sich die BZ als „unabhängiges Blatt“ als Vertreter der Konsumenten deklariert, den DVB¹⁷⁹ aber als Organ der Deutschnationalen, des Bürgermeisters (den die BZ schon die längste Zeit vehement angreift)¹⁸⁰ und der Wirtschaftspartei und das BVB als das Organ der Christlichsozialen, die bei der nächsten Gemeinderatswahl auf die ca. 130 Stimmen des Grünen Marktes angewiesen seien.¹⁸¹

In der Stadtpolitik selbst geht es etwas gemäßiger zu. Für die Zeit des Krieges versucht man den „Burgfrieden“ zu wahren.¹⁸² Zwar ist man teilweise über die Ausmaße und die Gründe für die Preissteigerungen uneins und auch der händlerfreundliche Josef Kollmann übt gewissermaßen sanfte Opposition, wenn er die Bildung eines Approvisionierungskomitees ablehnt, da man ohnehin eine Approvisionierungssektion habe. Den Maßnahmen, die zur Normalisierung der Preise getroffen werden sollen, stimmt er jedoch zu.¹⁸³

Die Gemeinde versucht auch, der misslichen Lage durch den Ankauf von Mehl „als eiserne Reserve“ entgegenzuwirken. U.a. befindet man sich mit der Kommune Wien hinsichtlich des Einkaufs von Getreide und Gemüse in Verhandlungen.¹⁸⁴ Bereits Ende August werden die erworbenen Lebensmittel über den Handel abgegeben.¹⁸⁵

Neben der Beanspruchung der Bahn wird die Lebensmittelversorgung im Krieg auch besonders durch die Einberufung der Landwirtschaft Treibenden – gerade in der Zeit der Ernte – getroffen.¹⁸⁶ Um die Ernte einfahren zu können, müssen die verschiedensten Maßnahmen getroffen werden. In Baden werden die nicht einberufenen Weinbauern

¹⁷⁶ Vgl. DVB Nr. 31 v. 01.08.1914, S. 3 u. 4.

¹⁷⁷ Vgl. BZ Nr. 61 v. 01.08.1914 – BZ Nr. 64 v. 12.08.1914.

¹⁷⁸ Vgl. BZ Nr. 66 v. 19.08.1914, S. 6.

¹⁷⁹ Der DVB zieht zwar in den meisten Fällen, teilweise sogar in ziemlich harscher Weise, gegen den Wucher ins Feld, zu diesem Thema jedoch veröffentlicht er anonyme Leserbriefe, in denen den Berichten der BZ widersprochen wird. Vgl. DVB Nr. 34 v. 22.08.1914, S. 6.

¹⁸⁰ Vgl. *Wallner*: Kaiser. S. 148.

¹⁸¹ Vgl. DVB Nr. 34 v. 22.08.1914, S. 5 u. 6. sowie BZ Nr. 69 v. 29.08.1914, S. 5.

¹⁸² Vgl. *Meissner*: Josef Kollmann. S. 74.

¹⁸³ Vgl. BVB Nr. 31 v. 01.08.1914, S. 4 u. 5. Es ist jedoch schon länger Praxis, dass Kollmann sowie auch die Gegenseite ihre jeweiligen Parteizeitungen als Sprachrohr nutzen. Vgl. *Meissner*: Josef Kollmann. S. 59. Die Beibehaltung dieser Praxis relativiert den „Badener Burgfrieden“ während des Ersten Weltkriegs ein wenig.

¹⁸⁴ Vgl. BZ Nr. 68 v. 26.08.1914, S. 3.

¹⁸⁵ Vgl. DVB Nr. 35 v. 29.08.1914, S. 4.

¹⁸⁶ Vgl. *Broadberry*, Stephen u. *Mark Harrison*: The economics of World War I: an overview. In: *Broadberry*, Stephen u. *Mark Harrison* (Hg.): The Economics of World War I (Cambridge 2005). S. 18 f. Vgl. außerdem *Redlich*, Josef: Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkrieg (= Wirtschafts- u. Sozialgeschichte des Weltkrieges, österreichische und ungarische Serie. Hg. v. Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Wien/New Haven 1925). S. 132 f.

aufgerufen, die Weinbauarbeiten für die Einberufenen mit zu übernehmen.¹⁸⁷ Schließlich müssen manche der Männer enthoben werden, damit die Erntearbeiten fertiggestellt werden können. Auch die in den Landsturmdienst eingerückten Badener Weingärtner werden zeitweise beurlaubt.¹⁸⁸

Zudem versucht man, bei der Arbeitslosigkeit in den Städten und dem Arbeitskräftemangel bei den landwirtschaftlichen Arbeiten einen Ausgleich zu schaffen. Durch die Stilllegung bzw. Einschränkung von Betrieben kommt es zu Kriegsbeginn zur Entlassung von 221.677 Arbeitern. Frei gewordene Arbeitskräfte sollen nun in der Landwirtschaft unterkommen. Zu diesem Zweck wird ein zentrales Arbeitsnachweissystem für Wien und Niederösterreich installiert. Auf dem flachen Land wird die Bildung von Erntekommissionen angeordnet, deren Bezirksstellen die Arbeitsvermittlung übernehmen sollen.¹⁸⁹ Die Erntekommissionen in den einzelnen Gemeinden sollen gegenseitige Hilfestellung bei den Anbau- und Erntearbeiten leisten und für Arbeitskräfte und Betriebsmittel sorgen.¹⁹⁰

Wie zu erwarten, sind die ganze Kriegszeit hindurch in der Badener Erntekommission, die im Laufe der Jahre erweitert wird, die Weinbauer prominent vertreten, wobei diese mit Ausnahme der Obmänner der beiden Weinbauvereine, durchwegs auch Gemeindeausschuss-Mitglieder sind. Der Großgrundbesitzer Freiherr Heinrich von Doblhoff-Dier, bzw. dessen Stellvertreter, und der Verwalter der Gründe des Stifts Melk in Baden, Altmann Pichler, werden ebenfalls als landwirtschaftliche Experten in der Erntekommission eingesetzt. 1918 kommt außerdem Thomas Hofer, der Direktor des Bauamts, das im Laufe des Krieges immer mehr Lebensmittelagenden übernimmt, als Mitglied hinzu. Der Bürgermeister steht der Erntekommission vor.¹⁹¹ Auch bei den Sitzungen der Erntekommission werden die Einberufungen im Laufe des Krieges hinsichtlich der Beschlussfähigkeit zum Problem.¹⁹²

Jede helfende Hand wird für die Feldarbeiten gebraucht.¹⁹³ Auch Kinder und Schulen werden für Feldbau und Nahrungsmittelgewinnung mobilisiert. Dies wird umso intensiver, umso länger der Krieg dauert. Je weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, desto mehr Arbeiten werden für Kinder als geeignet befunden.¹⁹⁴ In Baden ergeht am 5. August 1914 in der BZ ein „Aufruf an die Mittelschuljugend in Baden und Umgebung“, bei den landwirtschaftlichen

¹⁸⁷ Vgl. BZ Nr. 63 v. 08.08.1914. S. 5.

¹⁸⁸ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 321.

¹⁸⁹ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 69-71.

¹⁹⁰ Vgl. *Breiter*: Front. S. 36.

¹⁹¹ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 1 u. 3. sowie StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

¹⁹² Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

¹⁹³ Vgl. *Breiter*: Front. S. 36-38.

¹⁹⁴ Vgl. *Healy*, Maureen: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total War and Everyday Life in World War I (Cambridge 2004). S. 241f.

Arbeiten mitzuhelfen.¹⁹⁵ Auch die Haushaltungsschulen und das Mädchenlyzeum werden in die Lebensmittelproduktion in der Stadt eingebunden.¹⁹⁶

So zeichnet sich bereits in den ersten Kriegstagen die Einbeziehung der Zivilbevölkerung ab, die mit der Zeit immer immer unerlässlicher wird. Die Bevölkerung wird schließlich „total“ in den Dienst des Krieges gestellt werden.¹⁹⁷ Auch dabei, die Versorgung irgendwie aufrecht zu erhalten, ist man in zunehmendem Maße auf freiwillige Mithilfe angewiesen. Die privaten, meist bürgerlichen Hilfsaktionen,¹⁹⁸ die diese Aufgabe meist übernehmen, stehen oft im Einvernehmen mit dem staatlichen Kriegsfürsorgeamt, und tragen zum propagandistisch unterstützten Aufbau einer „Heimatfront“ mit bei.¹⁹⁹ Vor dem Krieg oftmals konkurrierende Frauenbewegungen sammeln sich unter dem Dach der „Frauenhilfsaktion im Krieg“. Das Bild der „durch den Krieg vereinten Schwesternschaft“ erweist sich zwar als Chimäre, da die Grenzen zwischen verschiedenen Schichten und Interessensgruppen durchaus nicht aufgehoben werden und auch nur ein kleiner Teil der Frauen in Hilfsaktionen organisiert ist. Doch zweifellos leisten die „Frauenhilfsaktion“ wie auch andere Hilfsorganisationen wertvolle Dienste für ihre Mitmenschen.²⁰⁰

In Baden werden die Frauen bereits am 1. August 1914 aufgerufen, in der „Frauenhilfsaktion im Krieg“ mitzuwirken.²⁰¹ Neben der Frauenhilfsaktion leisten weitere Vereine wie der Christliche Frauenbund Baden²⁰² oder der Israelitische Frauenwohltätigkeitsverein²⁰³ wohlthätige Arbeit. Die verschiedenen Vereine werden von der Bevölkerung (v.a. zu Beginn des Krieges) durch zahlreiche Spenden – teils Geld-, teils Sachspenden – unterstützt.²⁰⁴ Die „Frauenhilfsaktion“ bildet sich auf Basis bereits bestehender Vereinsstrukturen.²⁰⁵ Sie wird

¹⁹⁵ Vgl. BZ Nr. 62 v. 05.08.1914, S. 2.

¹⁹⁶ Vgl. BZ Nr. 69 v. 29.08.1914, S. 4.

¹⁹⁷ Vgl. *Schmidl*, Erwin A.: Die Totalisierung des Krieges. In: *Rumpler* (Hg.): Habsburgermonarchie, Bd. XI/1/1. S. 390.

¹⁹⁸ Vgl. *Lappin-Eppel*, Eleonore: Zwischen Fremdheit und Zugehörigkeit: Das Bild jüdischer Kriegsflüchtlinge im Spiegel der Wiener jüdischen Presse. In: *Loinig* (Hg.): Front. S. 215.

¹⁹⁹ Vgl. *Stekl*: Euphorie. S. 229.

²⁰⁰ Vgl. *Healy*, Maureen: Vienna Falling: Total War and Everyday Life, 1914-1918. (Diss. Chicago/ Illinois 2000). S. 196-210. Die sozialdemokratischen Frauen, die sich in der Frauenhilfsaktion engagieren, befinden sich in einem Zwiespalt. Durch ihre Teilnahme wollen sie gewährleisten, dass die Frauenhilfsaktion nicht zu einer „Charity-Veranstaltung“ von Frauen aus der Oberschicht für Unterschicht-Frauen wird. Ihre Wählerschaft ist von der Aktion jedoch nicht überzeugt. V.a. fürchten auch die Männer der Arbeiterschicht, dass Hilfe von der Frauenhilfsaktion anzunehmen, bedeuten könnte, eine Wohlfahrtseinrichtung anzunehmen, was den Verlust des Wahlrechts bedeuten würde.

²⁰¹ Vgl. BZ Nr. 61 v. 01.08.1914, S. 7.

²⁰² Vgl. BVB Nr. 47 v. 21.11.1914, S. 1.

²⁰³ Vgl. BZ Nr. 101 v. 19.12.1914, S. 5.

²⁰⁴ Vgl. BZ Nr. 62 v. 05.08.1914, S. 4.

²⁰⁵ Vgl. *Barth-Scalmani*, Gunda u. Gertrud *Margesin*: Frauen in der Landwirtschaft während des Ersten Weltkriegs: Annäherung an einen blinden Fleck der Weltkriegshistoriografie aus regionaler Perspektive. In: *Karner, Lesiak* (Hg.): Erster Weltkrieg. S. 286.

von der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs (ROHÖ)²⁰⁶ Ortsgruppe Baden und dem Verein Schulküche²⁰⁷ ins Leben gerufen.²⁰⁸ Aus ihr geht die „Kinderfürsorge in Baden“ hervor.²⁰⁹ Die kooperierenden Vereine sind eng verwoben und teilen auch teilweise dasselbe Personal.²¹⁰

Lebensmittelagenden stehen von Beginn an auf dem Plan der Badener Frauenhilfsaktion.²¹¹ Sie gibt Freimarken für wichtige Lebensmittel aus und besorgt den Labedienst für die durchfahrenden Soldaten, vor allem aber die Schaffung von Freitischen beschäftigt die Frauenhilfsaktion, die es sich auch zur Aufgabe stellt, den Frauen der Mobilisierten Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit zu verschaffen und diesen durch die Versorgung ihrer Kinder mehr Raum zu geben. Die Hilfsbereitschaft zu Kriegsbeginn ist sehr hoch. So kommt etwa den 40 Kindern, die diese Dienste zu Kriegsbeginn benötigen, sogleich ein Angebot von 70 Freitischen zu, wobei sich hier zumeist neben bürgerlichen und adeligen Privatpersonen die Hotellerie Badens engagiert.²¹² Von der Gemeinde erhält die Frauenhilfsaktion aktive Unterstützung, etwa Subventionen und die Zur-Verfügung-Stellung von Materialien.²¹³ Manche Gemeindepolitiker sind im Laufe der Zeit in verschiedenen Funktionen in den Vereinen tätig.²¹⁴ Dass die Interessen der Zivilbevölkerung und so auch der Kinder im Krieg hinter militärischen Interessen zurückzustehen haben, wird jedoch ganz klar, wenn der Bürgermeister die Initiative, den Kindern in der Schulküche Mahlzeiten zukommen zu lassen,

²⁰⁶ Die Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs – eine bürgerlich dominierte, überparteiliche Konsumentinnenorganisation – wird 1910 gegründet. Während des Krieges entwickelt sie sich zu einer der größten Frauenorganisationen des Landes. Vgl. *Weitensfelder*, Hubert: Nähr-Stoffe: Nahrungsmittel, Tierfutter und Dünger in der Kriegswirtschaft. In: *Loinig* (Hg.): Front. S. 187. Während des Krieges spricht sich die ROHÖ am leidenschaftlichsten für die (Arbeiter-)Frauen, die ihren Protest auf die Straße tragen, aus, während die anderen Frauenorganisationen, welche sich an Disziplin und Parteistruktur klammern, oft auf Distanz zu diesen gehen. Vgl. *Healy*: Vienna Falling. S. 213. 1915 zählt die ROHÖ laut der BZ in Wien über 20.000 Mitglieder und weitere über 20.000 in den Ortsgruppen. Vgl. BZ Nr. 13 v. 13.02.1915, S. 5. Der Ortsgruppenverein Baden der ROHÖ wächst bis Mitte 1916 auf die verhältnismäßig betrachtet beachtliche Zahl von 3008 Mitgliedern an. Vgl. BZ Nr. 38 v. 10.05.1916, S. 2. Im Laufe des Krieges betreibt die ROHÖ Ortsgruppe Baden außerdem die Bildung von Filialen in den umliegenden Umgebungen, so etwa auch in Pfaffstätten, Tribuswinkel und Josefstal. Vgl. BZ Nr. 79 v. 30.09.1916, S. 4. und BZ Nr. 81 v. 07.10.1916, S. 4. Enge Verbindungen und ein reger Austausch bestehen auch zwischen der ROHÖ Baden und der ROHÖ in Wien. Immer wieder finden auch von der ROHÖ Wien gehaltene oder organisierte Schulungen und Vorträge statt. Vgl. BZ Nr. 8 v. 26.01.1916, S. 2.

²⁰⁷ Im Oktober 1907 konstituiert sich der Verein Schulküche, der die 1888 gebildete Badener Schulküche fortsetzt. Vgl. *Wallner*, Viktor: Baden zur Zeit der österreichisch-ungarischen Monarchie. (Der Kurort in Daten und Bildern). 1867-1918. (Baden 1997). S. 52. Der Verein steht unter dem Protektorat von Erzherzogin Marie Rainer. Vgl. BZ Nr. 84 v. 21.10.1914, S. 4.

²⁰⁸ Vgl. BZ Nr. 61 v. 01.08.1914, S. 7. und BZ Nr. 64 v. 12.08.1914, S. 3.

²⁰⁹ Vgl. BZ Nr. 64 v. 12.08.1914, S. 3. und BZ Nr. 57 v. 17.07.1915, S. 5.

²¹⁰ Vgl. BZ Nr. 61 v. 01.08.1914, S. 7 und BZ Nr. 64 v. 12.08.1914, S. 2 sowie BZ Nr. 57 v. 17.07.1915, S. 5.

²¹¹ Vgl. BZ Nr. 64 v. 12.08.1914, S. 3.

²¹² Vgl. BZ Nr. 62 v. 05.08.1914, S. 3 u. BZ Nr. 63 v. 08.08.1914, S. 4.

²¹³ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 356.

²¹⁴ Vgl. BZ Nr. 67 v. 22.08.1914, S. 3. sowie BZ Nr. 57 v. 17.07.1915, S. 5.; BZ Nr. 87 v. 28.10.1916, S. 2.

zwar begrüßt, jedoch von Beginn an zu bedenken gibt, dass dies nicht weiter möglich sein werde, wenn die Schulen als Lazarette gebraucht würden.²¹⁵

Während die Schlacht an der Marne tobt²¹⁶ und Lemberg von Russland eingenommen wird,²¹⁷ wird Baden zur Lazarettstadt. Am 2. September 1914 trifft der erste Verwundetentransport ein. Trotz der Teuerung werden die versehrten Soldaten am Bahnhof mit allerlei Essensgaben willkommen geheißen.²¹⁸ Bis Mitte September sind ca. 2000 Soldaten in Baden eingetroffen.²¹⁹ Durch das Umfunktionieren von Einrichtungen²²⁰ möchte man Platz für 5000 Verwundete schaffen, wie auch von der k. k. Bezirkshauptmannschaft gefordert.²²¹ Alle Schulen sind vorerst zu Lazaretten umfunktioniert.²²² Davon ist auch die Verpflegung der Kinder betroffen. Am selben Tag, als der erste Verwundetentransport in Baden eintrifft, wird die Schulküche aus der Schule in ein anderes Lokal verlegt.²²³ Nun beginnt, was sich in Baden durch den gesamten Krieg ziehen wird: die Suche nach genügend Raum.²²⁴ Die Schulküche wird vorerst für die verwundeten Soldaten gebraucht.²²⁵ Auch hierbei sind es wieder die Frauenvereine, die die Führungsrolle übernehmen.²²⁶ Bei der Versorgung der Soldaten helfen außerdem die Bewohner und v.a. Bewohnerinnen der Nachbargemeinde Pfaffstätten mit, welcher keine Verwundeten zugewiesen wurden.²²⁷

Der Übergang zu einem langen Krieg

Der Abbruch der Schlacht an der Marne in der zweiten Septemberwoche bringt den maßgeblichen Wendepunkt.²²⁸ Der Schlieffenplan ist gescheitert, der Krieg wird zum lange andauernden Stellungskrieg, den zu gewinnen von den Ressourcen abhängt, die man in der Heimat aufbringen kann.²²⁹ Dafür, einen langen Krieg zu kämpfen, ist die

²¹⁵ StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 215 u. 216.

²¹⁶ Vgl. Janz, Oliver: 14 – Der große Krieg (Frankfurt a.M. 2013). S. 67-67 u. 73-84.

²¹⁷ Vgl. Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 187-196. u. 279f.

²¹⁸ Vgl. BZ Nr. 71 v. 05.09.1914, S. 4.; BVB Nr. 36 v. 05.09.1914, S. 4.; DVB Nr. 36 v. 05.09.1914, S. 5.; BZ Nr. 73 v. 12.09.1914, S. 5.

²¹⁹ Vgl. BZ Nr. 74 v. 16.09.1914, S. 3.

²²⁰ Vgl. DVB Nr. 43 v. 24.10.1914, S. 3 u. 4.

²²¹ Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914.

²²² Vgl. BZ Nr. 75 v. 19.09.1914, S. 4.

²²³ Vgl. BZ Nr. 70 v. 02.09.1914, S. 4.

²²⁴ Vgl. BZ Nr. 95 v. 27.11.1915, S. 4 und BZ Nr. 17 v. 26.2.1916, S. 3., Vgl. weiters StA B, GB 051 1914-1915 ; GB 051 1915. Vgl. außerdem StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokolle 15.3.1915-29.7.1918. S. 87.

²²⁵ Vgl. BZ Nr. 84 v. 21.10.1914, S. 4.

²²⁶ Vgl. BZ Nr. 72 v. 09.09.1914, S. 2. und DVB Nr. 44 v. 31.10.1914, S. 3.

²²⁷ Vgl. BZ Nr. 95 v. 28.11.1914, S. 4.

²²⁸ Vgl. Janz: 14. S. 67-67 u. 73-84.

²²⁹ Vgl. Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 204 f u. 252 f.; Hardach: Weltkrieg. S. 62f.

Habsburgermonarchie aber denkbar schlecht gerüstet,²³⁰ denn nicht nur verliert man durch die Kriegseignisse gerade ertragreiche Gebiete der österreichischen Reichshälfte,²³¹ auch organisatorische Mängel wirken sich negativ aus. Weder der Außenhandel,²³² noch die Aufteilung der Armeeverpflegung zwischen den Reichshälften ist klar geregelt.²³³ Diese Fragen anzudenken, verabsäumt man vermutlich auch, da man anfangs Kriegswirtschaftspolitik in erster Linie mit Kriegsfinanzpolitik gleichsetzt.²³⁴

Die Kriegsführung fordert enorme Summen. Um diese zu erhalten, wird die Geldmenge gesteigert und man leiht sich Geld.²³⁵ Zu den größten Geldgebern werden die Notenbank und die Bevölkerung,²³⁶ denn von außerhalb erhält man mit Zerreißen der wirtschaftlichen Verbindungen zu Kriegsbeginn kaum mehr Geld. Einzig Deutschland ist bereit, der Habsburgermonarchie noch Kredite zu geben.²³⁷ Die eingeschränkte Zahlungsfähigkeit hat natürlich auch auf die Versorgung mit Lebensmitteln Auswirkungen, da man in Zeiten schlechter Ernten doch von Importen abhängig ist.²³⁸ Der Wegfall der ausländischen Lieferungen wird schnell fühlbar.²³⁹ Verschärft wird dieser durch die Blockadepolitik der Entente, die im Laufe des Krieges immer mehr ausgeweitet wird. Zwar können Zufuhren zu den Mittelmächten nie gänzlich unterbunden werden,²⁴⁰ doch trifft die Blockade die Mittelmächte empfindlich.²⁴¹ Zudem kürzt Ungarn die Lieferungen an die österreichische Reichshälfte drastisch.²⁴² So müssen auch die deutschen Kredite schließlich zum Großteil eingesetzt werden, um die deutschen Warenimporte bezahlen zu können, die die österreichische Reichshälfte dringend benötigt.²⁴³ Auch zwischen der Zivil- und der in Nahrungsmittelagenden weit besser organisierten Heeresverwaltung ist die Kommunikation äußerst unzureichend, wobei meist die Zivilbevölkerung das Nachsehen hat. Die in wirtschaftlichen Fragen noch dazu oft zu wenig geschulte Zivilverwaltung hat außerdem den Nachteil, dass sie viele verschiedene Interessensträger – Großindustrie, Heer, Kleingewerbe,

²³⁰ Vgl. *Schulze, Max-Stephan: Austria-Hungary's economy of World War I. In: Broadberry, Harrison (Hg.): Economics. S. 77-79.*

²³¹ Vgl. *Loewenfeld-Russ: Regelung. S. 118.;* Dass Galizien und die Bukowina zu Kriegsgebieten werden, wirkt sich neben der Getreideversorgung auch u.a. auf die Fleischversorgung der Monarchie aus.

²³² Vgl. *Scheer: Ringstraßenfront. S. 133.; Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 210.*

²³³ Vgl. *Loewenfeld-Russ: Regelung. S. 54, 189 u. 225.*

²³⁴ Vgl. *Hardach: Der Erste Weltkrieg. S. 62.*

²³⁵ Vgl. *Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 580 f.*

²³⁶ Vgl. *Pogány, Agnes: Finanzgebarung, Kriegskosten und Kriegsschulden. In: Rumpler (Hg.): Habsburgermonarchie. Bd. XI/1/1. S. 568.*

²³⁷ Vgl. *Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 581-584.; Pogány, Agnes: Finanzgebarung. S. 588f.*

²³⁸ Vgl. *Grandner: Gewerkschaftspolitik. S. 59.*

²³⁹ Vgl. *Broadberry, Harrison: The Economics of World War I: an overview. S. 18.*

²⁴⁰ Vgl. *Hardach: Weltkrieg. S. 137-147.*

²⁴¹ Vgl. *Breiter: Front. S. 43 f.*

²⁴² Vgl. *Loewenfeld-Russ: Regelung S. 60-65.*

²⁴³ Vgl. *Pogány, Agnes: Finanzgebarung. S. 589f.*

Zivilgesellschaft und Landwirtschaft – berücksichtigen muss und Eingriffe zugunsten des einen fatale Auswirkungen auf andere haben könnten.²⁴⁴ So ist es, wenn Eingriffe schließlich vorgenommen werden, oft schon zu spät, die erwünschte Wirkung zu erzielen. Zudem führt die improvisierte Kriegswirtschaft zu einem unheimlich komplizierten Ämterwirrwarr²⁴⁵ – die Nahrungsmittelagenden sind auch auf verschiedene Ministerien aufgeteilt.²⁴⁶ Erst Ende September werden mit dem Septemberabkommen Ein-, Aus- und Durchfuhrbestimmungen mit dem deutschen Bündnispartner geregelt.²⁴⁷ Bei der Aufhebung der Getreidezölle agiert man zu spät, da Rumänien und Italien, die Hauptinteressensgebiete, beinahe gleichzeitig Ausfuhrsperrern verhängen.²⁴⁸

Die Ernährungsagenden werden schnell zur Hauptaufgabe der staatlichen Verwaltung.²⁴⁹ Dass kaum Daten über die Größe des Bedarfs oder die Menge an verfügbaren Gütern existieren, erschwert diese Aufgabe.²⁵⁰ Vorratserhebungen setzen ein, die zum Ritual im Krieg werden.²⁵¹ Während zu Beginn des Krieges vorwiegend die Gutsverwaltungen des Barons Heinrich von Doblhoff-Dier und des Stifts Melk, wenige größere Wirtschaftsbesitzer und die Mühlenbesitzer von den Vorratsaufnahmen betroffen sind,²⁵² werdem diese mit zunehmender Not stark ausgeweitet.²⁵³ Charakteristisch für die Vorratsaufnahmen sind großer Zeitdruck und die Inanspruchnahme der Bürgermeister. Umso verzweifelter die Lage wird, umso persönlicher und dringlicher werden diese in die Verantwortung genommen.²⁵⁴

Der Großteil der sich überstürzenden Verwaltungsaufgaben muss von den mittleren und unteren Behörden bewältigt werden,²⁵⁵ vor allem die Bezirkshauptmannschaften werden nun oft zum Ansprechpartner auch der Bevölkerung – eine ungewohnte Rolle. Noch dazu leiden auch die Behörden kriegsbedingt unter Personalmangel.²⁵⁶ Diese Entwicklung lässt sich auch in der Bezirkshauptmannschaft Baden ersehen, die im Laufe des Krieges die maßgebliche

²⁴⁴ Vgl. Hecker, Peter: Kriegswirtschaft – Modell einer neuen Wirtschaftsverfassung. Pläne und Ziele der österreichischen Regierungen während des 1. Weltkrieges. In: Brauner, Baltzarek: Modell. S. 44-51.

²⁴⁵ Vgl. Hanisch: Schatten. S. 202.

²⁴⁶ Vgl. Grandner: Gewerkschaftspolitik. S. 133f.

²⁴⁷ Vgl. Egger, Rainer: Heeresverwaltung und Rüstungsindustrie in Niederösterreich während des 1. Weltkrieges. In: Brauner, Baltzarek: Modell. S. 87.; Rauchensteiner: Weltkrieg. S. 210.

²⁴⁸ Vgl. Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 212.

²⁴⁹ Vgl. Redlich, Josef: Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkrieg (= Wirtschafts- u. Sozialgeschichte des Weltkrieges, österreichische und ungarische Serie. Hg. v. Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Wien/ New Haven 1925) . S. 153.

²⁵⁰ Vgl. Grandner: Gewerkschaftspolitik. S. 59-62.

²⁵¹ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

²⁵² Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1914.

²⁵³ Vgl. StA B, GB 051 1915; GB/051/1915.

²⁵⁴ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau. Sowie auch StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1914.

²⁵⁵ Vgl. Redlich: Regierung. S. 151.

²⁵⁶ Vgl. Eminger, Stefan: Bruchige Akzeptanz?. K. k. Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich 1914 bis 1918. In: Loinig (Hg.): Front. S. 74-81.

Verantwortung für Badens Approvisionierung übernimmt und dabei auch öfter zum Streitschlichter zwischen der Gemeinde und den Konsumenten wird. Zu Beginn des Krieges steht die Bezirkshauptmannschaft unter der Leitung von Hans Ritter von Galatti, der jedoch eingezogen wird. Nach einer Phase, in der sie interimistisch vom Bezirkskommissär Dr. Drchota geleitet wird, wird Ende Dezember 1916 Alexander Bosizio Ritter von Thurnberg Bezirkshauptmann in Baden.²⁵⁷ Dieser ist tatsächlich sehr präsent hinsichtlich der Lebensmittelversorgung, der hauptsächliche Ansprechpartner wird jedoch der Bezirkskommissär Dr. Hans Vogel, zu dem die Stadt ein großes Vertrauen aufzubauen scheint.²⁵⁸ Zwar werden der Gemeinde im Laufe des Krieges immer mehr Agenden bei der Lebensmittelversorgung entzogen und sie wird zunehmend zum Befehlsempfänger der übergeordneten Behörden, dies bedeutet aber durchaus nicht weniger Arbeit, da es immer mehr Aufgaben gibt, die sie exekutieren muss, was durch die Personalnot nicht vereinfacht wird.

Gleich zu Beginn des Krieges werden 62 der städtischen Angestellten eingezogen. Die Gemeindevertreter müssen freiwillige Arbeiten, auch auf dem Gebiet der Approvisionierung, übernehmen.²⁵⁹ Doch auch vom durch Todesfälle²⁶⁰ ohnehin schon dezimierten Gemeindevorstand müssen immer wieder Vertreter in den Krieg einrücken,²⁶¹ sodass immer mehr Arbeit auf immer weniger Personen fällt.²⁶² Dies führt dazu, dass die Gemeinde Baden die durch die Bezirkshauptmannschaft oder andere Behörden an sie gestellten Aufgaben, teilweise nicht erfüllen kann.²⁶³ Im November 1915 muss in Niederösterreich eine neue Abstimmungsordnung eingeführt werden, da die für die Beschlussfassung notwendige Anwesenheit zu oft nicht mehr erreicht werden kann, welche dann auch in Baden öfter zur Anwendung kommt.²⁶⁴ Bereits Ende 1914 ist es der Gemeinde wegen des fehlenden Personals auch nicht mehr möglich, einen vollständigen Kostenvoranschlag („Präliminare“) für das kommende Jahr vorzulegen. Da man die Herausforderungen, vor die der Krieg die Gemeinde

²⁵⁷ Vgl. BZ Nr. 103/4 v. 23.12.1916, S. 3.

²⁵⁸ Vgl. BZ Nr. 13 v. 13.02.1918, S. 2.; BZ Nr. 14 v. 16.02.1918, S. 4.;

²⁵⁹ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindevorstand-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 217 u. 218.

²⁶⁰ Vgl. BZ Nr. 79 v. 01.10.1913, S. 5.; BZ Nr. 80 v. 04.10.1913, S. 4.; BZ Nr. 53 v. 04.07.1914, S. 3.; BZ Nr. 89 v. 04.11.1916, S. 3.; BZ Nr. 101 v. 16.12.1916, S. 4.; BZ Nr. 77 v. 25.09.1918, S. 2.; StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindevorstand-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 513.;

²⁶¹ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindevorstand-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916.; StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindevorstand-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916.; StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918.

²⁶² Vgl. *Meissner*: Josef Kollmann. S. 72.

²⁶³ Vgl. GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918.

²⁶⁴ Vgl. StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindevorstand-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 163.

in diesem Jahr stellen wird, noch nicht einschätzen kann, sind die Schätzungen, welche auf den Vorjahren basieren, höchst unsicher. Der Kritik Josef Kollmanns, dass es sich bei dieser Art, über 2,5 Mio. Kronen zu verfügen, um ein wirtschaftliches Va banque Spiel handle, gibt der Bürgermeister Recht.²⁶⁵

Um die Wirtschaft in diesen komplizierten Zeiten lenken zu können, erlässt die Regierung am 10. Oktober 1914 ein neues Notverordnungsrecht, mit dem wirtschaftliche Verordnungen bloß mit Unterschrift des nächstbeteiligten Ministers erlassen werden können.²⁶⁶ Wenn anfangs auch zögerlich eingesetzt,²⁶⁷ ist diese Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsverordnung ein Anzeichen für die Totalisierung des Krieges.²⁶⁸

Ein weiteres Merkmal der Totalisierung ist die zunehmende Einbeziehung der Bevölkerung zugunsten der Kriegsführung und der Aufrechterhaltung der Versorgung. Diese muss nun auch auf die längere Kriegsführung eingestimmt werden. In den Zeitungen wird ein Propagandafeldzug gestartet, der vom „Aushungerungskrieg“ der Feinde berichtet.²⁶⁹ So auch in den Badener Blättern. Es werden „Opfersinn“ und Einigkeit beworben, um den Feind besiegen zu können.²⁷⁰ Wenn aber etwa im deutschnationalen DVB die Opferwilligkeit mit der „Wiedereinsetzung des deutschen Geistes“ in Zusammenhang gebracht wird und man sich freut, dass durch den Krieg ein einheitliches Nationalbewusstsein aufgebaut werde,²⁷¹ ist es jedoch fraglich, ob in der Propaganda immer auf die Einigkeit der gesamten Bevölkerung der heterogenen Habsburgermonarchie abgezielt wird.

Das „Durchhalten“ für den höheren Zweck, das in den Zeitungen gefordert wird, ist eine Idee, für die auch Frauen zunächst zu begeistern sind. Die Haushaltsführung wird zur „Staatssache“, „effektives“ Kochen und Haushaltsmanagement sollen helfen, den Feind zu besiegen. So bekommen die Frauen doppelt neue Verantwortung auferlegt: als plötzliche Erhalterinnen ihrer Familien und als „Kämpferinnen“ an der „Heimatfront“.²⁷²

²⁶⁵ StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 278-335.

²⁶⁶ Vgl. Hasiba: *Inter arma silent leges?*. In: Brauneder, Baltzarek (Hg.): Modell. S. 25.

²⁶⁷ Vgl. Grandner: *Gewerkschaftspolitik*. S. 86f.

²⁶⁸ Vgl. Rauchensteiner: *Der Erste Weltkrieg*. S. 213-221

²⁶⁹ Vgl. Healy: *Vienna Falling*. S. 39f.

²⁷⁰ Vgl. BZ Nr. 85 v. 24.10.1914, S. 3. - BZ Nr. 99 v. 12.12.1914, S. 1 u. 2.; Die Furcht vor dem Aushungern wird in der BZ ein paar Monate später dazu genutzt, eine positive Stimmung der Bevölkerung zu verschiedenen kriegerischen Maßnahmen zu schüren. Die Notwendigkeit zum Einsatz diverser Waffen und chemischer Kampfstoffe, die im Februar 1915 in einem mit dem Titel: „Kriegschemie“ versehenen Artikel vorgestellt werden, wird sowohl mit der zahlenmäßig unterlegenen Armeen der Mittelmächte begründet als auch mit der „wirtschaftliche[n] Vernichtung, [der] Aushungerung“ durch England. Vgl. BZ Nr. 13 v. 13.2.1915, S. 1 u. 2. Knapp zwei Monate später, am 22. April 1915, setzt Deutschland erstmals Giftgas ein. Vgl. Rauchensteiner: *Der Erste Weltkrieg*. S. 561f.

²⁷¹ Vgl. DVB Nr. 44 v. 31.10.1914, S. 1 u. 2.

²⁷² Vgl. Healy: *Vienna Falling*. S. 40f.

Um der Bevölkerung das „Durchhalten“ besser zu ermöglichen, entsteht auch in und um Baden ein umfangreiches Kurs- und Vortragsangebot zu verschiedenen Themen rund um die Ernährung,²⁷³ Kochbücher erscheinen,²⁷⁴ Eigenanbau und Kleintierzucht zu Ernährungszwecken werden propagiert²⁷⁵ und in den Zeitungen werden Tipps zu Anbau und Haltbarmachung von Lebensmitteln veröffentlicht²⁷⁶

Ende Oktober beginnt das System der Streckung.²⁷⁷ Während mit der ersten Verordnung das Brot nur zu 30% mit Gersten- oder Maismehl bzw. Kartoffeln gestreckt wird,²⁷⁸ geht der Anteil von hochwertigem Mehl im Laufe des Krieges zunehmend zurück. Bei Kriegsende besteht es zu 90% aus Maismehl, welches bei der Bevölkerung äußerst unbeliebt ist, vermutlich weil es schnell verdirbt und für Ungeziefer anfällig ist,²⁷⁹ und sogar ungenießbaren Zutaten wie etwa Baumrinde.²⁸⁰ Gleichzeitig müssen die Bauern Abgaben an den Kriegsschauplatz leisten, um zum Sieg beizutragen.²⁸¹ Vom politischen Bezirk Baden sollen im Zeitraum von November 1914 bis März 1915 monatlich 10 Waggons Weizen, 25 Waggons Roggen, 30 Waggons Hafer und fünf Waggons Gerste an das genossenschaftliche Lagerhaus in Guntramsdorf geliefert werden. Als weinbautreibende Gemeinde ist Baden allerdings selbst auf die Vorräte der Müller und Landwirte zur Versorgung der Stadt und zum Anbau der Felder angewiesen, wie der Bürgermeister die k. k. Bezirkshauptmannschaft wiederholt informiert.²⁸² Die Getreiderequisitionen verursachen große Unsicherheit. Gerüchten, die Bauern müssten auf eigene Kosten Getreide zukaufen, sollten sie die von ihnen geforderten Quoten nicht aufbringen können, muss entgegengehalten werden.²⁸³

Die Bevölkerung wird bereits in den ersten Kriegsmonaten zur Sammlung von Ersatzlebensmitteln herangezogen.²⁸⁴ Als der Winter bevorsteht, wird daran erinnert,

²⁷³ Vgl. bspw. BZ Nr. 69 v. 29.08.1914, S. 5 - Vgl. BZ Nr. 93 v. 21.11.1914.; BVB Nr. 44 v. 31.10.1914, S. 3.; DVB Nr. 44 v. 31.10.1914. S. 3.;

²⁷⁴ Vgl. BZ Nr. 93 v. 21.11.1914, S. 6.

²⁷⁵ Vgl. *Weitensfelder*, Hubert: Nähr-Stoffe. 187. Vgl. BZ Nr. 93 v. 21.11.1914, S. 1 u. 2.

²⁷⁶ Vgl. bspw. DVB Nr. 35 v. 29.8.1914, S. 6 – DVB Nr. 43 v. 24.10.1914, S. 6.; BVB Nr. 41 v. 10.10.1914, S. 4 u. 5 – BVB Nr. 47 v. 21.11.1914, S. 6 u. 7; BZ Nr. 93 v. 21.11.1914, S. 1 u. 2.

²⁷⁷ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 49.

²⁷⁸ Vgl. *Prassniger*, Gerhard: Hunger in Tirol. In: *Eisterer*, Klaus u. Rolf *Steininger* (Hg.): Tirol und der Erste Weltkrieg (Innsbruck/ Wien/ München/ Bozen 1995). S. 184.;

²⁷⁹ Vgl. *Brenner*, Andrea: Wruken – Maisbrot – Dottotfix. Ersatzlebensmittel am Beispiel des Ersten Weltkrieges in Wien. In: *Wiener Geschichtsblätter* 60, Heft 3 (2005). S. 10.

²⁸⁰ Vgl. *Wladika*: Armut. In: *Etzlstorfer*, Hannes (Hg.): Armut (Katalog zur 298. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien 2003). S. 116.

²⁸¹ Vgl. BVB Nr. 40 v. 03.10.1914, S. 5; DVB Nr. v. 39 v. 26.09.1914, S. 2.;

²⁸² Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1914.

²⁸³ Vgl. BVB Nr. 51 v. 19.12.1914, S. 7. sowie BVB Nr. 1 v. 02.01.1915, S. 6.

²⁸⁴ Vgl. BZ Nr. 80 v. 07.10.1914, S. 5. Vgl. zudem StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1914.

rechtzeitig einen Vorrat an gewissen Lebensmitteln anzulegen und dabei die Transportmittelschwierigkeiten zu bedenken.²⁸⁵

Die Gemeinde verbringt den Herbst und Winter ebenfalls damit, Lebensmittelvorräte anzulegen: waggon-, ballen- und säckeweise werden von ihr Getreide, Mehl, Kartoffel, Kaffee, Reis angekauft, um für den Notfall gerüstet zu sein.²⁸⁶ Auch die ROHÖ Baden organisiert für ihre Mitglieder günstigere Lebensmittel und andere Vergünstigungen.²⁸⁷ Ihr gelingt es, auch in bereits schwierigeren Zeiten mit heimischen Händlern Vereinbarungen zu schließen, dass diese ein gewisses Quantum der Waren, die sie auftreiben können, für die Mitglieder der ROHÖ reservieren.²⁸⁸

Während in den Zeitungen der Opfersinn der Bevölkerung beworben wird, werden gleichzeitig durch die Zensur Informationen über die tatsächliche Lage unterdrückt,²⁸⁹ weshalb die Bevölkerung die fortschreitende Teuerung vor allem im Wucher begründet sieht, nicht in einem tatsächlichen Mangel an Lebensmitteln. Dies führt einerseits dazu, dass sie ihre Gewohnheiten nicht im notwendigen Maße ändert, um Lebensmittel zu sichern²⁹⁰ andererseits zur Forderung nach staatlichen Eingriffen und Höchstpreisen.²⁹¹

In Baden meinte man Anfang September noch, den Preissteigerungen durch die Schaffung von Konkurrenz beigegeben zu sein. Eine Verkaufsstelle einer Wiener Aktien-AG war eröffnet worden, welche zwar wenig Gegenliebe bei den heimischen Gemüsehändlern hervorgerufen, jedoch die Preise anscheinend zum Fallen gebracht hatte.²⁹² Da jedoch im zweiten Kriegsmonat ein allgemeiner kurzfristiger Rückgang auf Vorkriegsniveau festzumachen ist,²⁹³ ist es, in Anbetracht der Abhängigkeit Badens von den Märkten Wiens, wahrscheinlich, dass die bessere Marktsituation auch auf andere Faktoren als bloß die zusätzliche Konkurrenz zurückzuführen ist. Bis Dezember steigen die Preise für Weizen in Wien jedoch um 47% seit Juli.²⁹⁴ Die Forderung nach Höchstpreisen wird lauter – auch in Baden. Über die Notwendigkeit dieser Maßnahme ist man sogar bei den konkurrierenden

²⁸⁵ Vgl. DVB Nr. 41 v. 10.10.1914, S. 4. sowie BZ Nr. 71 v. 05.09.1914, S. 3;

²⁸⁶ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 347f., 351, 362f., 369, 374. sowie StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 278-304, 335.

²⁸⁷ Vgl. BZ Nr. 77 v. 26.09.1914, S. 5.; BZ Nr. 78 v. 30.09.1914, S. 5.; Vgl. BZ Nr. 1 v. 01.01.1916, S. 5.;

²⁸⁸ Vgl. BVB Nr. 22 v. 27.05.1916, S. 4 u. 5.; Eine solche Vereinbarung zu einer Zeit, in der Lebensmittel bereits rar sind, stellt auch einen gewissen Balanceakt dar. So muss man darauf achten, die für die ROHÖ-Mitglieder reservierten Waren so auszugeben, dass die anderen Kundinnen („die Arbeiterfrauen“) nicht bemerken, dass Waren vorrätig sind, während sie keine mehr bekommen.

²⁸⁹ Vgl. Scheer: Ringstraßenfront. S. 10.

²⁹⁰ Vgl. Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 211.; Prassniger: Hunger. S. 187.

²⁹¹ Vgl. Breiter: Front. S. 52.

²⁹² Vgl. BZ Nr. 71 v. 05.09.1914, S. 5.

²⁹³ Vgl. Breiter: Front. S. 49.

²⁹⁴ Vgl. Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 212 f. In anderen Regionen der Monarchie kommt es sogar zu noch höheren Preissteigerungen, es gibt kein einheitliches Preisgefüge.

Zeitungen Badens einig.²⁹⁵ Schließlich erlässt die Regierung am 28. November Höchstpreise auf Getreide und Mehl,²⁹⁶ später erst für alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse bzw. Vieh.²⁹⁷ Doch sofort kommt es zu negativen Wirkungen. Längerfristig wirken sich die Höchstpreise negativ aus, da die Bauern, die den staatlichen Eingriffen erbitterten Widerstand entgegenbringen,²⁹⁸ von der Produktion der notwendigen auf die Produktion von rentablen Erzeugnissen umsteigen.²⁹⁹ Viele Landwirte beginnen, Viehzucht zu betreiben, da die vom Ackerbauministerium hierfür geregelten Preise höher sind.³⁰⁰ Die unmittelbare Wirkung der Höchstpreise ist, dass davon betroffene Lebensmittel sogleich vom Markt verschwinden und zu viel höheren Preisen am Schwarzmarkt wieder auftauchen.³⁰¹

Wenig überraschend in Anbetracht der Umstände, ist in den Zeitungen Badens zunehmend über Diebstähle zu lesen.³⁰² Die kleineren Obstdiebstähle der Anfangszeit³⁰³ gehen langsam über zu Einbruchs- und Viehdiebstählen.³⁰⁴ Anfang Dezember, pünktlich als die Zeitungen Milchteuerung melden,³⁰⁵ wird in Baden der regelmäßige Diebstahl von Milchflaschen, die zum Abholen bereitgestellt sind, zum Problem. Hier werden nun auch die Sicherheitsmängel in Baden offensichtlich, denn aufgrund der reduzierten Wachmannschaft – zu Kriegsbeginn wurden alle außerdienstfähigen Mitarbeiter der Sicherheitswache eingezogen³⁰⁶ – kann keine Bewachung der Depotstellen stattfinden.³⁰⁷

Unter diesen Umständen beginnt sich der Zorn der Bevölkerung auch gegen die Parteien zu richten, wobei man das Argument, dass diese in der parlamentslosen Zeit machtlos seien, nicht gelten lässt.³⁰⁸ Die Forderung nach Wiedereröffnung des Reichsrats wird erhoben. Auch Karl Renner verfasst eine Denkschrift, in der er sich neben anderem mit der Nahrungsmittelproblematik auseinandersetzt. Seine erste Forderung ist die Wiedereinberufung des Parlaments.³⁰⁹ Die liberale BZ, die einst die Sozialdemokraten als den

²⁹⁵ Vgl. BVB Nr. 42 v. 17.10.1914, S. 2.; BZ Nr. 86 v. 28.10.1914, S. 1 u. 2.; DVB Nr. 44 v. 31.10.1914, S. 5.;

²⁹⁶ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 120.

²⁹⁷ Vgl. *Dornik*: Verwaltung. S. 266.

²⁹⁸ Vgl. *Schönner*: Geschichte. S. 35.; *Meier*: Christlichsoziale. S. 6 u. 7.

²⁹⁹ Vgl. *Breiter*: Front. S. 38.

³⁰⁰ Oft wird das Getreide sogar an das Vieh verfüttert. *Prassniger*: Hunger. 182.

³⁰¹ Vgl. *Breiter*: Front. S. 54-56.

³⁰² Die im Polizeirapport veröffentlichten Verbrechen werden meist in gleichlautendem Text an alle drei Zeitungen geschickt.

³⁰³ Vgl. BZ Nr. 74 v. 16.09.1914 – BZ Nr. 80 v. 07.10.1914; BVB Nr. 39 v. 26.09.1914, S. 5 – BVB Nr. 40 v. 03.10.1914, S. 5.

³⁰⁴ Vgl. BVB Nr. 41 v. 10.10.1914 – BVB Nr. 47 v. 21.11.1914.; BZ Nr. 91 v. 14.11.1914 – BZ Nr. 35 v. 29.04.1916; DVB Nr. 46 v. 14.11.1914, S. 4;

³⁰⁵ Vgl. BZ Nr. 96 v. 02.12.1914, S. 4;

³⁰⁶ Vgl. BZ Nr. 62 v. 05.08.1914, S. 4

³⁰⁷ Vgl. BVB Nr. 48 v. 28.11.1914, S. 5; DVB Nr. 48 v. 28.11.1914, S. 4; BZ Nr. 97 v. 05.12.1914, S. 6; BVB Nr. 49 v. 05.12.1914, S. 4; DVB Nr. 49 v. 05.12.1914, S. 4;

³⁰⁸ Vgl. DVB Nr. 49 v. 05.12.1914, S. 2.

³⁰⁹ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 105.

modernen Feind des Bürgertums, das zwischen der roten und der schwarzen Internationale zerrieben werde, bezeichnete und deren gutes Abschneiden bei den Wahlen bedauerte,³¹⁰ berichtet in positivem Ton über diese Initiative.³¹¹ Die Forderung nach Höchstpreisen, nach schärferen Kontrollen der Lebensmittelsituation durch die Regierung bis zur Monopolisierung und nach Wiedereinsetzung des Reichsrats teilen Sozialdemokraten und BZ.³¹²

Vorweihnachtszeit 1914

Trotz dieser Umstände und obwohl in Baden wegen der langen Absperrung der Nordbahn ein empfindlicher Kohlemangel entstanden ist,³¹³ versucht man die Weihnachtszeit feierlich zu begehen.

Vor allem den Kriegsversehrten wird große Fürsorge zuteil. Obwohl die Teuerungen auf dem Badener Markt unentwegt fort dauern,³¹⁴ wird dem Aufruf nach Obst- und Gemüsespenden für die Einkochaktion für diese zahlreich nachgekommen.³¹⁵ Seit November besteht eine von Gräfin Doblhoff-Meran begründete Aktion zur Kostaufbesserung der Soldaten, da diese nach Meinung der Gräfin zum Regenerieren neben Frühstück, Mittagessen und Abendessen Gabelfrühstück und Jause bedürften.³¹⁶ Das Frauenhilfskomitee lässt den Soldaten Jausen zukommen und beteiligt sie mit Geschenken,³¹⁷ ebenso wie der Christliche Frauenbund.³¹⁸ Im Theaterfoyer veranstaltet die Gesellschaft für erweiterte Frauenbildung unter dem Ehrenprotektorat der Gräfin Orsini-Rosenberg einen Kriegstee zugunsten der Jausenaktion³¹⁹ und eine nicht namentlich genannte Dame möchte den verschiedenen Nationalitäten der Habsburgermonarchie gerecht werden, wenn sie anregt, zu Weihnachten für die Soldaten „Buchteltage“ zu veranstalten, da diese von Deutschen, Tschechen, Polen, Rumänen und Ungarn gleichermaßen gerne gegessen würden.³²⁰

In der BZ, die inzwischen desillusioniert von einem langen Krieg ausgeht, wird nach wie vor die Opferbereitschaft beschworen und Sparsamkeit eingefordert, um dem Aushungerungsplan der Feinde entgegenzutreten und siegreich aus dem Krieg hervorzugehen³²¹ – doch

³¹⁰ Vgl. BZ Nr. 10 v. 03.02.1912, S. 3.

³¹¹ Vgl. BZ Nr. 85 v. 24.10.1914, S. 2.

³¹² Vgl. Grandner: Gewerkschaftspolitik. S. 105f. und Vgl. BZ Nr. 96 v. 02.12.1914, S. 1 u. 2.

³¹³ Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1914.

³¹⁴ Vgl. DVB Nr. 44 v. 31.10.1914, S. 5.

³¹⁵ Vgl. DVB Nr. 44 v. 31.10.1914, S. 3.

³¹⁶ Vgl. BZ Nr. 88 v. 04.11.1914, S. 3.

³¹⁷ Vgl. DVB Nr. 47 v. 21.11.1914, S. 2.

³¹⁸ Vgl. BVB Nr. 47 v. 21.11.1914, S. 1.

³¹⁹ Vgl. BZ Nr. 100 v. 16.12.1914, S. 4.

³²⁰ Vgl. BZ Nr. 98 v. 09.12.1914, S. 2.

³²¹ Vgl. BZ Nr. 99 v. 12.12.1914, S. 1 u. 2.

gleichzeitig beneidet sie Ungarn glühend um den funktionierenden Parlamentarismus,³²² in dem sie ein notwendiges Mittel sieht, um den Wucher zu bekämpfen.³²³ Und Bürgermeister Trenner hofft in seiner letzten Rede im Gemeindevausschuss in diesem alten Jahr, das neue werde den Frieden bringen – und den Deutschen die Stellung in Österreich, die ihnen gebühre.³²⁴

1915

Nach Friede sieht das neue Jahr jedoch ganz und gar nicht aus. Die ungarische Regierung, die selbst Getreideknappheit fürchtet und bereits seit Kriegsbeginn von österreichischer Seite gekauft, aber noch nicht geliefertes Getreide zurückhält,³²⁵ ordnet am 14. Jänner 1915 die Beschlagnahme des Getreides an.³²⁶ Tatsächlich sieht auch Ungarns Lage vor allem auf anderen Gebieten ebenfalls nicht rosig aus, doch Lebensmittel stehen ihm mehr zur Verfügung als der österreichischen Reichshälfte.³²⁷ Spätestens jetzt ist das Verhältnis zwischen den Reichsteilen zerrüttet. Immer wieder versucht die österreichische Regierung, Erhöhungen der Getreidelieferungen von ungarischer Seite zu erwirken, doch Ungarn zeigt sich – bedacht auf seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit³²⁸ und in vollem Bewusstsein um seine wirtschaftliche Bedeutung³²⁹ – unnachgiebig bei Verhandlungen.³³⁰ Der funktionierende Parlamentarismus versetzt die Ungarn bei Verhandlungen in die stärkere Position.³³¹ Auch die Versorgung des Heeres wird zum Streitpunkt zwischen Trans- und Cisleithanien. Diese wird nun den beiden Teilstaaten übertragen.³³² Ungarn hat zwar den höheren Anteil zu entrichten, zieht diesen aber von den Lieferungen für die österreichische Zivilbevölkerung ab. Die Mengen, die der österreichischen Reichshälfte fehlen, um ihren Teil

³²² Vgl. BZ Nr. 96 v. 02.12.1914, S. 1 u. 2.

³²³ Zit. BZ Nr. 96 v. 02.12.1914, S. 1 u. 2.

³²⁴ Vgl. StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindevausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 82f.

³²⁵ Vgl. *Fussek*, Alexander: Die Lebensmittelsorgen der österreichischen Reichshälfte in den Ersten Weltkriegsjahren. In: *Institut für Österreichkunde* (Hg.): Österreich in Geschichte und Literatur (=ÖGL, Graz/Wien 1965). S. 121.

³²⁶ Vgl. *Schmied-Kowarzik*: Erschöpfung. S. 489.; *Breiter*: Front, S. 31f.

³²⁷ Vgl. Brusatti: Situation. S. 63 f.

³²⁸ Vgl. *Rauchensteiner*: Weltkrieg. S. 435-437.

³²⁹ Vgl. *Fussek*: Lebensmittelsorgen. S. 120.

³³⁰ Vgl. *Rauchensteiner*: Weltkrieg. S. 435-437.

³³¹ Vgl. *Healy*: Vienna Falling. S. 58.; *Rauchensteiner*: Weltkrieg. S. 219.

³³² Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 246.

der Heeresversorgung erfüllen zu können, werden ebenfalls der Zivilbevölkerung abgezogen³³³

Bereits die Zugangssperre zu ungarischem Getreide im Jänner führt zu einer Einkaufspanik, die die Höchstpreise aushebelt.³³⁴ Baden gelingt es trotz mehrerer Versuche nicht, Mehl aufzutreiben, die Mehlversorgung bleibt unzureichend.³³⁵ Die Einschränkungen der Lebensmittelzufuhren und die damit einhergehende Teuerung lassen wieder Rufe nach verschärften Maßnahmen der Regierung lautwerden.³³⁶

Die Errichtung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt (KGV) und zunehmende Zentralisierung

Die erneute Einschränkung der Lebensmittel zwingt die Regierung tatsächlich wieder zum Handeln. Ende Februar werden die Sperre des Getreides und eine Vorratsaufnahme angeordnet und außerdem eine Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt (KGV) gegründet.³³⁷ Ab April erhält man Brotkarten.³³⁸ Damit wird Selbstversorgern eine Quote von 300g Getreide (entspricht 240g Mehl) pro Tag und Kopf zugesprochen, Nicht-Selbstversorgern 200g Mehl und (ab Juli) Schwerarbeitern 300g Mehl.³³⁹ Somit geht man auch im Lebensmittelbereich zur Bildung von Zentralen über.³⁴⁰ Noch im Frühjahr und Sommer 1915 werden etwa Zentralen für Futtermittel, Öle, Fette und Zucker gegründet.³⁴¹ Die Zentralen sind zumeist privatwirtschaftliche Gebilde unter staatlicher Kontrolle, die meist auf den schon vor dem Krieg existierenden Kartellverbindungen basieren.³⁴² Ihnen wird im Laufe des Krieges das große Misstrauen zuteil, sie würden in die eigene Tasche wirtschaften.³⁴³ Die KGV nimmt eine Sonderstellung ein. Auf sie übt die Regierung besonders großen Einfluss aus.³⁴⁴

³³³ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 62-64. Ab 1916 wird die Deckung des Armeebedarfs (zumindest formell) zur Gänze von Ungarn übernommen.

³³⁴ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 88 f.

³³⁵ Vgl. BZ Nr. 13 v. 13.02.1915, S. 5; DVB Nr. 7 v. 13.02.1915, S. 4; BVB Nr. 7 v. 13.02.1915, S. 4.

³³⁶ Vgl. BZ Nr. 6 v. 20.01.1915 – BZ Nr. 13 v. 13.02.1915; DVB Nr. 4 v. 23.01.1915 – DVB Nr. 5 v. 30.1.1915; BVB Nr. 6 v. 06.02.1915, S. 1 u. 2.

³³⁷ Vgl. *Scheer*, Tamara: Die Kriegswirtschaft am Übergang von der liberal-privaten zur staatlich-regulierten Arbeitswelt. In: *Rumpler* (Hg.): Habsburgermonarchie, Bd. XI/1/1. S. 451.

³³⁸ Vgl. *Prassniger*: Hunger. S.184.

³³⁹ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 124.

³⁴⁰ Vgl. *Breiter*: Front. S. 30.; *Prassniger*: Hunger. S.184.; *Schmied-Kowarzik*: Erschöpfung. S. 490f.

³⁴¹ Vgl. *Prassniger*: Hunger. S.184.

³⁴² Vgl. *Scheer*: Kriegswirtschaft. S. 450 f. u. 457; *Prassniger*: Hunger. S. 188 f.

³⁴³ Vgl. *Prassniger*: Hunger. S.188.

³⁴⁴ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 89.

Das Getreide wird nun nach der Ernte beschlagnahmt, in Vertragsmühlen vermahlen, das Mehl zentral durch die KGV an die politischen Bezirke verteilt.³⁴⁵ Die Zahl der Kommissionäre, die die Einkäufe für die KGV durchführen und die Abläufe überwachen, vermehrt sich mit der Zeit stark.³⁴⁶ Als Kommissionäre der KGV für die 36 Gemeinden des Bezirks Baden werden im Oktober 1915 die Müller Jakob Trottmann aus Baden, Marie Feitzinger aus Baden, Johann Polsterer aus Dornau, Vinzenz Hofmüller aus Traiskirchen und Anton Gutscher aus Leobersdorf ernannt. Für die Gemeinde Baden ist Jakob Trottmann verantwortlich.³⁴⁷ Gegen Trottmann werden immer wieder Klagen mit der Androhung hoher Strafen wegen Lebensmittelvergehen erhoben, teilweise wird diesen auch stattgegeben. Als Sachverständige treten in den Gerichtsverfahren teilweise andere Kommissionäre der KGV im Bezirk, wie beispielsweise Johann Polsterer, auf.³⁴⁸ Da bei den Gerichtsverfahren, die sich mit Lebensmittelvergehen befassen, nicht nur bei den Kommissionären sondern allgemein auf Mitglieder des gleichen Berufsstands als Sachverständige zurückgegriffen wird, muss es in einer Kleinstadt wohl zwangsläufig auch zu Problemen kommen. So lehnt etwa der Selchermeister Böhm seinen Berufskollegen Lutter als Sachverständigen ab, da er befürchtet, sein Konkurrent wolle ihn zugrunde richten.³⁴⁹ Für die Gemeinde wird erstmals am 28. Februar Getreide eines privaten Käufers aus der Watzak-Mühle requiriert.³⁵⁰

Als Brotkartenlokale fungieren Schulräumlichkeiten bzw. gastronomische Betriebe.³⁵¹ Der Erhalt der Brotkarte ist an den Meldezettel gebunden, was gleich zu Beginn große Verunsicherung verursacht, da so mancher Meldezettel im Laufe der Zeit verloren gegangen ist.³⁵² Auch der Kur- und Sommertourismus wird durch die Brotkartenverordnung nicht gerade vereinfacht. Für Kurgäste gelten im Wesentlichen dieselben Bestimmungen wie für die festen Einwohner der Stadt,³⁵³ doch sie können bloß Brot, kein Mehl erhalten.³⁵⁴

Durch die Einführung der Lebensmittelkarten will man auch dem Anstellen entgegenwirken,³⁵⁵ das zu einem großen Problem wird. Um Lebensmittel zu erhalten, stehen

³⁴⁵ Vgl. Ebenda. S. 135-138.

³⁴⁶ Vgl. Ebenda. S. 249.

³⁴⁷ Vgl. StA B, GB 051/1915; GB/051/1915. Der Einkauf von Hülsenfrüchten obliegt für den gesamten politischen Bezirk jedoch allein Vinzenz Hofmüller. Vgl. BZ Nr. 83 v. 16.10.1915, S. 5.

³⁴⁸ Vgl. BZ Nr. 61 v. 31.07.1915, S. 8.; BVB Nr. 32 v. 07.08.1915, S. 6.; BVB Nr. 43 v. 23.10.1915, S. 5.; BVB Nr. 52 v. 25.12.1915, S. 8.; BVB Nr. 6 v. 05.02.1916, S. 3.

³⁴⁹ Vgl. BVB Nr. 25 v. 17.06.1916, S. 4.

³⁵⁰ Vgl. BVB Nr. 10 v. 06.03.1915, S. 1.; Der Besitzer der Mühle, Josef Watzak, verstirbt einige Tage zuvor bei einem Unfall. Vgl. BZ Nr. 16 v. 24.02.1915, S. 4; DVB Nr. 9 v. 27.02.1915, S. 5.

³⁵¹ Vgl. BVB Nr. 16 v. 17.04.1915. S. 4. u. BZ Nr. 77 v. 25.09.1915, S. 4. Vgl. außerdem StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1915.

³⁵² Vgl. BZ Nr. 31 v. 17.04.1915, S. 6.

³⁵³ Vgl. BZ Nr. 29 v. 10.04.1915, S. 6.

³⁵⁴ Vgl. BVB Nr. 16 v. 17.04.1915. S. 4.

³⁵⁵ Vgl. Breiter: Front. S. 73.

die Menschen oft schon frühmorgens, teilweise sogar über Nacht an. Die Zersetzung der Gesellschaft wird in den Warteschlangen deutlich.³⁵⁶ Durch die Verbrauchsquote bei Mehl und Brot versucht man, die Lebensmittel möglichst gerecht und sicher zu verteilen.³⁵⁷ Doch die Probleme bleiben nicht aus. Bereits im Frühjahr 1915 kommt es bei den Getreideaufnahmen und der Implementierung des Brotkartensystems zu Kritik aufgrund der Unklarheiten und den Mängeln bei der Organisation. Die Brotkarte berechtigt zwar zum Bezug, in vielen Geschäften ist aber einfach kein Brot oder Mehl vorrätig.³⁵⁸ Aber auch die schlampige Handhabung der Brotkarten, das Streuen von Gerüchten, das Verschweigen von Vorräten, der illegale Verkauf von gesperrten Waren und andere Methoden, die Regelungen zu umgehen, führen in Baden den Plan ad absurdum, durch die strengere Bewirtschaftung für Ruhe zu sorgen.³⁵⁹ Beim Kurtourismus bietet vor allem auch die richtige An-, besonders aber die Abmeldung der Parteien einen wiederkehrenden Grund zur Klage. Immer wieder werden die Quartiergeber wegen Nicht-Beachtung der Meldevorschriften angezeigt.³⁶⁰ Und es wird betont, dass Kurgästen Brotkarten erst gegen Vorweisung des Abmeldescheines aus ihren Heimatgemeinden zustehen.³⁶¹ Oftmals wird den Händlern vorgeworfen, Mehl oder Brot abzugeben, ohne dass die betreffenden Kunden eine Brotmarke vorweisen.³⁶² Zu diesen unerlaubten Abgaben käme es vor allem an Tagen, an denen Leute aus dem Gerichtsbezirk Baden in die Stadt kämen, um die Ämter aufzusuchen, wie das BVB von der Genossenschaft der Handelsleute, die um den Ruf der Händler bangt, scharf kritisiert.³⁶³ Andererseits ist ein immer wiederkehrendes Vergehen die Verweigerung der Abgabe von Waren an Kunden.³⁶⁴ Durch die Verschärfung der Kontrollen, etwa durch die Verpflichtung der ca. 200 Gewerbetreibenden, die von ihnen bezogenen Mehlmengen wöchentlich beim Stadtpolizeiamt auszuweisen, versucht man, das System zum Gelingen zu bringen.³⁶⁵

Maßnahmen in Baden, um Nahrungsmittel zu erhalten

Die Gemeinde Baden muss immer wieder eingreifen, um die Nahrungsmittelversorgung bestmöglich zu organisieren. Die Aufgabe, die Bewohner Badens zu versorgen, gestaltet sich

³⁵⁶ Vgl. *Healy*: Vienna Falling. S. 84-96.

³⁵⁷ Vgl. *Breiter*: Front. S. 61.

³⁵⁸ Vgl. BZ Nr. 38 v. 12.05.1915, S. 3.

³⁵⁹ Vgl. BZ Nr. 19 v. 06.03.1915 – BZ Nr. 81 v. 09.10.1915.

³⁶⁰ Vgl. BZ Nr. 31 v. 17.04.1915 – BZ Nr. 49 v. 20.06.1917.

³⁶¹ Vgl. BZ Nr. 49 v. 19.06.1915, S. 4 sowie DVB Nr. 25 v. 19.06.1915, S. 5

³⁶² Vgl. BZ Nr. 61 v. 31.07.1915, S. 6 sowie BVB Nr. 31 v. 31.7.1915, S. 5.

³⁶³ Vgl. BVB Nr. 50 v. 11.12.1915, S. 4.

³⁶⁴ Vgl. BZ Nr. 33 v. 24.04.1915 – BZ Nr. 73 v. 11.09.1915; BVB Nr. 17 v. 24.04.1915 – BVB Nr. 43 v. 23.10.1915.

³⁶⁵ Vgl. BZ Nr. 103 v. 25.12.1915, S. 4.; BZ Nr. 31 v. 15.04.1916, S. 4.

ausgesprochen schwierig. Nicht vereinfacht wird die Lage dadurch, dass sich zusätzlich ca. 5000 weitere Personen in der Stadt befinden – Flüchtlinge und in den Lazaretten untergebrachte Soldaten –, die ebenfalls ernährt werden müssen.³⁶⁶ Zudem handelt es sich bei den Soldaten nun weniger um Verwundete als um Kranke, die vor allem von Typhus- und Ruhr-Erkrankungen genesen sollen und dafür einer speziellen Kost bedürfen.³⁶⁷ Doch der Lebensmittelmangel wirkt sich nicht bloß auf die Ernährungslage der Menschen an sich aus, sondern auch auf andere Bereiche im Gemeindeleben und bei der Infrastruktur, etwa wenn überlegt werden muss, ob es bei den hohen Futtermittelkosten möglich ist, Pferde für die Straßenreinigung anzukaufen.³⁶⁸

Die Gemeinde unternimmt mehrere Anstrengungen, um der misslichen Lage entgegenzuwirken. Die Lebensmitteleinkäufe durch die Gemeinde, die bereits im Vorjahr ihren Anfang genommen haben, werden fortgeführt,³⁶⁹ wobei es dem Obmann des Approvisionierungskomitees überlassen ist, sich – nach Wiener Vorbild – über die geltenden Preise hinwegzusetzen und die Differenz zwischen Höchst- und Einkaufspreis aus Gemeindemitteln zu decken.³⁷⁰ Die Verantwortlichen geraten jedoch immer wieder in den Zwiespalt, entweder die Bedürfnisse der Konsumenten zu befriedigen und die Lebensmittel direkt an diese abzugeben, oder die Handelsleute zu unterstützen und zu erhalten, indem man die Verteilung an die Kunden über diese als Zwischenhändler vornimmt.³⁷¹ Als die Stadtregierung im Februar 1915 erstmals den Verkauf direkt an die Konsumenten ins Auge fasst, kommt es sogleich zu empörten Reaktionen der Händler (und auch des BVB, das über das „merkwürdige Verhalten“ der Gemeindevertretung schreibt)³⁷² und zur erfolgreichen Intervention durch die Genossenschaft der Handelsleute, darunter auch Josef Kollmann.³⁷³ Als Kompromiss soll das Mehl bloß an notleidende Betriebe abgegeben werden und es muss von den Händlern zu von der Gemeinde festgesetzten Preisen verkauft werden.³⁷⁴ In seltenen Fällen werden jedoch auch an die Konsumenten selbst Lebensmittel abgegeben.³⁷⁵ Dafür

³⁶⁶ Vgl. DVB Nr. 7 v. 13.02.1915, S. 4.

³⁶⁷ Vgl. BZ Nr. 5 v. 16.01.1915, S. 3.

³⁶⁸ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 355.

³⁶⁹ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 383f; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 7; BZ, 10.4.1915, S. 7; BVB Nr. 13 v. 27.03.1915, S. 2f.

³⁷⁰ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.83- 85.

³⁷¹ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 384.

³⁷² Vgl. BVB Nr. 7 v. 13.02.1915, S. 4.

³⁷³ Vgl. BVB Nr. 8 v. 20.2.1915, S. 4.

³⁷⁴ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 409-415.

³⁷⁵ Vgl. bspw. BZ Nr. 27 v. 03.04.1915, S. 6; BVB Nr. 14 v. 03.04.1915, S. 4.

versucht die Gemeinde, den Markt zu fördern³⁷⁶ und den Marktleuten in manchen Fragen entgegenzukommen.³⁷⁷

Der Anbau in der Gemeinde wird ebenfalls zu einem wichtigen Thema. Hier wird einerseits dem Flurschutz mehr Bedeutung gegeben. Der Hunger mündet oft in Felddiebstähle und den rücksichtslosen Umgang mit Pflanzen,³⁷⁸ was auch eine schärfere Gesetzgebung zur Folge hat. Was früher bloß als Feldfrevel galt, stellt nun gerichtlich strafbare Handlungen dar.³⁷⁹ Auch in Baden zieht man gegen die Zerstörung von Anbauflächen und Pflanzen ins Feld.³⁸⁰ Die Weingärtner fordern die Einzäunung der Weingärten mit Stacheldraht³⁸¹ und die Stellung der Flurwächter und Weinhüter wird im Laufe der Zeit immer mehr aufgewertet, beginnend mit ihrer Montur³⁸² bis hin zur Erlaubnis, Schusswaffen zu tragen und Schreckschüsse abzugeben.³⁸³ Zusätzliches Personal wird eingestellt,³⁸⁴ wobei die Personalproblematik im Ersten Weltkrieg sichtbar wird, denn bei den Flurhütern handelt es sich durchwegs um sehr alte Herren.³⁸⁵ Sämtliche Kosten für die Flurschutz trägt bis 1918 die Gemeinde, dann werden sie auf die Grundeigentümer umgelegt.³⁸⁶

Ab Februar werden auch die Anbauflächen erweitert. Auf brachliegenden Grundstücken sollen Frühkartoffel und eventuell Gerste, Mais, Bohnen und Erbsen angebaut werden.³⁸⁷ Man startet eine Kampagne, in der Besitzer von brachliegenden Gründen gebeten werden, diese anbauwilligen Personen zum Anbau zu überlassen. Argumentiert wird hier auch mit den Aushungerungsplänen des Feindes. Von den ca. 20 Joch, die man an geeigneten Gründen ausgemacht hat, werden bis Ende März von verschiedenen Grundbesitzern 10 Joch tatsächlich zur Verfügung gestellt,³⁸⁸ die bis zum Frühjahr an 80 der 88 Interessenten verteilt werden.³⁸⁹ Die Grundeigentümer haben jedoch das Recht, den Grund trotz der Vergabe zu verkaufen.

³⁷⁶ Vgl. BZ Nr. 33 v. 24.04.1915, S. 5.; BZ Nr. 39 v. 15.05.1915, S. 7.

³⁷⁷ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 13 u. 17.

³⁷⁸ Vgl. *Breiter*: Front. S. 77.

³⁷⁹ Vgl. *Neuber*, Berta: Die Ernährungslage in Wien während des Ersten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren (Dipl. Arb. Wien 1985). S. 163.

³⁸⁰ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 1-5; BZ Nr. 23 v. 20.03.1915 – BZ Nr. 72 v. 08.09.1915.; DVB Nr. 23 v. 05.06.1915. S. 3.

³⁸¹ Vgl. BVB Nr. 1 v. 02.01.1915, S. 3 u. 4.

³⁸² StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 385.; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 69.

³⁸³ StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 73.

³⁸⁴ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 386. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 106.

³⁸⁵ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot. VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 135. 1917 ist etwa einer der Flurwächter 86 Jahre alt.

³⁸⁶ Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem-Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S. 447-449.

³⁸⁷ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 410.

³⁸⁸ Vgl. GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

³⁸⁹ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 339.

Die Bebauer müssen sich für diesen Fall verpflichten, keinen Schadenersatz für Arbeitszeit oder das Saatgut zu verlangen. 1916 bzw., neuerlich geregelt, 1917 wird dies aber geändert. Von da an wird die Verwendung von Anbaugründen dem Eigentümer nur noch dann zugestanden, wenn er sie bis dahin tatsächlich bebaut hat. Ist der Anbau durch Dritte oder durch die Gemeinde erfolgt, bleibt nun diesen der Anbau vorbehalten. Durch diese Schlechterstellung der Besitzer soll vermieden werden, dass Bewirtschafter der Gründe, die hohe Aufwendungen hatten, zu Schaden kommen, indem der Eigentümer den ohne sein Zutun verbesserten Grund um einen höheren Pachtzins weiterverpachtet. Außerdem können nun die k. k. Bezirkshauptmannschaften Gründe auch gegen den Willen des Eigentümers dem Anbau vorbehalten, wenn dies im öffentlichen Interesse gelegen ist.³⁹⁰ Gefördert sowohl von Gemeinde als auch vom Staat,³⁹¹ wird der Eigenanbau durch Kleinanbauer bis ins Frühjahr 1918 auf 60 Joch ausgeweitet,³⁹² wobei die Gründe teilweise von der Gemeinde angemietet, teilweise angekauft werden.³⁹³ Die Grundstücke werden von mehreren Grundbesitzern, v.a. aber von Adolf Zandomenighi³⁹⁴ und dem Freiherrn von Doblhoff-Dier überlassen.³⁹⁵ Auch das Stift Melk stellt Gründe unentgeltlich für sechs Jahre zur Verfügung. Durch die Kriegsgärten können 1918 ca. 2500 Personen mit Lebensmitteln versorgt werden.³⁹⁶ Die Grundstücke erfahren im Laufe des Krieges eine starke Wertsteigerung, u.a. auch dadurch, dass beispielsweise für Wasserzugänge nahe der Grundstücke gesorgt wird.³⁹⁷ Die Wasserfrage beschäftigt Baden v.a. 1917. In Baden besteht Wassermangel, da viel Wasser an die Munitionsfabriken am Steinfeld abgegeben werden muss. Noch dazu werden Brunnen mutwillig beschädigt und auch der überschüssige Wasserverbrauch der Bewohner, u.a. für den Anbau, gibt den Verantwortlichen bald zu denken.³⁹⁸ Die Organisation der

³⁹⁰ Vgl. GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

³⁹¹ Vgl. BZ Nr. 6 v. 20.01.1917, S. 1f. sowie BZ Nr. 20 v. 10.03.1917, S. 3.; StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 119-125.; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.395 u. 408.

³⁹² Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

³⁹³ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.; BZ Nr. 46 v. 09.06.1917, S. 4.; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.353, 362, 386.; 17.9.1917: StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.-Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S. 145-156, 162-168, 171, 253.

³⁹⁴ Mehrere Schreibweisen

³⁹⁵ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; 1919-1929.

³⁹⁶ Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.-Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S. 441-448.

³⁹⁷ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.331f., 346, 426, 441-446.; StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.-Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S. 145-156, 162-168, 171, 396-399.; Vgl. außerdem GB 051 1914-1929; 1919-1929.

³⁹⁸ Vgl. StA B, GB 051 1914-1915 ; Kriegsakt 1914. Vgl. weiters GB/3d/8, G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII, 23.2.1917-16.12.1918, S. 56-58, 66-70.; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 345f.; BZ Nr. 46 v. 09.06.1917, S. 4.

Gemüsebauagenden übernimmt vorerst das Bauamt³⁹⁹ sowie formell auch ein 1916 gebildetes Wirtschaftskomitee.⁴⁰⁰ 1917 wird ein Gemüsebaukomitee gewählt (das Wirtschaftskomitee wird aufgelassen),⁴⁰¹ wobei es zu Kompetenzschwierigkeiten zwischen dem Gemüsebaukomitee und dem Bauamt kommt.⁴⁰² Die Gemüsebaufrage wird im Laufe der Zeit auch mit der Frage nach Kriegerheimstätten für die aus dem Krieg heimkehrenden Veteranen verbunden. Zudem sollen manche der Gründe ausschließlich an unbemittelte Badener Bewohner vergeben werden. Man strebt längere Pachtverträge an, damit der Kleingartenbau auch nach Friedensschluss fortgesetzt werden kann.⁴⁰³ Nach Informationen von 1917 erhalten die Interessenten im Normalfall 200 Klafter dieser Gründe zum Bewirtschaften. Einzelnen werden größere Flächen zugeteilt, in der Hoffnung, dass auf den größeren Flächen Anbau über den Eigenbedarf hinaus für den Verkauf betrieben werden kann.⁴⁰⁴ Auf Initiative des Handelsgärtners Wilhelm Baumgartner hin entsteht außerdem eine größere Gemüsezuucht bei der Kläranlage.⁴⁰⁵

Auch die übrigen, schon bestehenden Gemüseärten werden 1915 voll bebaut⁴⁰⁶ und in den Weingärten wird auf Initiative der Weinbauvereine zusätzlich Frühjahrsgemüse gepflanzt.⁴⁰⁷ Die Kriegserklärung Italiens am 23. Mai 1915 macht die Gemüsebauaktion noch bedeutsamer, da hiermit zwei der wichtigsten Gemüselieferanten der Monarchie wegbrechen.⁴⁰⁸ Auch die Kriegsspitäler betreiben während des Krieges Anbau, wobei sie von der Gemeinde ebenso unterstützt werden wie von der Schlossverwaltung in Laxenburg und den Gärtnereien der Erzherzöge Friedrich und Karl Stephan sowie auch von Baron Doblhoff-

³⁹⁹ Vgl. BZ Nr. 46 v. 09.06.1917, S. 4. sowie BZ Nr. 50 v. 23.06.1917, S. 2.; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.335.; StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 119- 125.

⁴⁰⁰ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 708-714 u. S. 717-719.

⁴⁰¹ Vgl. BZ Nr. 15 v. 21.02.1917, S. 2.; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 335.

⁴⁰² Vgl. BZ Nr. 46 v. 09.06.1917, S. 4.; BZ Nr. 50 v. 23.06.1917, S. 2.; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.335.; StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 119-125.

⁴⁰³ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 362.

⁴⁰⁴ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917.16.12.1918, S. 56-58, 66-70.

⁴⁰⁵ Vgl. GB 051 1914-1929; 1919-1929. Die städtische Kläranlage und die dazu gehörenden Gründe erweisen sich im Krieg als wertvolles Gut für die Gemeinde. Immer wieder werden sie verpachtet und zum Anbau ebenso genützt wie zur Viehzucht. In Zeiten des Düngermangels kann man so Dünger an Nutzer innerhalb der Stadt aber auch an andere Gemeinden veräußern. Bei der Bebauung der Gründe in der Nähe der Kläranlage hat man noch dazu den Vorteil, sich die kostspieligen und schwer zu erwerbenden Pferdefuhrwerke zum Transport des Düngers zu sparen. Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 359.; StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.-Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S. 145-156, 162-168, 171.; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 335, 344, 399.

⁴⁰⁶ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

⁴⁰⁷ Vgl. BVB Nr. 9 v. 27.02.1914, S. 5.

⁴⁰⁸ Vgl. BZ Nr. 50 v. 23.06.1915, S. 3.

Dier.⁴⁰⁹ Sowohl die k. k. Bezirkshauptmannschaft als auch die Gemeinde tragen durch das Zur-Verfügung-Stellen von Saatgut sowie der städtischen Pferde bei.⁴¹⁰ Vorträge und Ratgeber sollen zum Thema Gemüsebau Information bieten.⁴¹¹

Gleichzeitig wird die Fleischversorgung zum immer drängenderen Problem. Bereits im Jänner versucht die Zentrale für Viehverwertung, Maßnahmen zur Hebung der Schweinezucht in den Gemeinden anzustoßen, denn die Knappheit an Futtermitteln hat die problematische vorzeitige Schlachtung von Schweinen zur Folge.⁴¹² Nachdem Mitte Februar auch schon eine Boykott-Aktion von Schweinefleisch der ROHÖ aufgrund der überhöhten Preise stattfindet⁴¹³ und von der k. k. Bezirkshauptmannschaft ein Zirkularerlass an die Gemeinden zur Sicherstellung von Fleischdauerwaren erscheint,⁴¹⁴ denkt die Gemeinde erneut über die Gründung einer Schweinezucht nach.⁴¹⁵ Tatsächlich leitet die Gemeinde Schritte hierzu ein,⁴¹⁶ jedoch funktioniert die Aktion aus mangelndem Interesse der Bevölkerung, bei der für die Fütterung notwendigen Abfallsammlung mitzuhelfen, nicht.⁴¹⁷ Den größten Viehbestand weisen die Gutsverwaltung Doblhoff und der Gutsverwalter des Stifts Melk, Theodor Wanura, auf, welche so natürlich auch für die Milchversorgung von großer Bedeutung sind.⁴¹⁸ Als Ersatz für die teuren traditionellen Fleischsorten werden immer wieder die Zucht von Kaninchen und Geflügel – für das die in diesem Jahr zahlreichen Maikäfer als Ersatzfutter dienen sollen⁴¹⁹ – propagiert. Daneben werden Krähen, Dohlen, Sperlinge, Eichhörnchen, Miesmuscheln oder Schnecken als Fleischersatzquellen vorgeschlagen⁴²⁰ und die Schonzeit für Wild wird verkürzt.⁴²¹ Der Approvisionierungssektion gelingt auch häufiger der Einkauf von Fleisch aus dem Zolldausland, u.a. aus Dänemark, was bei den Fleischhauern Badens anscheinend auf Widerstand stößt,⁴²² der Gemeinde aber das Lob der konsumentenfreundlichen BZ einträgt.⁴²³ Ab Mai werden Dienstag und Freitag zu

⁴⁰⁹ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 38f. u. S. 70.; Vgl. BZ Nr. 15 v. 19.02.1916, S. 5. u. BZ Nr. 83 v. 14.10.1916, S. 2 u. 3.

⁴¹⁰ Vgl. BZ Nr. 31 v. 17.04.1915, S. 5.; BVB Nr. 16 v. 17.04.1915, S. 4; BZ Nr. 35 v. 01.05.1915, S. 4; sowie StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

⁴¹¹ Vgl. BZ Nr. 21 v. 13.03.1915, S. 4; BVB Nr. 17 v. 24.04.1915, S. 5; BZ Nr. 50 v. 23.06.1915, S. 3.

⁴¹² Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914.

⁴¹³ Vgl. BZ Nr. 13 v. 13.02.1915, S. 5.

⁴¹⁴ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 402.

⁴¹⁵ Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914 . sowie StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 411.

⁴¹⁶ Vgl. BZ Nr. 35 v. 01.05.1915, S. 4.

⁴¹⁷ Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914.

⁴¹⁸ Vgl. StA B GB 051 1915; GB/051/1915-1919; Die Gutsverwaltung Doblhoff produziert täglich 650l Milch, das Stift Melk 340l. Vgl. auch BZ Nr. 8 v. 26.01.1916, S. 2.

⁴¹⁹ Vgl. BZ Nr. 35 v. 01.05.1915, S. 4.

⁴²⁰ Vgl. BZ Nr. 6 v. 20.01.1915, S. 1-3; BZ Nr. 15 v. 20.02.1915, S. 4; BVB v. 8 v. 20.02.1915, S. 2 u. 3.

⁴²¹ Vgl. BVB Nr. 14 v. 03.04.1915, S. 3.

⁴²² Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 40.

⁴²³ Vgl. BZ Nr. 54 v. 07.07.1915.

fleischlosen Tagen im Handel eingeführt.⁴²⁴ Doch der Fleischmangel wird immer gravierender und der Fleischteuerung kann man kaum entgegenhalten, wobei die Abhängigkeit von den Wiener Märkten stark zum Tragen kommt.⁴²⁵

Ernte

Nun setzt man große Hoffnungen in die Ernte, bis dahin heißt es, hauszuhalten.⁴²⁶ Doch die Zeichen hierfür stehen schlecht. Das Wetter beschert im Frühjahr anhaltende Trockenheit, während der Erntemonate regnet es dafür überdurchschnittlich.⁴²⁷ Und es mangelt an allem – Zugvieh, Dünger, Energieträgern, vor allem aber an Arbeitskräften.⁴²⁸ Seit Jahresbeginn entzieht die kriegsbedingte Hochkonjunktur der Landwirtschaft zusätzliche Arbeitskräfte, da viele der landwirtschaftlichen Arbeiter als kriegsleistungspflichtige Arbeiter den Fabriken zugeteilt werden.⁴²⁹ Nun kommen noch die kriegserischen Ereignisse hinzu. Am 3. Mai 1915, während der Erntevorbereitungen, kündigt Italien den Dreibundvertrag auf.⁴³⁰ Am Tag darauf wird die Landsturmpflicht erweitert, im September schließlich der gesamte Landsturm eingezogen. Da die Erntekommissionen keine inländischen Arbeiter mehr zuweisen können, muss man vermehrt auf Kriegsgefangene zurückgreifen.⁴³¹

In Baden werden bloß 280 Joch für den Frühjahrsanbau bewirtschaftet, wovon 186 Joch auf Großgrundbesitz, nämlich die Gründe des Baron Heinrich von Doblhoff-Dier und die Gründe des Stifts Melk, fallen.⁴³² Hinsichtlich der Arbeitskräfte hat man auch in Baden ein Problem. Die Musterungskommission hat auch in Baden „reiche Ernte“ gehalten, wie das BVB schreibt.⁴³³ Die Weinbauvereine und Kollmann bemühen sich um Beurlaubung von Militärangehörigen zum Frühjahrsanbau.⁴³⁴ Bürgermeister Trenner möchte arbeitsfähige Flüchtlinge sowie auch Verwundete (die laut ihm gerne arbeiten würden, jedoch nicht dürften, solange sie in den Spitälern seien) für den Anbau einsetzen dürfen. Und er bemüht sich um Kriegsgefangene.⁴³⁵ Im Juli werden Baden für die Anbauarbeiten 40 gefangene Russen aus

⁴²⁴ Vgl. BZ Nr. 41 v. 22.5.1915, S. 4.; Vgl. auch *Breiter*: Front. S. 58.

⁴²⁵ Vgl. BZ Nr. 39 v. 15.05.1915, S. 4; DVB Nr. 20 v. 15.05.1915, S. 3. DVB Nr. 24 v. 12.06.1915, S. 3.; BVB Nr. 30 v. 24.07.1915, S. 6 u. 7.

⁴²⁶ Vgl. BZ Nr. 27 v. 03.04.1914, S. 3.; BVB Nr. 15 v. 10.04.1915, S. 1 u. 2.

⁴²⁷ Vgl. *Fussek*: Lebensmittelsorgen. S. 123.

⁴²⁸ Vgl. *Prassniger*: Hunger. S. 181. Vgl. weiters *Bauer*, Martin: Alles für die Hauptstadt?. Agrarwirtschaft im Land um Wien während des Ersten Weltkrieges. In: *Loinig* (Hg.): Front. S. 46-48.

⁴²⁹ Vgl. *Scheer*: Kriegswirtschaft. S. 463.

⁴³⁰ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 391.

⁴³¹ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 152f.

⁴³² Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

⁴³³ Vgl. BVB Nr. 24 v. 12.06.1915, S. 4.

⁴³⁴ Vgl. BVB Nr. 8 v. 20.02.1915, S. 4. und BVB Nr. 10 v. 06.03.1915, S. 1.

⁴³⁵ Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914.

dem Gefangenenerlager Spratzen bei St. Pölten zugewiesen,⁴³⁶ im August sollen erneut russische Kriegsgefangene nach Baden kommen.⁴³⁷ Auch in den folgenden Jahren werden russische und italienische Kriegsgefangene bei den Anbauarbeiten in Baden eingesetzt.⁴³⁸ Doch die ständigen Einberufungen in den kommenden Jahren können weder durch den Einsatz von Kriegsgefangenen⁴³⁹ noch durch andere Maßnahmen zur Gewinnung von Arbeitern⁴⁴⁰ ausgeglichen werden, zumal etwa die zugewiesenen Arbeitssoldaten sind zumeist unerfahren und körperlich ungeeignet für die Landwirtschaft sind. Außerdem werden sie oft ausgewechselt, sodass die Landwirte immer wieder neue Leute anlernen müssen.⁴⁴¹ Die Arbeitskräfte-Problematik ist nicht die einzige, mit der man zu kämpfen hat. Spritzmittel, wie das für den Weinbau wichtige Kupfervitriol, sind nicht zu bekommen,⁴⁴² um stickstoffhaltige Stoffe, die vom Militär für die Kriegsführung gebraucht werden,⁴⁴³ muss angesucht werden.⁴⁴⁴ Auch Staatsmittel, etwa für das unverzinsliche Reblausnotstandsdarlehen, werden gestrichen.⁴⁴⁵ Besserung ist nicht in Sicht. Bis 1916 sinkt die Düngemittelproduktion auf 10% der Vorkriegsproduktion.⁴⁴⁶ Von den bestellten 10.053 Kilo Kupfervitriol werden der Gemeinde Baden bloß 5470 Kilo tatsächlich zugewiesen.⁴⁴⁷ Und der Saatgutmangel beschäftigt Baden durchgehend.⁴⁴⁸

Trotz verschiedener Versuche von offizieller Seite, den Anbau zu unterstützen,⁴⁴⁹ gehen sowohl die Anbauflächen als auch die Ernte- und Hektarerträge im ganzen Reich bei sämtlichen Feldfrüchten stark zurück.⁴⁵⁰ 1915 muss man bei den Hektarerträgen bei Weizen,

⁴³⁶ Vgl. DVB Nr. 27 v. 03.07.1915, S. 4.

⁴³⁷ Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914. sowie StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/ 1914-1919 Viehfutter Transportpferde.

⁴³⁸ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918. sowie StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 222.

⁴³⁹ Vgl. *Scheer*: Kriegswirtschaft. S. 463.

⁴⁴⁰ Vgl. *Breiter*: Front. S. 36-38.

⁴⁴¹ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

⁴⁴² Vgl. BVB Nr. 5 v. 30.01.1915, S. 6. und BVB Nr. 18 v. 01.05.1915, S. 4.

⁴⁴³ Vgl. *Prassniger*: Hunger. S. 181f.

⁴⁴⁴ Vgl. BZ Nr. 23 v. 20.03.1915, S. 5. sowie StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.101. und StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1915 .

⁴⁴⁵ Vgl. BVB Nr. 3 v. 16.01.1915, S. 3.

⁴⁴⁶ Vgl. *Weitensfelder*: Nähr-Stoffe. S. 198.

⁴⁴⁷ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051 1916.

⁴⁴⁸ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau. weiters StA B, GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918. und StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

⁴⁴⁹ Vgl. BVB Nr. 16 v. 15.04.1916, S. 3.; BZ Nr.15 v. 19.02.1916, S. 5.; BZ Nr. 17 v. 26.02.1916, S. 4.; Vgl. auch StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

⁴⁵⁰ Vgl. *Fussek*: Lebensmittelsorgen. S. 123.; 1916 werden mangelnde Anstrengungen, Grund und Boden voll auszunutzen, als direktes Verbrechen gegen Staat und Wehrmacht angesehen. Vgl. BVB Nr. 16 v. 15.04.1916, S. 3.; BZ Nr. 15 v. 19.02.1916, S. 5.; BZ 17 v. 26.02.1916, S. 4. sowie StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau. Gleichzeitig ist der Staatsverwaltung unter diesen Umständen klar, dass mit den fehlenden Ressourcen eine Einschränkung des Anbaus nicht ausbleiben kann. Es wird eine Ministerialverordnung erlassen, mit der die Pflicht zum Anbau formell von „sämtlichen Ackergründen“ auf „sämtliche anbaufähige Ackergründe“

Roggen und Gerste zusammen einen Rückgang von 40,4% ausgehend von der Ernte 1913 ausmachen.⁴⁵¹ Die Lieferrückgänge werden in den folgenden Jahren immer bedrohlicher. Während im Wirtschaftsjahr 1915/16 beispielsweise in Österreich bei Weizen ein Hektarertrag von 6,3q aufgebracht werden kann, sinkt dieser Ertrag im Jahr 1916/17 auf 3,8q und 1917/18 auf 3,2q.⁴⁵² Auch der Versuch, die Einbußen durch die Zufuhr von Lebensmitteln aus den besetzten Gebieten auszugleichen, gelingt während des gesamten Krieges nicht.⁴⁵³

Errosion der Gesellschaft und die Bildung eines Konsumentenvereins

Die Vorräte an Lebensmitteln sind in der österreichischen Reichshälfte schon im Sommer 1915 stark erschöpft.⁴⁵⁴ Die Teuerung schreitet extrem fort.⁴⁵⁵ Waren die Zeitungen Badens im Sommer des Vorjahres noch voll von der „erleichterten Kunde des Krieges“,⁴⁵⁶ so findet sich nun ein Bericht nach dem anderen über Preiserhöhungen,⁴⁵⁷ Organisations- und Einschränkungsmaßnahmen und Meldungen über Verbrechen, die mit Lebensmitteln im Zusammenhang stehen⁴⁵⁸ und die Not der Menschen unübersehbar machen. Politik sowie bürgerliche Hilfsaktionen und Privatinitiativen versuchen, die Versorgung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Die Frauenvereine kämpfen an vorderster Front. Die ROHÖ Baden organisiert seit Februar regelmäßig Lebensmittel für ihre Mitglieder,⁴⁵⁹ Gratisjause, bei denen auch neue Produkte verkostet werden können, sowie Preisermäßigungen für die Bäder und die Wiener Linien, mit denen die Badener und Badenerinnen leichter die Wiener Märkte erreichen können sollen.⁴⁶⁰ Sie macht bekannt, bei welchen Geschäften Nahrungsmittel gerade günstig bezogen werden können.⁴⁶¹ Und sie versucht, durch Eigenproduktion zusätzliche Nahrungsmittel zu erhalten.⁴⁶²

beschränkt wird. Auf diese Weise wird den Bezirkshauptmannschaften die Möglichkeit gegeben, Ausnahmen bei der Anbaupflicht zu gewähren, wenn die Mittel nicht ausreichen. Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

⁴⁵¹ Vgl. *Schmied-Kowarzik*: Erschöpfung. S. 493.

⁴⁵² Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 137.

⁴⁵³ Vgl. *Rauchensteiner*: Der erste Weltkrieg. S. 755-764.

⁴⁵⁴ Vgl. *Breiter*: Front. S. 56.

⁴⁵⁵ Vgl. *Stekl*: Euphorie. S. 236.

⁴⁵⁶ Vgl. BZ Nr. 60 v. 29.07.1914. S. 1.

⁴⁵⁷ Vgl. BZ Nr. 31 v. 17.04.1915, S. 6; DVB Nr. 15 v. 10.04.1915, S. 5.

⁴⁵⁸ Vgl. DVB Nr. 19 v. 08.05.1915, S. 5.; BZ Nr. 39 v. 15.05.1915 – BZ Nr. 98 v. 08.12.1915.; BVB Nr. 28 v. 10.07.1915 – BVB Nr. 34 v. 21.08.1915.

⁴⁵⁹ Vgl. BZ Nr. 10 v. 03.02.1915, S. 4.; BZ Nr. 37 v. 08.05.1915, S. 6.; BZ Nr. 39 v. 15.05.1915, S. 7.

⁴⁶⁰ Vgl. BZ Nr. 45 v. 05.06.1915, S. 5.

⁴⁶¹ Vgl. BZ Nr. 97 v. 02.12.1916, S. 4.

⁴⁶² Vgl. BZ Nr. 42 v. 24.05.1916, S. 2.

Ebenso wie der Staat⁴⁶³ muss auch die Gemeinde Baden im Sommer 1915 ihren Angestellten Teuerungszulagen gewähren. In diesem Krieg wird die Gemeinde eine Teuerungszulage nach der anderen verteilen, oftmals freiwillig. Erst Ende 1917 beginnt man sich zu fragen, ob dies ein „Fass ohne Boden“ sein wird.⁴⁶⁴

Der Handels- und Gewerbetreibenden nimmt sich Baron Doblhoff-Dier an und gründet eine „Heinrich Freiherr von Doblhoff-Dier Stiftung zur Unterstützung bedürftiger Handels- und Gewerbetreibender im Gerichtsbezirke Baden“, die mit einem Stiftungsvermögen von 25.000 Kronen ausgestattet ist.⁴⁶⁵ Von den Teuerungen ist auch besonders der Mittelstand betroffen, der zunehmend von der Angst geplagt wird, ins Proletariat abzurutschen.⁴⁶⁶ Manche Handelsleute versuchen auch, eine Initiative zu starten, um einander zu helfen. Man will solidarisch die Geschäfte zur Mittagszeit schließen, sodass auch für diejenigen Geschäftsleute, die durch die Einberufungen und die Mehrarbeit am meisten unter Druck stehen, eine Mittagspause gesichert ist. Jedoch stößt diese Aktion aufseiten der meisten Händler auf wenig Interesse.⁴⁶⁷

Die Mehrarbeit in Verbindung mit dem Lebensmittelmangel wirkt zunehmend existenzbedrohend. Aufgrund der kriegswirtschaftlichen Hochkonjunktur und dem Arbeitermangel geht die Arbeitszeit mit Überstunden inzwischen über elf Stunden täglich hinaus. Ab September dürfen auch Jugendliche und Arbeiterinnen in der Nacht beschäftigt werden.⁴⁶⁸ Die Kräfte gelangen an ihre Grenzen – zumal die Menschen, die den ganzen Tag arbeiten müssen, oft keine Zeit zum Anstellen haben und somit auch bei der Verteilung der Güter benachteiligt sind.⁴⁶⁹ Davon betroffen sind in Baden etwa auch die Arbeiter beim Barackenbau in der Braitnerstraße, die aufgrund ihrer Arbeitszeiten von fünf Uhr morgens bis acht Uhr abends kaum Möglichkeit haben, Brot zu kaufen. Hier muss der Arbeitgeber, der General-Stabsarzt Dr. von Schuller, eine regelmäßige Brotabgabe organisieren.⁴⁷⁰

Doch all diese Hilfsmaßnahmen sind bloß ein Tropfen auf den heißen Stein. Ab dem Sommer verschärft sich die Lage merkbar und die Reizbarkeit nimmt sichtlich zu. Wird im März in einem Artikel, der sich mit der Lebensmittelversorgung auseinandersetzt, noch von einer „Knappheit von Mehl, [...] die noch zu ertragen war und die nach Aufhebung der Sperre

⁴⁶³ Vgl. Boyer, John W.: Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897-1918 (Chicago/ London 1995). S. 424f.

⁴⁶⁴ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S.129-140.

⁴⁶⁵ Vgl. BZ Nr. 29 v. 10.04.1915, S.6.

⁴⁶⁶ Vgl. Breiter: Front. S. 77-79.; Healy: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. S. 23.

⁴⁶⁷ Vgl. BZ Nr. 49 v. 19.06.1915, S. 4.

⁴⁶⁸ Vgl. Grandner: Gewerkschaftspolitik. S. 147f.

⁴⁶⁹ Vgl. Scheer: Kriegswirtschaft. S. 467f.

⁴⁷⁰ Vgl. DVB Nr. 21 v. 22.05.1915, S. 5.

gelöst sein dürfte“⁴⁷¹ geschrieben, beschwert man sich im August über die schlechte Qualität des Brots und fragt sich, warum Baden so „stiefmütterlich“ von der KGV behandelt werde.⁴⁷² Es kommt bei Lebensmittelabgaben, etwa bei einer Mehlausgabe im August⁴⁷³ oder einer Kartoffelabgabe im Oktober, zu wüsten Szenen und Versuchen, die Lebensmittelabgabestellen zu erstürmen. Marktaufsicht und Polizei müssen eingreifen. Letztendlich gehen viele mit leeren Händen wieder nachhause.⁴⁷⁴ Verkaufsverweigerungen, gegenseitige Angriffe, üble Nachrede und sogar Handgreiflichkeiten finden öfter statt.⁴⁷⁵

Medial wird dieser Streit schon die längste Zeit auch von den Zeitungen Badens ausgetragen, wobei v.a. BZ⁴⁷⁶ und BVB⁴⁷⁷ die Stellvertreterposition für die Streitparteien übernehmen. Der DVB hingegen kritisiert den Handel und den Wucher scharf und fordert oft drastische Maßnahmen, um dagegen vorzugehen. Dies richtet sich auch gegen die Badener Verhältnisse und v.a. gegen den Markt (wobei die „betrügerischen“ Händler oft hervorgehoben namentlich genannt werden), jedoch ist vor allem der Zwischenhandel das erklärte Feindbild des DVB.⁴⁷⁸ Zugleich betreibt der DVB nationalistische Klientelpolitik, indem er beispielsweise auch eine Liste von „empfehlenswerten Bezugsquellen von deutschen Geschäftsleuten in Baden“ veröffentlicht.⁴⁷⁹ Doch es bleibt nicht bei den Scharmützeln der Zeitungen als Vertreter verschiedener Interessensgruppen sowie zwischen Kunden und Verkäufern untereinander – auch die verantwortlichen Obrigkeiten geraten zunehmend unter Beschuss.

Die Umstände im Krieg und die Notwendigkeit, so schnell wie möglich zu handeln, wenn Lebensmittel zum Kauf stehen, bedingen, dass das Approvisionierungs-Komitee bloß pro forma eingesetzt ist. Die Versorgung der Stadt wird im Wesentlichen von Bürgermeister Trenner und Vizebürgermeister Brusatti, der die Vollmacht des Gemeindeausschusses erhalten hat, auf eigene Faust Einkäufe zu tätigen, unter Beratung von GR Schmid, besorgt.⁴⁸⁰ Trotzdem zeigen sich die meisten Gemeindevertreter in Fragen der Lebensmittelversorgung engagiert. Vor allem aber Bürgermeister Trenner, Josef Kollmann und natürlich der Obmann der Approvisionierungskommission, Alois Brusatti, treten immer wieder in Erscheinung,

⁴⁷¹ Vgl. BVB Nr. 13 v. 27.03.1915, S.2.

⁴⁷² Vgl. BZ Nr. 62 v. 04.08.1915, S. 3.

⁴⁷³ Vgl. BZ Nr. 69 v. 28.08.1915, S. 4 u. 5.

⁴⁷⁴ Vgl. BZ Nr. 79 v. 02.10.1915, S. 4.

⁴⁷⁵ Vgl. BVB Nr. 9 v. 27.02.1915 – BVB Nr. 11 v. 13.03.1915; BZ Nr. 63 v. 07.08.1915, S. 6.

⁴⁷⁶ Vgl. BZ Nr. 34 v. 28.04.1915 – BZ Nr. 63 v. 07.08.1915.

⁴⁷⁷ Vgl. BVB Nr. 7 v. 13.02.1915 – BVB Nr. 30 v. 24.07.1915.

⁴⁷⁸ Vgl. DVB Nr. 19 v. 08.05.1915 – DVB Nr. 30 v. 24.07.1915.

⁴⁷⁹ Vgl. DVB Nr. 5 v. 30.01.1915, S. 6.

⁴⁸⁰ StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916. S. 419-433.

melden sich zu Wort, besuchen Veranstaltungen wie Probekosten, etc.⁴⁸¹ Trotzdem wird die Kritik immer lauter, vor allem am Bürgermeister. Wieder mischen die Zeitungen – allen voran die BZ – kräftig mit. Die Lebensmittelankäufe der Gemeinde haben die negative Kehrseite, dass diese bei mangelnder Qualität der Lebensmittel in der Kritik steht.⁴⁸² Zudem legt man ihr mangelnde Organisation zur Last.⁴⁸³ Auch für die Preiserhöhungen auf dem Markt wird sie in die Verantwortung genommen. Wieder und wieder werden die Missstände auf dem Markt eindrücklich beschrieben und ein energischeres Einschreiten der Marktorgane, die immer mehr Anfeindungen erfahren,⁴⁸⁴ gefordert. Das angeblich mangelnde Bestreben, gegen die Preistreiberien auf dem Markt vorzugehen, führt die BZ darauf zurück, dass der Markt wertvolle Wählerstimmen für die Stadtregierung bieten würde.⁴⁸⁵ Im Laufe des Sommers werden immer wieder Leserstimmen in der BZ wiedergegeben, die die Zustände auf dem Markt anprangern. Zudem wird Baden immer wieder in Vergleich zu anderen Ortschaften, v.a. auch Wien, gestellt, wobei Baden nie gut abschneidet.⁴⁸⁶ Einem Artikel eines Wiener Wochenblatts, das über die gute Approvisionierung Badens und die im Vergleich zu Wien günstigen Preise berichtet, möchte die BZ keinen Glauben schenken.⁴⁸⁷ In den folgenden Monaten veröffentlicht sie Vergleichstabellen der Wiener und Badener Preise, bei denen Baden tatsächlich in einigen Fällen höhere Preise aufweist als Wien.⁴⁸⁸ Auch der DVB kritisiert die Zustände auf dem Markt und fordert nachdrücklich ein unabhängiges Aufsichtsorgan.⁴⁸⁹ Die BZ jedoch gerät noch mehr in die Oppositionsrolle zur Gemeindepolitik. Ihre Entwicklung zum Konsumentenblatt mündet in die aktive Betreibung zur Gründung eines Konsumentenvereins, der sich am 2. Oktober konstituiert. Die Zugangsbedingungen wählt man so, dass eine breite Basis erreicht wird, um einen höheren Einfluss zu erreichen. Da es auch eines der Ziele des Konsumentenvereins darstellt, durch gesetzlich zulässige Einflussnahme auf die Wählerschaft die Entsendung von Konsumentenvertretern in die Gemeindevertretung zu erwirken, ist es sicher nicht von Nachteil, dass der Konsumentenverein von der am häufigsten erscheinenden Zeitung in Baden aktiv unterstützt wird (der Herausgeber Hans Wladarz gesteht in der konstituierenden Sitzung dem Konsumentenverein eine wöchentliche Rubrik zu). Allerdings sind mit dem

⁴⁸¹ Vgl. BVB Nr. 7 v. 13.02.1915 – BVB Nr. 28 v. 10.07.1915; DVB Nr. 7 v. 13.02.1915, S. 4.; BZ Nr. 41 v. 22.05.1915, S. 5.

⁴⁸² Vgl. BZ Nr. 37 v. 08.05.1915, S. 5.

⁴⁸³ Vgl. BZ Nr. 38 v. 12.05.1915, S. 3.

⁴⁸⁴ Vgl. BZ Nr. 71 v. 04.09.1915, S. 6.; BVB Nr. 36 v. 04.09.1915, S. 1 u. 2.; BVB Nr. 38 v. 18.09.1915, S. 5.

⁴⁸⁵ Vgl. BZ Nr. 55 v. 10.07.1915, S. 5.; BZ Nr. 57 v. 17.07.1915, S. 6.; BZ Nr. 58 v. 21.07.1915, S. 3.

⁴⁸⁶ Vgl. BZ Nr. 55 v. 10.07.1915, S. 5.; BZ Nr. 58 v. 21.07.1915, S. 3.; BZ Nr. 60 v. 28.07.1915, S. 3.; BZ Nr. 61 v. 31.07.1915, S. 1 u. 2.

⁴⁸⁷ Vgl. BZ Nr. 65 v. 14.08.1915, S. 5.

⁴⁸⁸ Vgl. BZ Nr. 69 v. 28.08.1915 – BZ Nr. 95 v. 27.11.1915.

⁴⁸⁹ Vgl. DVB Nr. 27 v. 03.07.1915, S. 5. u. DVB Nr. 29 v. 17.07.1915, S. 3.

Bürgerschuldirektor GB Franz Martin, der als Ersatzmann des Ausschusses eingesetzt wird, und mit GB Roman Hansy bereits zwei aktive Mitglieder des Gemeindevorstandes an der Konstituierung des Konsumentenvereins beteiligt. Auch andere stadtbekannte Persönlichkeiten stehen in Verbindung mit dem Konsumentenverein, wie etwa Rosa Engel von der ROHÖ Baden.⁴⁹⁰ Auch bei diesem Verein ist in den Sommermonaten eine deutliche Politisierung festzustellen. Neben der Organisation von Lebensmitteln für ihre Mitglieder beginnt die ROHÖ Baden nun verstärkt, sich mit den Marktverhältnissen auseinanderzusetzen und auch bei der Gemeindevertretung zu agitieren, wobei sie teilweise Unterstützung vom Schulküchenverein erhält.⁴⁹¹

Vorgehen und Ziele der ROHÖ und des Konsumentenvereins decken sich in vielerlei Hinsicht und so findet auch eine enge Kooperation statt.⁴⁹² Eines der Hauptanliegen der beiden Organisationen ist, die Konsumenten von den Verkäufern des Marktes unabhängiger zu machen. Dies geschieht einerseits dadurch, dass die Vereine für ihre Mitglieder selbst Waren organisieren bzw. diesen den Zugang zu Märkten außerhalb Badens, v.a. auch in Wien, erleichtern, wobei sowohl ROHÖ als auch Konsumentenverein auch mit der Badner Bahn kooperieren.⁴⁹³ Andererseits versucht man, durch Händler von außerhalb mehr Konkurrenz zu schaffen und v.a. möchte man den Konsumenten über verschiedene Wege ermöglichen, Waren direkt bei Produzenten zu erstehen – einer der großen Kritikpunkte ist, dass die Händler des Grünen Markts sofort in der Früh alle Waren bei den Produzenten aufkaufen würden, um sie dann teurer an die Kunden zu verkaufen.⁴⁹⁴ Zu diesem Zweck wird Druck auf den Bürgermeister und die Gemeindevertretung, u.a. durch das Sammeln von Unterschriften, ausgeübt.⁴⁹⁵ Während die Konsumentenvertreter ihre Forderungen erheben, werden auch von staatlicher Seite Maßnahmen gesetzt, um den irregulären Zuständen auf den Märkten und den Preistreibereien entgegenzuwirken. Am 22. Juli 1915 ergeht ein Erlass des Ministeriums des Innern an die politischen Landesbehörden (in deren Verantwortung das Scheitern der bisherigen Bemühungen nach Ansicht des Ministeriums fällt), der eine stärkere Kontrolle der Märkte anstrebt. Am 7. August 1915 wird außerdem die Notverordnung über die Versorgung der Bevölkerung verschärft und das Preistreibereigesetz somit erweitert.⁴⁹⁶ Die k. k.

⁴⁹⁰ Vgl. BZ Nr. 78 v. 29.09.1915, S. 3. u. BZ Nr. 79 v. 02.10.1915, S. 3.;

⁴⁹¹ Vgl. DVB Nr. 28 v. 10.07.1915, S. 5. Sowie: StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 84 u. 85.

⁴⁹² Vgl. BZ Nr. 65 v. 14.08.1915, S. 2 u. 3.

⁴⁹³ Vgl. BZ Nr. 82 v. 13.10.1915 – BZ Nr. 69 v. 26.08.1916.

⁴⁹⁴ Vgl. BZ Nr. 52 v. 30.06.1915 – BZ Nr. 62 v. 04.08.1915.; DVB Nr. 28 v. 10.07.1915, S. 5.

⁴⁹⁵ Vgl. BZ, 7.8.1915, S. 4.; Dieser Vorwurf wird schließlich auch in einem (gedruckten) Brief wiederholt, der an den Bürgermeister ergeht. Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1915.

⁴⁹⁶ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 132f. Vgl. auch 20.9.1915: StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.78.

Bezirkshauptmannschaft Baden unterstützt die Bildung des Konsumentenvereins.⁴⁹⁷ Die Gemeinde beschließt, zur verschärften Überwachung des Grünen Markts eine Kommission einzusetzen. Diese wird zusammengesetzt aus dem Marktreferenten, einem beeideten Sachverständigen als dessen Stellvertreter, dem Marktkommissär, vier Vertrauensleuten der Marktleute⁴⁹⁸ und Vertretern der k. k. Gendarmerie⁴⁹⁹ – aber nicht beteiligt sind die Vertreter der Konsumenten (was der Konsumentenverein natürlich ändern möchte).⁵⁰⁰

Auch der Umsetzung der Forderungen von Konsumentenverein und ROHÖ bringt die Gemeinde Widerstand entgegen.⁵⁰¹ Die Argumentation der Gemeindeverantwortlichen geht dahin, dass man noch mehr um die Beschickung des Marktes fürchten müsse, wenn die Forderungen der Konsumentenvertreter umgesetzt und die Bedingungen für die Produzenten somit verkompliziert würden. Tatsächlich gestaltet es sich schwierig, Lebensmittel aufzutreiben. Baden hängt nach wie vor hängt hauptsächlich von Wien ab,⁵⁰² wo sich jedoch auch bereits früh im Jahr 1915 lange Schlangen um Nahrungsmittel bilden.⁵⁰³ Außerdem sieht der Gemeindevorstand, obwohl er durchaus zu dem Schluss kommt, dass die Markthändler zum Schaden der Konsumenten handeln, die Probleme hauptsächlich im fehlenden Wachpersonal begründet.⁵⁰⁴ Zwischen Gemeinde und der Bevölkerung tun sich Gräben auf, wie auch ein offener Brief Brusattis zeigt, in dem er von der Bedarfstreiberei des Publikums spricht, die genauso schlimm sei wie die Preistreiberei⁵⁰⁵ und der natürlich empörte Reaktionen zur Folge hat.⁵⁰⁶ Trotzdem muss die Gemeinde letztendlich auf Geheiß der übergeordneten Behörden hin die Forderungen der Konsumentenvertreter meistens umsetzen.⁵⁰⁷

Aber nicht bloß der Gemeindevorstand gerät zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik. Auch die Regierung, vor allem aber die KGV ziehen sich den Unmut für die nicht funktionierende Lebensmittelorganisation zu. Von der KGV wännen sich die Badener „stiefmütterlich

⁴⁹⁷ Vgl. BZ Nr. 61 v. 31.07.1915, S. 5.

⁴⁹⁸ Vgl. BZ Nr. 63 v. 07.08.1915, S. 5.; BVB Nr. 32 v. 07.08.1915, S. 4.

⁴⁹⁹ Vgl. BZ Nr. 67 v. 21.08.1915, S. 5.

⁵⁰⁰ Vgl. BZ Nr. 80 v. 06.10.1915, S. 3.

⁵⁰¹ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 84 u. 85. und BZ Nr. 81 v. 09.10.1915, S. 4.; Hin und wieder treten die im Gemeindevorstand sitzenden Advokaten auch im Gericht als Verteidiger der beschuldigten Händler in Erscheinung. Vgl. BVB Nr. 7 v. 13.02.1915, S. 5 u. 6.; BZ Nr. 34 v. 28.04.1915, S. 5.; BZ Nr. 83 v. 16.10.1915, S. 7.

⁵⁰² Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindevorstand-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 419-433.

⁵⁰³ Vgl. *Healy: Vienna Falling*. S. 44.

⁵⁰⁴ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindevorstand-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 419-433.

⁵⁰⁵ Vgl. BZ Nr. 73 v. 11.09.1915, S. 4.

⁵⁰⁶ Vgl. BZ Nr. 74 v. 15.09.1915, S. 2 u. 3.; BZ Nr. 76 v. 22.09.1915, S. 3.;

⁵⁰⁷ Vgl. BZ Nr. 69 v. 28.08.1915, S. 5.

behandelt“.⁵⁰⁸ Sie beschwerten sich, dass auf die Umstände einer Kur- und Tourismusstadt zu wenig Rücksicht genommen werde.⁵⁰⁹ Die Kurgäste werden dabei offenbar noch nicht als Konkurrenten um die Nahrungsmittel, sondern eher als Mitleidende wahrgenommen – sie werden bei Informationen in Zeitungen zusammen mit der Bevölkerung adressiert und es wird darauf hingewiesen, dass sie als zahlende Gäste das Recht auf eine gute Versorgung mit Lebensmitteln hätten.⁵¹⁰ Neben der KGV wird vor allem in der BZ auch gegen den „so schweigsamen“ Reichskanzler Stürgkh polemisiert.⁵¹¹

Stürgkh wird zu einer von allen Seiten massiv angegriffenen Hassfigur. Die Nahrungsmittelfrage bringt alle Parteien stark unter Druck. Die Sozialdemokratie ist hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch ihrer Parteimitglieder nach Frieden, in dem diese die einzige Lösung für die Nahrungsmittelmisere sehen,⁵¹² und dem zunehmenden Einfluss, der ihr aus der kalmierenden Vermittlerposition zwischen Regierung und Arbeitern erwächst.⁵¹³ Um den internen Schwierigkeiten in der Lebensmittelfrage beizukommen, bricht die Sozialdemokratie Mitte 1915 schließlich den Burgfrieden und macht die Christlichsozialen für den Nahrungsmittelmangel verantwortlich.⁵¹⁴ Den Christlichsozialen wiederum ist schon früh klar, dass die Lebensmittelversorgung zur Existenzfrage für sie wird, vor allem für den Wiener Bürgermeister Weiskirchner (eine starke Führungspersönlichkeit innerhalb der Christlichsozialen), der sich zu Kriegsbeginn mit der Regelung der Approvisionierung Wiens brüstete und nun zunehmend in Bedrängnis gerät.⁵¹⁵ Um einen Hebel gegen das Kabinett Stürgkh zu haben, gehen die Christlichsozialen ein schwieriges Zweckbündnis mit dem Deutschen Nationalverband ein, das von gegenseitigem Misstrauen geprägt ist, da man in wichtigen Fragen gegenteilige Standpunkte einnimmt.⁵¹⁶ Die Nahrungsmittelkrise beeinflusst auch stark die unterschiedlichen Positionen der verschiedenen Protagonisten, die sie zu verschiedenen Konzepten einer Nachkriegsordnung, zu der Frage der Parlamentswiedereröffnung und anderen Fragen der Reichsorganisation einnehmen.⁵¹⁷ Worin sich jedoch alle Beteiligten einig sind, ist die Auffassung, dass der Reichskanzler, der sich

⁵⁰⁸ Vgl. BZ Nr. 62 v. 04.08.1915, S. 3.

⁵⁰⁹ Vgl. BZ Nr. 69 v. 28.08.1915, S. 4 u. 5.; BZ Nr. 70 v. 01.09.1915, S. 4.

⁵¹⁰ Vgl. BZ Nr. 39 v. 15.05.1915, S. 4; DVB Nr. 20 v. 15.05.1915, S. 3.; BZ Nr. 74 v. 15.09.1915, S. 2 u. 3.

⁵¹¹ Vgl. BZ Nr. 16 v. 24.02.1915, S. 1 u. 2.; BZ Nr. 35 v. 01.05.1915, S. 1 u. 2

⁵¹² Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 197-199.

⁵¹³ Vgl. *Scheer*: Kriegswirtschaft. S. 455f.

⁵¹⁴ Vgl. *Boyer*: Culture. S. 428.

⁵¹⁵ Vgl. *Mertens*, Christian: Die Christlichsoziale Partei im Ersten Weltkrieg. In: *Pfoser, Weigl* (Hg.): Epizentrum. S. 53.

⁵¹⁶ Vgl. *Schönner*: Geschichte. S. 40-42. Trotzdem erstellt man ein gemeinsames Kriegszielprogramm. Vgl. *Boyer*: Culture. S. 380f.

⁵¹⁷ Vgl. *Schönner*: Geschichte. S. 40f.; *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 173f., 206f., 389.; *Boyer*: Culture. S. 392-396.; *Höbelt*, Lothar: Kornblume u. Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918 (München 1993). S. 333-346.

hinsichtlich der spärlichen Ressourcen in ständiger Konkurrenz sowohl mit Ungarn als auch mit dem AOK befindet,⁵¹⁸ nicht in der Lage ist, den Problemen abzuweichen.⁵¹⁹ Im Herbst 1915 kommt es zu einem Misstrauensvotum durch das Herrenhaus gegen Stürgkh, die Führer der Herrenhaus-Parteien legen ihm den Rücktritt nahe.⁵²⁰ Auch das AOK, das seinen Einfluss auf die Innenpolitik auszuweiten sucht,⁵²¹ hat unmittelbaren Anteil an den Umsturzversuchen.⁵²² Die Mehrheit der beiden deutschbürgerlichen Lager steht hinter Stürgkh,⁵²³ doch als sich der Zorn der Bevölkerung aufgrund der schlechten Versorgung (sowie auch der schlechten Nachrichten von der Front) immer mehr gegen die Massenparteien entlädt, führt dies auch die Christlichsozialen in immer größere Opposition gegen die Regierung.⁵²⁴ Sie distanzieren sich aber nicht bloß vom Kabinett, sie versuchen außerdem, den Zorn ihrer Wählerschaft von sich abzulenken, indem sie gezielt antisemitische Agitation betreiben.⁵²⁵

Flüchtlinge und Antisemitismus

Der Antisemitismus der Vorkriegszeit bekommt durch den Krieg, v.a. durch die Flüchtlingsbewegung, die auch viele ostgalizische Juden ins Innere des Reichs bringt,⁵²⁶ die Teuerung und die Wirtschaftszentralen, die mit Juden in Verbindung gebracht werden,⁵²⁷ neue Nahrung, teilweise auch gezielt von der Politik geschürt.⁵²⁸ Während die jüdische Bevölkerung von den staatlichen Behörden Schutz erfährt, stehen ihr die untergeordneten Behörden und die Bevölkerung oft sehr feindlich gesonnen gegenüber. Mit zunehmender Not werden die Flüchtlinge immer mehr als „unnütze Esser“ betrachtet, sie werden mit Wucher in Verbindung gebracht. Bald schon kommt es zu Übergriffen gegen Juden und v.a. auch jüdische Flüchtlinge, die auch vom Aussehen her besser zu erkennen sind als die einheimischen, „modernisierten“ Juden.⁵²⁹

⁵¹⁸ Vgl. *Healy*: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. S. 12. Alle drei Akteure versuchen immer wieder, Unterstützung vom Kaiser zu erhalten.

⁵¹⁹ Vgl. *Rauchensteiner*: Weltkrieg. S. 683.

⁵²⁰ Vgl. *Höbelt*: Kornblume. S. 331f. Vgl. außerdem Höbelt, Lothar: Parteien und Fraktionen im Cisleithanischen Reichsrat. *Rumpler*, Helmut (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VII. Verfassung und Parlamentarismus. Tb. 1. Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften. (= Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VII/1, hg. v. Helmut Rumpler, Wien 2000). S. 996f.

⁵²¹ Vgl. *Scheer*: Ringstraßenfront. S. 168.

⁵²² Vgl. *Rauchensteiner*: Weltkrieg. S. 441-449.

⁵²³ Vgl. *Höbelt*: Kornblume. S. 331f.

⁵²⁴ Vgl. *Schöner*: Geschichte. S. 36f.

⁵²⁵ Vgl. *Mertens*: Die Christlichsoziale Partei. S. 57f.

⁵²⁶ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 836-849.

⁵²⁷ Vgl. *Prasniger*: Hunger. S. 188.

⁵²⁸ Vgl. *Mertens*: Die Christlichsoziale Partei. S. 57f.

⁵²⁹ Vgl. *Rozenblit*, Marsha L.: Der Habsburg-Patriotismus der Juden. In: *Rumpler*, Helmut (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. XI. Die Habsburgermonarchie u. der Erste Weltkrieg. 1. Tb. Der Kampf

In Baden ist von Handgreiflichkeiten nichts zu lesen, doch sind auch hier, neben Engagement und Fürsorge für die Flüchtlinge sowie Sympathie für die jüdische Gemeinde, durchaus antisemitische und flüchtlingsfeindliche Tendenzen auszumachen, die durch die Nahrungsmittelnot neuen Nährboden erhalten. Die Aktivitäten der jüdischen Gemeinde finden durchaus Lob und Anerkennung in der öffentlichen Darstellung.⁵³⁰ Zumindest die BZ scheint zunächst auch noch den Flüchtlingen eher zugeneigt gegenüberzustehen.⁵³¹ Als im Jänner 1915 auf behördliche Verfügung auch in Baden 30 Flüchtlinge eintreffen und die Ankunft weiterer Flüchtlinge in Aussicht gestellt wird, folgen in allen drei Badener Blättern zunächst wieder Spendenappelle, denen laut der Zeitungen auch zahlreich nachgekommen wird.⁵³² Anders als bei den anderen Hilfsaktionen, die zu Beginn ihrer Tätigkeiten lange Spendenaufstellungen veröffentlichen konnten, ist die in den Zeitungen veröffentlichte Liste von Spendern aber eher kurz. Es wird jedoch berichtet, dass mehrere namentlich nicht genannte Wohltäter gespendet haben.⁵³³ Ein Komitee für Flüchtlingsfürsorge wird gebildet, in dem die höhere Politik vor allem durch Christlichsoziale – den Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Karl Jukel, und den Landtagsabgeordneten Josef Kollmann – repräsentiert ist. Auch der Vizebürgermeister und Obmann des Approvisionierungskomitees, Alois Brusatti, der Bezirksarmenrat, GR Moriz Laschitz, sowie Vertreter der k. k. Statthalterei engagieren sich neben weiteren Bürgerlichen in dem Komitee – und natürlich Mitglieder der israelischen Kultusgemeinde in Baden, Moritz Leitner, Siegmund Rausnitz, Anton Schneider, Simon Mandl und der Rabbiner Wilhelm Reich.⁵³⁴ Bis Mitte April treffen zumindest 430 Personen ein, die Geldunterstützung durch das Komitee erhalten.⁵³⁵ Die Flüchtlinge werden zudem ebenso wie Offiziere von der Kur- und Musiktaxe ausgenommen.⁵³⁶ Gleichzeitig kommt es zu flüchtlings- und judenfeindlicher Agitation, die besonders in den Zeitungen

um die Neuordnung Mitteleuropas. Teil 2. Vom Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zum neuen Europa der Nationalstaaten. (= Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. XI/1/2, hg. v. Helmut Rumpler, Wien 2016). S. 905-908.

⁵³⁰ Vgl. BZ Nr. 101 v. 19.12.1914, S. 5.

⁵³¹ Vgl. BZ Nr. 83 v. 17.10.1914, S. 5.; BZ Nr. 93 v. 21.11.1914, S. 6.

⁵³² Vgl. BZ Nr. 5 v. 16.01.1915 – BZ Nr. 13 v. 13.02.1915.; BVB Nr. 3 v. 16.01.1915 – BVB Nr. 9 v. 27.02.1915.; DVB Nr. 3 v. 16.01.1915 – DVB Nr. 5 v. 30.01.1915.

⁵³³ Vgl. BZ Nr. 11 v. 06.02.1915, S. 4.

⁵³⁴ Vgl. BVB Nr. 8 v. 20.02.1915, S. 3 u. 4.

⁵³⁵ Vgl. BVB Nr. 17 v. 24.04.1915, S. 5.; Von den 271 in Baden eingelangten Familien sind 218 deutscher, 35 rumänischer, 12 polnischer und 6 ruthenischer Nationalität. 97 kommen aus Galizien und 171 aus der Bukowina. Drei weitere Familien aus der Bukowina wurden von den Russen in Bessarabien als Zivilinternierte festgehalten und danach im Zuge eines Austauschs an die BH Baden überstellt. Die meisten dieser in Baden versorgten Familien sind römisch-katholisch (99), gefolgt von der jüdischen (78), griechisch-katholischen (56) und evangelischen (38) Konfession. Hier handelt es sich nur um Personen, welchen Geldunterstützungen durch das Komitee für Flüchtlingsfürsorge zugekommen sind. Vgl. BVB Nr. 7 v. 13.02.1915, S. 5.; DVB Nr. 7 v. 13.02.1915, S. 5.

⁵³⁶ Vgl. GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914.

ausgeprägt ist. Dabei tun sich v.a. der DVB⁵³⁷ und das BVB hervor. Jedoch werden mit der Zeit auch in der BZ flüchtlings- und judenkritische Artikel veröffentlicht. Bei der Agitation in den Medien wird manchmal mit subtilerer Suggestion gearbeitet – etwa wenn in der DVB-Ausgabe vom 17. April 1915 auf Seite 4 über die Erhöhung der Brotpreise geschrieben wird, auf Seite 5 in einem „Eine halbe Million Kriegsflüchtlinge aus Galizien“ betitelten Artikel Aufschluss darüber gegeben wird, dass sich in Österreich-Ungarn ca. 500.000 Flüchtlinge befänden, darunter ca. 250.000 Polen – ungefähr 220.000 Juden und 30.000 Ruthenen –, um dann sogleich auf derselben Seite einen in der „Reichspost“ veröffentlichten, nicht mehr so subtilen Brief des Landesausschusses Biehlolawek wiederzugeben, in dem er davon schreibt, dass Juden Mehl für Matze zum Pessach-Fest erhielten, „kranke Christen“ dagegen, für die er sich engagiert habe, keine Mehlszubußen erhielten.⁵³⁸

Manchmal wird aber auch ganz explizit klargestellt, dass die Juden Schuld an der Situation tragen. So lässt der DVB etwa erst gar kein Missverständnis aufkommen, wenn er schreibt: *„Eine ,hervorragende‘ Gemüsehändlerin, die in der Stadt einen Laden hat, meinte, man sollte nicht sie sondern die Großhändler (Juden) zur Verantwortung ziehen, die alles zusammenkaufen und die Preise machen.“*⁵³⁹ Der Groß- und Zwischenhandel, der zwar nicht immer aber doch sehr oft mit „jüdisch“ konnotiert wird, wird zu einem besonderen Feindbild. Ihm schiebt man einen Großteil der Verantwortung für die Lebensmittelnot und die Teuerung zu.⁵⁴⁰ Ein beliebtes Mittel der Badener Blätter ist auch, über Wucherer, Betreiber von Winkelbörsen, etc. zu berichten, die alle klar als jüdisch identifizierbare Namen tragen, wobei hin und wieder angemerkt wird, dass „dieser Liste nichts weiter hinzuzufügen“ sei.⁵⁴¹ Manchmal werden aber auch – mit Verweis auf andere Zeitungen – bloß Andeutungen gemacht, ohne dabei irgendwelche Informationen preiszugeben. Ein den Redakteuren und den Lesern „gemeinsames Wissen um die ‚Schuldigen‘“ wird dabei impliziert.⁵⁴² Argumentiert wird bei diesen einmal mehr, einmal weniger versteckten Andeutungen oft mit der Zensur, die es unmöglich mache, die „Tatsachen“ klar zu benennen.⁵⁴³

Es bilden sich gewisse Codewörter heraus. So wird beispielsweise das „Kaffeehaus“ als Code für Juden, die sich vor dem Kriegsdienst drücken, verwendet. Hier wird gleich in mehrfacher

⁵³⁷ Das DVB setzt sich jedoch auch durchaus für Flüchtlinge ein, denn wie es schreibt: „Neben Polen und Ruthenen mußten auch einige Tausend deutsche Kolonisten vor den Russen aus Galizien flüchten.“. Für die vertriebenen deutschen Bauern versucht das DVB, Geld zu sammeln. Vgl. DVB Nr. 10 v. 06.03.1915, S. 7.

⁵³⁸ Vgl. DVB Nr. 16 v. 17.04.1915, S. 5.

⁵³⁹ Zit.: DVB Nr. 30 v. 24.07.1915, S. 4 u. 5.

⁵⁴⁰ Vgl. DVB Nr. 8 v. 20.02.1915 – DVB Nr. 30 v. 24.07.1915; BZ Nr. 21 v. 13.03.1915 – BZ Nr. 86 v. 27.10.1915.; BVB Nr. 16 v. 21.04.1917 – BVB Nr. 19 v. 12.05.1917.;

⁵⁴¹ Vgl. BVB Nr. 13 v. 27.02.1915 – BVB Nr. 27 v. 01.07.1916.; BZ Nr. 21 v. 13.03.1915, S.2.

⁵⁴² Vgl. BZ Nr. 35 v. 01.05.1915, S. 1 u. 2.; DVB Nr. 21 v. 22.05.1915, S. 2.; BZ Nr. 94 v. 24.11.1917, S. 5.

⁵⁴³ Vgl. BVB Nr. 9 v. 27.02.1915, S. 2.

Hinsicht Stimmung gegen die Gemeinten gemacht: Es wird gleichzeitig suggeriert, dass diese sich vor dem Kriegsdienst drücken und sich dabei außerdem in einer luxuriösen Welt bewegen, wo es Kaffee, Milch, Zucker, u.ä. gibt.⁵⁴⁴ Das Kaffeehaus steht außerdem für einen Ort, wo oft Schwarzmarkt-Geschäfte abgewickelt werden.⁵⁴⁵ Auch dieses Bild wird in den Medien Badens wiedergegeben.⁵⁴⁶ Weit häufiger gebraucht jedoch ist in diesen der Begriff „Hyäne“, um Zwischenhändler und oft auch ausdrücklich Juden zu bezeichnen.⁵⁴⁷ Oft wird in den Berichten über den (jüdischen) Zwischenhandel eine ausgesprochen harte Sprache gebraucht, etwa wenn die – wie hervorgehoben wird – jüdischen Zwischenhändler als „Schmarotzer“, „offenes Geschwür am Volkskörper“ oder „Schädlinge“ bezeichnet werden.⁵⁴⁸ Energisches Vorgehen und drakonische Maßnahmen werden gegen die Wucherer gefordert.⁵⁴⁹ Die Berichte drehen sich dabei aber zum Großteil nicht um die in Baden untergebrachten Flüchtlinge, sondern es wird über Geschehnisse an anderen Orten, v.a. auch Wien, berichtet.⁵⁵⁰ In Baden selbst wird ab April allerdings von Seiten der Behörde über die Zeitungen vor „unlauteren Elementen, welche sich selbst als Flüchtlinge bezeichnen“ gewarnt, welche sich als Behördenmitarbeiter tarnen und als solche Requisitionen von verschiedenen Bedarfsgegenständen und auch Lebensmitteln durchführen würden.⁵⁵¹

Nicht bloß die Medien agieren flüchtlings- und judenfeindlich, auch manche der Aktionen, die die Stadtverantwortlichen setzen, wirken diesen Gruppen gegenüber nicht gerade gut gesonnen. Unter anderem regt der Bürgermeister beim Ringen um Arbeiter für die Ernte, auf Antrag des Bauamts, bei der Bezirkshauptmannschaft an, die arbeitsfähigen Flüchtlinge, die nach seinen Informationen bloß gegen hohe Löhne arbeiten wollten, durch das Kriegsleistungsgesetz zur Arbeit zu zwingen. Diesem Vorschlag kann die Bezirkshauptmannschaft nicht nachkommen,⁵⁵² da das Kriegsleistungsgesetz bloß für militärische Zwecke, nicht jedoch für die Landwirtschaft eingesetzt werden könne, allerdings, so die Auskunft der Bezirkshauptmannschaft, plane man ohnehin, die hier befindlichen Flüchtlinge demnächst in einer „Konzentrationsstation“ in Kottingbrunn unterzubringen.⁵⁵³ Ist man im Februar bestrebt, sich die Arbeitskraft der Flüchtlinge zunutze zu machen, so macht man sich im März das Korn eines Juden zu Eigen. Bei der ersten Brotrequisition nach der

⁵⁴⁴ Vgl. *Healy*: Vienna Falling. S. 77.

⁵⁴⁵ Vgl. *Breiter*: Front. S. 55f.

⁵⁴⁶ Vgl. DVB Nr. 29 v. 17.07.1915, S. 3.; BVB Nr. 19 v. 12.05.1917, S. 4.

⁵⁴⁷ Vgl. DVB Nr. 7 v. 13.02.1915 – DVB Nr. 28 v. 10.7.1915.

⁵⁴⁸ Vgl. DVB Nr. 8 v. 20.02.1915, S. 5.; BZ Nr. 21 v. 13.03.1915, S.2.

⁵⁴⁹ Vgl. DVB Nr. 8 v. 20.02.1915 – DVB Nr. 30 v. 24.07.1915.; BZ Nr. 21 v. 13.03.1915, S.2.;

⁵⁵⁰ Vgl. DVB Nr. 8 v. 20.02.1915, S. 5.; BVB Nr. 14 v. 03.04.1915, S. 4.

⁵⁵¹ Vgl. DVB Nr. 17 v. 24.04.1915, S. 6.; BZ Nr. 35 v. 01.05.1915, S. 4.; BVB Nr. 18 v. 01.05.1915, S. 4.;

⁵⁵² Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914.

⁵⁵³ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 308 u. 309. u. StA B, GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914.

Getreidesperre im Frühjahr 1915 entschließen sich die Verantwortlichen der Gemeinde, das in der Watzak-Mühle lagernde, für die Herstellung von Matze (welches dann an verschiedene jüdische Gemeinden verteilt werden sollte) bestimmte Getreide des Galiziers Leib Liftschitz zu beschlagnahmen.⁵⁵⁴ Hämisch mutet der Bericht des BVB darüber an, wenn es schreibt, dass Liftschitz versucht habe, sein Korn frei zu bekommen, da ihm durch die Requisition ein „ziemlicher Rebbach“ verloren ginge.⁵⁵⁵

Auch die oftmals vorherrschende Befürchtung der einheimischen Bevölkerung, dass die Flüchtlinge sesshaft werden könnten, wird im BVB aufgegriffen.⁵⁵⁶ Bei der Rückeroberung von Gebieten wird oft versucht, die Flüchtlinge so schnell wie möglich wieder in ihre Heimat zurückzuführen, wo sie dann nicht selten vor dem Nichts stehen.⁵⁵⁷ Als in Baden die vom Flüchtlings-Komitee eingesammelten Spendenmittel im April 1915 langsam zur Neige gehen, versucht man zwar, neue Spenden zu akquirieren – bis dahin werden auf Antrag von Kollmann und Laschitz hin, außer in den dringendsten Fällen, nur noch Abreise-Hilfen ausbezahlt.⁵⁵⁸

Kooperation der Gemeinden

Der Antisemitismus schafft es trotz allem nur bedingt, die Wut der Bevölkerung auf diesen Sündenbock abzulenken. Umso verzweifelter die Lage wird, umso mehr kommt es zur gesellschaftlichen Desintegration und zu Vorwürfen gegen die politischen Vertreter. In diesem „inneren Krieg“ um Nahrungsmittel, der in Österreich-Ungarn tobt, wie Maureen Healy schreibt,⁵⁵⁹ und angesichts der politischen Zerrissenheit, sind die Gemeinden darauf angewiesen, Maßnahmen zur Versorgung ihrer Bewohner zu ergreifen. Im Versuch, die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten, kooperiert Baden auch immer wieder mit anderen Gemeinden und Städten. Natürlich umfasst diese Kooperation normale Handelsbeziehungen und man erwirbt auch Grundstücke in anderen Gemeinden bzw. mietet sie an, die man u.a. zum Anbau verwendet und weiterverpachtet. So besitzt Baden etwa Gründe in Ebreichsdorf oder kauft Gründe in Tribuswinkel an.⁵⁶⁰ Die Gemeinden tauschen jedoch auch

⁵⁵⁴ Vgl. BVB Nr. 10 v. 06.03.1915, S. 1.; DVB Nr. 16 v. 17.04.1915, S.5.

⁵⁵⁵ Vgl. BVB Nr. 10 v. 06.03.1915, S. 1.

⁵⁵⁶ Vgl. BVB Nr. 8 v. 20.02.1915, S. 3.

⁵⁵⁷ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 442.; *Schmidl*: Totalisierung. S. 384.

⁵⁵⁸ Vgl. BVB Nr. 17 v. 24.04.1915, S. 5.; BVB Nr. 19 v. 08.05.1915, S. 5.; Vgl. BVB Nr. 21 v. 22.05.1915, S. 3.

⁵⁵⁹ Vgl. *Healy*: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. S. 49.

⁵⁶⁰ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 385 u. 386.; StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.-Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S. 145-156, 162-168, 171, 293, 330-336.

Erfahrungsberichte aus⁵⁶¹ und imitieren sinnvolle Maßnahmen.⁵⁶² Und sie versuchen, hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln vereint gegen die Obrigkeiten aufzutreten.⁵⁶³ So wirkt etwa auch der deutschösterreichische Städtebund vermehrt zur Versorgung der Städte zusammen, da diese härter von der Lebensmittelnot betroffen sind als das Land, und wendet sich dabei mit seinen Wünschen auch an den Ministerpräsidenten.⁵⁶⁴

Außerdem kooperiert Baden im Laufe des Krieges mit anderen Gemeinden, um Lebensmittel zu erhalten.⁵⁶⁵ Im September 1915 wird ein „Wirtschaftsverband der Südbahngemeinden Niederösterreichs“, eine Gen.mBH, gegründet, deren Sitz in Wiener Neustadt liegt, von wo die Initiative auch maßgeblich ausgeht,⁵⁶⁶ und an der die Gemeinden der an der Südbahn gelegenen politischen Bezirke Hietzing und Umgebung, Mödling, Baden, Wiener Neustadt und Neunkirchen teilhaben sollen.⁵⁶⁷ Obwohl nicht alle Gemeindevertreter vom Nutzen dieses Zusammenschlusses überzeugt sind und Kollmann die große Übermacht Wiener Neustadts im Wirtschaftsverband kritisiert,⁵⁶⁸ tritt auch Baden der Genossenschaft bei, um günstig Lebensmittel zu erstehen.⁵⁶⁹ Bis zum 15. Jänner 1916 sind bereits 48 Gemeinden im Wirtschaftsverband versammelt. Der Kaufumsatz dieser Genossenschaft nähert sich bis zum Jahreswechsel bereits der Zahl von 1,350.000 Kronen. Außerdem legt der Wirtschaftsverband der Südbahngemeinden große Summen von dänischen Kronen bei schwedischen und dänischen Banken an, um Einkäufe im Ausland zu tätigen⁵⁷⁰ und pachtet in der Folgezeit ein Grundstück in Bruck a. d. Leitha, von wo Lebensmittel bezogen werden.⁵⁷¹

⁵⁶¹ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.306f. u. 316. Vgl. auch StA B, GB 051 1914-1929; 1919-1929. sowie auch StA B, GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914.

⁵⁶² Vgl. BZ Nr. 99 v. 09.12.1916, S. 4.; BZ Nr. 6 v. 20.01.1917, S. 4. sowie auch StA B, GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914.

⁵⁶³ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S.403.; BZ, Nr. 79 v. 02.10.1915, S. 2.; BZ Nr. 86 v. 27.10.1915, S. 3.; StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S.615-618.

⁵⁶⁴ Vgl. BZ Nr. 79 v. 02.10.1915, S. 2.; BZ Nr. 86 v. 27.10.1915, S. 3.;

⁵⁶⁵ Vgl. StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915, S. 407.

⁵⁶⁶ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 410-417.

⁵⁶⁷ Vgl. BZ Nr. 5 v. 15.01.1916, S. 3.

⁵⁶⁸ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 410-417.

⁵⁶⁹ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 410-417. Kollmanns Einwände gegen den Wirtschaftsverband der Südbahngemeinden finden jedoch, wie es öfter geschieht, bei passender Gelegenheit im BVB Ausdruck. Vgl. BVB Nr. 3 v. 20.01.1917, S. 8.

⁵⁷⁰ Vgl. BZ Nr. 5 v. 15.01.1916, S. 3. Im Laufe des Jahres 1915 versuchen Gemeinden vermehrt, Nahrungsmittel im neutralen Ausland zu erhalten. Dies ist jedoch durchaus auch mit Risiko behaftet, da es, wie gewarnt wird, immer wieder vorkommt, dass schon anbezahlte Waren aufgrund fehlender Ausfuhrbewilligungen in den Bezugsländern nicht nach Österreich importiert werden können. Es wird dazu geraten, Lebensmittel auf Offerte bei inländischen Stationen zu beziehen und die Zahlung erst nach Einfuhr der Waren zu leisten. Vgl. BZ Nr. 100 v. 15.12.1915, S. 1.

⁵⁷¹ Vgl. BZ Nr. 93 v. 18.11.1916, S. 4.

Auch der Bund der deutschen Städte hat zum Ziel, den Mitgliedern günstiger Lebensmittel zu verschaffen.⁵⁷² 1917 wird eine Einkaufsstelle deutscher Städte und Märkte gebildet, der Baden offenbar ebenfalls beitrifft.⁵⁷³ Und auch im Verband der österreichischen Kurorte, in dem neben Baden u.a. Karlsbad, Marienbad, Franzensbad, Bad Gastein, Ischl, u.a.m. vertreten sind, spricht man sich immer wieder ab und koordiniert das weitere Vorgehen hinsichtlich der Versorgung der Kurstädte.⁵⁷⁴

Vorweihnachtszeit 1915

War die Vorweihnachtszeit des Jahres 1914 in Baden von Milchdiebstählen geprägt,⁵⁷⁵ so bringt das Jahresende 1915 Maßnahmen zur Einschränkung des Milchverbrauchs.⁵⁷⁶

Auch wenn die Teuerung das Spenden schwieriger macht, finden auch in diesem Jahr allerlei Spendenaktionen, Wohltätigkeitskonzerte und Vorweihnachtsfestivitäten statt. Vor allem den Soldaten kommt immer noch viel Sympathie entgegen, was sich in vergleichsweise höheren Geldbeträgen sowie Lebensmittelspenden ausdrückt.⁵⁷⁷

Weniger vorweihnachtlich hingegen ist die Stimmung, wenn die Arbeiter der Blumauer Pulverfabrik angesichts einer Gerichtsverhandlung wegen Wuchers dem Zeugen Korporal Franz Steininger drohen, er solle den der Verhandlung ferngebliebenen, des Wuchers beschuldigten Verkäufer Simonschitz verhaften lassen, sonst würden sie ihn, Steininger, erschlagen.⁵⁷⁸ Zur Feststimmung trägt auch nicht bei, dass sich die Statthalterei nicht dazu bewegen lässt, die fleischlosen Tage vom 24. und 31. Dezember ausnahmsweise auf andere Tage zu verlegen.⁵⁷⁹ Die für Apfelbäume sehr schädliche Blattlaus, die in Baden auftaucht, lässt für das neue Jahr nichts Gutes hoffen.⁵⁸⁰ Und dass die Leute davon abgehalten werden müssen, auf den Märkten in Gulden und Kreuzern statt Kronen und Hellern zu rechnen, lässt auf wenig Vertrauen in die herrschenden Zustände und die Zukunft schließen.⁵⁸¹

⁵⁷² Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.144 u. 146. sowie StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/1914-1921.

⁵⁷³ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 44, 360, 419- 423.

⁵⁷⁴ Vgl. BZ Nr. 16 v. 24.02.1917, S. 3.

⁵⁷⁵ Vgl. BVB Nr. 48 v. 28.11.1914, S. 5; DVB Nr. 48 v. 28.11.1914, S. 4; BZ Nr. 97 v. 05.12.1914, S. 6.

⁵⁷⁶ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 220. sowie BZ Nr. 1 v. 01.01.1916, S. 5.

⁵⁷⁷ Vgl. BZ Nr. 96 v. 01.12.1915 – BZ Nr. 102 v. 22.12.1915, S. 2.

⁵⁷⁸ Vgl. BVB Nr. 49 v. 04.12.1915, S. 6.

⁵⁷⁹ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.120 u. 121.

⁵⁸⁰ Vgl. BZ Nr. 104 v. 29.12.1915, S. 2.

⁵⁸¹ Vgl. BZ Nr. 101 v. 18.12.1915, S. 4.

Der zunehmende Mangel

Hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung beginnt das Jahr 1916 wenig erfreulich. Die Versorgung mit Brot und Mehl ist trotz Rationierung nicht mehr gesichert, zu groß ist der Mangel. Die 1915 heraufgesetzten Selbstversorgerquoten müssen wieder reduziert werden.⁵⁸² Auch in Baden beginnt das Jahr mit der zweifelhaften „Jubelmeldung“, dass in den Silvesterfeiertagen zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder Mehl zu haben war. Die BZ berichtet von Hunderten, die sich um die Abgabestellen drängen.⁵⁸³ Der Konsumentenverein macht auch eine Eingabe bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft, die so wieder einmal zum direkten Ansprechpartner wird, um eine bessere Beschickung der Stadt durch die KGV zu erwirken.⁵⁸⁴ Doch weder diese Eingabe bei der Bezirkshauptmannschaft noch eine später gemachte Eingabe bei der nö. Statthalterei zeigen Wirkung.⁵⁸⁵ Die Bemühungen der Approvisionierungs-Sektion, deren Obmann Brusatti auf Abruf bereitsteht, die Meherversorgung besser zu organisieren, können nicht verhindern, dass das Mehl bloß unter Mühe, oder hin und wieder gar nicht zu bekommen ist.⁵⁸⁶

Nach und nach müssen die Rationierungsmaßnahmen, die man im Vorjahr bei Brot und Mehl eingeführt hat, auch auf andere Nahrungsmittel angewandt werden.⁵⁸⁷ Eine Vorschrift nach der anderen wird erlassen, um eine möglichst sparsame und kontrollierte Verteilung von Lebensmitteln zu gewährleisten.⁵⁸⁸ Bei den Lebensmittelabgaben der ROHÖ und Konsumentenvereins werden immer öfter Auslandswaren, Surrogate oder konservierte Lebensmittel verteilt.⁵⁸⁹ Zudem müssen die Konsumenten immer Ausschau danach halten, ob gerade gewisse Waren verfügbar sind.⁵⁹⁰ Doch die Notwendigkeit, sich Nahrungsmittel zu sichern und vermutlich die Überforderung angesichts der vielen Regelungen wirken deren

⁵⁸² Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 138.

⁵⁸³ Vgl. BZ Nr. 1 v. 01. 01.1916, S. 5.

⁵⁸⁴ Vgl. BZ Nr. 7 v. 22.01.1916, S. 3.

⁵⁸⁵ Vgl. BZ Nr. 50 v. 21.06.1916, S. 2.;

⁵⁸⁶ Vgl. StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 178. sowie BZ Nr. 35 v. 29.04.1916, S. 4.; BZ Nr. 50 v. 21.06.1916, S. 2.

⁵⁸⁷ Vgl. *Hautmann*, Hans: Hunger ist ein schlechter Koch. Die Ernährungslage der österreichischen Arbeiter im Ersten Weltkrieg. In: *Botz*, Gerhard, Hans *Hautmann* u. Josef *Weidenholzer* [u.a.] (Hg.): Bewegung u. Klasse. Studien zur österreichischen Arbeiterbewegung (Wien/ München/ Zürich 1978). S. 666f.; *Breiter*: Front. S. 61f. BZ Nr. 22 v. 15.03.1916, S. 2.; BZ Nr. 52 v. 28.06.1916, S. 2.; BZ Nr. 58 v. 19.07.1916, S. 3.

⁵⁸⁸ Vgl. bspw. BZ Nr. 3 v. 08.01.1916 – BZ Nr. 21 v. 11.03.1916.

⁵⁸⁹ Verteilt werden beispielsweise Honigbuttersatz, Kakaoersatz, Gulaschextrakt, kondensierte Milch, Sparkaffee, Kaffeezusatz, dänische Butter und Rahm, holländische Erdäpfel (zur Zeit der Ernte), Gulaschwüfel u.v.m. Die ROHÖ gibt auch sogenannte ROHÖ-Wüfel an ihre Mitglieder ab. Vgl. beispielsweise BZ Nr. 19 v. 04.03.1916 – BZ Nr. 97 v. 02.12.1916.

⁵⁹⁰ Vgl. BZ Nr. 43 v. 27.05.1916, S. 4.

Einhaltung entgegen. In Baden werden erneut von Seite des Gemeindeausschusses die Höchstpreisregeln ausgehebelt: Er erteilt Brusatti die Vollmacht, Lebensmittel zum Wohl der Gemeinde auch über den festgesetzten Höchstpreisen zu erstehen.⁵⁹¹ Die Einhaltung der Regeln wird immer weniger gewissenhaft gehandhabt.⁵⁹²

Ab Mitte des Jahres gelingt es der Gemeinde schließlich nicht mehr, Lebensmittel freihändig einzukaufen. Nun ist man auf die Zuweisung von Fleisch, Mehl und anderen Artikeln durch die Bezirkshauptmannschaft angewiesen. Die Summe, die die Gemeinde für die Approvisionierung ausgeben muss, steigt fortwährend.⁵⁹³

Auch die Ernte in der österreichischen Reichshälfte fällt in diesem Jahr katastrophal aus. Die Getreideernte sinkt auf die Hälfte des Friedensertrags.⁵⁹⁴ Dies betrifft vor allem das Brotgetreide,⁵⁹⁵ doch auch die Kartoffelernte fällt so schlecht aus, dass Erdäpfel auf den Märkten Mangelware werden und auch die zuhauf erbauten Kartoffeltrocknungsanlagen oft nicht betrieben werden können, da es zu wenig gibt, was man trocknen könnte.⁵⁹⁶ Auch Obst und Gemüse, mit denen man bisher das Auslangen fand, werden knapp,⁵⁹⁷ ebenso wie andere Lebensmittel. Die ohnehin schon hohen Preise schießen weiter in die Höhe, der Schwarzmarkt wächst.⁵⁹⁸ In Wien kommt es bereits im Mai zu Hungerkrawallen,⁵⁹⁹ die Gefahr ernstzunehmender Unruhen weitet sich aus.⁶⁰⁰

Die Zivilgesellschaft springt immer noch ein, um zur Versorgung derer beizutragen, die Unterstützung bedürfen. Mit steigender Not und vor allem wachsender Teuerung drohen die Mittel aber oft nicht mehr auszureichen.⁶⁰¹ So muss etwa die „Jausenaktion der Baronin Doblhoff-Dier“ umbenannt werden in „Aktion der Baronin Karoline Doblhoff-Dier zur Kostaufbesserung der Soldaten“, denn in Anbetracht des Lebensmittelmangels ist an zusätzliche Jausen für die Soldaten nicht mehr zu denken und die Kostaufbesserung notwendig.⁶⁰² Auch von anderer Seite, wie etwa dem Komitee zur Beschaffung von Obst- und Gemüsekonserven für die Spitäler, erfolgen Versuche, die Versorgung der um die 2000 sich in Baden befindlichen Soldaten⁶⁰³ zu gewährleisten.⁶⁰⁴ Der Gemeindeausschuss muss sich

⁵⁹¹ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.173.

⁵⁹² Vgl. BZ Nr. 21 v. 11.03.1916 - BZ Nr. 43 v. 27.05.1916, S. 4. weiters StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.136. und StA B, GB 051 1916-1918 ; GB 051 1916.

⁵⁹³ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S.259 u. 260.

⁵⁹⁴ Vgl. *Wladika*: Armut. S. 114.;

⁵⁹⁵ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 683.

⁵⁹⁶ Vgl. *Weitensfelder*: Nähr-Stoffe. S. 186.

⁵⁹⁷ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S.177.

⁵⁹⁸ Vgl. *Schmied-Kowarzik*: Erschöpfung. S. 529.

⁵⁹⁹ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 517.

⁶⁰⁰ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 216.

⁶⁰¹ Vgl. BZ Nr. 2 v. 05.02.1916 – BZ Nr. 95 v. 25.11.1916.

⁶⁰² Vgl. BZ Nr. 55 v. 08.07.1916, S. 1.

⁶⁰³ Vgl. BZ Nr. 73 v. 09.09.1916, S. 2.; BZ Nr. 85 v. 21.10.1916, S. 1.

angesichts des Lebensmittelmangels ebenfalls mit der Versorgung der Verwundeten und Kranken auseinandersetzen und eine Erhöhung der Verpflegskosten für das Rath'sche Allgemeine Krankenhaus mit dem Landesausschuss ausverhandeln. Dabei setzt man auf den Einfluss Kollmanns als ehemaligem Landtagsabgeordneten – ein Vorschlag Ferdinand Hölzels, dem Konkurrenten Kollmans.⁶⁰⁵ Sachzwänge stehen in diesem Fall über Parteigrenzen oder persönlichen Befindlichkeiten. Während man sich um die Versorgung der Verwundeten und der Bevölkerung Gedanken machen muss, bringt der Kurbetrieb der Gemeinde zwar Einnahmen von 182.512 Kronen,⁶⁰⁶ doch er bedeutet auch, dass man eine weitaus größere Zahl von Menschen zu ernähren hat. Der Konsumentenverein urgiert bei der k. k. Statthalterei in Wien, um eine höhere Dotierung Badens mit Mehl zu erwirken, ist mit seinem Ansinnen aber nicht erfolgreich.⁶⁰⁷ Gleichzeitig bemühen sich die Gastronomen Badens, den Gästen trotz der Lebensmittelbeschränkungen etwas zu bieten.⁶⁰⁸ Die Touristen scheinen langsam als bevorzugt wahrgenommen zu werden, die Reaktionen auf den Kurtourismus werden kritischer.⁶⁰⁹

Die Stimmung in der Badener Bevölkerung wird zunehmend schlechter. Immer tiefer gehen die Eingriffe ins Privatleben, um die Lebensmittelversorgung gewährleisten zu können. Ab Juni gelten die zwei fleischlosen Tage, die im September außerdem auf drei Wochentage ausgeweitet werden, auch für Privathaushalte,⁶¹⁰ was selbstverständlich auch kontrolliert wird.⁶¹¹ Im September muss man in der BZ von einem Selbstmord aufgrund der Notlage berichten.⁶¹² Angesichts des Hungers werden auch die Anstrengungen, die für den Krieg zu erbringen sind, infrage gestellt.⁶¹³ Die Menschen interessieren sich nun weniger für die Vorgänge an der Front. Die Bevölkerung des Habsburgerreichs ist kriegsmüde.⁶¹⁴

⁶⁰⁴ Vgl. BVB Nr. 28 v. 08.07.1916, S. 4.

⁶⁰⁵ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 545, 546, 567, 577-585, 608-610, 621.; StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.-Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S. 233-238.

⁶⁰⁶ Vgl. BZ Nr. 81 v. 07.10.1916, S. 1 u. 2.

⁶⁰⁷ Vgl. BZ Nr. 69 v. 26.08.1916, S. 3.

⁶⁰⁸ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.157.

⁶⁰⁹ Vgl. BZ Nr. 84 v. 18.10.1916, S. 2.

⁶¹⁰ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 202.

⁶¹¹ Vgl. BZ Nr. 75 v. 16.09.1916, S. 3.; In Baden setzt die Bezirkshauptmannschaft im Oktober mit den Revisionen in den Privathaushalten ein. Es werden sogleich in mehreren Haushalten, die sich nicht an die Bestimmungen halten, empfindliche Strafen verhängt. Vgl. BZ Nr. 87 v. 28.10.1916, S. 5.

⁶¹² Vgl. BZ Nr. 75 v. 16.09.1916, S. 3.

⁶¹³ Vgl. BZ Nr. 41 v. 20.05.1916, S. 2.

⁶¹⁴ Vgl. *Healy*: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. S. 136f.

Erhöhte Arbeitsleistung

Die Politik dagegen schließt, dass die hohen Opfer, die für den Krieg gebracht werden mussten, bloß durch einen Siegfrieden zu rechtfertigen wären.⁶¹⁵ Doch um in dieser Art des Krieges bestehen zu können, ist eine weitere Steigerung des fabriklichen Outputs in der Heimat notwendig.⁶¹⁶ Die unerfreulichen Entwicklungen an den österreichisch-ungarischen Fronten, bei denen Deutschland wieder einmal zu Hilfe eilen muss, führen im September 1916 endgültig zur Etablierung einer „Gemeinsamen Obersten Kriegsleitung“, die faktisch die Unterordnung Österreich-Ungarns unter Deutschland darstellt, und damit auch hier zur Umsetzung des seit Frühjahr im deutschen Reich laufenden Hindenburgprogramms, das eine massiv forcierte Rüstungsproduktion mit stark erhöhtem Arbeitseinsatz an der Heimatfront vorsieht.⁶¹⁷ Zudem tragen die Kriegsgeschehnisse zum schon lange befürchteten Kriegseintritt Rumäniens auf Seiten der Entente bei.⁶¹⁸ Dies ist umso bedrohlicher für Österreich, da dieses die rumänischen Getreidelieferungen bitter benötigt.⁶¹⁹ Das Zusammenwirken von Ernährungsmangel und Mehrarbeit hat eine erhöhte Rate von Unfällen, Krankheiten und Sterblichkeit zur Folge⁶²⁰ und bedroht sowohl die militärischen Interessen⁶²¹ als auch die Einnahmen der Kriegsindustrie. So sind nun sowohl Militärverwaltung als auch Unternehmer bestrebt, für eine bessere Versorgung der Arbeiterschaft zu sorgen. Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisationen arbeiten zusammen, um die Lage zu stabilisieren, gefördert von der Militärverwaltung.⁶²²

Staatliche Versuche, die Lage zu stabilisieren und die Ermordung des Reichskanzlers

Auch die Regierung versucht, den gefährdenden Zuständen entgegenzuwirken. Vor allem soll dies über die Vereinheitlichung der Ernährungsagenden, die bisher noch auf viele verschiedene Behörden verteilt sind, gelingen. Doch dazu, diese konsequent umzusetzen, kann man sich nicht durchringen.⁶²³ Was den Versuchen, die Ernährungslage in den Griff zu

⁶¹⁵ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 614:

⁶¹⁶ Vgl. *Janz*: 14. S. 95-108.; *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 541-560.

⁶¹⁷ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik: S. 141.; *Janz*: 14. S. 108f.; *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 542-574 u. S. 606.

⁶¹⁸ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 559f.

⁶¹⁹ Vgl. *Fussek*: Lebensmittelsorgen. S. 124.

⁶²⁰ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 157.

⁶²¹ So hat etwa ein Streik, der in der Steyrer Waffenfabrik ausbricht, nachdem es drei Tage kein Brot gegeben hat, einen Produktionsausfall von 4000 Gewehren und 20 Maschinengewehren zur Folge. Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 142f.

⁶²² Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 140-144.

⁶²³ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 289f.

bekommen, jedoch gemein ist, ist, dass man vermehrt mit Arbeitnehmer-, bzw. Konsumentenvertretern kooperieren muss und auch die Sozialdemokratie eingebunden wird, um die Arbeiter zu befrieden. Da die Staatsverwaltung aber tatsächlich nicht mehr genügend Versorgungsgüter aufbringen kann, gelingt es ihr zunehmend weniger, Streikbewegungen zu kalmieren.⁶²⁴ Der wachsende Druck, unter dem die Reichsratswiedereröffnung vehement gefordert wird, mündet schließlich in die Ermordung des Reichskanzlers Stürgkh, der der Wiedereröffnung entgegenwirkt, durch Friedrich Adler, den Sohn Viktor Adlers. Wie groß der öffentliche Zorn auf den Reichskanzler bereits ist, lässt sich daran ersehen, dass die Zeitungen vorwiegend darüber berichten, welch gutes Mittagessen er bei seiner Ermordung gerade genoss.⁶²⁵ Weit höhere Trauer löst einen Monat später der Tod Kaiser Franz Josefs aus.⁶²⁶

Nach dem Tod Stürgkhs schreitet man an die Vereinheitlichung der Ernährungsagenden. Mit Verordnung vom 13. November 1916 wird das Amt für Volksernährung ins Leben gerufen. Auch hier wird bei der Zusammensetzung wieder darauf geachtet, dass alle Gruppen repräsentiert sind.⁶²⁷ Alle Institutionen der Nahrungsmittelwirtschaft, wie etwa auch die KGV, die Futtermittelanstalt, etc., werden nun dem Amt für Volksernährung unterstellt,⁶²⁸ es wird versucht, eine möglichst feingliedrige Organisation zu schaffen, die alle Ebenen erreicht und durch verschiedene von ihm gegründete Institutionen wird versucht, die Auswüchse im Ernährungswesen zu bekämpfen.⁶²⁹ Doch Abhilfe schaffen kann auch das Amt für Volksernährung nicht, da ihm hierzu wichtige Befugnisse fehlen.⁶³⁰ Auch der Status des Amtes für Volksernährung wird nicht vollends geklärt. Während dem deutschen Kriegsernährungsamt Verfügungsgewalt zukommt, wird das österreichische Amt für Volksernährung die meiste Zeit, je nach dem amtierenden Ministerpräsidenten, nicht als völlig unabhängige Organisation geführt.⁶³¹ So bleibt beispielsweise auch die BZ der Wirksamkeit des Amtes für Volksernährung gegenüber skeptisch.⁶³²

⁶²⁴ Vgl. *Scheer*: Kriegswirtschaft. S. 452 u. 478-480.

⁶²⁵ Vgl. *Schöner*: Geschichte. S. 39.; *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 626-632.

⁶²⁶ Vgl. *Boyer*: Culture. S. 400.

⁶²⁷ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 134-137.

⁶²⁸ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 294f.; *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 134.;

⁶²⁹ Vgl. *Dornik*: Verwaltung. S. 268.

⁶³⁰ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 291-295.

⁶³¹ Vgl. *Boyer*: Culture. S. 420.

⁶³² Vgl. BZ Nr. 3 v. 10.01.1917, S. 1.

Die Kriegsküchen

Eine Einrichtung dagegen, die auch in Baden durchwegs Lob erfährt, sind die Kriegsküchen. Während noch zu Beginn des Krieges offizielle Ausspeisungsstellen wie die Volksküchen nicht sonderlich beliebt sind, steigt die Anzahl und Beliebtheit der Kriegsküchen, Wärmestuben, Suppen- und Teeanstalten u. ä. m. mit der wachsenden Not stark an.⁶³³ 1916 erhalten in Wien bereits 54.000 Personen täglich ihre Mahlzeiten aus öffentlichen Ausspeisungen.⁶³⁴ Nicht mehr bloß die ärmsten Schichten, auch der Mittelstand benötigt nun vermehrt die Kriegsküchen. Es wird aber darauf geachtet, die Trennlinie zwischen dem Mittelstand und den ärmeren Schichten aufrecht zu erhalten. Deshalb wird oftmals eine Unterscheidung zwischen Kriegsküchen und öffentlichen Ausspeisungen bzw. Volksküchen getroffen.⁶³⁵ Das Amt für Volksernährung ist daran interessiert, dass das Kriegsküchenwesen ausgebaut wird.⁶³⁶

Auch in Baden schreitet man 1916 an die Errichtung von Kriegsküchen. Die Anregung hierzu holt man sich von den Wiener Kriegsküchen, zudem von Krems a. d. Donau, jedoch geht man in Baden von einer anderen Klientel aus, da hier, so denkt man, „die breiten Massen der armen Bevölkerung“ fehlen. So soll die neue Kriegsküche auch eher dem in Not geratenen Mittelstand ein Zubrot liefern. Sie soll nicht als Wohltätigkeitsanstalt geführt werden, sondern sich aus den eigenen Erlösen finanzieren können.⁶³⁷ Die Baronin Caroline Doblhoff-Dier, die schließlich auch zur Präsidentin des Kriegsküchen-Komitees ernannt wird, ist maßgeblich für das Lukrieren von Spenden verantwortlich.⁶³⁸ Die Bezirkshauptmannschaft sagt zu, für günstige Lebensmittel zu sorgen, ebenso wie die Gemeinde. Wieder einmal muss die Schulküche ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Dies geschieht zu Beginn mit Einverständnis der Schulküchen-Leitung, wird sich im Laufe der Zeit jedoch als Problem herausstellen.⁶³⁹

Obwohl man davon ausgeht, dass die Inanspruchnahme bei guter Haushaltsführung steigen wird, ist man zu Beginn der Vorbesprechungen noch nicht sicher, ob eine Kriegsküche überhaupt benötigt wird.⁶⁴⁰ Jedoch legen die 1000 Anmeldungen, die man innerhalb kurzer

⁶³³ Vgl. *Breiter*: Front. S. 66.

⁶³⁴ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 689.

⁶³⁵ Vgl. *Breiter*: Front S. 78-80.

⁶³⁶ Vgl. Ebenda. S. 67.

⁶³⁷ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051 1916 . sowie BZ Nr. 53 v. 01.07.1916, S. 3. u. BVB Nr. 27 v. 01.07.1916, S. 2. 1917 wird per Erlass geregelt, dass Kriegsküchen keine wohltätigen Veranstaltungen sein sollen, sondern als kaufmännische Unternehmen zu führen sind. Vgl. *Wladika*: Armut. S. 119.

⁶³⁸ Vgl. BZ Nr. 66 v. 16.08.1916, S. 2.

⁶³⁹ Vgl. StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 278-283.

⁶⁴⁰ Vgl. BZ Nr. 52 v. 28.06.1916, S. 2.

Zeit sammelt, schnell nahe, dass die Kriegsküche in Baden sehr erwünscht ist.⁶⁴¹ Tatsächlich wird aufgrund des hohen Zuspruchs bereits kurze Zeit nach der Eröffnung der Kriegsküche am 21. August,⁶⁴² die Errichtung von zwei weiteren Kriegsküchen in Angriff genommen.⁶⁴³ Auch die zweite Kriegsküche ist eine Mittelstandsküche. In Leetsdorf entsteht eine Volksküche, wo die Ärmeren zu äußerst geringen Preisen ein Mahl erhalten sollen.⁶⁴⁴ Hier können einfache Speisen abgeholt werden.⁶⁴⁵ Mit 1,40 Kronen ist hier der gleiche Preis für die Wochenkarte zu bezahlen wie in der Mittelstandsküche für eine Tagesportion.⁶⁴⁶ Die anderen Küchen bieten für die höheren Preise auch höherwertige Kost,⁶⁴⁷ doch auch die Kriegsküche III versucht, hin und wieder Fleisch zu bieten und zu speziellen Gelegenheiten wie Feiertagen werden besondere Mahlzeiten gekocht.⁶⁴⁸

Bei allen drei Kriegsküchen sind die Frauenvereine, der Schulküchenverein, die ROHÖ Baden, der Verein für erweiterte Frauenbildung und Frauenberufe und der Verein Kinderfürsorge, beteiligt.⁶⁴⁹ Die Kriegsküche III entsteht auf Initiative der Gemeinde hin, die aber den Verein Kinderfürsorge bittet, sie zu verwalten.⁶⁵⁰ Die Kriegsküche I erfährt ebenfalls finanzielle sowie organisatorische Hilfe durch die Gemeinde.⁶⁵¹ Josef Kollmann, der sich in der Kriegsküchenfrage besonders engagiert, übernimmt zuerst die finanzielle Gebarung der Kriegsküche I⁶⁵² und wird später zum Kriegsküchen-Kommissär.⁶⁵³ Die Kriegsküche II hingegen erhält keine finanziellen Zuschüsse durch die Gemeinde, wird jedoch teilweise durch andere materielle Zuwendungen unterstützt.⁶⁵⁴

Obwohl der Zuspruch zur Kriegsküche I mit Errichtung der anderen Kriegsküchen sinkt und die Schulküche dringend ihre Räumlichkeiten benötigt, da die Zahl der auszuspeisenden Kinder wieder steigt, werden Überlegungen, die Kriegsküche aufzulassen, nicht umgesetzt.

⁶⁴¹ Vgl. BZ Nr. 59 v. 22.07.1916, S. 3.

⁶⁴² Vgl. BZ Nr. 68 v. 23.08.1916, S. 2.; BZ Nr. 83 v. 14.10.1916, S. 3.

⁶⁴³ Vgl. BZ Nr. 83 v. 14.10.1916, S. 3.; BZ Nr. 84 v. 18.10.1916, S. 2.; BZ Nr. 87 v. 28.10.1916, S. 4.; Die Kriegsküche II wird am 20. November, (Vgl. BZ Nr. 93 v. 18.11.1916, S. 4.;) die Kriegsküche III zwei Wochen darauf, am 4. Dezember eröffnet. (Vgl. BZ Nr. 97 v. 02.12.1916, S. 3.; BZ Nr. 99 v. 09.12.1916, S. 3.)

⁶⁴⁴ Vgl. BZ Nr. 99 v. 09.12.1916, S. 3.

⁶⁴⁵ Vgl. BZ Nr. 92 v. 15.11.1916, S. 2.; BZ Nr. 93 v. 18.11.1916, S. 4.

⁶⁴⁶ Vgl. BZ Nr. 93 v. 18.11.1916, S. 4.; BZ Nr. 97 v. 02.12.1916, S. 3.

⁶⁴⁷ Vgl. BZ Nr. 67 v. 19.08.1916, S. 3.; DVB Nr. 35 v. 26.08.1916, S. 3.

⁶⁴⁸ Vgl. BZ Nr. 1 v. 03.01.1917, S. 2.

⁶⁴⁹ Vgl. BZ Nr. 67 v. 19.08.1916, S. 3.; BZ Nr. 68 v. 23.08.1916, S. 2.; BZ Nr. 72 v. 06.09.1916, S. 1 u. 2.

⁶⁵⁰ Vgl. BZ Nr. 87 v. 28.10.1916, S. 4.; BZ Nr. 92 v. 15.11.1916, S. 2.

⁶⁵¹ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.227.; BZ Nr. 66 v. 16.08.1916, S. 2.

⁶⁵² Vgl. BZ Nr. 67 v. 19.08.1916, S. 3.; BZ Nr. 68 v. 23.08.1916, S. 2.; BZ Nr. 72 v. 06.09.1916, S. 1 u. 2.

⁶⁵³ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.311 u. 325. außerdem DVB Nr. 35 v. 26.08.1916, S. 3.

⁶⁵⁴ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.248 u. 249.; BZ Nr. 87 v. 28.10.1916, S. 5.;

So muss man für die Schulküche andere Räumlichkeiten finden.⁶⁵⁵ Im Gegensatz zur Kriegsküche I erfährt die Kriegsküche III großen Zuspruch. Die Annahme, dass in Baden „die breiten Massen der armen Bevölkerung fehlen“, erweist sich als Irrtum. Die Zahlen der Kriegsküche III, die vor allem von den Arbeitern und Schwerarbeitern der umliegenden Fabriken und ihren Familien, aber auch von Bewohnern umliegender Gemeinden wie Pfaffstätten, Gainfarn und Vöslau frequentiert wird, steigen in dem harten Kriegswinter 1916/17 kontinuierlich.⁶⁵⁶ Sind bei der Eröffnung am 4. Dezember 200 Leute zugegen, holen sich bloß fünf Tage später bereits 400 Leute ihr Essen in der Kriegsküche III.⁶⁵⁷ Ende Februar werden bereits 2000 bis 3000 Portionen täglich ausgegeben, bereits um Mitternacht muss man beginnen, die Kessel zu beheizen.⁶⁵⁸ Später pendelt sich die Zahl der täglich ausgegebenen Portionen auf ca. 1600 täglich ein.⁶⁵⁹ 1917 werden außerdem Wärmestuben und Abendkriegsküchen eingerichtet. Eine Abendkriegsküche im Lyzeumsgebäude soll vor allem auch von den der Arbeit in der Munitionsfabrik Enzesfeld heimkehrenden Arbeitern sowie den Ärmsten der Gesellschaft Kost bieten. Die Mahlzeiten sollen kostenlos, für die Initiatoren also zu Verlustpreisen, verteilt werden. Um diese Volksküche errichten zu können, wendet man sich an allerhöchste Stelle: die katholische Frauenorganisation schreibt dafür einen Brief ans k. u. k. Obersthofmeisteramt Seiner (zu diesem Zeitpunkt bereits in Baden weilenden) Majestät. Außerdem springt ihr das AOK zur Seite.⁶⁶⁰ Das AOK und auch der Kaiser zeigen sich offensichtlich interessiert hinsichtlich der Badener Kriegsküchen.⁶⁶¹ Auch in der Volksküche in Leesdorf beginnt man ab 1917 zusätzlich mit der Verteilung von Abendmahlzeiten.⁶⁶² Bis Ende 1918 wendet die Gemeinde 15.354 Kronen für den Betrieb der Kriegsküchen auf.⁶⁶³

Probleme mit der Jugend

Gleichzeitig mit den Kriegsküchen ist man bestrebt, Ausspeisungsmöglichkeiten für die Kinder und Jugendlichen der Stadt zu schaffen. Diese werden mehr und mehr zu einem

⁶⁵⁵ Vgl. BZ Nr. 68 v. 23.08.1916, S. 2.; BZ Nr. 72 v. 06.09.1916, S. 1 u. 2.; StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 278-283.; Vgl. 13.3.1917: StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.293 u. 294.;

⁶⁵⁶ Vgl. BZ Nr. 17 v. 28.02.1917, S. 3.

⁶⁵⁷ Vgl. BZ Nr. 99 v. 09.12.1916, S. 3.

⁶⁵⁸ Vgl. BZ Nr. 17 v. 28.02.1917, S. 3.

⁶⁵⁹ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S.146-149.

⁶⁶⁰ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918.

⁶⁶¹ Vgl. BZ Nr. 92 v. 17.11.1917, S. 4.; Vgl. BZ Nr. 86 v. 27.10.1917, S. 2.

⁶⁶² Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.362 u. 375.; BZ Nr. 100 v. 15.12.1917, S. 3.

⁶⁶³ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S.146-149.

Sorgenfaktor im Krieg. Das romantisierte Bild des Kindes als Symbol für Reinheit und Zukunft ändert sich im Laufe des Krieges gravierend.⁶⁶⁴ Die Bedingungen, unter denen Kinder im Ersten Weltkrieg aufwachsen, führen zur zunehmenden Politisierung der Kinder und Jugendlichen aber auch in einer höheren Kriminalitätsrate unter Minderjährigen. Ebenso wie die Frauen, werden Kinder plötzlich zu sichtbaren politischen Protagonisten. Sie nehmen an Protesten und teilweise auch an gewalttätigen Aufständen teil, führen sie manchmal sogar an. Die militärische Vereinnahmung des ganz auf den Krieg ausgelegten Schulunterrichts zeigt auch Auswirkungen. Doch oft richten sich die Gefühle der Kinder, die ca. 20 Jahre später ihren eigenen Weltkrieg kämpfen werden, nicht bloß gegen die Feindmächte, sondern auch gegen andere Nationalitäten innerhalb der Habsburgermonarchie – und natürlich wieder einmal gegen die „Lebensmittel hortenden und wuchernden“ Juden. Die Schulautoritäten beginnen zu fürchten, dass sich die Kinder, die sich immer mehr in die politischen Querelen einmischen, zu stark vom Idealbild des Kindes entfernen.⁶⁶⁵ Die steigende Kriminalität unter Kindern und Jugendlichen trägt nicht dazu bei, diese Befürchtungen zu beruhigen. Die Entwicklung der Jugendkriminalität wird von den Erwachsenen im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückgeführt: einerseits auf die mangelnde Beaufsichtigung, andererseits auf die Populärkultur wie Filme und „Schmuddelliteratur“.⁶⁶⁶ Tatsächlich aber stehen die kriminellen Taten der Kinder sehr oft mit der Not und Verelendung in Zusammenhang. Vor allem Diebstahlsdelikte nehmen im Laufe des Krieges sprunghaft zu. Machen diese 1913 noch 38,9% aller Verbrechen in Österreich aus, handelt es sich 1918 bei über 82,2% der Verbrechen um Diebstähle. Werden 1913 1.009 Jugendliche wegen Diebstählen verurteilt, sind es bereits 1915 3.692 Jugendliche.⁶⁶⁷ Auch das Von-Tür-zu-Tür-Gehen und das Betteln von Kindern werden als zunehmend problematisch empfunden, weshalb man ein Verbot dagegen – sowie gegen eine Liste anderer Aktivitäten – erlässt.⁶⁶⁸

Ab 1916 macht man sich auch in der Kurstadt zunehmend Sorgen um die Jugend, wobei aber eingewandt wird, dass es in dieser Hinsicht in Landgemeinden und Kleinstädten nicht so schlimm wie in Wien und anderen Industriestädten stehe.⁶⁶⁹ Die Besorgnis, die herrscht, zeigt sich jedoch, wenn die k. k. Bezirkshauptmannschaft einen Erlass herausgibt, nach dem der

⁶⁶⁴ Vgl. *Healy*: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. S. 215-224.

⁶⁶⁵ Vgl. Ebenda. S. 237-240.

⁶⁶⁶ Vgl. Ebenda. S. 253.

⁶⁶⁷ Vgl. *Schmied-Kowarzik*: Erschöpfung. S. 537f. Bei Frauen steigen die Verurteilungen von 597 im Jahr 1913 auf 3.375 im Jahr 1915 (also 565,3% von 1913).

⁶⁶⁸ Vgl. *Healy*, Maureen: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. S. 254.

⁶⁶⁹ Vgl. BVB Nr. 7 v. 12.02.1916, S. 1. Das BVB führt die Zustände auf die Abwesenheit der Väter und Brüder – „die berufensten Erzieher“ – zurück.

Viktualienmarkt in der Zeit der Sommerferien besonders gut bewacht werden soll.⁶⁷⁰ In Baden werden Einrichtungen geschaffen, in welchen die schutzbedürftige Jugend gesammelt und beschäftigt werden kann.⁶⁷¹ Vor allem auch das Essen spielt bei diesen Versuchen, die Kinder von der Straße fernzuhalten, eine wichtige Rolle. Während sich Rosa Engel mit der ROHÖ Baden bemüht, Leute zu finden, die sich bereit erklären, für die Aktion „Wiener Kinder aufs Land“ einem bedürftigen Kind einen Kostplatz zu gewähren,⁶⁷² versucht man auch, gegen die Verwahrlosung der Badener Jugend anzukämpfen und diese zu versorgen. So möchte man durch das Angebot eines Frühstücks die Kinder vom Schulschwänzen abhalten.⁶⁷³ Die Kosten dafür übernimmt wieder die Gemeinde. Und abermals muss man hier ins Ungewisse wirtschaften, da man nicht weiß, wie hoch sich die Kosten stellen werden. Die Leitung des Projekts übernimmt der Schulküchenverein.⁶⁷⁴ Nicht nur wünscht man durch die Frühstücksaktion die Kinder dazu zu bringen, in die Schule zu gehen, die Gemeindevertretung hegt auch die Hoffnung, dadurch bei der Bevölkerung, die der Stadtpolitik hinsichtlich der Approvisionierungsmaßnahmen misstrauisch gegenübersteht und sie schnell für Missstände verantwortlich macht, zu punkten.⁶⁷⁵ Trotz der finanziellen Unwägbarkeiten gelingt es über die folgenden Monate, die Frühstücksaktion am Laufen zu halten.⁶⁷⁶

Zusätzlich zur Frühstücksaktion erfolgt außerdem weiterhin die bereits seit Kriegsbeginn durchgeführte Ausspeisung der Reservistenkinder.⁶⁷⁷ Außerdem versucht man nicht bloß durch die Ausgabe von Mahlzeiten, die Kinder von der Straße fernzuhalten und am Schulschwänzen zu hindern, sondern auch durch organisatorische Änderungen. Der Stadtvorstand ersucht das Gremium der Kaufmannschaft, die Lebensmittelverteilung so zu organisieren, dass die Kinder nicht wegen des Anstellens vom Schulbesuch abgehalten werden.⁶⁷⁸

⁶⁷⁰ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.189.

⁶⁷¹ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.210 u. 215. sowie Vgl. BZ Nr. 17 v. 26.02.1916, S. 3.; BZ Nr. 61 v. 29.07.1916, S. 1 u. 2.; BZ Nr. 69 v. 26.08.1916, S. 3.

⁶⁷² Vgl. BZ Nr. 51 v. 24.06.1916, S. 3.

⁶⁷³ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.247.

⁶⁷⁴ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S.663 u. 664.

⁶⁷⁵ Vgl. BZ Nr. 89 v. 04.11.1916, S. 3.

⁶⁷⁶ Vgl. BVB Nr. 3 v. 20.01.1917, S. 8.; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.349.

⁶⁷⁷ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 665 u. 698.; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.259.

⁶⁷⁸ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S.662 u. 663.

Rayonierung der Lebensmittel

Das Anstellen wird zu einem immer größeren Problem für die Obrigkeiten im Reich, nicht nur die Kinder betreffend. Die Rationierung alleine funktioniert schon lange nicht mehr. Zum einen wirkt sich das Anstellen auf die Wirtschaft ebenso negativ aus wie auf das Familienleben, da die Arbeiterinnen ihre Zeit in der Schlange verbringen müssen, um Lebensmittel zu erhalten.⁶⁷⁹ Zum anderen wird die gesellschaftliche Zersetzung gerade in den Warteschlangen deutlich sicht- und fühlbar und droht in eine explosive Stimmung zu münden. Die Tatsache, dass Menschen – meist Frauen und Kinder – verschiedener Klassen, verschiedenen Alters und verschiedener Nationalitäten das Schicksal teilen, um Lebensmittel anstehen zu müssen, und in der Warteschlange miteinander in Kontakt kommen, führt nur bedingt zu Solidarität untereinander. Unhöflichkeit, Neid und Gewalt prägen den Umgang der Wartenden auch miteinander. Die niederösterreichische Landesregierung muss schließlich sogar ein Dekret gegen schroffes Verhalten den Kunden gegenüber erlassen, denn in dieser nervösen Atmosphäre drohen Beleidigungen zu Störungen der öffentlichen Ordnung zu führen. Jederzeit kann ein Funke das Feuer entzünden – meist die Nachricht, dass ein Produkt ausverkauft ist. Die Autoritäten fürchten Aufstände, die in den Warteschlangen auszubrechen drohen. Ihnen ist viel daran gelegen, diesen Zuständen Abhilfe zu schaffen.⁶⁸⁰ So werden Mahlprodukte ab Herbst in verschiedenen Orten nicht bloß rationiert, sondern auch rayoniert, d.h. die Kunden werden an gewisse Geschäftsstellen gebunden, wodurch eine bessere Organisation in der Lebensmittelausgabe ermöglicht und das Anstellen vermieden werden soll.⁶⁸¹

Auch in Baden machen die Entwicklungen die Rayonierung schließlich notwendig. Die Verweigerung der Abgabe von Lebensmitteln an Kunden ist an der Tagesordnung.⁶⁸² Gleichzeitig wird über Trickereien der Kunden beim Anstellen zum Nachteil der anderen berichtet.⁶⁸³ Die Stimmung verschlechtert sich fühlbar, auch bei Schichten, die bisher weniger vom Lebensmittelmangel betroffen waren.⁶⁸⁴ Das Anstellen wird zudem nicht nur vor den Lebensmittelgeschäften zum Problem, auch die ROHÖ und der Konsumentenverein versuchen, den Warteschlangen bei ihren Lebensmittelausgaben auf verschiedene Art und Weise entgegenzuhalten.⁶⁸⁵ Die BZ droht mit Einsatz des Konsumentenvereins zur

⁶⁷⁹ Vgl. *Neuber*: Ernährungslage. S. 142.

⁶⁸⁰ Vgl. *Healy*: Vienna Falling. S. 84-96.

⁶⁸¹ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 139f.

⁶⁸² Vgl. BZ Nr. 19 v. 04.03.1916 – BZ Nr.85 v. 21.10.1916.;

⁶⁸³ Vgl. BZ Nr. 82 v. 11.10.1916, S. 2.

⁶⁸⁴ Vgl. BZ Nr. 77 v. 23.09.1916, S. 2 u. 3.

⁶⁸⁵ Vgl. BZ Nr. 67 v. 19.08.1916 – BZ Nr. 95 v. 25.11.1916, S. 5.

Durchsetzung der Rayonierung gegen die Gemeindevertretung.⁶⁸⁶ Doch spätestens nach Ausschreitungen bei einer Mehlausgabe am 14. Oktober⁶⁸⁷ beschäftigt sich auch die Gemeindevertretung mit Einführung der Rayonierung.⁶⁸⁸ Schließlich wird ein Modell gewählt, bei der die Kunden nicht zwangsweise den Geschäften zugewiesen werden. Sie können sich das Geschäft aussuchen, bei welchem sie sich anmelden wollen, um fortan dort ihr Mehl oder Brot zu erhalten. Die Geschäfte sollen dann Mehl nach der Menge der bei ihnen angemeldeten Familien zugewiesen bekommen. Man rechnet jedoch von vornherein nicht damit, die gesamte laut Bezugskarten zustehende Mehlmenge an die Familien ausgeben zu können.⁶⁸⁹ Dieser Umstand führt offenbar zu Verstimmung der „sich bis jetzt der schweren Zeit entsprechend vollkommen angemessen“ verhaltenden Bevölkerung und zu Vorwürfen gegen den Bürgermeister.⁶⁹⁰ Allerdings wird das Mehl lediglich an Händler sowie den Konsumverein „Beethovengasse“ für die Rayonierung ausgegeben. Andere Organisationen, wie etwa die ROHÖ oder sonstige Konsumentenorganisationen, werden von der Gemeinde nicht berücksichtigt.⁶⁹¹ Erst 1917, als die Verteilung nicht mehr durch die Gemeinde erfolgt, sondern über eine inzwischen implementierte Geschäftsstelle der k. k. Bezirkshauptmannschaft, werden Organisationen wie etwa die ROHÖ oder auch die katholische Frauenorganisation in das System der offiziellen Rayonierung miteinbezogen.⁶⁹² Die Geschäftsleute erfahren zu Beginn der Rayonierung also eine gewisse Vorzugsstellung, werden aber vom Bürgermeister eindringlich aufgefordert, bei der Versorgung der Kunden vollkommen objektiv vorzugehen. Im Falle einer gerechtfertigten Klage droht dem Geschäftsmann die Abstellung der Mehlabgabe der Gemeinde an ihn.⁶⁹³ Die Konsumenten werden auch dazu aufgerufen, Vergehen durch Geschäftsleute bei den Polizeidienststellen zu melden.⁶⁹⁴ Kunden wiederum dürfen aufgrund des organisatorischen Aufwands die Verkaufsstelle bloß dann wechseln, wenn ganz besondere Gründe dafür vorliegen. Auch die Touristen werden rayoniert.⁶⁹⁵ Gleichzeitig mit Beginn der Rayonierung wird zudem die

⁶⁸⁶ Vgl. BZ Nr. 77 v. 23.09.1916 – BZ Nr. 83 v. 14.10.1916; DVB Nr. 38 v. 16.09.1916 – DVB Nr. 39 v. 23.09.1916.

⁶⁸⁷ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.250.;

⁶⁸⁸ Vgl. BZ Nr. 81 v. 07.10.1916, S. 3.; StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.247 u. 248.; Vgl. 31.10.1916: StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S.662 u. 663.

⁶⁸⁹ Vgl. BZ Nr. 83 v. 14.10.1916, S. 3.; BZ Nr. 85 v. 21.10.1916, S. 6.

⁶⁹⁰ Vgl. BZ Nr. 87 v. 28.10.1916, S. 5.

⁶⁹¹ Vgl. GB/331/1916.; BVB Nr. 87 v. 28.10.1916, S. 1 u. 2.

⁶⁹² Vgl. BZ Nr. 19 v. 07.03.1917, S. 2.; BZ Nr. 26 v. 31.03.1917, S. 4.

⁶⁹³ Vgl. GB/331/1916.

⁶⁹⁴ Vgl. BZ Nr. 87 v. 28.10.1916, S. 5.

⁶⁹⁵ Vgl. BZ Nr. 93 v. 18.11.1916, S. 4.

Zustellung von Brot durch die Händler zum Kunden nach Hause untersagt, bloß Hotels und Gasthäuser dürfen weiterhin beliefert werden.⁶⁹⁶

Am 12. November (einem Sonntag) tritt die Rayonierung in Kraft, die – abgesehen davon, dass sich ca. 2000 Personen im Vorfeld nicht darum gekümmert haben, sich bei einem Geschäft zu rayonieren – zu Beginn sehr gut funktioniert. Anfänglich erhalten die Konsumenten in etwa die vorgesehenen ihnen zustehenden Mengen an Mehl. So bringt die heißersehnte Rayonierung vorerst tatsächlich ein wenig Erleichterung,⁶⁹⁷ was dem christlichsozialen BVB ein Lob für den deutschnationalen Bürgermeister, auf dessen Initiative hin die Rayonierung in Kraft getreten sei, sowie den Vizebürgermeister abringt – ebenso wie für die maßgeblich mitwirkenden Gewerbetreibenden.⁶⁹⁸ Sie soll auch auf Milch, Fett, Butter, Kaffee und Kartoffeln, um die man immer noch in langen Warteschlangen anstehen muss,⁶⁹⁹ ausgeweitet werden.⁷⁰⁰ Doch schon bald mischt sich ein kleiner Wermutstropfen in die Freude darüber, sich nicht mehr stundenlang anstellen zu müssen: Schon nach kurzer Zeit erhalten die Konsumenten nicht mehr die volle Menge Mehl, stattdessen müssen sie Brot beziehen, wobei sich der Umtausch Mehl gegen Brot in manchen Fällen schwierig gestaltet.⁷⁰¹ Noch dazu lässt die Qualität von Brot und Mehl stark zu wünschen übrig.⁷⁰²

Bereits zu Beginn des neuen Jahres 1917 stellen die heftigen Schneefälle das Funktionieren des Systems – zu diesem Zeitpunkt bereits erweitert durch die Neuerung, dass die Familien ihre Lebensmittel nicht bloß bei einem gewissen Geschäft, sondern auch innerhalb eines gewissen Zeitraums beziehen müssen – infrage. So müssen schon ein paar Wochen nach Einführung der freiwilligen Rayonierung die Käufer vorerst den Bezugsstellen doch zugewiesen werden, um dieses Problem zu lösen.⁷⁰³

Abgaben und Absperrung der Gemeinden

Während man darum kämpft, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, müssen doch gleichzeitig Abgaben geleistet werden. Die Liste der beschlagnahmten Waren wird immer umfangreicher.⁷⁰⁴ Die Erntebeträge mögen auf die Hälfte des Friedensertrages gefallen sein, die Anforderungen hinsichtlich der Lieferungen sinken nicht in demselben Ausmaß. Während

⁶⁹⁶ Vgl. BZ Nr. 91 v. 11.11.1916, S. 3.; BVB Nr. 41 v. 11.11.1916, S. 4.; BZ Nr. 89 v. 04.11.1916, S. 5.

⁶⁹⁷ Vgl. BZ Nr. 88 v. 01.11.1916. – BZ Nr. 92 v. 15.11.1916.; DVB Nr. 47 Nr. v. 18.11.1916, S. 3.

⁶⁹⁸ Vgl. BVB Nr. 42 v. 25.11.1916, S. 2 u. 3.

⁶⁹⁹ Vgl. BZ Nr. 96 v. 29.11.1916, S. 2.; DVB Nr. 47 v. 18.11.1916, S. 3.

⁷⁰⁰ Vgl. BZ Nr. 85 v. 21.10.1916, S. 4.; BZ Nr. 93 v. 18.11.1916, S. 4.

⁷⁰¹ Vgl. BZ Nr. 94 v. 22.11.1916, S. 2.; BZ Nr. 95 25.11.1916, S. 5.

⁷⁰² Vgl. BZ Nr. 99 v. 09.12.1916, S. 4.

⁷⁰³ Vgl. BZ Nr. 8 v. 27.01.1917, S. 4.

⁷⁰⁴ Vgl. *Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg*. S. 684.

der Bezirk Baden beispielsweise Ende Oktober 1914 die Anweisung bekommt, 70 Waggon Getreide liefern zu müssen,⁷⁰⁵ muss er Anfang November 1916 trotz aller Probleme immer noch 55 Waggon Getreide abgeben.⁷⁰⁶ Der Druck, der auf der österreichischen Regierung lastet, alles an Lebensmitteln zusammenzukratzen, dessen man irgendwie habhaft werden kann, wird – in zunehmend vehementer Form – an die Gemeindeebene und die landwirtschaftlichen Produzenten abgegeben. Natürlich wird an deren Patriotismus appelliert.⁷⁰⁷ Wo dies nicht ausreicht, wird mit Einsatz des Militärs, etwa Arbeitssoldaten, die die Beschleunigung beim Ausdreschen bewirken oder zwangsweise Abnahmen durchführen sollen, gedroht. Aber auch andere Strafen werden angekündigt. Mitunter auch solche, die die Bestrafung des Kollektivs für das Fehlverhalten Einzelner bedeuten würden. So etwa, dass die Stadt kein Fleisch mehr erhalten werde, würde den vorgeschriebenen Viehabgaben nicht nachgekommen.⁷⁰⁸

Tatsächlich muss in der Gemeinde Baden letztendlich im Oktober die Bezirkshauptmannschaft bei der Aufbringung der Getreidekontingente eingreifen.⁷⁰⁹ Dies dürfte jedoch weniger Strafe als Erleichterung für die Verantwortlichen der Stadt darstellen, ersucht doch der Bürgermeister die Bezirkshauptmannschaft, als im November erneut Abgaben eingefordert werden, wieder selbst die Aufbringung durchzuführen.⁷¹⁰ Auch später delegiert bzw. verweigert der Bürgermeister die mühevolle Erfassung der Vorräte, für die weder Personal noch Zeit zur Verfügung stehen,⁷¹¹ mit Hinweis darauf, dass diese Arbeiten für Baden von der Bezirkshauptmannschaft übernommen werden.⁷¹² Offensichtlich hilft es wenig, dass kontinuierlich den Bürgermeistern die persönliche Verantwortung dafür, die vollständige und reibungslose Ablieferung der Lebensmittel zu gewährleisten, zugeschoben wird.⁷¹³

⁷⁰⁵ Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1914.

⁷⁰⁶ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918. Sowie StA B, GB 051 1915; GB/051/1915.

⁷⁰⁷ Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1915.

⁷⁰⁸ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau. Weiters StA B, GB 051 1915; GB/051/1915. Zudem StA B, GB 051 1915; GB/051/1915-1919. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; GB 051 1916. Zudem StA B, GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918. Weiters StA B, GB 051 1914-1929; 1919-1929.

⁷⁰⁹ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051 1916. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918. Weiters StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau. Zudem StA B, GB 051 1915; GB/051/1915.

⁷¹⁰ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

⁷¹¹ Vgl. StA B, GB 051 1915; GB/051/1915.

⁷¹² Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918.

⁷¹³ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau. Weiters StA B, GB 051 1914-1929; 1919-1929. Weiters StA B, GB 051 1915; GB/051/1915. Weiters StA B, GB 051 1915; GB/051/1915-1919. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; GB 051 1916. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918;

Auch bei den Landwirten zeigen die Drohungen nicht den gewünschten Erfolg. Gegen das Ausmaß der geforderten Lebensmittellieferungen wird protestiert und es werden Erklärungen abgegeben, dass man die Anforderungen nicht erfüllen könne.⁷¹⁴ Der Kreis der Personen, bei denen Lebensmittelrequisitionen durchgeführt werden, erweitert sich. Zwar sind es immer noch die Besitzer größerer landwirtschaftlicher Betriebe – also vor allem die Baron Doblhoff-Dier'sche Gutsverwaltung, das Stift Melk und in zunehmendem Maße auch das Gestüt Haidhof – bei denen vorwiegend Lebensmittel requiriert werden, doch nun, und vor allem ab 1917, werden auch immer mehr Besitzer kleinerer Gründe mit Ablieferungen beauftragt, um die Quoten zu erfüllen.⁷¹⁵

Die Lieferungsquoten zu erfüllen, fällt der Stadt allerdings offensichtlich trotzdem schwer. Immer wieder muss die Bezirkshauptmannschaft, oftmals wieder unter Androhungen von Konsequenzen, verspätete Lieferungen einfordern.⁷¹⁶ So weisen etwa die Viehlieferungen Badens deutliche Fehlmengen auf. Ab Oktober werden regelmäßig monatlich Rinder von den Gemeinden im Bezirk verlangt, um den Schlachtviehbedarf der Heeresverwaltung sowie der niederösterreichischen Zivilbevölkerung sicherzustellen.⁷¹⁷ Für Baden werden die Viehabgaben problematisch. Während die Lieferungsanforderungen anfangs recht moderat sind, steigern sie sich mit Verschlechterung der Lage, mit Spitze 1917. 1918 ist ein leichter Rückgang bei den angeforderten Mengen zu bemerken,⁷¹⁸ vermutlich weil der Viehbestand inzwischen deutlich gelitten hat.⁷¹⁹ Die tatsächlichen Abgaben weichen jedoch deutlich von den Vorschreibungen ab. Von den insgesamt 68 Stück Rindvieh, die abzugeben im Zeitraum zwischen Oktober 1916 und Juli 1917 befohlen wird, werden bloß 47 abgegeben. Der Viehmangel wirkt sich auch auf die Fettversorgung aus und läuft auch hier den Abgaben zuwider.⁷²⁰

Wer den Viehstand wieder aufstocken möchte, wird vor einige Schwierigkeiten gestellt: Der Viehtrieb aus Wien nach Baden kann in diesem Herbst aufgrund der Seuchengefahr nicht beantragt werden.⁷²¹ Und noch ein weiterer Umstand trifft die Viehversorgung Badens

⁷¹⁴ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918. Weiters StA B, GB 051 1916-1918 ; BG/051/1917-1918 .; Vgl. auch GB 051 1914-1929; StA B, GB 051/ 1914-1919 Viehfutter Transportpferde.

⁷¹⁵ Vgl. StA B, GB 051 1915; GB/051/1915. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918; Weiters StA B, GB 051 1916-1918; GB 051 1916. Weiters StA B, GB 051 1914-1929; 1919-1929.; Weiters StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/ 1914-1919 Viehfutter Transportpferde.

⁷¹⁶ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; GB 051 1916. Auch 1917 und 1918 müssen die Lieferungen immer wieder eingefordert werden. Vgl. StA B GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918.

⁷¹⁷ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051 1916.

⁷¹⁸ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918.

⁷¹⁹ Vgl. StA B, GB 051 1915; GB/051/1915-1919. Weiters StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918.

⁷²⁰ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918.

⁷²¹ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 259.

negativ: Die wachsende Not verstärkt Tendenzen seitens der Regionen und Gemeinden, so wenig wie möglich von den Lebensmitteln, über die man verfügt, außerhalb des Gebiets abzugeben. So erwirkt etwa auch die Gemeinde Baden bereits im Februar 1916 bei der Bezirkshauptmannschaft, dass Personen, die außerhalb Badens wohnen, in Baden kein Mehl mehr kaufen dürfen, weshalb von diesem Zeitpunkt an die Brotkarten abgestempelt werden.⁷²² Nun wird Baden aber zum Leidtragenden dieser Tendenz, denn in Wiener Neustadt wird eine Marktordnung beschlossen, die den Wiener Neustädtern ein Vorkaufsrecht bis halb neun Uhr morgens zusichert. Dies trifft die Approvisionierung Badens und vor allem den Schweinemarkt empfindlich. Der Badener Gemeindevorstand überlegt, beim Wiener Neustädter Gemeinderat zu intervenieren und um eine Lockerung der Marktordnung zugunsten Badens zu bitten. Jedoch rechnen die Deutschnationalen Badens mit einer Verweigerung der Sozialdemokraten Wiener Neustadts.⁷²³

Gleichzeitig mit der zunehmenden Verweigerung bzw. Unmöglichkeit der Gemeinden, Lebensmittel abzugeben, führt aber die Notwendigkeit, Lieferungsausfälle zu kompensieren, zu höheren Abgabevorschriften für jene, bei denen noch etwas zu holen ist. Als beispielsweise zu Beginn des Jahres ein in der Steiermark verhängtes Ausfuhrverbot die Heulieferung für die Meierei in Berndorf gefährdet, müssen die Landwirte des Bezirks Baden das Getreide aufbringen.⁷²⁴ Auch innerhalb des Bezirks selbst werden Lebensmittel je nach Bedarf verschoben. Lebensmittel, die einer Gemeinde fehlen, werden bei Landwirten der anderen Gemeinden angefordert. Jedoch ist nie ganz gesichert, ob die Lieferungen auch vollständig ankommen.⁷²⁵

Im Herbst muss sich der Bezirk auch bei Kartoffeln selbst behelfen, denn nun kann der Staat seinen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Schon längere Zeit herrscht Kartoffelnot in Baden,⁷²⁶ doch nun werden die Bürgermeister im September darauf vorbereitet, dass die KGV ihre Gemeinden wohl erst wieder in einem Monat mit Kartoffeln versorgen werde.⁷²⁷ Dies hat natürlich drastische Preissteigerungen zur Folge, die teilweise 100% über dem Höchstpreis liegen.⁷²⁸ In Baden produzieren aber bloß die beiden Großgrundbesitzer Wanura und Doblhoff-Dier über den Eigenverbrauch hinaus, die Vorräte reichen nicht für die

⁷²² Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.156 u. 159.

⁷²³ Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindevorstand-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 698-700.

⁷²⁴ Vgl. StA B, GB 051 1915; GB/051/1915.

⁷²⁵ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918. Weiters StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1915. Weiters StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/ 1914-1919 Viehfutter Transportpferde.

⁷²⁶ Vgl. BZ Nr. 54 v. 05.07.1916, S. 2.; BZ Nr. 59 v. 22.07.1916, S. 3.

⁷²⁷ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051 1916.

⁷²⁸ Vgl. BZ Nr. 74 v. 13.09.1916, S. 3.

Stadtbewohner.⁷²⁹ Der Mangel führt natürlich wieder zu Gerüchten, die die Wut der Bevölkerung anfachen,⁷³⁰ weshalb der Bürgermeister vehement darauf drängt, dass die Bezirkshauptmannschaft eine Zufuhr von außerhalb erwirken müsse.⁷³¹ Als die Kartoffellieferungen durch die KGV jedoch endlich wieder aufgenommen werden, erfolgt dies in äußerst spärlicher Weise. Wieder versucht man, die Vorräte, die im Bezirk lagern, auf die einzelnen Gemeinden möglichst gerecht aufzuteilen. Die Gemeinde Baden kann jedoch zu dieser Umverteilung nichts beitragen. Der Druck, die lagernden Kartoffeln auf die eigene Bevölkerung, zu verteilen, war zu groß.⁷³²

Vorweihnachtszeit 1916

Hoffnung gibt den Mittelmächten, dass es am 6. Dezember gelingt, Bukarest zu besetzen. Zum Friedensschluss mit Rumänien kommt es zwar erst im Mai 1918. Doch nun stehen die wichtigen Lebensmittelressourcen des rumänischen Kriegsgegners, die auch sogleich ausgenutzt werden, wieder zur Verfügung.⁷³³ Kurzfristig sieht es sogar nach Frieden aus: Am 12. Dezember ergeht ein – allerdings zwiespältiges – Friedensangebot der Mittelmächte an die neutralen Staaten USA, Spanien und Schweiz zur Weiterleitung an die Entente und deren Verbündete.⁷³⁴

Gleichzeitig jedoch hat die österreichische Bevölkerung wetterbedingt mit einem harten Winter zu kämpfen, umso härter durch den Hunger nach den schlechten Ernten.⁷³⁵ Auch die Kohlenknappheit, die durch den Transportmittelmangel ebenso mit verursacht wird, wie sie ihn weiter befeuert, bekommen die Haushalte im kalten Winter stark zu spüren.⁷³⁶

Auch in Baden verläuft die Vorweihnachtszeit wenig friedvoll. Zwar versucht Baronin Doblhoff-Dier auch in diesem Jahr, wie in den vorangegangenen, Spenden für die über 2000 Soldaten zu sammeln, die sich im Garnisonsspital und im Kriegsspital befinden.⁷³⁷ ROHÖ und Konsumentenverein tun ihr Möglichstes, die Waren, die sie ausgeben, den Festtagen anzupassen.⁷³⁸ Doch nicht einmal der gut vernetzten ROHÖ gelingt es noch, ihre Mitglieder verlässlich zu versorgen. Bisweilen müssen sich diese stundenlang anstellen, um letzten

⁷²⁹ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918. Weiters StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1915.

⁷³⁰ Vgl. BZ Nr. 81 v. 07.10.1916, S. 3. und BZ Nr. 83 v. 14.10.1916, S. 3.

⁷³¹ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051/ 1916-1918. Weiters StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1915.

⁷³² Vgl. BZ Nr. 96 v. 29.11.1916, S. 2. sowie StA B, GB 051 1916-1918 ; GB 051 1916.

⁷³³ Für die rumänische Bevölkerung beginnt nun die Zeit des Hungerns. Vgl. *Janz*: 14. S. 291.;

⁷³⁴ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 697.

⁷³⁵ Vgl. *Janz*: 14. S. 263.

⁷³⁶ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 219f.

⁷³⁷ Vgl. BZ Nr. 85 v. 21.10.1916, S. 1.

⁷³⁸ Vgl. bspw. BZ Nr.97 v. 02.12.1916 – BZ Nr.100 v. 13.12.1916.

Endes mit leeren Händen wieder zu gehen. Der Konsumentenverein hat inzwischen überhaupt die neue Aufnahme von Mitgliedern gestoppt.⁷³⁹ Lebensmitteldiebstähle, unter anderem aus der Kriegsküche, und Betrügereien nehmen auch in der Vorweihnachtszeit nicht ab.⁷⁴⁰

Dafür hält der Gemeindeausschuss eine außergewöhnlich ruhige vorletzte Ausschusssitzung ab. Man kehrt zum Burgfrieden zurück, der zwischendurch Einrisse bekommen hat.⁷⁴¹ Die friedvolle Stimmung ist auch der Tatsache geschuldet, dass sich die finanzielle Gebarung der Stadt recht gut darstellt. Baden hat entgegen der Erwartungen einen Überschuss erwirtschaftet. Dass ein Gutteil davon dadurch zustande gekommen ist, dass man einige (notwendige) Arbeiten nicht durchführen konnte, da man weder genügend Arbeiter noch genügend Material oder tierische Kraft zur Verfügung hatte und sich zudem die Gehaltsauszahlungen an die eingerückten Fixbesoldeten ersparen konnte, schmälert die Zufriedenheit der Gemeindevertreter nicht. Die Mehreinnahmen machen es auch möglich, überschüssige Wassergebühren zurückzuzahlen und diese zu senken, was für die Landwirtschaft in der Kriegszeit von nicht geringer Bedeutung ist.⁷⁴² Unter diesen Vorzeichen kann der Gemeindeausschuss beruhigt den Voranschlag für das kommende Jahr planen.⁷⁴³ Dieses soll, wie der Bürgermeister die Gemeindevertretung am 8. Dezember informiert, der Stadt besondere Gäste bringen: Das Armeeoberkommando und der Kaiser ziehen nach Baden. Baden wird wieder Kaiserstadt.⁷⁴⁴

⁷³⁹ Vgl. BZ Nr. 100 v. 13.12.1916, S. 5.;

⁷⁴⁰ Vgl. BZ Nr. 97 v. 2.12.1916 – BZ Nr. 103/4 v. 23.12.1916, S. 4. Die Manipulation der Brotkarten häuft sich. Vgl. bspw. BZ Nr. 105 v. 30.12.1916, S. 5.

⁷⁴¹ Trotz des vereinbarten Burgfriedens führen die Gemeindevertreter durchaus ihre Scharmützel. So wird Kollmann immer wieder von Gemeindeausschuss-Mitgliedern geziehen, den Burgfrieden zu brechen – meistens, wenn er in finanziellen Fragen eine andere Meinung vertritt. Der Bürgermeister dagegen stellt sich hinter Kollmann und sein Recht als Oppositionspolitiker, eine anderslautende Auffassung zu haben und dieser auch Ausdruck zu verleihen. Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 436-439, 455-468. Auch Kollmanns Rolle bei der Veröffentlichungen im BVB, die sich mit Gemeindeausschusssitzungen befassen, ruft manchmal Unmut hervor. Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 567, 577-585, 610-612.

⁷⁴² Vgl. StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S. 660-684.

⁷⁴³ Vgl. BZ Nr. 103/4 v. 23.12.1916, S. 2 u. 3.

⁷⁴⁴ StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 239- 241.

Der Einzug des AOK – Baden als Kaiserstadt

Unter Kaiser Karl ändert sich einiges. Nach 68 Jahren Herrschaft Kaiser Franz Josefs und zwei Jahren des Kriegsabsolutismus versucht Karl – teil aus eigenem Antrieb, oft jedoch auch gezwungen durch die katastrophalen Umstände – den politischen Kurs zu wechseln. Zielstrebig übernimmt der unerfahrene Kaiser, dem man in rückblickenden Bewertungen noch öfter vorwerfen wird, zu rasch und unüberlegt zu handeln, die Führung des Reichs. Dabei ist er bestrebt, sich durch die Schaffung von neuen Mittelpunkten und Machtzentren, wie etwa seiner Residenz in Laxenburg, ungewollter Einflussnahme von außen zu entziehen. Zum Missbehagen Conrads, der sich vehement für einen Verbleib in Teschen einsetzt, setzt er die Übersiedlung nach Baden durch.⁷⁴⁵

Als das AOK im Winter 1916/17 in Baden einzieht, ist die Stimmung in der Kurstadt aber äußerst angespannt. Im Winter kommen Transporte oft nicht durch. Die Badener und Badenerinnen frieren und hungern. Die Kohlennot macht es oftmals unmöglich zu heizen und zu kochen. Milch, Kartoffeln, Mehl und Brot sind in der Stadt teilweise durch mehrere Tage oder sogar Wochen hindurch nicht zu bekommen, es fehlt an Gemüse und Eier sind „unerschwinglich teuer“. Als wieder Brot erhältlich ist, ist es von äußerst schlechter Qualität.⁷⁴⁶ Während in der österreichischen Reichshälfte zu Beginn 1917 im Allgemeinen versucht wird, den Engpass bei Getreide und Kartoffeln durch Fleischzubußen aufzubessern, was die Viehbestände schwer angreift,⁷⁴⁷ wird die Zuweisung von Schlachtvieh nach Baden, nach Informationen, die der Bürgermeister dem AOK Mitte Februar gibt, von wöchentlich 40-46 Stück auf 52 Stück monatlich reduziert, was eine Fleischnot befürchten lässt. Die Milchzuweisung liegt mit höchstens 3300 Litern bei einem Viertel des Friedensbedarfs (außerdem, so Trenner, erhalte man eine geringere Pro-Kopf-Menge als Wien), an Eiern mit 5000-6000 Stück bei einem Zehntel. An Fett erreicht man mit tatsächlichen ca. 800-900 Kilo wöchentlich nicht annähernd die den Fettkarten nach zugebilligten 3600 Kilo.⁷⁴⁸

Der Mangel wird noch schwerer erträglich durch das Chaos, das mit den Umständen, dem Winterwetter und der Transportmittelnnot, einhergeht. So verschwinden etwa aufgrund des Winterwetters für Baden bereitstehende Lebensmittellieferungen.⁷⁴⁹ Das Chaos zerrt an den Nerven der Menschen, da es einerseits Vorhersagen darüber, wann wieder Lebensmittel zu

⁷⁴⁵ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 655-658, 665-668, 710f.

⁷⁴⁶ Vgl. BZ Nr. 3 v. 10.01.1917 – BZ Nr. 15 v. 21.02.1917.; BVB Nr. 3 v. 20.01.1917 – BVB Nr. 5 v. 03.02.1917.

⁷⁴⁷ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 224.

⁷⁴⁸ Vgl. StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

⁷⁴⁹ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 1-8.

bekommen sein könnten, verunmöglicht⁷⁵⁰ und andererseits Ungerechtigkeiten bedingt, etwa wenn Kunden zu Beginn der Woche mehrere Laib Brot erhalten, während andere am Ende der Woche ganz leer ausgehen.⁷⁵¹ Gerechtigkeit wird in dieser Situation als Ausnahmezustand wahrgenommen.⁷⁵² Ungerecht behandelt sehen sich die Badener und Badenerinnen etwa gegenüber Wien hinsichtlich der Brotversorgung, denn die Qualität des Wiener Brotes wird als weit höher als die des Badener Brotes eingeschätzt,⁷⁵³ und gegenüber Wiener Neustadt hinsichtlich der Fleisch- und Fettversorgung.⁷⁵⁴ Ganz besonders kritisiert werden aber immer wieder „die Kreise der Bevölkerung“, die bevorzugt würden und auf Kosten der Allgemeinheit eine bessere Versorgung für sich in Anspruch nähmen.⁷⁵⁵ In dieser Hinsicht werden auch Vorwürfe gegen den Bürgermeister geäußert. Diesem wird von manchen Seiten – vor allem auch von der ihm schon die längste Zeit feindlich gesinnten BZ – vorgeworfen, bestimmte Gruppen, beispielsweise die Gemeindemitarbeiter, zu bevorzugen.⁷⁵⁶ Andere – etwa das BVB – beschuldigen den Bürgermeister nicht direkt, gewisse Kreise zu bevorzugen, kritisieren jedoch, dass er zu schwach sei, gegen eine solche Bevorzugung zu wirken.⁷⁵⁷ Bereits Ende 1916 reagiert Bürgermeister Trenner auf diese Vorwürfe mit einem offenen Brief, der die Ohnmacht des Bürgermeisters hinsichtlich der Brotversorgung, für die einzig die KGV verantwortlich sei, darzustellen versucht, der jedoch von der Öffentlichkeit als „Maulkorberlass“ empfunden wird. Dem Zorn über den „Maulkorberlass“ wird auch zu Beginn des neuen Jahres immer wieder in den Medien Ausdruck verliehen.⁷⁵⁸

In dieser angespannten Situation erhofft die Stadtregierung von Beginn an Hilfe bei der Lebensmittelversorgung durch die hohen Gäste.⁷⁵⁹ Andere dagegen stehen den Plänen abwartender und weit weniger erfreut gegenüber. Die Sorge ist groß, die wenigen Lebensmittelvorräte nun auch noch mit dem AOK teilen zu müssen. Man befürchtet eine „Katastrophe“ für die Zivilbevölkerung.⁷⁶⁰

⁷⁵⁰ Vgl. BZ Nr. 7 v. 24.01.1917, S. 2.

⁷⁵¹ Vgl. BZ Nr. 8 v. 27.01.1917, S. 4.; BZ Nr. 9 v. 31.01.1917, S. 2.

⁷⁵² Vgl. BZ Nr. 4 v. 13.01.1917, S. 4.

⁷⁵³ Vgl. StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 259-262. sowie BZ Nr. 4 v. 13.01.1917, S. 4.; BZ Nr. 6 v. 20.01.1917, S. 6.; BVB Nr. 3 v. 20.01.1917, S. 8.; BZ Nr. 15 v. 21.02.1917, S. 2.

⁷⁵⁴ Vgl. BVB Nr. 3 v. 20.01.1917, S. 8.

⁷⁵⁵ Vgl. StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 259-262. sowie BZ Nr. 4 v. 13.01.1917, S. 4.; BZ Nr. 6 v. 20.01.1917, S. 6.

⁷⁵⁶ Vgl. BZ Nr. 4 v. 13.01.1917, S. 4.; BZ Nr. 6 v. 20.01.1917, S. 6.

⁷⁵⁷ Vgl. BVB Nr. 45 v. 06.01.1917, S. 9.

⁷⁵⁸ Vgl. StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 259-262. weiters BVB Nr. 45 v. 06.01.1917, S. 9.

⁷⁵⁹ StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 239-241.

⁷⁶⁰ Vgl. BZ Nr. 4 v. 12.01.1918, S. 3 u. 4.

Tatsächlich kommen mit der Übersiedlung des AOK, welche am 3. und 4. Jänner stattfindet,⁷⁶¹ Herausforderungen auf die Stadt zu. Man muss sich mit den verschärften Sicherheitsvorschriften abfinden⁷⁶² und auch organisatorisch hat die Stadt einiges zu leisten. Dabei stellt vor allem der Zwang, den nötigen Raum zur Verfügung zu stellen, um sowohl Männer als auch Pferde des AOK unterbringen zu können, die Gemeinde, die schon die längste Zeit mit Raumnot kämpft, vor ein Problem. Hier hängt immer das Kriegsleistungsgesetz als Damoklesschwert über der Stadtregierung, mittels dessen das AOK die benötigten Räumlichkeiten zu requirieren droht, sollte es der Gemeindeverwaltung nicht gelingen, genügend Platz schaffen.⁷⁶³ Diese Inanspruchnahme der Häuser, vor allem der Pfarrschule und des Batzenhäusls, wirken sich auch auf die Lebensmittelversorgung der Badener und Badenerinnen aus. So muss beispielsweise eines der Brotkartenlokale verlegt werden⁷⁶⁴ und andere Räume, in denen Lebensmittel gelagert werden, werden ebenfalls vom AOK beansprucht, was die Verteilung der Lebensmittel verkompliziert.⁷⁶⁵ Besonders hart trifft die Requirierung des Batzenhäusls den Schulküchenverein, der nach Belegung der Schulküche durch die Kriegsküche I bis zur Übersiedlung des AOK dort untergekommen ist. Nach der Requirierung des Batzenhäusls entbrennt ein Streit zwischen der Kriegsküche I. und der Schulküche, die ihre ursprünglichen Räume wiederhaben möchte.⁷⁶⁶ In der Wahl zwischen Pest und Cholera, entweder die annähernd 500 Kinder ohne Mittagessen zu lassen oder die noch vor nicht allzu langer Zeit eröffnete Kriegsküche (die allerdings inzwischen von ca. 400 auf etwa 170 In-Anspruch-Nehmende gesunken ist) bereits nach ein paar Monaten wieder zu schließen, setzt sich – auch auf den Einsatz des Kriegsküchenkommissärs Kollmann hin – die Kriegsküche durch. Die Ausspeisung verarmter Kinder, die normalerweise bis höchstens April stattfindet, in diesem Jahr aber aufgrund der Umstände verlängert werden soll, muss für einige Zeit eingestellt werden, da hilft auch das Protektorat der Erzherzogin Maria Theresia, der Frau Erzherzog Karl Stephans, nichts. Mitte Jänner

⁷⁶¹ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 711.

⁷⁶² Vgl. StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 244- 254. sowie BZ Nr. 1 v. 03.01.1917, S. 2.; BZ Nr. 12 v. 10.02.1917, S. 3.

⁷⁶³ Vgl. StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 239-241. sowie StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916, S.708-714. weiters StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.275.

⁷⁶⁴ Vgl. BZ Nr. 102 v. 20.12.1916, S. 2.; BZ Nr. 103/4 v. 23.12.1916, S. 4.

⁷⁶⁵ Vgl. BZ Nr. 36 v. 05.05.1917, S. 4.; BZ Nr. 42/43 Nr. 26.05.1917, S. 4. weiters StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1915. sowie StA B, GB 051 1914-1929; 1919-1929.

⁷⁶⁶ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.293f.; Die Kriegsküche darf weiterhin im Gebäude der Pfarrschule verbleiben, obwohl die Schule vom AOK genutzt wird. Allerdings führen die Ausdünstungen der Kriegsküche im Laufe der Zeit auch zu Unmut bei den dort untergebrachten Mitarbeitern des AOK, was die Drohung, die Küche zu schließen, nach sich zieht. Diese wird allerdings nicht umgesetzt. Vgl. StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

kommt die Schulküche schließlich durch Vermittlung der Gemeinde im Kurhaus unter, das jedoch für solche Massenausspeisungen bloß schlecht geeignet ist und das außerdem bloß bis Ende März, vor Beginn der Sommersaison, zur Verfügung steht.⁷⁶⁷

Über den Auszug der Schulkinder aus der Volks- und Bürgerschule auf dem Pfarrplatz berichtet die BZ in einem sentimental Artikel, in dem bedauert wird, dass der Auszug notwendig sei⁷⁶⁸ – wohl ein Ausdruck dessen, wie zumindest ein Teil der Badener Bevölkerung dem Einzug des AOK gegenübersteht.

Hinsichtlich der Aufbringung von Lebensmitteln kommt die Anwesenheit des AOK der Stadt aber von den ersten Tagen an zugute. Kurz nach Einzug des AOK sagt der k. u. k. Oberintendant der Quartiermeisterabteilung, Richter, den Gemeinden Baden und Vöslau (wo die Quartiermeisterabteilung untergebracht ist) zu, sogleich für umfassende Lebensmittellieferungen zu sorgen. Diese sollen u.a. teils aus dem russischen Gouvernement Lublin (von wo die Gemeindevertreter auf die dafür notwendige Empfehlung durch das AOK hin über einen Agenten in Eigenregie Lebensmittel erwerben sollen), teils aus Belgrad geliefert werden. Auch für die Milchversorgung wird gesorgt. Die Gutsverwaltungen der Barone Heinrich Doblhoff in Baden und Rudolf Doblhoff in Tribuswinkel sollen Milchkühe zum Einstellen erhalten. Für Futtermittel sorgt ebenfalls das AOK.

Bei den meisten dieser Lebensmittellieferungen vereinbaren die Anwesenden eine Aufteilung der Bevölkerungszahl nach, wobei ein Fünftel der Lieferungen an Vöslau und vier Fünftel an Baden gehen sollen. An andere Gemeinden – so betont Richter – dürfe nichts abgehen. Weiters legt man beim AOK Wert darauf, dass ein angemessener Anteil über die Verschleißstellen zu bloß geringen Kosten an die Bevölkerung abgegeben werden müssen – diese Vereinbarung hat die Organisation der Fixangestellten mit dem AOK ausgehandelt. Sollte die Gemeinde gegen diese Auflagen verstoßen, droht die Einstellung der Lebensmittellieferungen durch das AOK. Tatsächlich geht innerhalb kürzester Zeit ein Schreiben des AOK an das Militärgouvernement in Lublin ab, in dem um Lebensmittel für Baden und Vöslau gebeten wird.

Als vermittelnde Stelle zwischen AOK und den Gemeinden Baden und Vöslau wird die Bezirkshauptmannschaft zwischengeschaltet, der die Aufteilung der Lebensmittel zwischen den beiden Gemeinden übertragen wird und die auch zukünftig erforderliche Maßnahmen vorschlagen soll. Die Bezirkshauptmannschaft soll auch dafür sorgen, dass jede nicht begründete Verteuerung sowie die Veräußerung an andere Gemeinden verhindert wird – zwei

⁷⁶⁷ Vgl. StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916, S. 278-283. sowie StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.293 u. 294. Weiters BZ Nr. 4 v. 13.01.1917, S. 4.

⁷⁶⁸ Vgl. BZ Nr. 103/4 v. 23.12.1916, S. 4.

Punkte, auf die das Armeeoberkommando großen Wert legt. Das AOK wendet sich außerdem an das Amt für Volksernährung mit der Bitte, die besonderen Verhältnisse der beiden Kurorte bei der Regelung der Versorgung zu berücksichtigen.⁷⁶⁹

Ende Jänner trifft bereits Schweinefleisch aus Serbien ein. Der Verkauf dieses Schweinefleischs funktioniert tatsächlich wie gewünscht, was BZ und BVB jedoch nicht daran hindert, weiterhin ihre Klientel gegeneinander auszuspielen. Dass das Fleisch mithilfe des AOK organisiert wurde, wird aber in Badens Medien nicht kommuniziert.⁷⁷⁰ So kursieren trotz der Hilfe Gerüchte, dass die Anwesenheit des AOK zur Lebensmittel- und Kohlennot beitrage, denen die Bezirkshauptmannschaft schnell entgegenhalten muss.⁷⁷¹

Doch während Baden nun mit Fleisch, Früchten, etc. versorgt wird, bleiben die Brot- und Mehl- sowie auch die Kartoffelversorgung vorerst problematisch.⁷⁷² In Fragen der Brot- und Mehlversorgung mischt sich aber bald noch höhere Stelle ein: der Kaiser selbst.

Aufgrund der verheerenden Mehlversorgung Badens wird der Bürgermeister zu Oberst Kundmann vom AOK geladen, der sich im Auftrag des Kaisers über die Umstände erkundigt. Offensichtlich machten sich die Bewohner Badens die Anwesenheit und Zugänglichkeit des Kaiserpaares zunutze, denn Kundmann verspricht, dass sich der Kaiser für die volle Versorgung einsetzen wolle, jedoch wollten der Kaiser und die Kaiserin nicht während des Spazieren-Gehens „belästigt“ werden.

Dass die Stadt durch das Interesse des Kaisers eine sehr privilegierte Stellung einnimmt, ist dem Bürgermeister wohl bewusst. Baden werde *„vielleicht die einzige Gemeinde in ganz Österreich [sein], die das Glück hat, mit Beruhigung den kommenden Tagen entgegenzusehen. Das flache Land wird in 1 ½ Monaten vielleicht kein Mehl und auch keine Kartoffel bekommen, sie werden sich mit Gemüse behelfen müssen.“*⁷⁷³ Tatsächlich lässt sich Kaiser Karl im Laufe seines Aufenthalts in Baden bei verschiedenen Gelegenheiten über die Versorgungslage der Stadt Bericht erstatten.⁷⁷⁴

Erste Pläne zur Sicherung der Versorgung Badens mit Mehl sehen vor, dass Oberst Kundmann im Namen des Kaisers bei der KGV für die volle Mehlversorgung Badens intervenieren dürfen soll. Die Intervention zugunsten der Stadt findet offenbar innerhalb kürzester Zeit statt. Bereits am 19. Februar versichert die KGV Kollmann, der sich

⁷⁶⁹ Vgl. StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

⁷⁷⁰ Vgl. BZ Nr. 12 v. 10.02.1917-BZ Nr. 14 v. 17.02.1917, S. 2. und BVB Nr. 7 v. 17.02.1917, S. 5.; Für die Besorgungen aus dem Gouvernement empfiehlt das AOK Baden und Vöslau den gleichen Agenten, Valenta, der auch für Wien Lebensmittel besorgt. Vgl. StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK. Weiters BVB Nr. 4 v. 27.01.1917, S. 7. sowie StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.278.

⁷⁷¹ Vgl. BZ Nr. 9 v. 31.01.1917, S. 2.; BZ Nr. 10 v. 03.02.1917, S. 4.; BZ Nr. 12 v. 10.2.1917, S. 3.

⁷⁷² Vgl. BVB Nr. 4 v. 27.01.1917, S. 7.; BZ Nr. 14 v. 17.02.1917, S. 2.

⁷⁷³ Zit. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 1-8.

⁷⁷⁴ Vgl. BZ Nr. 21 v. 14.03.1917, S. 2.

gemeinsam mit Brusatti und Hölzl maßgeblich für die Lebensmittelversorgung der Stadt einsetzt, dass Baden zukünftig versorgt werden solle „wie im Frieden“. Außerdem bittet die Gemeinde darum, bei Ausfällen auf Vorräte des AOK zugreifen zu dürfen. Hier versucht man gewissermaßen, wieder zum früheren Zustand zurückzukommen, denn bis 7. Jänner 1917 wurde das Mehl der KGV von der Bezirkshauptmannschaft auf die einzelnen Gemeinden verteilt, die, für den Fall, dass Mehllieferungen ausblieben, immer Mehlereserven angelegt hatte. Doch seit der Änderung des Verteilungsmechanismus⁷⁷⁵ ab Jahresbeginn ist die Möglichkeit, auf eine Notfallreserve zurückgreifen zu können, nicht mehr möglich.⁷⁷⁵ Seitdem ist der Bezirk in mehrere Rayons unterteilt, über welche die Verteilung des Mehls verläuft. Die Rayons sind größtenteils nach Gemeinden gegliedert, es werden aber auch einzelne Organisationen beteiligt. Die Bewohner der Stadt Baden erhalten seither im Normalfall über die Gemeinde ihr Mehl.⁷⁷⁶ Nun aber wird die Lebensmittelorganisation der Stadt und kurze Zeit darauf auch des Bezirks mit Hilfe des AOK abermals auf neue Beine gestellt. Das AOK nimmt direkten Einfluss auf die Versorgung der Stadt. Man kommt überein, dass die Bezirkshauptmannschaft als Zentralstelle zusammen mit dem militärischen Stationskommando die Approvisionierung leiten soll. Dafür wird eine Approvisionierungszentrale, die wirtschaftliche Geschäftsstelle in Baden, eingerichtet. Diese soll eine eigene Fleischhauerei sowie eine Detailabgabestelle unterhalten und so die Kleinhandelspreise regulieren. Innerhalb des Bezirks sollen Filialen der wirtschaftlichen Geschäftsstelle entstehen. Die Finanzierung erfolgt über einen unverzinslichen Kredit von einer Million Kronen des Industriellen Arthur Krupp, der zudem geschultes Personal seiner Konsumanstalt in Berndorf zur Verfügung stellt. Konsumentenorganisationen und der Kleinhandel, den AOK und Bezirkshauptmannschaft ausdrücklich nicht ausschalten wollen, sollen miteinbezogen werden. Vizebürgermeister Brusatti wird als Vertreter der Gemeinde in den Sitzungen ernannt, jedoch wird auch Kollmann eingebunden.⁷⁷⁷

Die Detailabgabestellen der wirtschaftlichen Geschäftsstelle werden am 28. Februar eröffnet.⁷⁷⁸ Die von der wirtschaftlichen Geschäftsstelle organisierten Lebensmittel sind im Folgenden bei der ROHÖ, dem Konsumentenverein, der katholischen Frauenorganisation in Wien Ortsgruppe Baden,⁷⁷⁹ der Organisation der Fixangestellten, der Einkaufsstelle des k. k.

⁷⁷⁵ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 1-8.

⁷⁷⁶ Vgl. BVB Nr. 2 v. 13.01.1917, S. 8.

⁷⁷⁷ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.284 – 288. Sowie BZ Nr. 17 v. 28.02.1917, S. 1.; BZ Nr. 18 v. 03.03.1917, S. 1.; BZ Nr. 27 v. 07.04.1917, S. 5.

⁷⁷⁸ Vgl. BZ Nr. 18 v. 03.03.1917, S. 3.

⁷⁷⁹ Die Katholische Frauenorganisation Ortsgruppe Baden konstituiert sich am 4. März 1917. Die Leitung der Ortsgruppe hat die Gräfin Czapary-Windischgraetz über. Mitglieder der Katholischen Frauenorganisation sind gutbürgerliche bzw. adelige Damen Badens, u.a. Marietta Baronin Doblhoff. Vgl. BVB Nr. 10 v. 10.03.1917, S. 7.

Militärstationskommandos sowie bei einigen Kaufleuten in Baden zu kaufen. Hierbei wird wieder das System der freiwilligen Rayonierung angewandt.⁷⁸⁰

Mit der wirtschaftlichen Geschäftsstelle fällt nun auch die Mehlbeteiligung der Stadtbewohner wieder von der Gemeinde an die Bezirkshauptmannschaft zurück.⁷⁸¹ Bis Ende März wird die Stadt Baden bei den Abgaben des AOK, die durch die Bezirkshauptmannschaft verteilt werden, besonders berücksichtigt, ab diesem Zeitpunkt beteiligt das Militärstationskommando die Bezirkshauptmannschaft für den gesamten Bezirk allgemein, welche dann die Aufteilung auf die einzelnen Gemeinden inklusive Badens vornimmt.⁷⁸² Dennoch wird es in der Stadt beinahe zur Gewohnheit, das AOK um Hilfe zu bitten. Oftmals wird diese Hilfe, vom AOK wie vom Kaiser, auch gewährt, sei es, dass Material,⁷⁸³ sei es, dass Arbeitskraft⁷⁸⁴ zur Verfügung gestellt wird. Vor allem hat man dadurch doch bis zu einem gewissen Grad die Sicherheit, Versorgungsgüter zu erhalten.⁷⁸⁵ Aufgrund der Kriegsverhältnisse kann nicht immer Hilfe geleistet werden,⁷⁸⁶ doch die BZ stellt anlässlich der einjährigen Anwesenheit des AOK fest, dass die Stadt Baden durch die Anwesenheit des AOK so manchen Vorteil genieße, der früher nicht möglich gewesen wäre und in anderen Städten nicht erreicht worden wäre.⁷⁸⁷

Für das Engagement in der Lebensmittelfrage zeigt sich Baden dem AOK und dem Kaiser tief verbunden. Der Gemeindevorstand benennt bereits kurz nach den ersten Bemühungen der hohen Gäste um die Versorgung der Stadt den vor dem Kaiserhaus gelegenen Hauptplatz in „Kaiser Karl Platz“ um⁷⁸⁸ und in mehreren Artikeln werden Dankbarkeit und Zuneigung gegenüber dem AOK und dem Kaiser ausgedrückt.⁷⁸⁹ Auch auch die Verantwortlichen des Bezirks ernten Ruhm durch die verbesserte Lebensmittelversorgung.⁷⁹⁰ 1918 wird Hans Vogel auch zum Ehrenbürger der Stadt Baden⁷⁹¹ und von einem privaten Stifter wird auch

⁷⁸⁰ Vgl. BZ Nr. 19 v. 07.03.1917- BZ Nr. 32 v. 21.04.1917.; BVB Nr. 14 v. 07.04.1917, S. 8.

⁷⁸¹ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.289 u. 290.

⁷⁸² Vgl. StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

⁷⁸³ Vgl. BZ Nr. 24 v. 24.03.1917- BZ Nr. 25 v. 27.03.1918. Weiters StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.329. Sowie StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

⁷⁸⁴ Vgl. StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

⁷⁸⁵ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 36-38. Weiters StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

⁷⁸⁶ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

⁷⁸⁷ Vgl. BZ Nr. 4 v. 12.01.1918, S. 3 u. 4.

⁷⁸⁸ Vgl. BZ Nr. 21 v. 14.03.1917, S. 2. Weiters StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 1-8.

⁷⁸⁹ Vgl. BZ Nr. 17 v. 28.02.1917, S. 2. und BZ Nr. 18 v. 03.03.1917, S. 1.

⁷⁹⁰ Vgl. BZ Nr. 18 v. 03.03.1917, S. 1.

⁷⁹¹ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S.161-164.; BZ Nr. 82 v. 12.10.1918, S. 1-3.

eine „Dr. Hans Vogel-Stiftung“ eingerichtet.⁷⁹² Die Ehrenbürgerschaft Vogels, die einstimmig im Gemeindeausschuss beschlossen wird, wird auch damit begründet, dass er sich nicht immer an die Vorschriften halte, die vom Staat auferlegt werden.⁷⁹³ In der Zeit des Ersten Weltkriegs, in der das Machtgefälle zwischen den Bezirkshauptmannschaften und den Gemeinden sehr groß ist, steigen Ehrenbürgerschaften der Bezirkshauptmänner allgemein sprunghaft an.⁷⁹⁴ Allerdings erhält Bosizio selbst nicht die Ehrenbürgerschaft und Dr. Vogel scheint tatsächlich ein gewisses Vertrauen entgegenzukommen.⁷⁹⁵ Auch der Geldgeber der Wirtschaftsstelle, Arthur Krupp, wird als Wohltäter gelobt.⁷⁹⁶

Anders die Gemeindevertretung. Diese wird v.a. von der BZ aufgrund ihrer angeblichen Untätigkeit kritisiert, da die erste formelle Tagung des Jahres 1917 erst am 15. März stattfindet.⁷⁹⁷ Die Gemeindearbeit außerhalb der öffentlichen Gemeindeausschusssitzungen, wie etwa die Konstituierung eines landwirtschaftlichen Komitees und die von diesem gefassten Beschlüsse im Jänner,⁷⁹⁸ scheint für die BZ weniger von Interesse zu sein. Aber auch das BVB zeigt sich mit der ersten Sitzung des Gemeindeausschusses alles andere als zufrieden. Hauptpunkt der Sitzung ist die Ersatzwahl für die verstorbenen Gemeinderäte, die sich einigermaßen schwierig gestaltet. Nach dieser Wahl ist der Stadtteil Leesdorf nicht mehr im Gemeinderat vertreten und auch nur mehr ein Weinhauer, der noch dazu eingerückt ist, was das BVB in einer Zeit, in der so viele Fragen des Anbaus zur Beratung kommen sollten, für nicht sinnvoll erachtet.⁷⁹⁹ Die angebliche Untätigkeit hinsichtlich der Approvisionierung führt offensichtlich auch bei den Einwohnern Badens zu großem Unmut gegenüber den Gemeindepolitikern,⁸⁰⁰ dem diese durch Öffentlichkeitsarbeit entgegenwirken wollen.⁸⁰¹

In einen Zwiespalt gerät die Gemeinde auch wieder mit Rayonierung des bisher frei und zusätzlich zum Bäckerbrot beziehbaren Anker- und Kronenbrots. Nun müssen die Badener wählen, wo sie ihr Brot beziehen wollen. Dies bringt die Bäcker Badens in Bedrängnis. Nachdem diesen bereits im März eine Verdienstmöglichkeit entzogen wurde, indem man sie

⁷⁹² Vgl. BZ Nr. 14 v. 16.02.1918, S. 4. Die Einnahmen der Stiftung kommen auf Wunsch Vogels hin dem Schulkinderhort und der Kinderfürsorge zugute.

⁷⁹³ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S.161-164.; BZ Nr. 82 v. 12.10.1918, S. 1-3.

⁷⁹⁴ Vgl. *Eminger*: Akzeptanz. S. 86.

⁷⁹⁵ Vgl. BZ Nr. 13 v. 13.02.1918, S. 2.

⁷⁹⁶ Vgl. BZ Nr. 2 v. 05.01.1918, S. 3.

⁷⁹⁷ Vgl. BZ Nr. 22 v. 17.03.1917, S. 3.

⁷⁹⁸ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.268.

⁷⁹⁹ Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S. 4-6.; BVB Nr. 12 v. 24.03.1917, S. 8.

⁸⁰⁰ Vgl. BZ Nr. 12 v. 10.02.1917. Weiters StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.-Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S.257-259.

⁸⁰¹ Vgl. BZ Nr. Nr. 12 v. 10.02.1917.; BZ Nr. 22 v. 17.03.1917, S. 4. Weiters StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.-Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S.257-259.

vor die Wahl stellte, entweder als Zuckerbäcker oder als gewerbliche Bäcker tätig zu sein, nicht mehr aber als beides,⁸⁰² müssen sie nun erneut Einschränkungen befürchten, denn jedes Quantum Mehl, das nicht bei ihnen, sondern bei Anker bezogen wird, wird von dem Mehl, das sie erhalten, abgezogen. Wieder gerät die Stadtregierung in einen Interessenskonflikt, als es darum geht, den Brotbezug für die Stadt zu regeln und zu entscheiden, ob die Bewohner Badens künftig von den Badener Bäckern oder Ankerbrot versorgt werden sollen. Dass einer der Gründer der Ankerbrotwerke nun auch Vizepräsident der KGV ist, schürt die Erwartung, dass die Ankerbrotwerke bei Ressourcenknappheit bevorzugt mit Mehl beteiligt würden. So werden die Ankerbrotwerke von der einen Seite als übermächtige Konkurrenz für die Bäcker Badens gefürchtet, für die andere Seite, die Konsumenten und auch die Gemischtwarenhändler der Stadt, wäre die erwartete einigermaßen gesicherte Versorgung mit Brot jedoch von großem Vorteil. Die Befürworter der Variante, das Angebot der Ankerbrotwerke auszuschlagen und die Bäcker zu schützen, welche sie ohnehin durch die wirtschaftliche Geschäftsstelle der BH geschädigt sehen, allen voran Josef Kollmann, spekulieren auf die gesicherte Lieferung durch die KGV einerseits durch den Druck der Konsumenten, vor allem aber auf durch Einfluss des AOK, der die Lieferung von Brotfrucht ihrer Meinung nach gewährleiste. Trotz dieser Argumente, einigt man sich auf den Kompromiss, die Stadt weiterhin mit Ankerbrot für dort rayonierte Kunden beliefern zu lassen, das übrige Mehl jedoch den Bäckern zukommen zu lassen.⁸⁰³ Die Unterstützer der Bäcker beklagen jedoch wenige Tage später das Ausspielen des Wettbewerbsvorteils durch die Ankerbrotwerke, welche mehr Brot geliefert hätten als Personen rayoniert seien (was nach ihrer Aussage vom Mehlikontingent der Bäcker abgezogen wird), um sich in Baden das Geschäft zu sichern und weitere Kunden für die Rayonierung bei ihnen zu gewinnen – eine Strategie, die laut den Kritikern auch aufgeht, denn es habe tatsächlich 500 Mehranmeldungen gegeben. Der Obmann der Approvisionierungssektion Brusatti kalmiert jedoch, dass nur noch jene mit Ankerbrot beliefert werden sollten, die auch dort approvisioniert sind.⁸⁰⁴ Bei der konsumentenfreundlichen BZ stößt die Rationierung des Anker- und Kronenbrots auf Unverständnis. Hier drückt man die Überzeugung aus, dass noch immer reichlich Brot vorhanden sei und dass die Mitglieder mancher „bevorzugter“ Körperschaften oder

⁸⁰² Vgl. BZ Nr. 26 v. 31.03.1917, S. 4.

⁸⁰³ StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 26-36. Sowie BZ Nr. 24 v. 24.03.1917, S. 3.; BZ Nr. 25 v. 28.03.1917, S. 2.; Der Erwerb von Kronenbrot wird jedoch recht bald von der Gemeinde verworfen. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.328.

⁸⁰⁴ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 46-68.

Vereinigungen sehr wohl die volle Brot ration erhielten, „wie man sehr wohl mitbekommen“ habe.⁸⁰⁵

Ernährungskrise

Die erneuten Einschränkungen werden notwendig, da die Ernährungskrise in Österreich-Ungarn zu dieser Zeit mit voller Macht ausbricht. Dies ist umso bedrohlicher für die Autoritäten, da die Parallelen zwischen der Habsburgermonarchie und Russland, wo der Hunger und die Entbehrungen und Schrecknisse des Krieges zum Ausbruch der Februarrevolution führen,⁸⁰⁶ immer offensichtlicher werden.⁸⁰⁷ Karl ist durch die Versorgungskrise immer wieder zu Schritten genötigt, die Grenzgänge darstellen und die das Potential haben, sich schließlich gegen ihn zu kehren, wie etwa die Krönung in Ungarn,⁸⁰⁸ die zwar letztlich wenig Auswirkungen auf die ungarischen Lebensmittellieferungen hat,⁸⁰⁹ dafür aber die anderen Nationalitäten, allen voran die Tschechen, vergrämt.⁸¹⁰ Er versucht, Friedensverhandlungen einzuleiten. Während sich die Badener im Frühjahr darauf konzentrieren, die Lebensmittelorganisation mithilfe des AOK umzuorganisieren, ist Karl mit geheimen Friedensverhandlungen beschäftigt, die zwar scheitern, ihn aber ca. ein Jahr später in Teufels Küche bringen werden.⁸¹¹ Man beschäftigt sich aber auch schon mit Fragen einer Friedenswirtschaft, etwa durch Gründung einer interministeriellen „Kommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft“.⁸¹² Einem Friedensschluss stehen jedoch wichtige Faktoren, wie etwa die Abhängigkeit vom Deutschen Reich,⁸¹³ das Beharren der Kriegsgegner auf der Anerkennung des Nationalitätenprinzips, das implizit den Zerfall der Habsburgermonarchie in Kauf nimmt,⁸¹⁴ und der teilweise immer noch gepflegte Gedanke an einen Siegfrieden,⁸¹⁵

⁸⁰⁵ Vgl. BZ Nr. 26 v. 31.03.1917, S. 3.

⁸⁰⁶ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 719-727.

⁸⁰⁷ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 246f.

⁸⁰⁸ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 689-691.

⁸⁰⁹ Vgl. *Langthaler*, Ernst: Vom transnationalen um regionalen Hinterland – und retour. Wiens Nahrungsmittelversorgung vor, im und nach dem Ersten Weltkrieg. In: *Karner, Lesiak* (Hg.): Erster Weltkrieg. S. 312. Im Februar stimmt Ungarn wenigstens der Implementierung eines „Gemeinsamen Ernährungsausschusses“ zu.; *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 691.

⁸¹⁰ Vgl. *Janz*: 14. S. 263. Vgl. außerdem *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 691.

⁸¹¹ Vgl. *Vocelka*, Karl u. Michaela *Vocelka*: Kaiser Karl I.. König Karl IV. von Ungarn, König Karl III. von Böhmen. In: *Rauchensteiner*, Manfred (Hg.): Baden im Zentrum der Macht 1917-1918. Kaiser Karl I. und das Armeeoberkommando (= Katalog zur Ausstellung Baden im Zentrum der Macht 1917-1918 im Kaiserhaus Baden, Baden 2018). S. 51f.

⁸¹² Vgl. *Egger*: Heeresverwaltung. S. 87f.

⁸¹³ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 611.

⁸¹⁴ Ebenda: S. 698.; *Bihl*, Wolfdieter: Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Chronik – Daten – Fakten (Wien 2010). S. 156.

⁸¹⁵ Vgl. *Stimmer*, Gernot: Deutschnationale Parteien Parteien 1914 zwischen Irredenta und Mitteleuropakonzeption. In: *Mesner, Kriechbaumer* [u.a.] (Hg.): Parteien. S. 91.

entgegen. Statt Frieden zu schließen, wird der Krieg durch die Ausrufung des unbeschränkten U-Boot-Kriegs zu Anfang des Jahres und den Kriegseintritt der USA⁸¹⁶ ausgeweitet. Ohne Frieden bleibt keine andere Wahl, als die Schraube beim Sparen an Lebensmitteln anzuziehen. Ab dem Frühjahr muss Fleisch rationiert werden.⁸¹⁷ Natürlich spielt auch die Jagd bei der Fleischgewinnung eine Rolle, doch diese kann aufgrund des Mangels an Jagdpersonal und Munition nach drei Jahren Krieg bloß noch eingeschränkt ausgeübt werden.⁸¹⁸ Außerdem stemmen sich auch die Jäger gegen die Höchstpreise.⁸¹⁹ Der Viehmangel wirkt sich auch auf die Versorgung mit anderen tierischen Produkten aus. In Baden ist für „normale Kunden“, laut Angaben der BZ, teilweise über 14 Tage keine Milch zu erhalten, wobei die BZ der Erklärung der Milchhändler, sie müssten die Milch für die Kinder, für welche es seit Beginn des Jahres extra Bezugskarten gibt und welche höhere Mengen erhalten,⁸²⁰ bloß bedingt Glauben schenkt. Auch hier wird wieder gegargwöhnt, dass spezielle Kundenkreise, in diesem Fall vor allem die Kunden, denen die Milch zugeliefert wird, vor jenen, die vor den Geschäften anstehen, bevorzugt behandelt werden.⁸²¹ Tatsächlich scheint die reichere Dotierung der Zustellkunden in Baden ein Problem darzustellen.⁸²² Ende März wird schließlich der Milchverschleiß den Gewerbetreibenden entzogen und in einer Milchsammelstelle zentralisiert. Hier steht man wieder vor dem Dilemma, dass die Sicherung der Ressourcen für die Allgemeinheit im Krieg die Existenzgrundlage einzelner zu vernichten droht. Personen, welche ihren Lebensunterhalt bis zu diesem Zeitpunkt mit dem Einsammeln von Milch bestritten, werden deshalb nun mit Legitimation der Gemeinde bei der Milchaufbringung beschäftigt.⁸²³ Im April wird die Milchkarte obligatorisch eingeführt.⁸²⁴ Die Milch wird rayoniert und damit auch die problembehaftete Milchzustellung unterbunden. Doch auch diese Maßnahme ist bloß ein Tropfen auf den heißen Stein, denn die normalen Personen zugestandene Milchmenge von 1/8 Liter kann trotz Rationierung und Rayonierung oftmals nicht aufgebracht werden, weshalb der Gemeindeausschuss mit der k. k. BH Rücksprache halten muss, um wenigstens die Menge für Schwerarbeiter, Kranke und Personen, welche fast nur noch von Kaffee und Milch leben, zu sichern. Diese werden sodann

⁸¹⁶ *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 701- 710. Gegen die Habsburgermonarchie erfolgt die Kriegserklärung erst am 7.12.1917. Vgl. *Bihl*: Der Erste Weltkrieg. S. 164.

⁸¹⁷ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 202.; BZ Nr. 20 v. 10.03.1917, S. 3.; BZ Nr. 22 v. 17.03.1917, S. 4.; BZ Nr. 50 v. 23.06.1917, S. 3.

⁸¹⁸ Vgl. BZ Nr. 27 v. 04.04.1917, S. 2.

⁸¹⁹ Vgl. BZ Nr. 76 v. 22.09.1917, S. 4.

⁸²⁰ Vgl. BZ Nr. 2 v. 06.01.1917, S. 3.; BVB Nr. 2 v. 13.01.1917, S. 8.; BZ Nr. 12 v. 10.02.1917, S. 3 u. 4.

⁸²¹ Vgl. BZ Nr. 4 v. 13.01.1917, S. 4.

⁸²² Vgl. BVB Nr. 2 v. 13.01.1917, S. 8.

⁸²³ Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; GB 051 1915. Weiters BVB Nr. 11 v. 17.03.1917, S. 4.

⁸²⁴ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918.

über Milchvorkaufskarten beteiligt. Obwohl man dafür ein ärztliches Attest benötigt,⁸²⁵ nährt dies trotzdem wieder das Misstrauen, dass Leute widerrechtlich von den erhöhten Milchmengen profitieren könnten.⁸²⁶

Das Gefühl der Benachteiligung ist bereits die längste Zeit während des Krieges allgemein vorhanden, doch in diesem Winter und Frühjahr verschärft die kaum mehr haltbare Lebensmittelnot die Ressentiments der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gegeneinander merkbar. In der explosiven Stimmung ist die Regierung gezwungen, immer wieder Maßnahmen zu setzen, die demonstrieren, dass für Ausgleich gesorgt und v.a. gegen die verhassten Wucherer scharf vorgegangen wird. Bereits im Jänner tritt ein „Prangererlass“ in Kraft, bei dem die Namen von Leuten, die Lebensmittelvergehen begangen haben, öffentlich gemacht werden.⁸²⁷ Auch Kriegswucherämter werden im gesamten Reich eingerichtet, außerdem eine Zentral-Preisprüfungskommission beim Amt für Volksernährung sowie lokale Preisprüfungstellen, die beim Festsetzen von Preisen für nicht regulierte Waren und der Überprüfung der Marktverhältnisse wachen sollen.⁸²⁸

Die lange gehegte und durch die Russische Revolution noch einmal befeuerte Besorgnis, dass die Nahrungsmittelkrise und die allgemeine Not zu Streiks führen, die über jene von 1916 hinausgehen könnten,⁸²⁹ erweist sich als nicht unbegründet. Unter dem Eindruck der sich verschlechternden Lebensumstände und vor dem Hintergrund der Russischen Revolution und der Kritik, die Friedrich Adler bei seinem Mordprozess gegen die Sozialdemokraten äußert, bricht ein großer Streik in Wien aus.⁸³⁰ Auch an anderen Orten treten die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand.⁸³¹ Der zunehmende Druck, der sich hier entlädt, führt schließlich zu dem, was aufgrund der Nahrungsmittelnot schon längst gefordert wird⁸³²: Die Regierung entschließt sich dazu, den Reichsrat wiederzueröffnen. So tritt das Parlament schließlich am 30. Mai 1917 wieder zusammen. Doch die Zusammenarbeit der Reichsratsabgeordneten gestaltet sich schwierig. Die Gräben, die vor dem Krieg schon da waren, sind durch den Krieg nur noch umso tiefer.⁸³³ Dazu trägt auch der Hunger im Reich

⁸²⁵ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.304. sowie StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S. 51 u. 52. Weiters BZ Nr. 29 v. 11.04.1917, S. 1 u. 2.; BZ Nr. 31 v. 18.04.1917, S. 2.; BZ Nr. 39 v. 16.05.1917, S. 3.

⁸²⁶ Vgl. BVB Nr. 15 v. 14.04.1917, S. 8.

⁸²⁷ Vgl. *Healy*: Vienna Falling. S. 75f.

⁸²⁸ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 252- 254.

⁸²⁹ Vgl. Bereits im Frühling 1916 brechen Aufstände in Favoriten, Rudolfsheim und anderen Arbeiterbezirken aus, welche sich im September wiederholen. Diese Arbeiterstreiks erfolgen spontan, da grundlegende Güter für Tausende nicht zur Verfügung stehen. Schon zu diesem Zeitpunkt herrscht Angst vor größeren Unruhen und Demonstrationen. Vgl. *Boyer*: Culture. S. 423.

⁸³⁰ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 752.;

⁸³¹ Vgl. *Bihl*: Der Erste Weltkrieg. S. 154.

⁸³² Vgl. bspw. BZ Nr. 9 v. 31.01.1917, S. 1.; BZ Nr. 50 v. 23.06.1917, S. 1.; BZ Nr. 78 v. 29.09.1917, S. 1.

⁸³³ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 734-738.

bei Konflikte um die ungleiche Nahrungsmittelversorgung bestehen nicht nur zwischen den beiden Reichshälften, sondern auch innerhalb der Reichshälften zwischen den verschiedenen Nationalitäten.⁸³⁴

Vor allem von Krone und Regierung wird in diesen Tagen aber die Sozialdemokratie umworben – so wird etwa Karl Renner ein Ministerportefeuille angeboten, das dieser aber ablehnt⁸³⁵ –, da man sich erhofft, so die Wut der Bevölkerung kanalisieren zu können.⁸³⁶ Die Einbindung der Sozialdemokraten betrifft nicht bloß die hohe Politik, Vertreter der Arbeiterschaft und der Konsumenten werden auf allen Ebenen eingesetzt, um so die Akzeptanz für Maßnahmen der Regierung zu erhöhen. So gelingt aufgrund der Nahrungsmittelkrise und durch die Forderung der übergeordneten Instanzen erstmals, was den Badener Sozialdemokraten bis dahin verwehrt war: sie werden zu aktiven Verantwortungsträgern in der Gemeindepolitik. Eingang finden sie über das Gemeindewirtschaftsamt. Um eine Organisation zu schaffen, die so weit verzweigt ist, dass sie bis auf die Lokalebene hineinwirken kann, werden ab März „Wirtschaftsämter“ auf regionaler und lokaler Ebene errichtet – für Gemeinden wird die Errichtung bloß empfohlen – in denen die gesamten bisherigen Agenden des Ernährungsdienstes auf Landes-, Bezirks- und kommunaler Ebene zusammengefasst werden sollen.⁸³⁷ Auch Baden erhält ein solches Gemeindewirtschaftsamt. Im April werden ausschließlich Gemeindevertreter als Gemeindewirtschaftsräte vorgeschlagen,⁸³⁸ doch im Juli wird von der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Baden via der Bezirkshauptmannschaft die Entsendung zweier sozialdemokratischer Vertreter ins Gemeindewirtschaftsamt gefordert. Dagegen übt die Gemeinde sanften Widerstand. Sie stimmt zu, dass die Bezirkshauptmannschaft statt eines von der Bezirkshauptmannschaft ernannten Vertreters ein Sozialdemokrat in das Gemeindewirtschaftsamt einziehen solle. Jedoch will sie selbst keinen der seitens der Gemeinde gewählten Vertreter durch einen Sozialdemokraten ersetzen. Tatsächlich entsendet

⁸³⁴ Vgl. Ebenda: S. 892-896.

⁸³⁵ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 249.

⁸³⁶ Vgl. *Scheer*: Kriegswirtschaft. 452f.

⁸³⁷ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 244f. Es sollen Wirtschaftsräte aus 4 bis 10 Mitgliedern gebildet werden, die die Wirtschaftsämter beraten sollen. Auch hierbei wird wieder auf die Einbeziehung der Konsumentenvertreter sowie Vertreter der armen und arbeitenden Klassen der Bevölkerung geachtet, wobei jedoch die Konsumentenvertreter letztendlich nur wenig Einfluss ausüben können, da sie bloß beratende Funktion haben, jedoch den Repräsentanten wirtschaftlich potenter Gruppen gegenüberstehen. Die Mitglieder werden zur Hälfte von der politischen Behörde nach Anhörung der Gemeinde, zur Hälfte von der Kommune selbst nominiert (hierbei hat die Behörde jedoch Einspruchsrecht).

⁸³⁸ Vorgeschlagen werden Vize-Bgm. Brusatti, GR Leopold Schmid, Ferdinand Hölzl, GB Josef Kollmann und Ferdinand Fischer. Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.307. Das Gemeindewirtschaftsamt übernimmt ebenfalls Gemüsebau-Agenden u.ä., wodurch die Kompetenzen auf diesem Gebiet noch weiter aufgesplittet werden. Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 123-125.

die Bezirkshauptmannschaft den Sozialdemokraten Richard Ebenstreicher in den Wirtschaftsrat, wohingegen für die Gemeinde der GR Peter Brandl im Wirtschaftsrat mitarbeiten soll. Ab Oktober werden über das Gemeindewirtschaftsamt über einen Erlass der Bezirkshauptmannschaft auch aktiv Frauen, welche in der Zeit des Ersten Weltkriegs zunehmend zu politischen Protagonisten werden, in die politische Arbeit mit einbezogen. Die Gemeinde Baden entsendet Karoline Hess in den Gemeindewirtschaftsrat. Kurze Zeit später folgt ihr die Sozialdemokratin Maria Brunner, ernannt von der Bezirkshauptmannschaft aufgrund einer Initiative der sozialdemokratischen Bezirksorganisation, in den Gemeindewirtschaftsrat nach.⁸³⁹

Doch die Strategie, durch Einbindung der Sozialdemokraten Streikbewegungen entgegenzuwirken, erzielt nicht mehr die gewünschte Wirkung. Die Arbeiterausstände setzen sich auch im Sommer fort, denn bei Ausständen werden schneller Lebensmittel geliefert,⁸⁴⁰ und die Zahl der Streikenden sowie die Dauer der Streiks steigen.⁸⁴¹

Die Ausweitung der Hilfsaktionen

Man versucht auch, durch Ausweitung der Hilfsaktionen der Lage beizukommen. In Baden werden vor allem über den Sommer mehrere Hilfsaktionen in Gang gesetzt. Über die Freibrotaktion erhalten Personen, die so arm sind, dass sie sich kein Brot leisten können, Brot über Marken umsonst. Die Verantwortung hierfür übernehmen im Bezirk Baden die Bezirkshauptmannschaft sowie die für das Armenwesen Verantwortlichen der Gerichtsbezirke Baden und Pottenstein.⁸⁴² Außerdem leitet die Bezirkshauptmannschaft eine Aktion ein, bei der an Hungrige drei Mal wöchentlich ein halber Liter Suppe aus Blut- und Fleckzeug um 20 Heller, für die Ärmsten überhaupt gegen Marken, abgegeben wird.⁸⁴³ Sehr lange kann diese Aktion jedoch im Sommer nicht durchgeführt werden. Aus Hygienegründen muss man die Ausgabe der Suppe aus Blut- und Fleckzeug bei den warmen Temperaturen vorerst unterlassen.⁸⁴⁴ Die warmen Temperaturen kommen dafür einer weiteren Aktion der Bezirkshauptmannschaft, der Einsiedeaktion, entgegen. So schlecht die Requirierungsergebnisse der Ernte im Sommer 1917 auch aussehen, kann man bei den Verhältnissen wenigstens eine reiche Obsternte einfahren. Obst wird in diesem Sommer zum

⁸³⁹ 19.11.1917: StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.334, 345, 376 u. 378.

⁸⁴⁰ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 267.

⁸⁴¹ Vgl. *Schmied-Kowarzik*: Erschöpfung. S. 536.

⁸⁴² Vgl. BZ Nr. 46 v. 09.06.1917, S. 2. Sowie StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918.

⁸⁴³ Vgl. BZ Nr. 56 v. 14.07.1917, S. 4.

⁸⁴⁴ Vgl. BZ Nr. 62 v. 04.08.1917, S. 4.

Volksnahrungsmittel, die Marmeladenfabriken können voll beschickt werden.⁸⁴⁵ Auch für Privatpersonen wird die Herstellung von Marmelade propagiert, durch kostenlose Vorträge zu diesem Thema versucht man in Baden, die Leute dafür zu gewinnen.⁸⁴⁶ Von der k. k. Bezirkshauptmannschaft wird die Einsiedeaktion ins Leben gerufen, durch die man Mindestbemittelte mit Marmelade, die in Zeiten des Fettmangels auch als Ersatzstoff für Fett angepriesen wird,⁸⁴⁷ versorgen möchte. Große Unterstützung erfährt die Einsiedeaktion durch das AOK und die Militärbehörden. Mit Hilfe des AOK gelingt es auch, genügend Zucker aufzutreiben, um die Aktion betreiben zu können.⁸⁴⁸ Das einst so zuckerreiche Österreich leidet inzwischen an beträchtlichem Zuckermangel, denn im Bestreben, Feldfrüchte, an denen schon bald nach Kriegsbeginn Mangel herrschte, zu forcieren, wurden die Landwirte lange Zeit aufgefordert, die Zuckerproduktion zugunsten dieser Feldfrüchte zurückzustellen. Da Zucker jedoch gleichzeitig als Ersatzstoff für die ausgehenden Nahrungsmittel sowie aber auch für militärische Zwecke zur Herstellung von Glycerin verwendet wurde, muss die Zuckerquote, welche es seit 1916 gibt, im Februar gesenkt werden und die Bevölkerung befindet sich im Sommer 1917 in der unangenehmen Situation, um Einsiedezucker ansuchen zu müssen.⁸⁴⁹ Dabei müssen sich die Antragsteller an genaue terminliche Vorgaben halten, um überhaupt Zucker zu erhalten und genaue Angaben zu der Menge an Zucker, die benötigt wird, machen – meist, um letztendlich doch nicht das volle Quantum zu bekommen.⁸⁵⁰ Für die Einsiedeaktion jedoch interveniert das AOK erfolgreich beim Amt für Volksernährung, sodass Baden eine Erhöhung des Zuckerkontingents zugestanden wird. Außerdem stellt das AOK Arbeitskräfte zur Verfügung⁸⁵¹ und die Militärbehörden geben Obst zum militärischen Selbstkostenpreis an die Einsiedeaktion ab.⁸⁵² Das notwendige Betriebsinventar wird vorerst aus den Eigenmitteln des Wirtschaftsamts der Bezirkshauptmannschaft vorgestreckt.⁸⁵³ Um kostengünstig zu wirtschaften, werden wieder die bereits vorhandenen Strukturen der Vereine voll ausgenützt.

Die Spendenbereitschaft der Bevölkerung ist weniger hoch als erhofft,⁸⁵⁴ trotzdem entwickelt sich die Einsiedeaktion so erfolgreich, dass sie bereits im August erweitert wird.⁸⁵⁵ Man versucht die Aktion so auszuweiten, dass der Bezirk Baden sich selbst mit Dauergemüse

⁸⁴⁵ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 183.

⁸⁴⁶ Vgl. BZ Nr. 59 v. 25.07.1917, S. 2.

⁸⁴⁷ Vgl. BZ Nr. 59 v. 25.07.1917, S. 2. und BZ Nr. 8 v. 26.01.1918, S. 4.

⁸⁴⁸ Vgl. BZ Nr. 8 v. 26.01.1918, S. 4.

⁸⁴⁹ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 236-243.

⁸⁵⁰ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; BG/051/1917-1918.

⁸⁵¹ Vgl. BZ Nr. 8 v. 26.01.1918, S. 4.

⁸⁵² Vgl. BZ Nr. 59 v. 25.07.1917, S. 2. und BZ Nr. 72 v. 08.09.1917, S. 3.

⁸⁵³ Vgl. BZ Nr. 8 v. 26.01.1918, S. 4.

⁸⁵⁴ Vgl. BZ Nr. 72 v. 08.09.1917, S. 3.

⁸⁵⁵ Vgl. BZ Nr. 8 v. 26.01.1918, S. 4.

versorgen kann.⁸⁵⁶ Letztendlich wird sogar ein kleiner Gewinn erwirtschaftet. Dieser Erfolg ist auch der Tatsache zu verdanken, dass man aus der vorerst rein wohltätigen Organisation ein Geschäft macht. Ist zu Beginn der Aktion geplant, dass mit den eingekochten Marmeladen die Wohltätigkeitsanstalten Badens versorgt werden sollen, nimmt man schließlich dahingehend Änderungen vor, dass die hergestellten Produkte, wie Marmeladen, Paradeismark etc., teilweise an die Wohltätigkeitsanstalten abgegeben werden, zum Teil aber an Private verkauft werden. Abnehmer sind vor allem das Militär und einige Pensionen,⁸⁵⁷ aber auch „Bürger aus bestem Hause“⁸⁵⁸ sowie Erzherzogin Isabelle kaufen die Marmeladen. Laut BZ bleibt die Einsiedeaktion auch über den Herbst hinaus erfolgreich,⁸⁵⁹ als die Obst- und Marmeladeversorgung in Österreich allgemein zurückgeht, da die Transportmittel für die Italienoffensive benötigt werden.⁸⁶⁰ Als Grund für die Einstellung Ende November 1917 wird nicht die Offensive, sondern eine Krankheit der Leiterin Camilla Theimer angeführt, was die geplante Beteiligung der Aktion für Mindestbemittelte durch die Einsiedeaktion verhindert.⁸⁶¹ Die Hilfsaktion zugunsten der Mindestbemittelten im politischen Bezirk Baden läuft im August 1917 an,⁸⁶² initiiert wird sie aber bereits im März desselben Jahres vom Amt für Volksernährung. Zentral finanziert, will man Mindestbemittelte mit verbilligten oder kostenlosen nicht rationierten Naturalien versorgen. Für die Hilfsaktion für Mindestbemittelte ist ein Aufwand von ca. 300 Mio. Kronen vorgesehen, schließlich wird sie aber 650 Mio. Kronen kosten, denn die Leistbarkeit der Lebenserhaltungskosten eines großen Teils der Bevölkerung kann mit der Zeit nicht mehr durch eine Anpassung der Einkommen an die Warenpreise gewährleistet werden, sondern benötigt zunehmend staatliche Subventionen. Zu Beginn der Aktion für die Mindestbemittelten rechnet man mit etwa sechs bis acht Mio. Menschen, die dieser Hilfsaktion bedürfen.⁸⁶³ Für den Bezirk Baden gehen die Anwesenden bei der ersten Besprechung im August 1917 von 7000 Hilfsbedürftigen im Bezirk aus. Zuerst bildet sich ein Komitee mit namhaften Persönlichkeiten aus der Politik, den Religionsgemeinschaften, der Arbeiterschaft, dem Bankwesen, der Bezirkskrankenkasse und natürlich dem Armenwesen.⁸⁶⁴ Die Freibrotaktion, die allerdings über die Sommermonate

⁸⁵⁶ Vgl. BZ Nr. 72 v. 08.09.1917, S. 3.

⁸⁵⁷ Vgl. BZ Nr. 8 v. 26.01.1918, S. 4.

⁸⁵⁸ Vgl. BZ Nr. 80 v. 06.10.1917, S. 3.

⁸⁵⁹ Vgl. BZ Nr. 8 v. 26.01.1918, S. 4.

⁸⁶⁰ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung, S. 183.

⁸⁶¹ Vgl. BZ Nr. 8 v. 26.01.1918, S. 4.;

⁸⁶² Vgl. BZ Nr. 69 v. 29.08.1917, S. 2.; In Wien werden bereits im Juli Spezialrationen für Mindestbemittelte eingeführt. Vgl. *Boyer*: Culture, S. 425.

⁸⁶³ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik, S. 257.

⁸⁶⁴ Aus der Gemeinde Baden ist neben Bürgermeister Trenner selbstverständlich Josef Kollmann in dem Komitee vertreten, weiters der Bezirksarmenrat Moriz Laschitz, der evangelische Pfarrer Robert Fronius, der Rabbiner Wilhelm Reich, der Direktor der Bankfiliale Merkur und Leiter der israelitischen Kultusgemeinde Moriz

eingestellt wird,⁸⁶⁵ wird als selbstständiges Komitee in die Hilfsaktion einbezogen. Die Aufgaben der Aktion bestehen in der Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln und unentbehrlichen Bedarfsgegenständen zu billigen Preisen sowie der Errichtung von Lebensmittelabgabestellen, Kriegsküchen, Wärmestuben, Krankenküchen und der Aufbringung der Geldmittel, die hierfür erforderlich sind.⁸⁶⁶ Hinsichtlich der Geldmittel, die natürlich auch über Spendenaufrufe lukriert werden sollen, geht der Großindustrielle Ludwig Wittgenstein, der für Furth an der Triesting an der Aktion beteiligt ist, als gutes Beispiel voran, er spendet 10.000 Kronen.⁸⁶⁷ Artur Krupp wiederum wird Dank dafür ausgesprochen, dass er die Hilfsaktion durch die Einrichtung eigener Wohlfahrtseinrichtungen entlastet, beispielsweise dadurch, dass er Kinder auf eigene Kosten einen Erholungsurlaub in Ungarn ermöglicht.⁸⁶⁸

Für die Umsetzung der Vorhaben wird in jedem Ort ein Komitee gebildet.⁸⁶⁹ Im Lokalausschuss der Stadt Baden sind u.a. auch die Bezirkshauptmannschaft durch Bosizio und Hans Vogel vertreten, für das AOK Major Voit und auch Josef Kollmann. Außerdem wird als Arbeitnehmervertreter ein Sozialdemokrat namens Brunner eingebunden.⁸⁷⁰ Bis zum Sommer 1918 errichtet die Hilfsaktion für Mindestbemittelte im Bezirk Baden 28 Schulküchen, in denen ca. 2000 Kinder täglich eine kostenlose Mahlzeit erhalten. Ca. 100 Kinder des Bezirks, die nach ärztlichem Rat Erholung und Pflege unter ärztlicher Aufsicht brauchen, werden im Kindererholungsheim in Schönau an der Triesting kostenlos untergebracht.⁸⁷¹ Die Hilfsaktion für Mindestbemittelte verhilft auch den Verwundeten und Erkrankten des Rath'schen Krankenhauses zu einer speziellen Kost, wenn benötigt.⁸⁷² Außerdem bemüht man sich, für Bedürftige Kleidung, Schuhe, Brennmaterial und billige

Leitner und Hans Wladarz, Herausgeber der BZ. Das Komitee wählt in derselben Sitzung je drei Vertreter der Industriellen und des Großgrundbesitzes: das großindustrielle Herrenhaus-Mitglied Artur Krupp, daneben Gustav Tomala, den Generaldirektor der Enzesfelder Munitionsfabrik und den Hirtenberger Fabriksbesitzer Fridolin Keller, Baron Heinrich von Doblhoff-Dier, Graf Simon Wimpffen aus Neuhaus und der Großindustrielle Ludwig Wittgenstein für Furth an der Triesting. Außerdem wählt man auch den Bezirksschulinspektor Professor Wieser. Das leitende geschäftsführende Präsidium bilden der Bezirkshauptmann von Bosizio, der Reichsratsabgeordnete Karl Jukel und der Prälat des Stiftes Heiligenkreuz, Dr. Pöck. Weiters werden ein Arbeitsausschuss und ein Finanzausschuss gewählt. Josef Kollmann ist wieder in beiden Ausschüssen tätig, Bürgermeister Trenner im Arbeitsausschuss. Ein weiterer Ausschuss ist für die Annahme von Bitten und Beschwerden zuständig.

⁸⁶⁵ Vgl. BZ Nr. 44 v. 01.06.1918, S. 3.

⁸⁶⁶ Vgl. BZ Nr. 69 v. 29.08.1917, S. 2.

⁸⁶⁷ Vgl. BZ Nr. 70 v. 01.09.1917, S. 1 u. 2.

⁸⁶⁸ Vgl. BZ Nr. 44 v. 01.06.1918, S. 3.

⁸⁶⁹ Vgl. BZ Nr. 75 v. 19.09.1917, S. 2 u. 3.

⁸⁷⁰ Der Vorname ist hier nicht angegeben, doch die Vermutung liegt nahe, dass es sich um Ludwig Brunner, den Ehemann der Mitarbeiterin im Gemeindewirtschaftsamt Maria Brunner handelt, der später auch in den Gemeindevorstand einziehen wird. Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S.558-575.

⁸⁷¹ Vgl. BZ Nr. 54 v. 06.07.1918, S. 1.

⁸⁷² Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.390.

Lebensmittel aufzutreiben.⁸⁷³ Teilweise werden diese Aktivitäten von anderen Vereinen, den Gemeinden oder schon bestehenden Schulküchen tatsächlich umgesetzt, aber von der Hilfsaktion für Mindestbemittelte subventioniert.⁸⁷⁴ Unterstützung erhält sie auch vom Kaiserhaus und dem Hochadel, hier vor allem der „erzherzogliche Hofhaltung in der Weilburg“, wobei vor allem Kaiser Karl und Erzherzogin Isabelle immer wieder in Verbindung mit der Hilfsaktion für Mindestbemittelte genannt werden, meist durch „Publicity-Arbeit“, dem Bekunden von Interesse und der Übernahme von Protektoraten.⁸⁷⁵ Anders als bei der Einsiedeaktion ist für die Hilfsaktion aber die Spendenbereitschaft der Bevölkerung laut Aussage der BZ tatsächlich hoch.⁸⁷⁶ Auch die Schulküche wird von der Aktion für Mindestbemittelte unterstützt, wodurch zweimal wöchentlich Fleischspeisen für die Kinder zubereitet werden können, ebenso wie vom AOK.⁸⁷⁷ Aber auch die Gemeinde gewährt der Schulküche regelmäßig Subventionen.⁸⁷⁸

Gesellschaftliche Auswirkungen

Die Hilfstätigkeiten und die teilweise immer noch hohe Spendenbereitschaft können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gesellschaft in großer Not und in Zersetzung begriffen ist. Der chronische Mangel – inzwischen ist es eher eine Meldung wert, wenn eine Kartoffellieferung einmal einlangt als wenn sie ausbleibt⁸⁷⁹ – bestimmt das Leben der Menschen. Transportmittelschwierigkeiten etc. lassen es nicht zu, vorauszusagen, wann man benötigte Lebensmittel erhalten wird.⁸⁸⁰ Die Konsumentenorganisationen in Baden versuchen nach wie vor ihr Bestes, um die Versorgung aufrecht zu erhalten, doch ihr Angebot weist nun immer mehr Konserven und Surrogate wie „Suppenwürfel“ und „Teeessenz“ auf. Das Angebot der Wirtschaftlichen Geschäftsstelle ist nicht besser, Fettstoffe verkauft sie nur noch „nach Möglichkeit“.⁸⁸¹

Die schlechte Ernährung schwächt das Immunsystem, Krankheiten breiten sich aus. Schon bis 1917, also noch bevor der Hunger seinen Höhepunkt erreicht, sterben 43.000 Menschen im Heer wie in der Zivilbevölkerung an Tuberkulose, über 430.000 stehen wegen chronischer Infektionskrankheiten wie eben Tuberkulose oder Rachitis unter Beobachtung bzw. befinden

⁸⁷³ Vgl. BZ Nr. 98 v. 08.12.1917, S. 2. und BZ Nr. 54 v. 06.07.1918, S. 1.

⁸⁷⁴ Vgl. BZ Nr. 44 v. 01.06.1918, S. 3.

⁸⁷⁵ Vgl. BZ Nr. 73 v. 12.09.1917, S. 1.; BZ Nr. 37 v. 08.05.1918, S. 2.; BZ Nr. 44 v. 01.06.1918, S. 3.

⁸⁷⁶ Vgl. BZ Nr. 54 v. 06.07.1918, S. 1.

⁸⁷⁷ Vgl. BZ Nr. 101 v. 19.12.1917, S. 2.

⁸⁷⁸ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.370.

⁸⁷⁹ Vgl. BZ Nr. 68 v. 25.08.1917, S. 3.

⁸⁸⁰ Vgl. BZ Nr. 78 v. 29.09.1917, S. 3.

⁸⁸¹ Vgl. BZ Nr. 18 v. 03.03.1917- BZ Nr. 86 v. 27.10.1917.

sich deshalb in Behandlung. In Wien sterben doppelt so viele Leute an Tuberkulose wie in den Friedensjahren. Auch Baden gehört, neben Wr. Neustadt, Leibnitz, Tulln und Klagenfurt, zu den am meisten betroffenen Städten.⁸⁸² Ab März nimmt der Hungertyphus stark zu.⁸⁸³ Die Zahl der Tuberkulose-Toten im Bezirk Baden steigt von 219 im Jahr 1914 auf 340 im Jahr 1917 an.⁸⁸⁴ Um der Krankheit entgegenzuwirken, sollen Fürsorgestellen errichtet werden, an denen Nahrungsmittel und Medikamente ausgegeben werden sollen. Zwei dieser Stellen sollen sich in Baden befinden. Die Errichtung der Fürsorgestellen ist bereits im April 1917 in einer Gemeinderatssitzung ein Thema, sie entstehen jedoch erst im Frühjahr 1918,⁸⁸⁵ wofür Dr. Trenner im Mai 1918 auch als Bürgermeister beurlaubt wird, da er als Arzt zur Mitarbeit in den Tuberkulosefürsorgestellen herangezogen wird. Die Amtsgeschäfte führt in dieser Zeit Vizebürgermeister Brusatti.⁸⁸⁶ Zusätzlich zur Tuberkulose plagt die Badener ab Ende Juli 1917 eine Ruhrepidemie.⁸⁸⁷ Aufgrund der Ruhrepidemie muss man beim Verzehr der Nahrungsmittel, die man noch hat, Vorsicht walten lassen und sie sorgt beispielsweise aufgrund der Notwendigkeit, die Behälter zu desinfizieren, auch bei der Einsiedeaktion für erhöhten Arbeitsaufwand.⁸⁸⁸

Der Druck, unter dem die Badener und Badenerinnen permanent stehen, entlädt sich in Unfreundlichkeit und Misstrauen gegeneinander. Aggressivität gegeneinander herrscht auf allen Seiten.⁸⁸⁹ Die Gerüchteküche kocht, mehrere Personen werden wegen der Verbreitung unwahrer Gerüchte angezeigt.⁸⁹⁰ Diese betreffen nun auch die Oberschicht Badens. In der Villa des Grafen Orsini-Rosenberg findet eine Hausdurchsuchung statt, denn es sind Gerüchte im Umlauf, dort würden sich Lebensmittel stapeln.⁸⁹¹ Die Vermutung, dass „manche Kreise der Bevölkerung“ bevorzugt werden, wird immer wieder geäußert. Es sind aber vor allem die Kriegsgewinner, die Betreiber von Zentralen und andere, denen man unterstellt, „in Saus und Braus“ zu leben während man selbst darbt, wie etwa die von der BZ öfter erwähnte „Semmering-Gesellschaft“,⁸⁹² die Viehverwertungs-Gesellschaft,⁸⁹³ die Milchindustrie-

⁸⁸² Vgl. *Dietrich*, Elisabeth: Der andere Tod. Seuchen, Volkskrankheiten und Gesundheitswesen im Ersten Weltkrieg. In: *Eisterer, Steininger* (Hg.): Tirol. S. 264.

⁸⁸³ Vgl. *Boyer*: Culture. S. 423.;

⁸⁸⁴ Vgl. BZ Nr. 29 v. 10.04.1918, S. 1 u. 2.

⁸⁸⁵ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.311. Sowie BZ Nr. 24 v. 23.03.1918, S. 1 u. 2.

⁸⁸⁶ Vgl. BZ Nr. 35 v. 01.05.1918, S. 1 u. 2. und BZ Nr. 36 v. 04.05.1918, S. 2.

⁸⁸⁷ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S.345. sowie BZ Nr. 66 v. 18.08.1917, S. 3.

⁸⁸⁸ Vgl. BZ Nr. 72 v. 08.09.1917, S. 3.

⁸⁸⁹ Vgl. bspw. BZ Nr. 36 v. 05.05.1917, S. 4.; BZ Nr. 78 v. 29.09.1917, S. 4.

⁸⁹⁰ Vgl. BZ Nr. 50 v. 23.06.1917, S. 3.

⁸⁹¹ Vgl. BZ Nr. 67 v. 22.08.1917, S. 3.

⁸⁹² Vgl. BZ Nr. 23 v. 21.03.1917, S. 2.

⁸⁹³ Vgl. BVB Nr. 26 v. 24.06.1916, S. 3 u. 4.

Aktiengesellschaft, kurz Milag (davor Miles),⁸⁹⁴ die nach wie vor das größte Feindbild darstellen. In dieser Zeit und mit den Vorwürfen gegen die Zentralenwirtschaft erhält der Antisemitismus einen großen Schub.⁸⁹⁵ In der Not des Jahres 1917 werden auch die Flüchtlinge, und hier vor allem die jüdischen Flüchtlinge, wieder vermehrt zum Thema. Sie werden mit unhygienischen Bedingungen und damit dem Ausbruch von ansteckenden Krankheiten, mit „Schmarotzertum“ und Preistreiberei in Verbindung gebracht. Statthaltereien, Gemeinden und Bürgermeister versuchen immer wieder den zwangweisen Abschied durchzusetzen, meist jedoch erfolglos.⁸⁹⁶ Stereotypen wie das Gerücht, Juden würden sich vor dem Militärdienst drücken, sie würden arme Christen ausbeuten etc. explodieren geradezu in dieser Zeit.⁸⁹⁷ Auch in der BZ erscheint ein auf den ersten Blick neutral scheinender Artikel in dem anhand des Flüchtlingslagers von Wagna bei Leibnitz darüber berichtet wird, was ein Flüchtlingslager benötigt. In einer Zeit großer Lebensmittelnot löst die Information, wieviele Küchen, Lebensmittel, etc. gebraucht werden, um das Flüchtlingslager zu erhalten,⁸⁹⁸ aber vermutlich wenig Sympathie aus. Flüchtlinge werden auch für Kartoffeldiebstähle von einem in Oberwaltersdorf angemieteten Acker verantwortlich gemacht.⁸⁹⁹ Auch die Kriegsgefangenen geraten ins Visier. Man fürchtet, die Kriegsgefangenen könnten von den Feindmächten zu Sabotageakten aufgerufen werden und die Ernte vernichten.⁹⁰⁰

Kurtourismus

Doch in diesem Jahr wird auch der Kurtourismus zu einem massiven Feindbild. Hier stoßen tatsächlich Interessen aufeinander. Die Vermieter, vertreten vom Hausbesitzerverein, und die Geschäftsleute sind auf die Einnahmen durch den Kurtourismus angewiesen, umso mehr aufgrund der steigenden Lebensmittelpreise. Auch die Kurkommission, die u.a. aus Vertretern der Ärzteschaft, Bürgermeister Trenner und Josef Kollmann besteht, tritt für den Kurtourismus ein.⁹⁰¹ Außerdem herrscht die Sorge vor, dass der Kurtourismus auch dann dauerhaft geschädigt werden könnte, wenn man ihn in der Kriegszeit nicht aufrecht erhält.⁹⁰² Die BZ dagegen vertritt den Standpunkt, dass in diesem Jahr überhaupt keine Saison

⁸⁹⁴ Vgl. BZ Nr. 63 v. 05.08.1916, S. 1.

⁸⁹⁵ Vgl. bspw. BVB Nr. 15 v. 14.04.1917, S. 6.; BVB Nr. 17 v. 28.04.1917, S. 5.; Vgl. BVB Nr. 18 v. 05.05.1917, S. 4.

⁸⁹⁶ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 836-849.

⁸⁹⁷ Vgl. *Rozenblit*: Habsburg-Patriotismus. S. 912.

⁸⁹⁸ Vgl. BZ Nr. 94 v. 24.11.1917, S. 5.

⁸⁹⁹ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/1914-1921.

⁹⁰⁰ Vgl. BZ Nr. 42/43 v. 26.05.1917, S. 1 u. 2.

⁹⁰¹ Vgl. BZ Nr. 25 v. 28.03.1917, S. 2.

⁹⁰² Vgl. BVB Nr. 8 v. 24.02.1917, S. 7.;

stattfinden sollte.⁹⁰³ Die Befürworter des Kurtourismus betreiben jedoch zielstrebig die Organisation desselben für die Saison 1917,⁹⁰⁴ wobei sie hinsichtlich der Ernährung der Kurgäste einen bemerkenswerten Optimismus zeigen und sich darin auch durch Gespräche und Kontakte hinsichtlich des Kurtourismus, die die Kurkommission bzw. teilweise der Verband der Kurorte mit der Bezirkshauptmannschaft, dem Amt für Volksernährung, dem Finanzministerium und sogar der Kanzlei des Kaisers pflegen, darin bestätigt sehen.⁹⁰⁵ Sie hoffen auf eine Lösung des Dilemmas durch die übergeordneten Behörden, was der Gemeindevertretung vermutlich umso leichter fällt, als auch das BVB die Stadtregierung von jeder Verantwortung freispricht: hinsichtlich der Approvisionierung seien dieser beinahe gänzlich die Hände gebunden, für die Versorgung der Kurgäste hätte die Bezirkshauptmannschaft zu sorgen.⁹⁰⁶ Während die BZ fürchtet, dass die durch die Badner Bahn bequeme Verbindung nach Wien viele Wiener als Ersatz für weiter entfernt gelegene Urlaubsorte nach Baden locken könnte,⁹⁰⁷ hoffen die Befürworter des Kurtourismus genau darauf. Doch auch die Behörden sind sich offenbar noch nicht im Klaren darüber, wie man angesichts der herrschenden Hungersnot mit dem Kurtourismus verfahren soll. Das Amt für Volksernährung sieht durchaus einen Vorteil darin, den Kurbetrieb beizubehalten, da so die Industriestädte während der Sommermonate wenigstens kurzfristig entlastet wären.⁹⁰⁸ Natürlich ist man sich aber auch der Schwierigkeiten und des sozialen Sprengstoffes bewusst, weshalb immer wieder betont wird, dass die einheimische Bevölkerung in Ernährungsfragen auf keinen Fall gegenüber den Kurgästen benachteiligt werden dürfe, außer es handle sich um tatsächlich Kranke, die einer speziellen Kost bedürfen. Außerdem stellt es eine Herausforderung dar, den Doppelbezug von Lebensmitteln zu vermeiden, indem sowohl die Brotkarten des Heimatorts nicht abmeldet, gleichzeitig aber Brotkarten im Kurort bezogen werden.⁹⁰⁹ Angesichts der Schwierigkeit, hier eine Balance zu finden, dauert es einige Zeit, bis das Amt für Volksernährung zu einer gültigen Regelung findet. Dies führt zu einigem Chaos. Die Bestimmungen des Amts für Volksernährung, die schließlich erstellt werden, sehen vor, dass es eine Unterteilung in „Bäder“ und „Kurorte“ sowie „Sommerfrischen“ gibt, außerdem gibt es eine Unterteilung in „Kurbedürftige“, also Kranke, die die Kur laut ärztlichem Attest benötigen, und „Gesunde, die einen Kurort oder eine Sommerfrische besuchen“. Als Bäder gelten „Bäder, deren Quellen Leidenden Heilung bringen sollen“.

⁹⁰³ Vgl. BZ Nr. 28 v. 07.04.1917, S. 4.

⁹⁰⁴ Vgl. BZ Nr. 24 v. 24.03.1917, S. 4. und BVB Nr. 12 v. 24.03.1917, S. 7.

⁹⁰⁵ Vgl. BZ Nr. 25 v. 28.03.1917, S. 2. und BVB Nr. 13 v. 31.03.1917, S. 8.

⁹⁰⁶ Vgl. BVB Nr. 12 v. 24.03.1917, S. 7.

⁹⁰⁷ Vgl. BZ Nr. 28 v. 07.04.1917, S. 4 und BVB Nr. 12 v. 24.03.1917, S. 4.

⁹⁰⁸ Vgl. BVB Nr. 12 v. 24.03.1917, S. 4. und BVB Nr. 13 v. 31.03.1917, S. 5.

⁹⁰⁹ Vgl. BVB Nr. 16 v. 21.04.1917, S. 7.

Sommerfrischen dagegen sind „Orte von rein lokaler Bedeutung, die vor allem als Landaufenthalt zu Erholungszwecken besucht werden“. Was als Kurort gilt, liegt im Ermessen der Landesbehörden. Vorsorge für eine besondere Versorgung mit speziellen Nahrungsmitteln, wie etwa weißem Mehl oder Reis, trifft das Amt für Volksernährung nur für die Kranken, die in Kurorten bzw. Bädern behandelt werden und auf eine diätische Kost angewiesen sind. Dies muss amtsärztlich attestiert sein. Gesunde dagegen, die einen Kurort aufsuchen, dürfen nicht besser behandelt werden als die einheimische Bevölkerung. Bei Missbräuchen, wo Gesunde unberechtigterweise bessere Lebensmittel in Anspruch nehmen, sollen durch die Bezirkshauptmannschaft strenge Strafen verhängt werden. Hinsichtlich der Versorgung der gesunden Gäste gibt es nur einen Unterschied zwischen Kurorten und Sommerfrischen, nämlich den Zeitpunkt, ab wann die Gäste versorgt werden. Die Saison in Kurorten beginnt mit 1. Mai, in Sommerfrischen mit 1. Juli.⁹¹⁰ Obwohl in Kurorten die Saison bereits mit 1. Mai beginnt, muss diese Meldung auch für Kuraufenthalte, genauso wie für Aufenthalte in Sommerfrischen, erst bis 1. Juni erfolgen. Dieses späte Anmeldedatum hängt vermutlich damit zusammen, dass eine erste Veröffentlichung des Amtes für Volksernährung hinsichtlich der Regelungen zum Kur- und Sommerfrischen-Aufenthalt erst Mitte April erfolgt.⁹¹¹ Außerdem werden nur die Gäste bei der Lebensmittelversorgung berücksichtigt, deren Aufenthalt mindestens vier Wochen dauert, was auch mit der Ausgabe der Brotkarten korreliert.⁹¹² Zwei Sitzungen mit der Bezirkshauptmannschaft bringen aber schlechte Nachrichten. Zuerst erfährt die Kurkommission am 10. Mai – die USA sind inzwischen in den Krieg eingetreten⁹¹³ und mit der Lebensmittelversorgung geht es rapide bergab⁹¹⁴ – dass die Bezirkshauptmannschaft die Versorgung der Gäste keineswegs als garantiert betrachtet.⁹¹⁵ Die nächste Hiobsbotschaft ist, dass bis 30. Juni bloß Kurbedürftige mit ärztlichem Attest vom Amt für Volksernährung versorgt werden. Gesunde, die die Kurbäder in Anspruch nehmen, sollen erst ab 1. Juli die Lebensmittel vom Amt für Volksernährung erhalten.⁹¹⁶ Dies gilt auch für Gäste aus Ungarn,⁹¹⁷ obwohl für diese von der ungarischen Regierung die

⁹¹⁰ Vgl. BZ Nr. 38 v. 12.05.1917, S. 3.

⁹¹¹ Vgl. BVB Nr. 22 v. 02.06.1917, S. 7.;

⁹¹² Vgl. BZ Nr. 38 v. 12.05.1917, S. 3.

⁹¹³ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 710.

⁹¹⁴ Vgl. Ebenda: S. 727.

⁹¹⁵ Vgl. BZ Nr. 38 v. 12.05.1917, S. 2 u. 3. und BVB Nr. 22 v. 02.06.1917, S. 7.

⁹¹⁶ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 56-58. Tatsächlich ist die in der BVB veröffentlichten Passage der ersten Regelung des Amtes für Volksernährung, die noch im April veröffentlicht wird, etwas missverständlich formuliert. Dort heißt es: „Für die Versorgung von Heilbädern, die von tatsächlich Kranken aufgesucht werden, hat das Amt für Volksernährung schon am 1. Mai Vorkehrungen getroffen“. Vgl. BVB Nr. 16 v. 21.04.1917, S. 7. Hier ist wohl ein gewisser Interpretationsspielraum gegeben, ob die Vorkehrungen zur Versorgung ab 1. Mai nun für die Heilbäder gelten, oder für die „tatsächlich Kranken“.

⁹¹⁷ Vgl. StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918, S. 323 u. 325.

Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden.⁹¹⁸ Im Unverständnis über die späte Regelung durch das Amt für Volksernährung zeigt sich sogar die BZ einig mit dem Bürgermeister.⁹¹⁹ Da die Saison inzwischen seit 21 Tagen läuft und sich bereits auch Gäste ohne ärztliches Attest in Baden befinden, muss man eine Lösung finden. Der erste „Lösungsansatz“ des Amtes für Volksernährung sieht vor, dass Nicht-Kurbedürftige, die bereits in Baden weilen und nun von der Lebensmittelversorgung ausgeschlossen sind, in eigener Verantwortung versuchen sollen, Lebensmittel aus ihrem Heimatort zu erhalten und eventuell wieder dort in die Approvisionierung aufgenommen zu werden.⁹²⁰ Diese Lösung ist natürlich nicht haltbar und so werden letztendlich doch Sonderregelungen gefunden, sodass nun auch die Gäste, die sich bereits in Baden befinden, Lebensmittel erhalten sollen. Allerdings ist diese Neuregelung am 2. Juni noch nicht gültig, das Ende der Anmeldung ist aber vor 1. Juni angesetzt. Die chaotischen Zustände werden offensichtlich, wenn das BVB schreibt: *„Bisher hat sich niemand noch ausgekannt und jetzt ist die Anmeldezeit für den Sommeraufenthalt abgelaufen. Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als eine neue Verordnung.“*⁹²¹ Mehrere Besitzer werden wegen Verstoß gegen die Meldevorschriften angeklagt, ob aus betrügerischer Absicht oder aus Verwirrung aufgrund der unklaren Regelungen, bleibt dahingestellt.⁹²² Den Kurbetrieb zu organisieren und gleichzeitig die Interessen der einheimischen Bevölkerung zu wahren, bereitet also große Probleme. Zwar gibt man sich redlich Mühe, die Benachteiligung der Ortsansässigen durch die Kurtouristen hintanzuhalten. So gewährt man den Einheimischen etwa eine bevorzugte Stellung bei den Gastwirtschaften und legt auch die Verpflegung bei Trabrennen genau und rigide fest.⁹²³ Was jedoch nicht geregelt werden kann, ist der Schwarzmarkt. In einer Zeit, in der es kaum mehr möglich ist, sich ohne Schwarzmarkt ausreichend zu ernähren,⁹²⁴ ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass durch zusätzliche Konsumenten, die über die nötigen Geldmittel verfügen, den weniger Wohlhabenden ein großer Nachteil erwächst.

So dauert es auch nicht lange, bis Unmut über den Kurtourismus geäußert wird und man eine Verschlechterung der eigenen Versorgung durch die Touristen konstatiert. Der Vorwurf,

⁹¹⁸ Vgl. BZ Nr. 25 v. 28.03.1917, S. 2. und BZ Nr. 36 v. 05.05.1917, S. 4.

⁹¹⁹ Vgl. BZ Nr. 42/43 v. 26.05.1917, S. 2 u. 3.; Auf die Eröffnung, dass das Amt für Volksernährung nicht für die Verpflegung der Kurgäste garantieren könne, meint der Bürgermeister, dass dies in keiner der Antworten auf Anfragen der Kurkommission angemerkt worden sei. Vgl. BZ Nr. 38 v. 12.05.1917, S. 2 u. 3. Die Unmöglichkeit, für die Versorgung zu garantieren ist jedoch bereits im März in einem Artikel der BVB erwähnt. Vgl. BVB Nr. 13 v. 31.03.1917, S. 5.

⁹²⁰ Vgl. BZ Nr. 41 v. 23.05.1917, S. 2.

⁹²¹ Zit. BVB Nr. 22 v. 02.06.1917, S. 7.

⁹²² Vgl. BZ Nr. 49 v. 20.06.1917, S. 3.

⁹²³ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 56-58.

⁹²⁴ Vgl. *Schmied-Kowarzik*: Erschöpfung. 501-503.

Hotels, Sanatorien und Pensionen würden bevorzugt, wird immer wieder laut.⁹²⁵ Den Kurgästen wird vorgeworfen, mit ihrem Reichtum und den Lebensmitteln, von denen man selbst nur noch träumen könne, zu protzen.⁹²⁶ Dabei wird auch in Zweifel gezogen, dass es sich bei den Gästen der Sanatorien um wirklich Kranke handle. Vor allem gegen das Sanatorium Gutenbrunn, entlädt sich der Zorn.⁹²⁷ Tatsächlich zeugen die Vorratserhebungen davon, dass das Sanatorium Gutenbrunn über große Mengen an Lebensmitteln verfügt.⁹²⁸ Der Direktor des Sanatoriums, Dr. Aufschnaitter, führt dies auf eigene Bemühungen, Lebensmittel von außen zu erhalten und auch selbst zu produzieren, zurück.⁹²⁹ Zu einem Höhepunkt des Konflikts kommt es, als das Sanatorium eine große Kartoffellieferung erhält. Dies bewegt eine „Schar“ Frauen zum Marsch auf das Sanatorium. Schließlich wird ein Teil der Kartoffeln auf die Bevölkerung aufgeteilt, laut BZ aus Zwang heraus,⁹³⁰ laut Bezirkshauptmannschaft und Aufschnaitter durch freiwillige Abgabe.⁹³¹ Danach wird das Sanatorium aber eher positiv konnotiert in Zusammenhang mit Wohltätigkeitsaktionen erwähnt.⁹³²

Die Kursaison schließt mit 30. September, alle Gäste die nicht Haus oder Grund in der Kurstadt besitzen, verlieren ab 1. Oktober den Anspruch auf Verpflegung.⁹³³ Dies lässt die Gemeindevertretung befürchten, dass die treuen Kurgäste nach dieser Ausweisung Baden fortan meiden könnten. Die Belastungen, die der Kurbetrieb der Bevölkerung aufbürdet, wird von der Gemeindevertretung nicht in Betracht gezogen. Kollmann macht ein größeres Problem in den Flüchtlingen fest, die trotz der Rückeroberung Galiziens nicht in ihre Heimat zurückkehren und ihren Aufenthalt in Baden benützen würden, um Kettenhandel zu treiben. Um diese zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen, plant die Stadt, den Flüchtlingen die Unterstützung zu streichen. Ein anderes Mittel, sie loszuwerden, findet man nicht,⁹³⁴ obwohl nach Scheitern der russischen Kerenski-Offensive Galizien und die Bukowina, die Heimat vieler Flüchtlinge, zurückerobert ist.⁹³⁵

⁹²⁵ Vgl. BVB Nr. 17 v. 28.04.1917, S. 4 u. 5.; BZ Nr. 56 v. 14.07.1917, S. 4.; BZ Nr. 58 v. 21.07.1917, S. 3.

⁹²⁶ Vgl. BZ Nr. 39 v. 16.05.1917, S. 3.

⁹²⁷ Vgl. BVB Nr. 15 v. 14.04.1917, S. 8.

⁹²⁸ Vgl. StA B, GB 051 1915; GB/051/1915-1919. Weiters GB 051 1916-1918; GB 051 1916.

⁹²⁹ Vgl. BZ Nr. 58 Nr. 21.07.1917, S. 3.

⁹³⁰ Vgl. BZ Nr. 61 v. 01.08.1917, S. 2 u. 3.

⁹³¹ Vgl. BZ Nr. 64 v. 11.08.1917, S. 3. und BZ Nr. 67 v. 22.08.1917, S. 2 u. 3.

⁹³² Vgl. BZ Nr. 2 v. 05.01.1918, S. 3. und BZ Nr. 44 v. 01.06.1918, S. 3.

⁹³³ Vgl. BZ Nr. 77 v. 26.09.1917, S. 2.

⁹³⁴ Vgl. BZ Nr. 79 v. 03.10.1917, S. 2.

⁹³⁵ Vgl. *Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg*. S. 786f.

Kriegsmüdigkeit

Auch dieser Kriegserfolg interessiert die Öffentlichkeit nicht mehr, die wirtschaftliche Misere steht im Vordergrund⁹³⁶. Dass die Rückeroberung der östlichen Gebiete der Habsburgermonarchie gelingt, obwohl bis 1. Juni 1917 45.000 Pferde an Hunger und Entkräftung verendet sind,⁹³⁷ wird zur Nebensache in Anbetracht der eigenen toten Pferde.

Der Bürgermeister in Baden gibt bereits zu Beginn 1917 an, dass es einen Pferdemangel in der Stadt gibt, der die Approvisionierung der Stadt stark erschwert.⁹³⁸ Nach dem Ausfall der Haferernte informiert die Bezirkshauptmannschaft die Bürgermeister, dass nun nur noch die Pferde versorgt werden können, die im Interesse der Gemeinde unbedingt erhalten werden müssen. Besonders auf die wenigen noch brauchbaren Schwerfuhrwerkspferde wird Wert gelegt. Die Pferdebesitzer davon zu verständigen, dass ihre Pferde nicht mehr versorgt werden können, bleibt den Bürgermeistern des Bezirks überlassen.⁹³⁹ Hierauf bricht ein Konflikt zwischen der Gemeinde und der Bezirkshauptmannschaft aus, denn die Fuhrwerksbesitzer übernehmen die Krankentransporte vom Frachtenbahnhof in Pfaffstätten nach Baden nicht mehr, mit dem Argument, dass die Pferde ohne die Versorgung zu schwach für diese Transporte wären. Diesem Argument schenkt die Bezirkshauptmannschaft keinen Glauben.⁹⁴⁰ Zwar stellt die Gemeinde tatsächlich den Anbau von Hafer für die Pferde zugunsten einer Gemüsezucht zurück. Doch das Absinken des Pferdestands von 341 im Juli auf 253 im November desselben Jahres⁹⁴¹ und die Erleichterung über eine ausnahmsweise vollständig eingegangene Fuhre Heu und Stroh vom Lagerhaus Mistelbach⁹⁴² lassen vermuten, dass das Versorgungsproblem der Pferde Badens nicht gänzlich aus der Luft gegriffen ist.

Auch die Bahnen werden sich nicht mehr von den Problemen erholen, die mit der Kerenski-Offensive ebenso wie mit den Offensiven an der Südwestfront einsetzen.⁹⁴³ Der Aufmarsch an der Südwestfront zur 12. Isonzoschlacht beginnt im September. Doch hinsichtlich der Transportsituation kündigt sich eine Katastrophe an. Der größte Teil der Güterwagen wird für den Aufmarsch benötigt. Für zivile Güter, für Heizmaterial und Nahrungsmittel bleibt nicht

⁹³⁶ Vgl. *Boyer: Culture*. S. 428.

⁹³⁷ Vgl. *Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg*. S. 786f.

⁹³⁸ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S. 1-8.

⁹³⁹ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/1914-1921. Laut den Angaben bei einer Bestandsaufnahme im November 1917 stehen der Stadt für die wichtigsten Aufgaben wie Feuerwehr, Rettungsgesellschaft und Krankenanstaltenbetriebe 18 Pferde zur Verfügung. Die 31 Approvisionierungsfuhrwerke teilen sich auf mehrere Besitzer auf, ebenso wie die 62 landwirtschaftlichen Zugtiere. Den größten Pferdebestand weist das Gestüt Haidhof, ein Zuchtbetrieb, auf. Vier Pferde, im Besitz von Franz Gehr, werden für den Heeresbedarf eingesetzt. Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB/051/1917-1918.

⁹⁴⁰ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/1914-1921. Weiters StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/ 1914-1919 Viehfutter Transportpferde.

⁹⁴¹ Vgl. StA B, GB 051 1915; GB/051/1915-1919.

⁹⁴² Vgl. StA B, GB 051 1914-1929 ; GB 051/ 1914-1919 Viehfutter Transportpferde

⁹⁴³ Vgl. *Schmied-Kowarzik: Erschöpfung*. S. 527.

genügend Material. Außerdem ist abzusehen, dass sich der Bedarf an rollendem Material nach dem Aufmarsch nicht verringern, sondern erhöhen würde. Man hat jedoch vor der Frostperiode jedoch noch 600 bis 800 Züge mit Kartoffeln in die Lager zu verfrachten, da man diese andernfalls zu verlieren droht.⁹⁴⁴ Zwar versucht man ab dem Herbst 1917 durch die Bildung des „Obersten Ernährungsrates“ den militärischen und den zivilen Bereich besser zu koordinieren, doch es scheint nicht viel zu helfen.⁹⁴⁵ Man weiß, dass die Situation für Wien und die meisten anderen größeren Städte aufgrund der Transportmittelsituation unhaltbar wäre. Trotzdem zieht man in die Schlacht.⁹⁴⁶ So bringt der große Erfolg der 12. Isonzo-Schlacht, die am 24. Oktober einsetzt, letzten Endes großes Unheil über die Heimat. Noch dazu muss man nun 300.000 italienische Gefangene zusätzlich versorgen.⁹⁴⁷ Die Zensoren sind alarmiert vom verzweifelten Ton, in dem die Briefe gehalten sind, die von der Heimat an die Front abgehen. Die Opfer der Soldaten werden nicht mehr wirklich gewürdigt, zu hoch sind die Opfer, die man selbst bringen muss. Der Krieg, den man selbst gegen die Not führen muss, wird mit dem Krieg der Soldaten gleichgesetzt.⁹⁴⁸

In Baden werden die dort weilenden verwundeten Soldaten inzwischen teilweise zu Konkurrenten der Stadtbevölkerung. Zwar werden nach wie vor Soldatenjause abgehalten⁹⁴⁹ und die „Jausenaktion“ der Baronin Doblhoff-Dier kümmert sich immer noch um die Kostaufbesserung der Verwundeten in den Lazaretten Badens.⁹⁵⁰ Doch als die Soldaten des Garnisonsspitals No. 27 zu Hunderten dazu übergehen, regelmäßig die bitter benötigten⁹⁵¹ Kartoffellieferungen für die Stadt, die im Frachtenbahnhof in Pfaffstätten für die Bevölkerung ankommen, zu stehlen, muss sich der Bürgermeister hilfesuchend an die Spitalsleitung wenden.⁹⁵² Andererseits überlässt Oberst Kundmann auch auf Bitte des k. u. k. Garnisonsspitals No. 27 hin der Stadt 60-70 Männer, die beim Schneeschaukeln helfen.⁹⁵³

⁹⁴⁴ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 814.

⁹⁴⁵ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 247.

⁹⁴⁶ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 814f.

⁹⁴⁷ Vgl. *Janz*: 14. S. 263.

⁹⁴⁸ Vgl. *Healy*: Vienna Falling. S. 45.

⁹⁴⁹ Vgl. BZ Nr. 68 v. 25.08.1917, S. 2. und BZ Nr. 94 v. 24.11.1917, S. 4.

⁹⁵⁰ Vgl. BZ Nr. 28 v. 07.04.1917, S. 2.

⁹⁵¹ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/1914-1921. Der Bürgermeister berichtet in einem Brief über die Schwierigkeiten bei der Kartoffelversorgung. Da das Stadtgebiet zu klein ist, um selbst welche zu ziehen, mietet man die Gründe in Oberwaltersdorf.

⁹⁵² Vgl. StA B, GB 051 1914-1915; Kriegsakt 1914.

⁹⁵³ Vgl. StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

Kriegswinter 1917

Die Frage, wie ein weiterer Kriegswinter zu überstehen sei, wirft die BZ bereits im Oktober auf.⁹⁵⁴ Die Rationierungs- und Rayonierungssysteme funktionieren nicht mehr,⁹⁵⁵ die Leute stehen wieder an, bei Schnee und Kälte und zu jeder Tageszeit. Die Bezirkshauptmannschaft versucht dem mit Verboten beizukommen. Das Anstellen bei Nacht zwischen sieben Uhr abends und sechs Uhr morgens wird unter Strafe gestellt – womit man ein bisschen weniger radikal gegen das Anstellen vorgeht als in Wien, wo die Polizei das Anstellen durch eine Verordnung reformieren will, die dahin geht, dass man beim Anstellen nicht mehr liegen dürfe und auch Decken weggenommen werden⁹⁵⁶ – und auch Kinder unter 12 Jahren dürfen sich nicht anstellen.⁹⁵⁷ Man hat kein Heizmaterial. In Baden werden inzwischen nicht nur die Äcker und Gemüsegärten beschädigt, auch die städtischen Parkanlagen und die umgebenden Waldkulturen erleiden durch Entrindung und das Herunterreißen von dünnen Ästen Schaden.⁹⁵⁸ Im September wird von der Gemeinde eine Kohlenkommission gegründet, denn es ist schwierig, Kohlen aufzutreiben.⁹⁵⁹ Die Kohlennot trifft auch die Krankenanstalten und die Approvisionierungsbetriebe.⁹⁶⁰ Die Arbeit der Brotkartenkommissionen sind durch die Lichtstörungen beeinträchtigt, zu denen es in der Stadt kommt.⁹⁶¹ Mehl wird ab September nur noch alle zwei Wochen abgegeben, weil es an Papiersäcken mangelt.⁹⁶² Für Approvisionierungsgesuche bei der Bezirkshauptmannschaft, für Lebensmittel wie auch für Brennstoffe, sind Stempelgebühren zu bezahlen.⁹⁶³ Die Gemeinde kann für das Jahr 1917 erneut einen Gebahrungsüberschuss vermelden, aber wieder bloß, weil notwendige Arbeiten nicht erledigt werden können. Die Gemeindevertretung befürchtet, dass die schwersten Zeiten noch bevorstünden und ist besorgt, über die harte Kriegszeit notleidend zu werden.⁹⁶⁴ Langsam beginnt sich die Gemeindevertretung zu fragen, ob man mit der fortwährenden Gewährung von Teuerungszulagen nicht letztendlich ins Chaos stürzen werde. Man ist sich bewusst, dass einzig die Herstellung normaler Verhältnisse helfen wird, die andauernde Teuerung bei Nahrungsmitteln und damit den Grund für die Teuerungszulagen zu beenden.⁹⁶⁵ Tatsächlich kann die Teuerung von den Einkommenssteigerungen nicht mehr ausgeglichen

⁹⁵⁴ Vgl. BZ Nr. 85 v. 24.10.1917, S. 1.

⁹⁵⁵ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 222-227.

⁹⁵⁶ Vgl. *Neuber*: Ernährungslage. S. 143.

⁹⁵⁷ Vgl. BZ Nr. 93 v. 21.11.1917, S. 2.

⁹⁵⁸ Vgl. BZ Nr. 74 v. 15.09.1917, S. 3 u. 4.

⁹⁵⁹ Vgl. BZ Nr. 75 v. 19.09.1917, S. 2.

⁹⁶⁰ Vgl. BZ Nr. 104 v. 29.12.1917, S. 3 u. 4.

⁹⁶¹ Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.-Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S. 228 u. 229.;

⁹⁶² Vgl. BZ Nr. 75 v. 19.09.1917, S. 2.

⁹⁶³ Vgl. BZ Nr. 84 v. 20.10.1917, S. 5. und BZ Nr. 88 v. 03.11.1917, S. 4.

⁹⁶⁴ Vgl. BZ Nr. 96 v. 01.12.1917, S. 2-4.

⁹⁶⁵ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S.129-140.

werden und man hat auch damit zu kämpfen, dass die Währung an Akzeptanz verliert und sich beispielsweise Bauern weigern, Lebensmittel gegen Geld herzugeben.⁹⁶⁶ Am 22. Dezember 1917 wird schließlich ein Sozialministerium gegründet, da die Erhöhung der Lebenserhaltungskosten nicht mehr über Teuerungsbeiträge ausgeglichen werden kann. Der Staat muss einspringen, um den Menschen das Überleben zu ermöglichen. Somit liegt auch die Kompetenz für Armenfürsorge nicht mehr ausschließlich bei den Ländern und Gemeinden.⁹⁶⁷ Die Forderungen nach Frieden werden lauter, in der Bevölkerung wie auch in der Politik. Seit dem sozialistischen Parteikongress im Oktober, bei dem der linke Flügel der Sozialdemokraten die bisherige „Vermittlungsstrategie“ der Partei angegriffen hat, die Parteiführung aber selbst umgeschwenkt ist, fahren die Sozialdemokraten wieder einen stärkeren Antikriegskurs.⁹⁶⁸ Die ROHÖ in Baden startet eine Unterschriftenaktion für einen Friedensschluss⁹⁶⁹ und angesichts von Hunger und Seuchen plädiert auch die BZ für Frieden.⁹⁷⁰ Hier tut sich durch die Vorgänge in Russland ein Hoffnungsschimmer auf, wo am 8. November die amtierende Regierung verhaftet und der Sowjetkongress eine neue unter Lenin wählt. So bedrohlich dies in gewisser Weise für die österreichische Staatslenkung ist, denn auch die österreichische Öffentlichkeit beobachtet die Geschehnisse in Russland genau und die Parallelen zwischen Russland und der immer weiter auseinandertriftenden Habsburgermonarchie sind schwer zu verkennen, so wird dadurch doch der Weg zu den ersehnten Friedensverhandlungen frei.⁹⁷¹ So verhandeln die österreichischen Spitzen über den erhofften „Brotfrieden“, während in Baden die Vorweihnachtszeit begangen wird, ausnahmsweise wegen der Feiertage auch an den fleischlosen Tagen Fleisch konsumiert werden darf⁹⁷² und im Sanatorium Gutenbrunn eine Weihnachtsbescherung stattfindet, bei der 138 Kinder mit Spielsachen, Süßigkeiten und Kleidern beschenkt werden, wobei auch der neue Generalstabschef Arz von Straußenburg und andere hohe Offiziere sowie die Haute Volée Badens zugegen ist.⁹⁷³

⁹⁶⁶ Vgl. *Schmied-Kowarzik*: Erschöpfung. S. 540.

⁹⁶⁷ Vgl. *Wladika*: Armut. S. 118.

⁹⁶⁸ Vgl. *Boyer*: Culture. S. 371.

⁹⁶⁹ Vgl. BZ Nr. 97 v. 05.12.1917, S. 2.

⁹⁷⁰ Vgl. BZ Nr. 93 v. 21.11.1917, S. 1.

⁹⁷¹ Vgl. *Janz*: 14. S. 296.;

⁹⁷² Vgl. BZ Nr. 102/3 v. 22.12.1917, S. 3.

⁹⁷³ Vgl. BZ Nr. 2 v. 05.01.1918, S. 3.

Die Jännerstreiks

Die Angst vor dem Kriegswinter war nicht übertrieben. Zur Jahreswende stocken die Zufuhren aus Rumänien, da die Schiffe die zugefrorene Donau nicht passieren können. Der Zusammenbruch naht.⁹⁷⁴

Am 16. Jänner wird schließlich vom Amt für Volksernährung die Kürzung sämtlicher Quoten verordnet. Die Mehlsquote wird von 200g auf 165 g reduziert, die Fleischquote auf 160g pro Woche reduziert. Einmal pro Woche soll es ein bis eineinhalb Kilo Kartoffeln geben, doch diese sind nicht überall zu erhalten.⁹⁷⁵ Aufgrund dieser Quotenkürzung bricht eine große Streikwelle aus, die bei den Daimler-Werken in Wiener Neustadt beginnt und innerhalb weniger Tage auf Böhmen, Mähren, Ungarn, Siebenbürgen und Polen übergreift.⁹⁷⁶ Bis zum 19. Jänner legen allein in der österreichischen Reichshälfte 600.000 Arbeiter ihre Arbeit nieder. In diese Streiks, ausgelöst von der Ernährungsfrage, mischen sich nun auch politische, vorwiegend bolschewistische Parolen, die an Radikalität zunehmen. Kurzfristig denkt man auch an, eine Militärregierung einzusetzen. Obwohl es in diesen Tagen auch zu einem rigorosen Arbeiterabbauprogramm und Streichung der Arbeitslosenunterstützungen kommt, obwohl die Arbeitslosen oft einrückend gemacht werden,⁹⁷⁷ gelingt es den Sozialdemokraten vorerst, zu kalmieren. Am 21. Jänner ruft die Parteileitung wieder zur Aufnahme der Arbeit auf, doch es ist eindeutig klar, dass die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk zu einem positiven Ergebnis kommen müssen.⁹⁷⁸

Die BZ nimmt die Kürzung der Mehlsquote beinahe „gottergeben“ hin. Sie bemerkt hierzu einzig, dass die Kürzung keine Überraschung für die Bevölkerung in Baden sei und man sich wünsche, dass die Quote bald wieder auf das normale Maß gehoben werde, vor allem, da sie auch in Hinblick auf den großen Mangel an anderen Lebensmitteln als nicht ausreichend erscheine.⁹⁷⁹ Vielleicht kann Baden auch deshalb ein wenig beruhigter sein als andere Teile des Reiches, da die Stadt durch das AOK doch einen gewissen Schutz genießt.⁹⁸⁰ Dies ist nicht das einzige Mal, dass bemerkt wird, dass Baden sehr unter dem Krieg zu leiden hat, man aber aufgrund des AOK doch in einer besseren Situation ist, als die meisten anderen Teile des

⁹⁷⁴ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 222.

⁹⁷⁵ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 893f.

⁹⁷⁶ Vgl. *Janz*: 14. S. 264.

⁹⁷⁷ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 238f.

⁹⁷⁸ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 905-910.

⁹⁷⁹ Vgl. BZ Nr. 5 v. 16.01.1918, S. 2.

⁹⁸⁰ Vgl. BZ Nr. 4 v. 12.01.1918, S. 3 u. 4.

Reichs.⁹⁸¹ Offenbar ist man gegenseitig um ein gutes Verhältnis bemüht. Auch der Generalstabschef Arz von Straußenburg spricht über das Wohlbefinden der AOK-Angehörigen in Baden und darüber, wie sehr man sich freue, der Stadt helfen zu können.⁹⁸²

Die Arbeiterstreiks gehen auch an Baden nicht spurlos vorbei. Im Saal des Kurhauses findet aus diesem Anlass eine Versammlung mit ca. 3000 Teilnehmern statt, mit dem Vertrauensmann der Sozialdemokraten, Ludwig Brunner, als Vorsitzendem. Als Gastredner ist Paul Richter eingeladen. Der Statthaltereirat Bosizio ist ebenfalls als Gast bei der Versammlung anwesend, als offizieller Vertreter der Bezirkshauptmannschaft fungiert jedoch nicht er, sondern ein Statthaltereikonzipist.⁹⁸³ Die vormals totgeschwiegenen Sozialdemokraten sind nun fixer Bestandteil des politischen Lebens in Baden. Auch die BZ, die einst in den Sozialdemokraten ein großes Übel gesehen hat, muss nun eingestehen, dass das Bild des „vaterlosen Sozialisten“ großes Unrecht gewesen sei und der Arbeiterschaft Respekt zollen, kann sich jedoch der Kritik an ihr auch nicht enthalten. Die Streikbewegung heißt sie nicht gut. Angesichts der Arbeiter-Streiks erwacht wieder das patriotische Gewissen der liberalen BZ. Sie argumentiert in altgewohnter Weise mit der notwendigen Geschlossenheit, die es den Kriegsgegnern zu demonstrieren gelte.⁹⁸⁴ Sie befürchtet, der Feind könnte die Arbeiterstreiks aufbauschen⁹⁸⁵ – die tatsächlichen Hungertoten der Monarchie erwähnt die BZ nicht.⁹⁸⁶ Es solle nichts getan werden, was den Frieden von Brest-Litowsk gefährden könnte.⁹⁸⁷ Diese Haltung wird die BZ schon wenige Wochen später revidieren und anzweifeln, dass von der Ukraine tatsächlich soviel Getreide zu erwarten ist, wie erhofft und dass man die Transportmittel habe, das Getreide abzutransportieren, selbst wenn es existierte⁹⁸⁸ – die gleichen Sorgen, die auch Arz von Straußenburg bewegen.⁹⁸⁹ Doch zu Beginn teilen die BZ und Brunner, der Czernin hinsichtlich der Friedensverhandlungen sein Vertrauen ausspricht, in „warmen Worten“ vom Kaiser spricht und die liberale Haltung des AOK der Zusammenkunft gegenüber lobt, die Hoffnung auf den Frieden von Brest-Litowsk.⁹⁹⁰

⁹⁸¹ Vgl. BZ Nr. 51 v. 26.06.1918, S. 3.;

⁹⁸² Vgl. BZ Nr. 14 v. 16.02.1918, S. 3 u. 4.

⁹⁸³ Vgl. BZ Nr. 7 v. 23.01.1918, S. 2.

⁹⁸⁴ Vgl. BZ Nr. 6 v. 19.01.1918, S. 1.

⁹⁸⁵ Vgl. BZ Nr. 7 v. 23.01.1918, S. 2.

⁹⁸⁶ Vgl. *Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg*. S. 895.

⁹⁸⁷ Vgl. BZ Nr. 6 v. 19.01.1918, S. 2.

⁹⁸⁸ Vgl. BZ Nr. 16 v. 23.02.1918, S. 1 u. 2.

⁹⁸⁹ Vgl. *Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg*. S. 911.

⁹⁹⁰ Vgl. BZ Nr. 7 v. 23.01.1918, S. 2.

Der Friede von Brest-Litowsk und die Verschlimmerung der Lage

Tatsächlich erschweren die Streiks Czernins Position bei den Verhandlungen, allerdings an einer anderen Stelle als von der BZ gedacht. Aufgrund der Hungerstreiks ist Österreich erneut darauf angewiesen, Lieferungen vom Deutschen Reich zu erhalten, was Czernins Behauptung, notfalls gegen den Willen Deutschlands einen Separatfrieden schließen zu wollen, an Glaubwürdigkeit nimmt. Die Notwendigkeit, Nahrungsmittel zu erhalten, bringt die Habsburgermonarchie in eine schwache Position. Sie muss auch gegenüber der Ukraine, von wo man sich Nahrungsmittel erhofft, Nachgiebigkeit zeigen, was sowohl innenpolitisch Probleme bereitet⁹⁹¹ als auch außenpolitisch – beinahe scheitern deswegen die Friedensverhandlungen mit Russland, welches die Ukraine wieder für sich reklamiert. Schließlich kehrt Russland doch an den Verhandlungstisch zurück. Doch die BZ soll recht behalten, die Lieferungen aus der Ukraine belaufen sich bloß auf ein Zehntel der versprochenen Mengen, was v.a. auch daran liegt, dass die in die Ukraine eingezogenen deutschen und k. u. k. Soldaten den Großteil selbst aufbrauchen.⁹⁹² Den Zusammenbruch kann man dadurch aber noch hinauszögern.⁹⁹³

Dabei gelingt es den Mittelmächten mit der Frühjahrsoffensive beinahe, den Krieg auf militärischer Basis zu gewinnen. Der Sieg wird schließlich auch durch die Nahrungsmittelfrage, die vor allem für Österreich, aber auch für Deutschland zum Fatum wird, verhindert. Die zahlreichen Vorräte, die die Soldaten in den Schützengräben der Gegner vorfinden, bringt sie dazu, sich von der Offensive abzuwenden und lieber Hunger und Durst zu stillen.⁹⁹⁴ Die Soldaten der Habsburgermonarchie sind stark unterernährt. Ihre Tagesration besteht im Frühjahr 1918 aus einer halben Fleischkonserve, ein wenig Dörrgemüse und einem Stück des wenig bekömmlichen Kriegsbrot. Das Durchschnittsgewicht der Frontsoldaten sinkt auf 55kg herab.⁹⁹⁵

Die Lage in der Habsburgermonarchie wird trotz der Friedensschlüsse immer fataler. Nachdem nun schon zu Beginn des Jahres die Brotquoten auf ein beinahe unerträgliches Maß gesenkt wurden, verschlechtert sich nun auch noch die Fleischversorgung. Der Viehstand ist inzwischen erheblich reduziert.⁹⁹⁶ Ab März darf an fleischlosen Tagen auch kein Schafffleisch mehr konsumiert werden.⁹⁹⁷

⁹⁹¹ Vgl. Höbelt: Kornblume. S. 342.

⁹⁹² Vgl. Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 910-920.

⁹⁹³ Vgl. Loewenfeld-Russ: Regelung. S. 69.85

⁹⁹⁴ Vgl. Broadberry, Harrison: The Economics of World War I: an overview. S. 13.

⁹⁹⁵ Vgl. Dietrich: Tod. S. 265.

⁹⁹⁶ Vgl. Hautmann: Hunger. S. 665.

⁹⁹⁷ Vgl. Grandner: Gewerkschaftspolitik. S. 224.

Die Badener und Badenerinnen plagt die Frage, wie die Osterfeiertage zu überstehen sein werden.⁹⁹⁸ Anfang März gibt die Bezirkshauptmannschaft die neuen Brotkarten im Sinne der erfolgten Mehlkürzung aus. Da Teilnehmer der Kriegsküche an diese wöchentlich 5 Brotkartenabschnitte abgeben müssen, können sie für Mahlzeiten zuhause mit den restlichen Brotkartenabschnitten bloß noch ein Achtel Kilo Mehl pro Woche erhalten.⁹⁹⁹ Noch dazu verteuert sich der Gaspreis erheblich, was eine zusätzliche Belastung bei der allgemeinen Teuerung bedeutet.¹⁰⁰⁰ Besseres Fleisch ist inzwischen ein Luxusgut, Fleisch- und Wurstwaren, die bisher als Ersatz für gutes Fleisch verwendet wurden, sind inzwischen beinahe ebenso rar und teuer wie normales Fleisch.¹⁰⁰¹ Zur Hilfe kommt anlässlich der Osterfeiertage wieder einmal das AOK. Dieses spendet für die Mindestbemittelten einige Säcke Mehl, außerdem organisiert es zu den Feiertagen 100 geschlachtete Kälber und über 5000kg Schweinefett, die über die Bezirkshauptmannschaft an den Bezirk Baden abgegeben werden.¹⁰⁰² Außerdem erhält die Badener Bevölkerung durch Vermittlung des AOK günstigeres Selchfleisch. Bei der Geschäftsstelle der Bezirkshauptmannschaft werden außerdem Hasen, Geflügel, Selchfleisch, Spinat und Äpfel ausgegeben.¹⁰⁰³ Doch schon zu Pfingsten ist es vorbei mit der Feiertagsfreude. Die Badener Bevölkerung erhält Brot, das der Beschreibung nach nach Lysol oder Karbol schmeckt.¹⁰⁰⁴

Die Wut auf die Staatsverwaltung, aber auch auf die Gemeindevertretung, der nun die Versäumnisse vergangener Zeiten, wie das nie gebaute Schlachthaus, vorgeworfen werden, wächst.¹⁰⁰⁵ In dieser Situation versucht man tunlichst, den von Abstiegsängsten geplagten Mittelstand¹⁰⁰⁶ zu befrieden. Die Fleischbeteiligung ist zweigeteilt, wobei die Mindestbemittelten immer das schlechtere, aber auch günstigere, Fleisch bekommen sollen. Durch die verminderten Fleischzufuhren kommt man nun aber in die Situation, dass die Mindestbemittelten plötzlich besseres Fleisch erhalten als der Mittelstand. Diesen Umstand kann man natürlich nicht bestehen lassen. Die Bezirkshauptmannschaft bemüht sich um die Einfuhr von Pferdefleisch, das nun Mindestbemittelten das einstmals schlechtere, nun beliebtere inländische Fleisch ersetzen soll, welches nun dem Mittelstand vorbehalten ist.¹⁰⁰⁷

⁹⁹⁸ Vgl. BZ Nr. 25 v. 27.03.1918, S. 2.

⁹⁹⁹ Vgl. BZ Nr. 19 v. 06.03.1918, S. 3.

¹⁰⁰⁰ Vgl. BZ Nr. 22 v. 16.03.1918, S. 2 u. 3.

¹⁰⁰¹ Vgl. BZ Nr. 24 v. 23.03.1918, S. 3 u. 4.

¹⁰⁰² Vgl. BZ Nr. 25 v. 27.03.1918, S. 2.

¹⁰⁰³ Vgl. BZ Nr. 26 v. 30.03.1918, S. 3.

¹⁰⁰⁴ Vgl. BZ Nr. 41 v. 22.05.1918, S. 2.

¹⁰⁰⁵ Vgl. BZ Nr. 26 v. 30.03.1918, S. 2.

¹⁰⁰⁶ Vgl. Boyer: Culture. S. 425.

¹⁰⁰⁷ Vgl. BZ Nr. 30 v. 13.04.1918, S. 3.

Zu den Abstiegsängsten des Mittelstandes kommt die Furcht vor der steigenden Kriminalität. Die BZ schreibt von der zunehmenden Unsicherheit in Baden.¹⁰⁰⁸ Ebenso wie bei der Lebensmittelversorgung,¹⁰⁰⁹ so schwierig sie sich auch gestaltet, hat Baden hier als Standort des AOK einen Vorteil, denn die übergeordneten Behörden konnten bereits Monate zuvor durchsetzen, dass wenigstens ein Teil der Sicherheitsmannschaft vom Kriegsdienst enthoben wurde, sodass Badens Sicherheitspersonal zwar verringert, aber doch ausreichend ist.¹⁰¹⁰

In der Not geht jedoch auch die österreichische Staatsverwaltung zu „Piraterie“ und „Diebstahl“ über. Im April lassen die Behörden auf der Donau für Deutschland bestimmte Maisschlepper aufbringen, um Wien vor einer Hungerkatastrophe zu retten.¹⁰¹¹ Auch durchfahrende Züge mit rumänischem Getreide, das ebenfalls für Deutschland bestimmt ist, werden beschlagnahmt.¹⁰¹² Man muss versuchen, alles an Lebensmitteln zusammenzukratzen, dessen man habhaft werden kann.

Die Regierung hat auch mit neuen Aufständen zu kämpfen. In der Steiermark erheben sich slowenische Rekruten, auch in Böhmen wird rebelliert.¹⁰¹³ Gleichzeitig führt die sogenannte Sixtus-Affäre – das Öffentlich-Werden der geheimen Friedensverhandlungen des Vorjahrs –, die den Kaiser schwer angeschlagen zurück lässt, zu weiterer Radikalisierung im Inneren des Reiches und noch größerer Abhängigkeit von Deutschland, zu dem das Verhältnis nun erschüttert ist.¹⁰¹⁴ Gleichzeitig benötigt man weitere Zugeständnisse Deutschlands bei Nahrungsmitteln, die tatsächlich gemacht werden.¹⁰¹⁵ Weite Teile der Bevölkerung bezeugen Karl für seine Friedensbemühungen jedoch durchaus Sympathie.¹⁰¹⁶

Auch in Baden ist die Sympathie zur Kaiserfamilie ungebrochen. Im März hat man die Geburt des Sohnes von Zita und Karl in Baden mitbekommen und zur Feier des Tages auch gleich eine Armenspende von 5000 Kronen vonseiten des Kaisers erhalten. Der Kaiser wird als Gebender wahrgenommen und gezeichnet. Über die Anfeindungen, die dem Kaiserpaar entgegenschlagen, zeigt sich der Bürgermeister im Namen der Badener empört – denn sei an irgendeinem Bedarfsartikel Not aufgetreten, habe es „[...] genügt [...], sich mit einem Bittgesuche an Seine Majestät zu wenden, und die Not [ist] sofort beseitigt worden.“¹⁰¹⁷

¹⁰⁰⁸ Vgl. BZ Nr. 20 v. 09.03.1918, S. 3.

¹⁰⁰⁹ Vgl. BZ Nr. 51 v. 26.06.1918, S. 3.

¹⁰¹⁰ Vgl. BZ Nr. 62 v. 03.08.1918, S. 3 u. 4.

¹⁰¹¹ Vgl. Grandner: Gewerkschaftspolitik. S. 222f.

¹⁰¹² Vgl. Janz: 14. 238.

¹⁰¹³ Vgl. Ebenda. S. 264.

¹⁰¹⁴ Vgl. Höbelt: Kornblume. S. 342-344.

¹⁰¹⁵ Vgl. Loewenfeld-Russ: Regnelung. S. 69f.

¹⁰¹⁶ Vgl. Boyer: Culture. S. 430.

¹⁰¹⁷ Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S.435 u. 436.

Sommer 1918

Nachdem aber weder der Brotfriede von Brest-Litowsk noch der am 5. Mai geschlossene Friede von Bukarest mit Rumänien die erhofften Lebensmittelzufuhren bringen,¹⁰¹⁸ muss im Juni schließlich die Brotquote erneut gekürzt werden. Im gesamten Reich brechen Hungerunruhen aus.¹⁰¹⁹ Die Situation ist untragbar. Die Rationen der Soldaten, die ab Mitte des Monats in die letzte österreichisch-ungarische Großoffensive an der Piave ziehen,¹⁰²⁰ erreichen vor der Ernte einen Tiefststand. In der Etappe erhalten Soldaten bloß noch 180g an Mahlprodukten, im Feld 283g.¹⁰²¹ Die schlecht ausgerüsteten Truppen erfahren Verluste von über 118.000 Menschen – Verwundete, Vermisste und Gefallene.¹⁰²² Trotzdem verliert die Drohung, streikende Arbeiter unter Militärdienst zu stellen, ihre Wirkung, denn die Militärangehörigen sind immer noch besser versorgt als die Zivilisten. Die Bevölkerung verhungert buchstäblich.¹⁰²³

Das Angebot von ROHÖ und Konsumentenverein in Baden besteht nun hauptsächlich aus Würfeln und Gewürzen, Ergiebigeres wie etwa Eier oder Fett findet sich selten im Angebot und wenn, dann meist bloß für Rayonierte, also über die Bezirkshauptmannschaft erworben, Fleisch so gut wie gar nicht.¹⁰²⁴ Bereits jetzt im Sommer beginnt man sich auf den Kriegswinter zu fürchten.¹⁰²⁵ Der Bezirkshauptmann muss versuchen, zu beschwichtigen und die Bevölkerung des Bezirks zum Durchhalten zu motivieren.¹⁰²⁶ Die Hilfsmaßnahmen werden ausgeweitet. Die Bezirkshauptmannschaft besorgt im Zuge der Hilfsaktion für Mindestbemittelte Nahrungsmittel für die Bedürftigsten. Weiters ruft die Hilfsaktion die Bemittelteren dazu auf, zugunsten der Armen auf den fortlaufenden Mehlbezug zu verzichten.¹⁰²⁷ Leute, die selbst Mehl beziehen, werden gebeten, ihre Meh ration zur wirtschaftlichen Geschäftsstelle in Baden zu bringen, auch um der „patriotischen Pflicht“ willen. Auch für die Kriegsküchen, die wachsende Zahlen verzeichnen, wird um Unterstützung gebeten.¹⁰²⁸ Laut BZ wird diesem Aufruf tatsächlich Folge geleistet, vor allem auch aufgrund des Beispiels der erzherzoglichen Hofhaltung der Weilburg,¹⁰²⁹ die auch auf anderem Weg Hilfe leistet. Doch an anderer Stelle löst die Bitte um Mehlspenden durch „die

¹⁰¹⁸ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 914-920.

¹⁰¹⁹ Vgl. *Janz*: 14. S. 264.

¹⁰²⁰ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 957-961.;

¹⁰²¹ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 247.

¹⁰²² Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 960.

¹⁰²³ Vgl. *Boyer*: Culture. S. 423.

¹⁰²⁴ Vgl. BZ Nr. 36 v. 04.05.1918 – BZ Nr. 62 v. 03.08.1918.

¹⁰²⁵ Vgl. BZ Nr. 54 v. 06.07.1918, S. 1.

¹⁰²⁶ Vgl. BZ Nr. 50 v. 22.06.1918, S. 2.

¹⁰²⁷ Vgl. BZ Nr. 53 v. 03.07.1918, S. 1.

¹⁰²⁸ Vgl. BZ Nr. 54 v. 06.07.1918, S. 2 u.3.

¹⁰²⁹ Vgl. BZ Nr. 47 v. 12.06.1918, S. 2.

Wohlhabenderen“ auch Häme aus, denn man fragt sich, wer denn „die Wohlhabenderen“ sein sollen.¹⁰³⁰

In diesem Sommer erreichen die Preise der Konsumgüter ein Niveau, das um 1000% über dem des letzten Vorkriegsmonats liegt.¹⁰³¹ Ende Juli wird der Bezirkshauptmannschaft als besondere Notstandshilfe in dieser Zeit erlaubt, freihändig Waren in Polen aufzutreiben. Diese müssen, aufgrund der schwierigen und komplizierten Bedingungen, unter denen diese Warenankäufe erfolgen, teilweise zu Schleichhandelspreisen an die Bevölkerung abgegeben werden.¹⁰³² Um die Nahrungsmittelversorgung im Bezirk zu regeln, wird vom Bezirkswirtschaftsrat außerdem ein „freiwilliger Ernährungsdienst“ eingerichtet, der über Konsumorganisationen, u.a. die ROHÖ, organisiert wird. Der Verkehr mit Lebensmitteln soll genau überwacht und die Aufteilung des Vorhandenen an die verschiedenen Sprengel geregelt werden.¹⁰³³

Zwischen Stadt- und Landgebieten bricht der „Kartoffel-Krieg“ aus. Zu Tausenden ziehen Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen in die umliegenden Dörfer, um bei den Bauern Kartoffel zu erstehen.¹⁰³⁴ Kommt der Handel zustande, so wechseln meist Güter den Besitzer, denn Geld wird von den Landwirten nicht mehr gerne entgegen genommen, es ist inzwischen wertlos für sie geworden. Der Tauschhandel in der Landwirtschaft überträgt sich schließlich auch auf andere Teile der Wirtschaft.¹⁰³⁵ Kommt der Handel nicht zustande, so werden die Feldfrüchte einfach gestohlen, wobei die kostbaren Früchte und Felder oft zerstört werden. Sogar zu Fällen körperlicher Gewalt kommt es.¹⁰³⁶

Zwar ist Baden keines der klassischen Anlaufziele der Wiener,¹⁰³⁷ – immer noch sehen sich die Badener den Wienern gegenüber in mancherlei Hinsicht wie etwa der Obstpreise benachteiligt¹⁰³⁸ –, doch auch hier werden zahlreiche Kartoffelstauden durch Felddiebstähle zerstört.¹⁰³⁹ Für die Zeit von neun Uhr Abend bis vier Uhr Früh wird das Begehen der Felder untersagt, wobei in der Gemeinderatssitzung halb scherzhaft angemerkt wird, man sollte auch den Besitzern das Begehen ihrer Felder verbieten, denn diese würden selbst am meisten stehlen.¹⁰⁴⁰ Auch die Gemüsegärten sollen nun Tag und Nacht bewacht werden. Hier

¹⁰³⁰ Vgl. BZ Nr. 55 v. 10.07.1918, S. 2 u. 3.

¹⁰³¹ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 224.

¹⁰³² Vgl. BZ Nr. 61 v. 31.07.1918, S. 1 u. 2.

¹⁰³³ Vgl. BZ Nr. 50 v. 22.06.1918, S. 3. und BZ Nr. 64 v. 10.08.1918, S. 3.

¹⁰³⁴ Vgl. *Langthaler*: Hinterland. S. 316.

¹⁰³⁵ Vgl. *Schmied-Kowarzik*: Erschöpfung. S. 541f.

¹⁰³⁶ Vgl. *Langthaler*: Hinterland. S. 316.

¹⁰³⁷ Vgl. *Healy*: Vienna Falling. S. 62. Zahlreiche Wiener ziehen gegen Stammersdorf, Königsbrunn, Hagenbrunn, Kleinengersdorf und Enzersfeld.

¹⁰³⁸ Vgl. BZ Nr. 63 v. 07.08.1918, S. 2 u. 3.

¹⁰³⁹ Vgl. BZ Nr. 63 v. 07.08.1918 – BZ Nr. 68 v. 24.08.1918.

¹⁰⁴⁰ Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S.447- 449.

geschieht die Bewachung durch die Bewirtschaftenden selbst, wobei auch diese Armbinden zur Erkennung und Schusswaffen erhalten. Außerdem wird mit der Bezirkshauptmannschaft, der Gemeinde und dem AOK vereinbart, dass die in ihrem Dienst fungierenden Patrouillen angewiesen werden, die Felder mit zu bewachen.¹⁰⁴¹ Die BZ jedoch bringt den Hungernden, die Hamsterfahrten unternehmen, Verständnis entgegen. Zwar heißt sie den Rucksackverkehr nicht gut und sie äußert Zufriedenheit, dass die Landwirte bestraft werden, doch meint sie, es sollen nicht bloß die Bauern und die „kleinen Lumpen“ bestraft werden, sondern die großen Wucherer.¹⁰⁴² Mit weit weniger Verständnis blickt man auf die Kurgäste. Die Gemeindevertretung bemüht sich bereits im März darum, den Kurbetrieb zu organisieren.¹⁰⁴³ Wieder in letzter Sekunde werden die Regeln zur Kur in diesem Jahr veröffentlicht. Die Saison dauert im Sommer 1918 von 1. Mai bis 15. Oktober. Kurbedürftige dürfen höchstens sechs Wochen Kur in Anspruch nehmen. Man ändert die Bedingungen so, dass nur noch eine reduzierte Zahl von Personen während der Saison nach Baden kommen darf. Bewohner von Familienpensionen dürfen bloß kommen, soweit die Vorräte reichen. Auch die Verpflegung in den Gast- und Schankgewerbebetrieben unterliegt der Voraussetzung, dass sie ausreichend versorgt werden können. Abseits davon sind aber keine Einschränkungen vorgesehen. Die Gäste werden ebenso rayoniert wie die Badener und Badenerinnen. Doch der drückende Mangel macht sich bemerkbar. In diesem Jahr ist die Möglichkeit, Kinder und Kranke mit Milch versorgen zu können, unsicher. Auch Kohlen und Holz werden „nach Möglichkeit“ abgegeben. Die Benachteiligung der Einheimischen zu vermeiden, ist wieder die oberste Devise, die ausgegeben wird.¹⁰⁴⁴ Trotzdem beklagt man bald wieder die Bevorzugung der Kurgäste.¹⁰⁴⁵ Schließlich geht die BZ dazu über, für die Ausweisung der Kurgäste als „Akt der Selbsthilfe“ zu plädieren.¹⁰⁴⁶ Während die BZ die Badener und Badenerinnen durch die Kurgäste geschädigt sieht, sieht der Bürgermeister den Kurbetrieb durch die Einquartierung des AOK stark geschädigt. Er macht dadurch einen Ausfall von mindestens sechs bis acht Mio. Kronen geltend und bittet das AOK, vorläufig wenigstens die Vergütung der effektiven Barzahlung für die Einquartierung, ohne Berücksichtigung der anderen Verluste, zu bewilligen, da die Gemeinde sonst nicht mehr zahlungsfähig sei.¹⁰⁴⁷ Man versucht irgendwie, die Einbringung der Ernte abzuwarten. Danach versucht man, die Landwirte zu möglichst hohen Abgaben zu bewegen. Dadurch, dass die Grundbesitzer

¹⁰⁴¹ Vgl. BZ Nr. 58 v. 20.07.1918, S. 3.

¹⁰⁴² Vgl. BZ Nr. 71 v. 04.09.1918, S. 1.

¹⁰⁴³ Vgl. StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918, S.171.

¹⁰⁴⁴ Vgl. BZ Nr. 35 v. 01.05.1918, S. 2.

¹⁰⁴⁵ Vgl. BZ Nr. 63 v. 07.08.1918, S. 2 u. 3. und BZ Nr. 64 v. 10.08.1918, S. 3.

¹⁰⁴⁶ Vgl. BZ Nr. 68 v. 24.08.1918, S. 3. und BZ Nr. 69 v. 28.08.1918, S. 2.

¹⁰⁴⁷ Vgl. StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

gleichzeitig vor die Kommission geladen werden, will man erreichen, dass diese sich gegenseitig in ihren Angaben kontrollieren. Außerdem sollen die Protokolle der von der Kommission durchgeführten Kontingentsaufstellung öffentlich einsehbar sein.¹⁰⁴⁸ Die Behörden versuchen auch die Landwirte durch eine starke Erhöhung der Übernahmepreise zur möglichst vollständigen Abgabe des Getreides an die KGV zu bringen. Entsprechend teuer wird auch das Brot.¹⁰⁴⁹ Doch sogar direkt nach der Ernte im September verfügt man insgesamt nur über 76,51% des Getreides, das man bräuchte, um den rationsmäßigen Bedarf der Bevölkerung zu bedienen. Noch dazu deckt die landwirtschaftliche Bevölkerung ihren Bedarf voll, zuungunsten der Stadtbevölkerung. Nun verteilt die Regierung das Vorhandene nicht mehr gleichmäßig, sondern berücksichtigt besondere soziale und wirtschaftliche Verhältnisse einzelner Gebiete, wodurch wiederum der Ausfall in anderen Gebieten größer wird.¹⁰⁵⁰ Kurzfristig kann durch die Ernte der Zusammenbruch aber noch einmal verschoben werden.¹⁰⁵¹ Ab 12. August kommt in Baden nach acht Wochen wenigstens wieder die gekürzte Ration von einem Viertel Kilo Brot pro Person und Tag voll zur Ausgabe,¹⁰⁵² doch dass nicht zur ursprünglichen Quote zurückgefunden wird und die anderen Lebensmittel nur sehr teuer zu erstehen sind, macht der Bevölkerung stark zu schaffen.¹⁰⁵³

Die nächste Hiobsbotschaft kommt mit der geplanten Gemüsesperre, die die Gemeindevertretung aufgrund eines von Kollmann eingebrachten Dringlichkeitsantrags in ihrer ersten Zusammenkunft nach den Sommerferien zum Thema macht. Dieser Sperre möchte man sich nicht mehr beugen, denn im Vorjahr bereits machte man mit der Sperre von Gemüse die schlechte Erfahrung, dass man den Nahrungsmitteln beim Verfaulen zusehen konnte. Gegen diesen Beschluss der Behörden zeigen die Gemeindevertreter wie auch die BZ seltene Einigkeit.¹⁰⁵⁴ Vertrauen und Respekt gegenüber den staatlichen Behörden sind augenscheinlich verloren gegangen. Die Entscheidungen, die Kabinett und Staatsverwaltung treffen, vor allem die erneute Vertagung des Parlaments, erregen starken Unwillen.¹⁰⁵⁵

¹⁰⁴⁸ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; 1919-1929. Die Gemeinde Baden bildet ein Rayon mit Pfaffstätten, Raisenmarkt und Sooß.

¹⁰⁴⁹ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 408.

¹⁰⁵⁰ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 155-158.

¹⁰⁵¹ Vgl. *Grandner*: Gewerkschaftspolitik. S. 251.

¹⁰⁵² Vgl. BZ Nr. 65 v. 14.08.1918, S. 2.

¹⁰⁵³ Vgl. BZ Nr. 73 v. 11.09.1918, S. 2.

¹⁰⁵⁴ Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S.477-479.; BZ Nr. 74 v. 14.09.1918, S. 2 u. 3.

¹⁰⁵⁵ Vgl. BZ Nr. 37 v. 08.05.1918, S. 1.; BZ Nr. 50 v. 22.06.1918, S. 2.; BZ Nr. 51 v. 26.06.1918, S. 1.

Der Zusammenbruch

Führt Kollmann bei seinem Dringlichkeitsantrag gegen die Gemüsesperre im September noch die Fülle, mit der die Märkte mit Gemüse beschickt seien und damit die Unnötigkeit der Sperre ins Treffen,¹⁰⁵⁶ erfolgt bloß wenige Wochen später der Zusammenbruch – auf sämtlichen Gebieten: Ernährungswirtschaft,¹⁰⁵⁷ Waffenproduktion¹⁰⁵⁸ und an den Fronten. Im Oktober kann man sich nicht mehr über die Überlegenheit der Alliierten hinwegtäuschen.¹⁰⁵⁹ Die k. u. k. Soldaten sind ausgehungert, ihre zerschlissenen Uniformen und Schuhe sind im Kampf nicht mehr zu gebrauchen.¹⁰⁶⁰ Anfang Oktober ist der allgemeine Mehlbedarf für die Monarchie bloß noch für 40 Tage gedeckt.¹⁰⁶¹ Von den Epidemien, gegen die das durch Hunger geschwächte Immunsystem nicht mehr ankommt, wütet die Spanische Grippe am schlimmsten. Die Todeszahlen steigen dramatisch an.¹⁰⁶²

Dass Bulgarien Ende September den Waffenstillstand einleitet, bedeutet indirekt auch das Ende des Krieges für die Habsburgermonarchie, denn mit dem Abzug der bulgarischen Truppen ist Ungarn ungedeckt und die ungarische Regierung drängt auf den Abzug der ungarischen Truppen aus Italien, um Ungarn absichern zu können. Teile der k. u. k. Truppen sind auch nicht mehr bereit, zu gehorchen. Karl versucht mit seinem Völkermanifest zu retten, was zu retten ist.¹⁰⁶³ Doch es ist zu spät, das Vielvölkerreich befindet sich bereits in Auflösung, die Nationalitäten der Habsburgermonarchie wollen ihr nicht mehr angehören.¹⁰⁶⁴ Am 24. Oktober eröffnen die Italiener die letzte Offensive der Alliierten auf die Mittelmächte. Am 28. Oktober, am Ende dieser Offensive, geht das Ersuchen um einen Waffenstillstand und Sonderfrieden hinaus.¹⁰⁶⁵

Die letzten Kriegstage

Der Krieg endet chaotisch. Die Nationalitäten haben sich losgelöst, wie die neuen Staaten beschaffen sein werden, weiß niemand. Am 21. Oktober treten auch die deutschen Abgeordneten des Reichstags im niederösterreichischen Landhaus in Wien zusammen und konstituieren sich als Volksvertretung Deutsch-Österreichs. Sie planen, dass ein

¹⁰⁵⁶ Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S.477-479.;

¹⁰⁵⁷ Vgl. *Loewenfeld-Russ*: Regelung. S. 71.

¹⁰⁵⁸ Vgl. *Hardach*: Der Erste Weltkrieg. S. 82-86.

¹⁰⁵⁹ Vgl. *Janz*: 14. S. 318f.

¹⁰⁶⁰ Vgl. *Hardach*: Der Erste Weltkrieg. S. 82-86.

¹⁰⁶¹ Vgl. *Loewenfeld Russ*: Regelung. S. 71.

¹⁰⁶² Vgl. *Schmied-Kowarzik*: Erschöpfung. S. 497-499.

¹⁰⁶³ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 1025-1033.

¹⁰⁶⁴ Vgl. *Janz*: 14. S. 264.

¹⁰⁶⁵ Vgl. *Rauchensteiner*: Der Erste Weltkrieg. S. 1040-1042.

zwanziggliedriger Nationalausschuss die Regierung und Verwaltung übernehmen und eine konstituierende Nationalversammlung vorbereiten soll.¹⁰⁶⁶ Am 25. Oktober 1918 findet der letzte Sitzungstag im alten Reichsrat statt.¹⁰⁶⁷ Den Staat, den man kannte, gibt es nicht mehr. Die neuen Regierungen rufen ihre Soldaten nachhause, die aber auf verschiedene Truppen fern der Heimat verteilt sind. Die k. u. k. Armee löst sich langsam auf.¹⁰⁶⁸ Bei den am 1. November beginnenden Friedensverhandlungen in der Villa Giusti in Italien unterläuft dem AOK ein fataler Fehler, der in den letzten Stunden des Krieges noch zur Gefangenschaft von ca. 380.000 Männern führt.¹⁰⁶⁹ Als dies geschieht, ist Karl nicht mehr in Baden. Im Oktober bereits hat er die Kurstadt verlassen. Das Armeeoberkommando bleibt über den Waffenstillstand hinaus in Baden.¹⁰⁷⁰

Badens Weg in die Nachkriegszeit

In Baden macht man unwissentlich einen ersten Schritt in die Zeit nach dem Krieg, noch bevor der bulgarische Waffenstillstand geschlossen wird. Ende September lädt die k. k. Bezirkshauptmannschaft die Bürgermeister, Vertreter der Konsumenten und der Kaufleute des Bezirks ins Hotel Brusatti, um ihnen die Auflösung der wirtschaftlichen Geschäftsstelle der k. k. Bezirkshauptmannschaft kundzutun. Auch Vertreter des AOK sind bei der Besprechung anwesend. Von einer Zeit nach dem Krieg ist natürlich noch nicht die Rede, die Auflösung wird damit begründet, dass es „nicht tunlich“ sei, dass eine k. k. Amtsbehörde ohne Einblick der Öffentlichkeit eine Geschäftsstelle dieser Art weiterführe. An Stelle der wirtschaftlichen Geschäftsstelle der k. k. Bezirkshauptmannschaft soll eine neue Geschäftsstelle treten, die der Allgemeinheit gehören und ihr Einblick gewähren soll.¹⁰⁷¹ Die bisherige Geschäftsstelle der Bezirkshauptmannschaft soll bereits Ende September geschlossen werden, die Verteilung der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel jedoch bis längstens 26. Oktober besorgen. Bis dahin soll die neue Geschäftsstelle entstanden sein.¹⁰⁷² Die von dieser Nachricht überraschten Bürgermeister beschließen vorerst, eine genossenschaftliche Geschäftsstelle zu gründen, an der alle zu beteiligten Gemeinden Anteile besitzen sollen. Material und auch Personal sollen von der bisherigen Geschäftsstelle übernommen werden. Die Bezirkshauptmannschaft verspricht weiterhin ihren Schutz, etwa

¹⁰⁶⁶ Vgl. Ebenda. S. 1034f.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Höbelt: Parteien. In: Rumpler: Habsburgermonarchie, Bd. 7/1. S. 1005-1006.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg. S. 1034-1037.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Ebenda. S. 1047-1050.

¹⁰⁷⁰ Vgl. Rauchensteiner, Manfred: Zwischen „Siegfrieden“ und Niederlage. Österreich-Ungarns letzter Krieg 1917-1918. In: Rauchensteiner (Hg.): Baden. S. 30.

¹⁰⁷¹ Vgl. BZ Nr. 77 v. 25.09.1918, S. 1.

¹⁰⁷² Vgl. BZ Nr. 78 v. 28.09.1918, S. 4.

wenn es darum geht, wegen der für die Geschäftsstelle enthobenen Männer zu intervenieren.¹⁰⁷³ Schließlich aber einigen sich die Bürgermeister mit der Firma Krupp darauf, dass diese die Geschäftsstelle weiterführen soll, allerdings soll die Verteilung der Lebensmittel den Gemeinden selbst überlassen werden. Die Bezirkshauptmannschaft besorgt weiterhin die zu verteilenden Lebensmittel. Die konstituierende Versammlung der neuen Geschäftsstelle findet am 25. Oktober 1918 statt. Ab 1. November wird die ehemalige wirtschaftliche Geschäftsstelle der Bezirksstelle der Bezirkshauptmannschaft von der Konsumanstalt der Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A.G. unter der Firma „Wirtschaftsstelle für den politischen Bezirk Baden“ weitergeführt.¹⁰⁷⁴

Während noch die Vorbereitungen für die Errichtung der Genossenschaft getroffen werden, die es schließlich nie geben wird, verläuft das Leben in Baden weiterhin wie gewohnt. Das Polizeikommissariat übernimmt im Zuge der Hilfsaktion für Mindestbemittelte mehrere arme Kinder zur unentgeltlichen Ausspeisung.¹⁰⁷⁵ Die Landwirte müssen Schätzungen über die Hektarerträge hinsichtlich der Spätkartoffeln bekanntgeben, was sich aber schwierig gestaltet, da man nicht genau einschätzen kann, wie sich der schlechte Samen, die schlechte Witterung, die schweren Böden Badens, die das Faulen besonders begünstigen, und vor allem auch die Diebstähle auf die Ernteerträge auswirken werden. Der Konsumentenvertreter, der in der Kommission vertreten ist, geht mit seiner Einschätzung von kaum 45q pro Hektar von nicht einmal der Hälfte des Friedensertrags aus.¹⁰⁷⁶ In Baden mangelt es an Gas, was laut Bürgermeister Trenner nicht an der Kohlennot oder der durch den Ernährungsmangel bedingten schwächeren Leistungsfähigkeit liege, sondern an der Abberufung der Gasarbeiter zur Untersuchung ihres militärischen Tauglichkeitsgrades. Weil die Drosselung des Russgases öfter zu einer Zeit stattfindet, zu der in vielen Haushaltungen gekocht wird, die mit Gasherden versehen sind, ereignet es sich nicht selten, dass man das unfertige Mittagessen zum Nachbarn tragen muss, um es fertig zu kochen. Die Aussichten auf den Winter sind düster.¹⁰⁷⁷

In der zweiten Oktoberhälfte hilft wieder einmal das AOK den Badenern und Badenerinnen aus. Als die Gemeinde erfährt, dass ein Lebensmitteltransport aus den besetzten Gebieten stattfindet, wird sofort ein Gesuch an das AOK gerichtet,¹⁰⁷⁸ es möge den Stellen, welche den Abtransport besorgen, Befehl erteilen, dass Baden berücksichtigt werde. Wenn möglich sollen

¹⁰⁷³ Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S.490-497.;

¹⁰⁷⁴ Vgl. BZ Nr. 88 v. 02.11.1918, S. 2.

¹⁰⁷⁵ Vgl. BZ Nr. 75 v. 18.09.1918, S. 2.

¹⁰⁷⁶ Vgl. StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.

¹⁰⁷⁷ Vgl. BZ Nr. 79 v. 02.10.1918, S. 2 u. 3.

¹⁰⁷⁸ Offenbar muss man schnell auf die Botschaft von der Lebensmittelsendung reagieren. Auf dem Brief ist vermerkt, dass er wegen Dringlichkeit sofort dem Herrn Bürgermeister zum Fertigen in die Wohnung gesendet, nachher protokolliert und dann Herrn Hauptmann Fischer, Offiziersmesse des A.O.K. im Umschlag übergeben werden soll. Vgl. StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

größere Mengen Lebensmittel für Rechnung des AOK nach Baden geschafft und dann an die Gemeinde abgegeben werden, die wiederum den Verschleiß an die Bevölkerung organisieren möchte. Die Stadt benötigt Mehl, Getreide, Mais, Konserven aller Art, Trockenmilch, Kondensmilch, Marmeladen, Kartoffeln, Fett, Hülsenfrüchte, getrocknete Pflaumen und anderes Obst. Die Antwort, im Namen des k. u. k. AOK Chef des Generalstabs, klingt zunächst abschlägig. Die Lebensmittel seien in erster Linie für die Versorgung der Armee und die Approvisionierung im Hinterland gedacht. In besseren Zeiten habe man dem Stadtvorstand im Wege der BH Baden hin und wieder Nahrungsmittel zukommen lassen können, doch nunmehr, wo diese Bezüge wesentliche Einschränkungen erführen, könne man kaum Reserven erübrigen. Nachdem das erklärt ist, werden dem Stadtvorstand zwei bis drei Waggons Kartoffeln und, wenn möglich, später noch Hülsenfrüchte, Dörripflaumen und Pflaumenmus zugestanden.¹⁰⁷⁹ Es wird eines der letzten, aber nicht das letzte Mal sein, dass das AOK seinen Gastgebern hilft.

Nach der Bitte um Waffenstillstand ist den Stadtpolitikern bewusst, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis das AOK Baden verlassen wird. Sie bemühen sich sogleich, die Vorräte und das Material des AOK für sich zu sichern. Die Gemeinde weiß, dass sie schnell handeln muss, sich die Hinterlassenschaften des AOK zu sichern, bevor sie von anderer Stelle beansprucht werden, denn *„heute hat das AOK noch etwas zu sagen, morgen oder übermorgen vielleicht nicht mehr.“*¹⁰⁸⁰ Die Stadtgemeinde erbittet sich Waffen vom AOK, denn in der Unsicherheit der Zeit plant die Stadt, eine Volkswehr bzw. Nationalgarde – um die Terminologie herrscht Uneinigkeit – zu bilden für die jeder im Alter zwischen 18 und 50 Jahren, der nicht untauglich ist, verpflichtet werden soll. Man fürchtet ein Sicherheitsproblem, wenn das AOK nicht mehr in Baden zugegen ist. Von besonderem Interesse sind aber natürlich auch die Lebensmittelvorräte des AOK. Bereits am 1. November 1918 treffen Brusatti und Hofer nach eigener Darstellung inoffizielle Abmachungen mit Oberstleutnant Voit, bei denen dieser Baden sowohl die Waffen als auch die Lebensmittelvorräte sowie Holz, Kohle, Vieh, und so manches andere zugesteht. Die Besitztümer, die die Gemeinde nicht selbst verwerten kann, plant sie zu verkaufen und aus Einnahmen ihre Kosten für die Unterbringung des AOK zu bedecken.¹⁰⁸¹ Teile der Vorräte werden an die Bevölkerung abgegeben.¹⁰⁸² Der Großteil der Lebensmittel und das Vieh werden auf verschiedene Gewerbetreibende aufgeteilt. Die Bevölkerung wird mittels Plakat darüber informiert, dass die vom AOK übernommenen Lebensmittel nicht sehr reichlich seien und sie über die Lebensmittelkarten und Kohlekarten

¹⁰⁷⁹ Vgl. StA B, GB 051/1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK.

¹⁰⁸⁰ Zit. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S.511-516.

¹⁰⁸¹ Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S.511-516.

¹⁰⁸² Vgl. BZ Nr. 89 v. 06.11.1918, S. 2.

an die Bevölkerung abgegeben werden sollen.¹⁰⁸³ Laut einer Zusammenstellung, die später im Zuge der Recherchen des dō. Staatsamts für Kriegs- und Übergangswirtschaft zustande kommt, übernimmt die Gemeinde vom AOK 222 Säcke Brotmehl zu 70kg, 243 Säcke Brotmehl, von Kaiser Karl für die Gemeinde reserviert, und 91 Säcke Kochmehl zu 70kg. Weiters erhält sie Weizen und Roggen, die von der Offiziersmesse des AOK angekauft werden,¹⁰⁸⁴ nach Angaben des AOK 10.000kg Weizen und 13.000kg Roggen. Die Gemeinde geht jedoch von einem tatsächlich geringeren Umfang der Brotfrüchte aus. Darüber hinaus umfassen die Vorräte 1450kg Zucker, 1330kg Fett und 200kg Margarine. Außerdem Kartoffeln, deren tatsächliche Menge die Gemeinde auf 10.000kg schätzt. Auch 700kg Kaffee und zudem Kaffeeersatz, 8000kg Kraut, 4000kg Pflaumen, 10.400kg frisches Kraut (jedoch auch große Mengen davon verfault), 5000kg Zwiebel, 3000kg Maisgries (der auf Auftrag von Oberst Voit hin unentgeltlich an die Kriegsküchen und die Kinderfürsorge abgegeben wird) und eine Kiste Fleischkonserven werden vom AOK übernommen.¹⁰⁸⁵

Schließlich bringt die neue Zeit den Badenern und Badenerinnen nicht nur eine Volkswehr und die Vorräte des AOK, sondern auch eine neue Stadtregierung. Wie in anderen Städten auch wird in Baden ein Wohlfahrtsausschuss gebildet, der zu gleichen Teilen – pro Partei 14 Vertreter – aus Deutschnationalen, Christlichsozialen und Sozialdemokraten bestehen soll. Die so lange regierenden Altliberalen werden nicht mehr berücksichtigt. Der bereits seit 14 Jahren amtierende Bürgermeister Trenner soll vorerst weiterhin im Amt verbleiben. Am 25. November 1918 wird der Wohlfahrtsausschuss schließlich konstituiert. Auch die Sozialdemokratin Marie Brunner, die bereits als Gemeindevirtschaftsrätin in Erscheinung getreten ist, zieht in den Gemeindeausschuss ein und soll auch in den Gemeinderat entsendet werden. Dagegen erheben die Vertreter der anderen Parteien höflichen Einspruch, da auch ihr Ehemann Ludwig Brunner, ebenfalls bereits in Nahrungsmittelagenden während des Ersten Weltkriegs beschäftigt, in den Gemeinderat einziehen soll. Dies, so die Meinung der anderen Parteien, sei nicht möglich. (Tatsächlich konnte auch der Bruder des Bürgermeisters und selbst ehemalige Weikersdorfer Bürgermeister Joseph Trenner aus ebendiesem Grund nicht

¹⁰⁸³ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/1914-1921.

¹⁰⁸⁴ Bei den Unterlagen über die Übernahme der Materialien vom AOK finden sich „Vorschläge für die Übernahme durch Herrn Laschitz und Herrn Prokopp“, die helfen sollen, Doppelzahlungen zu vermeiden. Bei Punkt 5 heißt es: „Dem Fischer [Hauptmann Fischer, mit dem man offensichtlich in dieser Frage kooperierte, Anm.] wäre nichts zu zahlen. Am besten wäre es, da eine Aufteilung auf die einzelnen Offiziere beabsichtigt ist, wenn Herr Fischer die Namen dieser Offiziere angeben würde und ebenso den Verteilungsschlüssel, damit jedem der Offiziere direkt durch die Postsparkassa der Betrag nachgesandt werden könnte. Die Offiziere müssten natürlich stets den Stadtvorstand Baden über ihre jeweilige Adresse am laufenden [sic!] halten.“ Zit. StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/1914-1921.

¹⁰⁸⁵ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/1914-1921. Wie vertrauenswürdig diese Angaben sind, ist in Anbetracht des Gerangels, das im Nachfeld zwischen der Gemeinde Baden und dem dō. Staatsamt für Kriegs- und Übergangswirtschaft Materialverwertungsamt entsteht, fraglich.

als Gemeinderat tätig sein). Die Frage klärt sich schließlich durch den Rücktritt Ludwig Brunnens zugunsten seiner Frau. Die ersten Sozialdemokraten und die erste Frau sind somit an Badens neuer „Stadtregierung“ nach dem Krieg beteiligt. Als eines der vorwiegendsten Probleme wird weiterhin die Sicherung der Approvisionierung gesehen.¹⁰⁸⁶

Ausblick

Die Verbesserung, die sich die Badener und Badenerinnen durch das Kriegsende erhoffen, tritt vorerst nicht ein. Auch weiterhin muss man Abgaben leisten.¹⁰⁸⁷ Der Mangel, der durch den Krieg eingetreten ist, verschärft sich teilweise noch.¹⁰⁸⁸ Zur Erntezeit müssen die Männer der Volkswehr abgezogen werden, um bei den Arbeiten helfen zu können. Noch immer ist die Bezirkshauptmannschaft maßgeblich in die Ernährungsagenden eingebunden.¹⁰⁸⁹

Die Nachforschungen der neuen Staatsverwaltung zum Verbleib der Güter des AOK werden die Gemeinde im Nachfeld noch ein ganzes Jahr beschäftigen. Bereits am 10.11.1918 erhält die Gemeinde ein Schreiben des dö. Staatsamts für Volksernährung, dass Baden die Verpflegsvorräte widerrechtlich beschlagnahmt habe. Die Meldung der Vorräte wird gefordert.¹⁰⁹⁰ Hierauf entsteht ein sich ca. ein Jahr lang ziehender brieflicher Disput zwischen der Gemeinde und verschiedenen Stellen der neuen Verwaltung, bei dem die Verwaltung Informationen über die Vorgänge bei Abzug des AOK und den Verbleib der Besitztümer des AOK verlangt, die zu geben die Gemeinde lange beharrlich verweigert. Die Gemeinde besteht auf dem Standpunkt, dass die Vorräte des AOK nicht widerrechtlich beschlagnahmt, sondern in Einvernehmen mit dem AOK von diesem erworben worden sei – später schreibt sie sogar, dass es der Wunsch des AOK gewesen sei, dass Baden die Vorräte erhalte. Die Gemeinde argumentiert mit der Vehemenz, mit der die Bevölkerung die Lebensmittel verlangt habe und mit Plünderungen durch die Bevölkerung in den Objekten des AOK. Weiters ist sie der Auffassung, man könne die Lebensmittel und das Material nicht zurückgeben, da sie in Baden benötigt würden, das außerdem durch das Fehlen eines Benzinautos von der Versorgung von außerhalb abgeschnitten sei. Die Stadtgemeinde sei durch die fast zwei Jahre lange Anwesenheit des AOK ohnehin materiell empfindlich geschädigt worden und es wäre geradezu unverständlich und unverzeihlich, wenn jetzt durch die Kürzung der Kontingente eine förmliche Bestrafung Badens erfolgen würde. Die arme Bevölkerung in Baden habe

¹⁰⁸⁶ Vgl. StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem.Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918, S.558-575.

¹⁰⁸⁷ Vgl. StA B, GB 051 1915; GB/051/1915. Sowie StA B, GB 051 1914-1929; 1919-1929.

¹⁰⁸⁸ Vgl. StA B, GB 051 1916-1918; GB 051 1916.

¹⁰⁸⁹ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; 1919-1929.

¹⁰⁹⁰ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/1914-1921.

ständig darüber Klage geführt, dass sie darben musste, während die Offiziere des AOK reichlich zu essen gehabt hätten und die Bevölkerung habe nun trotz aller aufklärenden Worte und trotz der ständigen Beruhigungs-Versuche geglaubt, die Vorräte des AOK seien nunmehr Gemeingut und gehöre ihr. Etwas abenteuerlich wird die Geschichte, als die Gemeinde meint, dass nach der Auflösung des AOK die Verschleppung von Lebensmitteln durch Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften in hohem Maße vorgekommen seien und die Unteroffiziere die Offiziere zu Ausgaben aus den Vorräten des AOK gezwungen haben. Bloß dem Eingreifen der Gemeinde sei es zu danken, dass die Verschleppungen ein Ende fanden. Dies wäre die Gemeinde allerdings beinahe teuer zu stehen gekommen, denn aus Unteroffizieren des AOK hätte sich ein Soldatenrat gebildet, der die Verhaftung des Bürgermeisters und die Besetzung des Rathauses beschließen wollte, da die Gemeinde die Verpflegsvorräte und auch die Ledervorräte vor Verschleppungen habe schützen wollen. Auf die Übereinstimmung mit Arz und dem AOK weist die Gemeinde mehrmals hin, eine schriftliche Vereinbarung gibt es jedoch nicht, was die Gemeinde mit dem Chaos im Zuge der Reichsauflösung und der Auflösung des AOK begründet. Im Laufe des Schriftverkehrs werden die Gemeindevertreter etwas unduldsam und verlangen von den Behörden, mit den Nachforschungen aufzuhören, da in den herrschenden Umständen keine Zeit wäre, immerzu Fragen beantworten zu müssen. Schließlich stimmt die Gemeinde offenbar doch der Kooperation mit dem Staatsamt für Heerwesen, dem Material-Verwertungsamt und der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zu. Ein Entsandter, Hauptmann Zampis, soll eine Liste der übernommenen Besitztümer des AOK erstellen, die Gemeinde diese dann auslösen.¹⁰⁹¹

Dieser Streit wird allerdings größtenteils von Josef Kollmann geführt, der 1919 Franz Trenner als Bürgermeister nachfolgt.¹⁰⁹²

Resümee

Tatsächlich hat die Nähe zwischen Wien und Baden Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung in Baden. Anders als vielleicht zu vermuten, ist das doch ländlichere Baden jedoch keine der Gemeinden, aus dem Wien Lebensmittel zu beziehen trachtet,

¹⁰⁹¹ Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/1914-1921. Weiters StA B, GB 051 1916-1947; GB 051/1916-1919 AOK. Sowie StA B, GB 051 1914-1929 ; GB 051/ 1914-1919 Viehfutter Transportpferde. Im Februar informiert die Bezirkshauptmannschaft alle Bürgermeister darüber, dass laut eines Staatsratsbeschluss vom 3.1.1919 bei allen Rechnungen über den Verkauf von Sachdemobilisierungsgütern ein zweiprozentiger Zuschlag zur Rechnungssumme in Form eines freiwilligen Betrages zur Invalidenfürsorge in Deutschösterreich einzuheben ist. Die Gelder sollen sofort an das Staatsamt für soziale Fürsorge abgeführt werden. Vgl. StA B, GB 051 1914-1929; GB 051/1914-1921.

¹⁰⁹² Vgl. *Wallner*: Kaiser. S. 169f.

sondern – genau umgekehrt – Wien wird, zumindest bis zur immer weiter gehenden Zentralisierung der Lebensmittel, zum Bezugsort für die Badener und Badenerinnen. Auch hinsichtlich Organisationen wie etwa der ROHÖ, etc. spielt Wien eine große Rolle, zwischen diesen und den Wiener Niederlassungen besteht oftmals enge Kooperation.

Weniger gewogen sind die Badener und Badenerinnen dagegen mit dem zunehmenden Hunger den (Wiener) Kurgästen. Ist der Kurbetrieb in den Friedensjahren eine wichtige Einnahmequelle und wird er auch in den ersten zwei Kriegsjahren noch einigermaßen klaglos hingenommen, so entwickeln viele Badener und Badenerinnen mit fortschreitendem Hunger eine tiefgehende Aversion gegen die Kurgäste, die sie als Konkurrenten um die raren Nahrungsmittel wahrnehmen. Hier zeigt sich jedoch auch in gravierender Weise der Interessenskonflikt zwischen den Konsumenten und den Geschäftsleuten, die vom Kurbetrieb abhängig sind und gerade in Zeiten großer Teuerung unter dem Ausfall der Kureinnahmen leiden. Solcherart einander widersprechende Interessen werden immer wieder zur Zerreißprobe für die Stadtregierung, die jedoch allem Anschein nach, trotz ihres durchaus vorhandenen Willens, die Konsumenten zu schützen, im Zweifelsfall dazu neigt, eher den Geschäftsleuten entgegenzukommen. Jedoch wird die Gemeinde in ihren Rechten immer weiter beschnitten durch die Übernahme der Ernährungsagenden durch die übergeordneten Instanzen, vor allem der Bezirkshauptmannschaft. Die Bezirkshauptmannschaft Baden wird, wie viele andere Bezirkshauptmannschaften ebenfalls, auch zu einer Anlaufstelle der konsumierenden Bevölkerung.

Wie die Kurgäste werden auch die Flüchtlinge mit der Zeit immer mehr als unnütze Esser empfunden. Antisemitische und flüchtlingsfeindliche Tendenzen sind auch in Baden auszumachen.

Anders als den Kurgästen scheint man den verwundeten Soldaten, die sich bereits ab September 1914 in der Lazarettstadt Baden befinden, nahezu die gesamte Zeit des Ersten Weltkriegs über Sympathie entgegenzubringen. Es finden immer wieder Wohltätigkeitsaktionen zu deren Gunsten statt. Diese werden meist getragen von der Bürgerschaft und dem Kleinadel Badens. Auch der Großadel, hier vor allem Erzherzogin Isabelle und Erzherzogin Marie Luise, engagiert sich für verschiedene Hilfsaktionen, jedoch meist durch die Übernahme von Protektoraten und hin und wieder durch Geldspenden. Die Sympathiebezeugungen sind zu Beginn des Krieges und in der ersten Kriegseuphorie sehr überschwänglich und nehmen im Laufe der Zeit ab, schwinden jedoch auch in schweren Zeiten nicht gänzlich. Über Probleme mit den verwundeten Soldaten ist in den untersuchten Quellen erst ab 1917 zu lesen, als die Not schon weit fortgeschritten ist.

Die Stationierung des AOK und die Anwesenheit des Kaisers haben sehr großen Einfluss auf die Nahrungsmittelversorgung in der Kurstadt. Als Kaiserstadt und Standort des AOK profitiert Baden sowohl von der Autorität der hohen Gäste gegenüber anderen Behörden als auch von Nahrungsmittelzubußen durch diese, was auch immer wieder betont wird. Zwar hat Baden durchaus auch viele Unannehmlichkeiten durch die Anwesenheit des AOK zu erleiden, wie etwa die dadurch noch gewachsene Raumnot, die verschärften Sicherheitsbedingungen und in mancherlei Hinsicht finanzieller Einbußen. Doch in der im Ersten Weltkrieg so wesentlichen Frage der Nahrungsmittelversorgung sowie auch anderer Dinge an denen Not herrscht, zieht die Gemeinde einen großen Nutzen aus der Anwesenheit des AOK und des Kaisers.

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AOK	Armeeoberkommando
BH	Bezirkshauptmannschaft
BVB	Badener Volksblatt
BZ	Badener Zeitung
DVB	Deutscher Volksbote
GB	Gemeindebeirat
GR	Gemeinderat
KGv	Kriegsgetreideverkehrsanstalt
k. k.	kaiserlich-königlich(er)
k. u. k.	kaiserlich- und königlich(er)
Milag	Milchindustrie-Aktiengesellschaft
ROHÖ	Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs
StA B	Stadtarchiv Baden

Quellen

Archivmaterial Stadtarchiv Baden

StA B, Adressbuch Baden 1912
StA B, GB 051 1914-1915
StA B, GB 051 1914-1929
StA B, GB 051 1915
StA B, GB 051/ 1915-1918 Gemeinde Feldbau.
StA B, GB 051 1916-1918
StA B, GB 051 1916-1947
StA B, GB/331/1907
StA B, GB/331/1908
StA B, GB/331/1916

Gemeinderats- und Gemeindeausschussprotokolle

StA B, GB/3b/18, Gemeindeausschuss-Sitzungs-Protokolle. Band IX Oe. 21.VII.1911-2.4.1912.
StA B, GB/3b/19, Gemeindeausschuss-Sitzungs-Protokoll X. Bd. X Oe. 4.IV.1912-1.VIII.1912.
StA B, GB/3b/21, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für öffentliche Sitzungen. Band XII Ae. 7.IV.1914-15.XII.1916.
StA B, GB/3b/22, Öffentl. Gem-Rats-Plenar-Sitzungs-Prot. 15.3.1917-16.12.1918.
StA B, GB/3c/11, Gemeinderatssitzungs-Protokoll vom 18. Juni 1912 bis 8. März 1915.
StA B, GB/3c/12, Gemeinderatssitzungsprotokoll 15.3.1915-29.7.1918
StA B, GB/3d/7, Stadtgemeinde Baden Gemeindeausschuss-Protokoll für vertrauliche Sitzungen, Band VII V. 27./4. 1914 – 29./12. 1916.
StA B, GB/3d/8, Vertrl. G.R.-Plenar-Sitzungs-Prot.VIII., 23.2.1917-16.12.1918

Zeitungen

BVB Nr. 9 v. 27.02.1914 - BVB Nr. 52 v. 27.12.1914
BVB Nr. 1 v. 02.01.1915 - BVB Nr. 52 v. 25.12.1915
BVB Nr. 1 v. 01.01.1916 - BVB Nr. 45 v. 30.12.1916
BVB Nr. 46. 16.01.1917 - BVB Nr. 52 v. 29.12.1917

BZ Nr. 1 v. 03.01.1912 - BZ Nr. 20 v. 09.03.1912
BZ Nr. 79 v. 01.10.1913
BZ Nr. 80 v. 04.10.1913
BZ Nr. 27 v. 03.04.1914 - BZ Nr. 104 v. 30.12.1914
BZ Nr. 1 v. 02.01.1915 - BZ Nr. 104 v. 29.12.1915
BZ Nr. 1 v. 01.01.1916 - BZ Nr. 105 v. 30.12.1916
BZ Nr. 1 v. 03.01.1917 - BZ Nr. 104 v. 29.12.1917
BZ Nr. 1 v. 02.01.1918 - BZ Nr. 89 v. 06.11.1918

DVB Nr. 31 v. 01.08.1914 - DVB Nr. 51 v. 19.12.1914

DVB Nr. 1 v. 02.01.1915 - DVB Nr. 52 v. 25.12.1915

DVB Nr. 1 v. 01.01.1916 - DVB Nr. 52v. 23.12.1916

Sekundärliteratur

Adlgasser, Franz: Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848-1918. Konstituierender Reichsrat 1848-1849 Reichsrat 1861-1918. Ein biographisches Lexikon. Teilband 1: A-L (Wien 2014).

Barth-Scalmani, Gunda u. Gertrud Margesin: Frauen in der Landwirtschaft während des Ersten Weltkriegs: Annäherung an einen blinden Fleck der Weltkriegshistoriografie aus regionaler Perspektive. In: *Karner, Stefan u. Philipp Lesiak* (Hg.): Erster Weltkrieg: globaler Konflikt – lokale Folgen. Neue Perspektiven (Innsbruck/ Wien 2014). S. 273-305.

Bauer, Martin: Alles für die Hauptstadt?. Agrarwirtschaft im Land um Wien während des Ersten Weltkrieges. In: *Loinig, Elisabeth* (Hg.): Fern der Front – Mitten im Krieg. 1914-1918. Alltagsleben im Hinterland. Die Vorträge des 34. Symposiums des NÖ. Instituts für Landeskunde gemeinsam mit dem Institut für Geschichte des ländlichen Raumes. Schallaburg, 30. Juni bis 2. Juli 2014 (=NÖ Institut für Landeskunde, hg. v. Elisabeth Loinig u. Reinelda Motz-Linhart, Bd. 60, St. Pölten 2016). S. 45-67.

Bihl, Wolfdieter: Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Chronik – Daten – Fakten (Wien 2010).

Boyer, John W.: Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897-1918 (Chicago/ London 1995).

Brenner, Andrea: Wruken – Maisbrot – Dottofix. Ersatzlebensmittel am Beispiel des Ersten Weltkrieges in Wien. In: *Wiener Geschichtsblätter* 60, Heft 3 (2005). S. 1-21.

Broadberry, Stephen u. Mark Harrison: The Economics of World War I: an overview. In: *Broadberry, Stephen u. Mark Harrison* (Hg.): The Economics of World War I (Cambridge 2005). S. 3-40.

Brusatti, Alois: Die wirtschaftliche Situation Österreich-Ungarns am Vorabend des Ersten Weltkrieges. In: *Institut für Österreichkunde* (Hg.): Österreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges (Graz/ Wien 1964). S. 61-72.

Dietrich, Elisabeth: Der andere Tod. Seuchen, Volkskrankheiten und Gesundheitswesen im Ersten Weltkrieg. In: *Eisterer, Klaus u. Rolf Steininger* (Hg.): Tirol und der Erste Weltkrieg (Innsbruck/ Wien/ München/ Bozen 1995). S. 255-275.

Dinklage, Karl: Die landwirtschaftliche Entwicklung. In: *Brusatti, Alois* (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. I. Die wirtschaftliche Entwicklung. (=Die Habsburgermonarchie 1848-1918, hg. v. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Adam Wanduszka, Peter Urbanitsch u. Helmut Rumpler, Bd. 1, Wien 1973). S. 403-461.

Dornik, Wolfram: Verwaltung des Mangels. Die österreichisch (-ungarischen)en Kriegszentralen 1914-1918. In: *Schöpfer, Gerald u. Barbara Stelzl-Marx* (Hg.): Wirtschaft. Macht. Geschichte. Brüche und Kontinuitäten im 20. Jahrhundert (Graz 2012). S. 261-274.

Egger, Rainer: Heeresverwaltung und Rüstungsindustrie in Niederösterreich während des 1. Weltkrieges. In: *Brauneder, Wilhelm u. Franz Baltzarek* (Hg.): Modell einer neuen Wirtschaftsordnung. Wirtschaftsverwaltung in Österreich 1914-1918 (= Rechtshistorische Reihe, Bd. 74, Frankfurt a.M./ Bern/ New York/ Paris 1991). S. 81-104.

Eminger, Stefan: Brüchige Akzeptanz?. K. k. Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich 1914 bis 1918. In: *Loinig, Elisabeth* (Hg.): Fern der Front – Mitten im Krieg. 1914-1918. Alltagsleben im Hinterland. Die Vorträge des 34. Symposiums des NÖ. Instituts für Landeskunde gemeinsam mit dem Institut für Geschichte des ländlichen Raumes. Schallaburg, 30. Juni bis 2. Juli 2014 (=NÖ Institut für Landeskunde, hg. v. Elisabeth Loinig u. Reinelda Motz-Linhart, Bd. 60, St. Pölten 2016). S. 68-88.

Fussek, Alexander: Die Lebensmittelsorgen der österreichischen Reichshälfte in den Ersten Weltkriegsjahren. In: Institut für Österreichkunde (Hg.): Österreich in Geschichte und Literatur (=ÖGL, Graz/ Wien 1965). S. 118-125.

Geiss, Immanuel: Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs 1815-1914 (München/ Zürich 1980).

Grandner, Margarete: Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im Ersten Weltkrieg (= Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs, Bd. 82, Wien/ Köln/ Weimar 1992).

Gross, Nachum Th.: Die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft. In: *Brusatti, Alois* (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. I. Die wirtschaftliche Entwicklung. (=Die Habsburgermonarchie 1848-1918, hg. v. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Adam Wanduszka, Peter Urbanitsch u. Helmut Rumpler, Bd. 1, Wien 1973). S. 1-28.

Haider, Edgar: Wien 1914. Alltag am Rande des Abgrunds (Wien 2013).

Hamilton, Richard F. u. Holger H. Herwig: World Wars: Definition and Causes. In: *Hamilton, Richard F. u. Holger H. Herwig* (Hg.): The Origins of World War I (Cambridge [u.a.] 2003). S. 1-44.

Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Wien 2005).

Hardach, Gerd: Der Erste Weltkrieg 1914-1918 (= Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, hg. v. Wolfram Fischer, Bd. 2, München 1973).

Hasiba, Gernot D.: Inter arma silent leges?. Ein Beitrag über die rechtlichen Grundlagen der österreichischen Verwaltung im 1. Weltkrieg. In: *Brauneder, Wilhelm u. Franz Baltzarek* (Hg.): Modell einer neuen Wirtschaftsordnung. Wirtschaftsverwaltung in Österreich 1914-1918 (= Rechtshistorische Reihe, Bd. 74, Frankfurt a.M./ Bern/ New York/ Paris 1991).

Hautmann, Hans: Hunger ist ein schlechter Koch. Die Ernährungslage der österreichischen Arbeiter im Ersten Weltkrieg. In: *Botz, Gerhard, Hans Hautmann u. Josef*

Weidenholzer [u.a.] (Hg.): *Bewegung u. Klasse. Studien zur österreichischen Arbeiterbewegung* (Wien/ München/ Zürich 1978). S. 661-681.

Healy, Maureen: Am Pranger. Auf der Suche nach dem Schuldigen. In: *Pfoser, Alfred u. Andreas Weigl* (Hg.): *Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg* (Wien 2013). S. 190-197.

Healy, Maureen: *Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total War and Everyday Life in World War I* (Cambridge 2004).

Healy, Maureen: *Vienna Falling: Total War and Everyday Life, 1914-1918* (Diss. Chicago/ Illinois 2000).

Healy, Maureen: Vom Ende des Durchhaltens. In: *Pfoser, Alfred u. Andreas Weigl* (Hg.): *Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg* (Wien 2013). S. 132-139.

Hecker, Peter: Kriegswirtschaft – Modell einer neuen Wirtschaftsverfassung. Pläne und Ziele der österreichischen Regierungen während des 1. Weltkrieges. In: *Brauneder, Wilhelm u. Franz Baltzarek* (Hg.): *Modell einer neuen Wirtschaftsordnung. Wirtschaftsverwaltung in Österreich 1914-1918* (= Rechtshistorische Reihe, Bd. 74, Frankfurt a.M./ Bern/ New York/ Paris 1991). S. 33-63.

Höbelt, Lothar: *Kornblume u. Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918* (München 1993).

Höbelt, Lothar: Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat. In: *Rumpler, Helmut* (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848-1918* . Bd. VII. Verfassung und Parlamentarismus. Tb. 1. Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften. (= *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*. Bd. VII/1, hg. v. Helmut Rumpler, Wien 2000). S. 895-1006.

Islamow, T. M.: Aus der Geschichte der Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn am Anfang des 20. Jahrhunderts. In: *Klein, Fritz* (Hg.): *Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900 bis 1918* (Berlin 1965). S. 113-146.

Janz, Oliver: *14 – Der große Krieg* (Frankfurt a.M. 2013).

Klein, Fritz: Probleme des Bündnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges. In: *Klein, Fritz* (Hg.): *Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900 bis 1918* (Berlin 1965).

Kósa, László: *Badenleben und Kurorte in Österreich-Ungarn* (o.O. 1999).

Kronenbitter, Günther: „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906-1914 (=Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 13, München 2003).

Langthaler, Ernst: Die Großstadt und ihr Hinterland. In: *Pfoser*, Alfred u. *Andreas Weigl* (Hg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg (Wien 2013). S. 232-239.

Langthaler, Ernst: Vom transnationalen um regionalen Hinterland – und retour. Wiens Nahrungsmittelversorgung vor, im und nach dem Ersten Weltkrieg. In: *Karner*, Stefan u. *Philipp Lesiak* (Hg.): Erster Weltkrieg: globaler Konflikt – lokale Folgen. Neue Perspektiven (Innsbruck/ Wien 2014). S. 307-318.

Lappin-Eppel, Eleonore: Zwischen Fremdheit und Zugehörigkeit: Das Bild jüdischer Kriegsflüchtlinge im Spiegel der Wiener jüdischen Presse. In: *Loinig*, Elisabeth (Hg.): Fern der Front – Mitten im Krieg. 1914-1918. Alltagsleben im Hinterland. Die Vorträge des 34. Symposiums des Nö. Instituts für Landeskunde gemeinsam mit dem Institut für Geschichte des ländlichen Raumes. Schallaburg, 30. Juni bis 2. Juli 2014 (=NÖ Institut für Landeskunde, hg. v. Elisabeth Loinig u. Reinelda Motz-Linhart, Bd. 60, St. Pölten 2016). S. 209-225.

Loewenfeld-Russ, Hans: Die Regelung der Volksernährung im Kriege (=Wirtschafts- u. Sozialgeschichte des Weltkrieges, österreichische und ungarische Serie. Hg. v. Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, Wien/ New Haven 1926).

Maderthaner, Wolfgang: Der Kongress fand nicht statt. Arbeiterbewegung und Krieg (1). In: *Pfoser*, Alfred u. *Andreas Weigl* (Hg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg (Wien 2013). S. 46-51.

Matis, Herbert: Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik. In: *Brusatti*, Alois (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. I. Die wirtschaftliche Entwicklung. (=Die Habsburgermonarchie 1848-1918, hg. v. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Adam Wanduszka, Peter Urbanitsch u. Helmut Rumpler, Bd. 1, Wien 1973). S. 29-67.

Maurer, Rudolf: Baden bei Wien im Ersten Weltkrieg (Baden 2016).

Maurer, Rudolf: Wasser, Leben, Weltkurort. Baden und die Badener. Teil 1. 1900-1914 (=Ausstellungskatalog Baden 2003).

Meier, Heinz: Die österreichischen Christlichsozialen während des Ersten Weltkrieges (Diss. Univ. Wien 1967).

Meissner, Hans: Josef Kollmann. (1868-1951). Bürgermeister von Baden (Baden 2000).

Mertens, Christian: Die Christlichsoziale Partei im Ersten Weltkrieg. In: *Pfoser*, Alfred u. *Andreas Weigl*: Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg (Wien 2013). S. 52-59.

Mühlbach, Getraud Maria: Das Kaiserhaus zu Baden. Franz I. und Karl I. von Österreich (Baden 2012).

Musner, Lutz: Waren alle nur Schlafwandler?. In: *Mesner, Maria, Robert Kriechbaumer, Michaela Maider u. Helmut Wohnaut* (Hg.): Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn (Wien/ Köln/ Weimar 2014). S. 55-70.

Neuber, Berta: Die Ernährungslage in Wien während des Ersten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren (Dipl. Arb. Wien 1985).

Paulinyi, Ákos: Die sogenannte gemeinsame Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns. In: *Brusatti, Alois* (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. I. Die wirtschaftliche Entwicklung. (=Die Habsburgermonarchie 1848-1918, hg. v. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Adam Wanduszka, Peter Urbanitsch u. Helmut Rumpler, Bd. 1, Wien 1973). S. 565-604.

Pfoser, Alfred u. Andreas Weigl: Die Pflicht zu sterben und das Recht zu leben. Der Erste Weltkrieg als bleibendes Trauma in der Geschichte Wiens. In: *Pfoser, Alfred u. Andreas Weigl* (Hg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg (Wien 2013). S. 14-31.

Pogány, Agnes: Finanzgebarung, Kriegskosten und Kriegsschulden. In: *Rumpler, Helmut* (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. XI. Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. 1. Tb. Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas. Teil 1. Vom Balkankonflikt zum Weltkrieg (= Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. XI/1/1, hg. v. Helmut Rumpler, Wien 2016). S. 543-596.

Oțetea, A., D. Berindei, E. Campus, N. Fotino u. C. Muresan: Die internationale Lage und die Außenpolitik Österreich-Ungarns in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. In: *Klein, Fritz* (Hg.): Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900 bis 1918 (Berlin 1965).

Prassniger, Gerhard: Hunger in Tirol. In: *Eisterer, Klaus u. Rolf Steininger* (Hg.): Tirol und der Erste Weltkrieg (Innsbruck/ Wien/ München/ Bozen 1995). S. 179-210.

Rauchensteiner, Manfred: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918 (Wien/ Köln/ Weimar 2013).

Rauchensteiner, Manfred: Zwischen „Siegfrieden“ und Niederlage. In: *Rauchensteiner, Manfred* (Hg.): Baden im Zentrum der Macht 1917-1918. Kaiser Karl I. und das Armeeoberkommando (= Katalog zur Ausstellung Baden im Zentrum der Macht 1917-1918 im Kaiserhaus Baden, Baden 2018). S. 9-32.

Redlich, Josef: Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkrieg (= Wirtschafts- u. Sozialgeschichte des Weltkrieges, österreichische und ungarische Serie, hg. v. Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, Wien/ New Haven 1925).

Rozenblit, Marsha L.: Der Habsburg-Patriotismus der Juden. In: *Rumpler, Helmut* (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. XI. Die Habsburgermonarchie u. der Erste Weltkrieg. 1. Tb. Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas. Teil 2. Vom Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zum neuen Europa der Nationalstaaten (=Die

Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. XI/1/1, hg. v. Helmut Rumpler, Wien 2016). S. 887-917.

Rudolph, Richard L.: Quantitative Aspekte der Industrialisierung Cisleithaniens. In: *Brusatti, Alois* (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. I. Die wirtschaftliche Entwicklung. (=Die Habsburgermonarchie 1848-1918, hg. v. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Adam Wanduszka, Peter Urbanitsch u. Helmut Rumpler, Bd. 1, Wien 1973). S. 233-249.

Scheer, Tamara: Die Kriegswirtschaft am Übergang von der liberal-privaten zur staatlich-regulierten Arbeitswelt. In: *Rumpler, Helmut* (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. XI. Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. 1. Tb. Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas. Teil 1. Vom Balkankonflikt zum Weltkrieg (= Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. XI/1/1, hg. v. Helmut Rumpler, Wien 2016). S. 437-484.

Scheer, Tamara: Die Ringstraßenfront. Österreich-Ungarn, das Kriegsüberwachungsamt und der Ausnahmezustand während des Ersten Weltkrieges (=Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums, hg. durch die Republik Österreich, den Bundesminister für Landesverteidigung und Sport und das Heeresgeschichtliche Museum, Bd. 15, Wien 2010).

Schmidl, Erwin A.: Die Totalisierung des Krieges. In: *Rumpler, Helmut* (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. XI. Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. 1. Tb. Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas. Teil 1. Vom Balkankonflikt zum Weltkrieg (= Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. XI/1/1, hg. v. Helmut Rumpler, Wien 2016). S. 331-391.

Schmied-Kowarzik, Anatol: Die wirtschaftliche Erschöpfung. In: *Rumpler, Helmut* (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. XI. Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. 1. Tb. Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas. Teil 1. Vom Balkankonflikt zum Weltkrieg (= Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. XI/1/1, hg. v. Helmut Rumpler, Wien 2016). S. 485-542.

Schöner, Johannes: Die Geschichte einer Flucht nach vorne. In: *Mesner, Maria, Robert Kriechbaumer, Michaela Maider u. Helmut Wohnaut* (Hg.): Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn (Wien/ Köln/ Weimar 2014). S. 31-54.

Schulze, Max-Stephan: Austria-Hungary's Economy of World War I. In: *Broadberry, Stephen u. Mark Harrison* (Hg.): The Economics of World War I (Cambridge 2005). S. 77-111.

Segesser, Daniel Marc: Der Erste Weltkrieg: Ein totaler Krieg in globaler Perspektive?. In: *Karner, Stefan u. Philipp Lesiak* (Hg.): Erster Weltkrieg: globaler Konflikt – lokale Folgen. Neue Perspektiven (Innsbruck/ Wien 2014). S. 23-41.

Seiffert, Helmut: Einführung in die Wissenschaftstheorie. 2. Band. Geisteswissenschaftliche Methoden: Phänomenologie, Hermeneutik und historische Methode, Dialektik. (=Beck'sche Reihe 61, 11. Aufl., München 2006)

Stekl, Hannes: Euphorie und Ernüchterung, Wohlstand und Mangel – Bürgerliche Familien im Kriegsalltag. In: Loinig, Elisabeth (Hg.): Fern der Front – Mitten im Krieg. 1914-1918. Alltagsleben im Hinterland. Die Vorträge des 34. Symposiums des Nö. Instituts für Landeskunde gemeinsam mit dem Institut für Geschichte des ländlichen Raumes. Schallaburg, 30. Juni bis 2. Juli 2014 (=NÖ Institut für Landeskunde, hg. v. Elisabeth Loinig u. Reinelda Motz-Linhart, Bd. 60, St. Pölten 2016). S. 226-242.

Stimmer, Gernot: Deutschnationale Parteien 1914 zwischen Irredenta und Mitteleuropakonzeption. In: Mesner, Maria, Robert Kriechbaumer, Michaela Maider u. Helmut Wohnaut (Hg.): Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn (Wien/ Köln/ Weimar 2014). S. 71-92.

Tremel, Ferdinand: Der Binnenhandel und seine Organisation. Der Fremdenverkehr. In: Brusatti, Alois (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. I. Die wirtschaftliche Entwicklung. (=Die Habsburgermonarchie 1848-1918, hg. v. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Adam Wanduszka, Peter Urbanitsch u. Helmut Rumpler, Bd. 1, Wien 1973). S. 369-402.

Matis, Herbert u. Karl Bachinger: Österreichs industrielle Entwicklung. In: Brusatti, Alois (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. I. Die wirtschaftliche Entwicklung. (=Die Habsburgermonarchie 1848-1918, hg. v. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Adam Wanduszka, Peter Urbanitsch u. Helmut Rumpler, Bd. 1, Wien 1973). S. 105-222.

Turnstall, Graydon A. Jr.: Austria-Hungary. In: Hamilton, Richard F. u. Holger H. Herwig (Hg.): The Origins of World War I (Cambridge [u.a.] 2003). S. 112-149.

Vocelka, Karl u. Michaela Vocelka: Kaiser Karl I.. König Karl IV. von Ungarn, König Karl III. von Böhmen. In: Rauchensteiner, Manfred (Hg.): Baden im Zentrum der Macht 1917-1918. Kaiser Karl I. und das Armeeoberkommando (= Katalog zur Ausstellung Baden im Zentrum der Macht 1917-1918 im Kaiserhaus Baden, Baden 2018). S. 33-52.

Wallner, Viktor: Kaiser, Kuren und Kommandos. Baden von 1804 bis 1918 (Baden 1999).

Wallner, Viktor: Baden zur Zeit der österreichisch-ungarischen Monarchie. (Der Kurort in Daten und Bildern). 1867-1918 (Baden 1997).

Weitensfelder, Hubert: Nähr-Stoffe: Nahrungsmittel, Tierfutter und Dünger in der Kriegswirtschaft. In: Loinig, Elisabeth (Hg.): Fern der Front – Mitten im Krieg. 1914-1918. Alltagsleben im Hinterland. Die Vorträge des 34. Symposiums des Nö. Instituts für Landeskunde gemeinsam mit dem Institut für Geschichte des ländlichen Raumes. Schallaburg, 30. Juni bis 2. Juli 2014 (=NÖ Institut für Landeskunde, hg. v. Elisabeth Loinig u. Reinelda Motz-Linhart, Bd. 60, St. Pölten 2016). S. 183-198.

Winogradow, K. B. u. J. A. Pissarew: Die internationale Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie in den Jahren 1900 bis 1918. In: *Klein, Fritz* (Hg.): Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900 bis 1918 (Berlin 1965). S. 1-53.

Wladika, Michael: Armut. In: *Etzlstorfer, Hannes* (Hg.): Armut (Katalog zur 298. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien 2003). S. 113-129.

Abstract

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der „Lebensmittelversorgung in Baden bei Wien im Ersten Weltkrieg“. Durch die hermeneutische Analyse von Quellen wie etwa Gemeinderatsprotokollen, den zur Zeit des Ersten Weltkriegs in Baden erscheinenden Zeitungen und Aktenmaterial aus dieser Zeit wird mit Berücksichtigung der Sekundärliteratur die Entwicklung der Lebensmittelversorgung im Ersten Weltkrieg skizziert, gleichzeitig werden die besonderen Umstände der Lebensmittelversorgung in Baden bei Wien zur Zeit des Ersten Weltkriegs näher beleuchtet. Besonders in Augenschein genommen werden die durchaus vorhandenen Auswirkungen, die sich aus der Nähe zur Reichshauptstadt Wien, dem Status als Kurstadt und Anfahrtsziel hochgestellter Persönlichkeiten sowie auch durch die Funktion Badens als Lazarettstadt und Aufnahmeort für Flüchtlinge ergaben. Von großer Bedeutung für die Versorgung Badens im Krieg war auch, dass Baden zu Beginn 1917 Sitz des Armeeoberkommandos und erneut Kaiserstadt wurde. Auch dieser Einfluss des Armeeoberkommandos und Kaiser Karls auf die Versorgung der Kurstadt wird eingehend dargestellt.